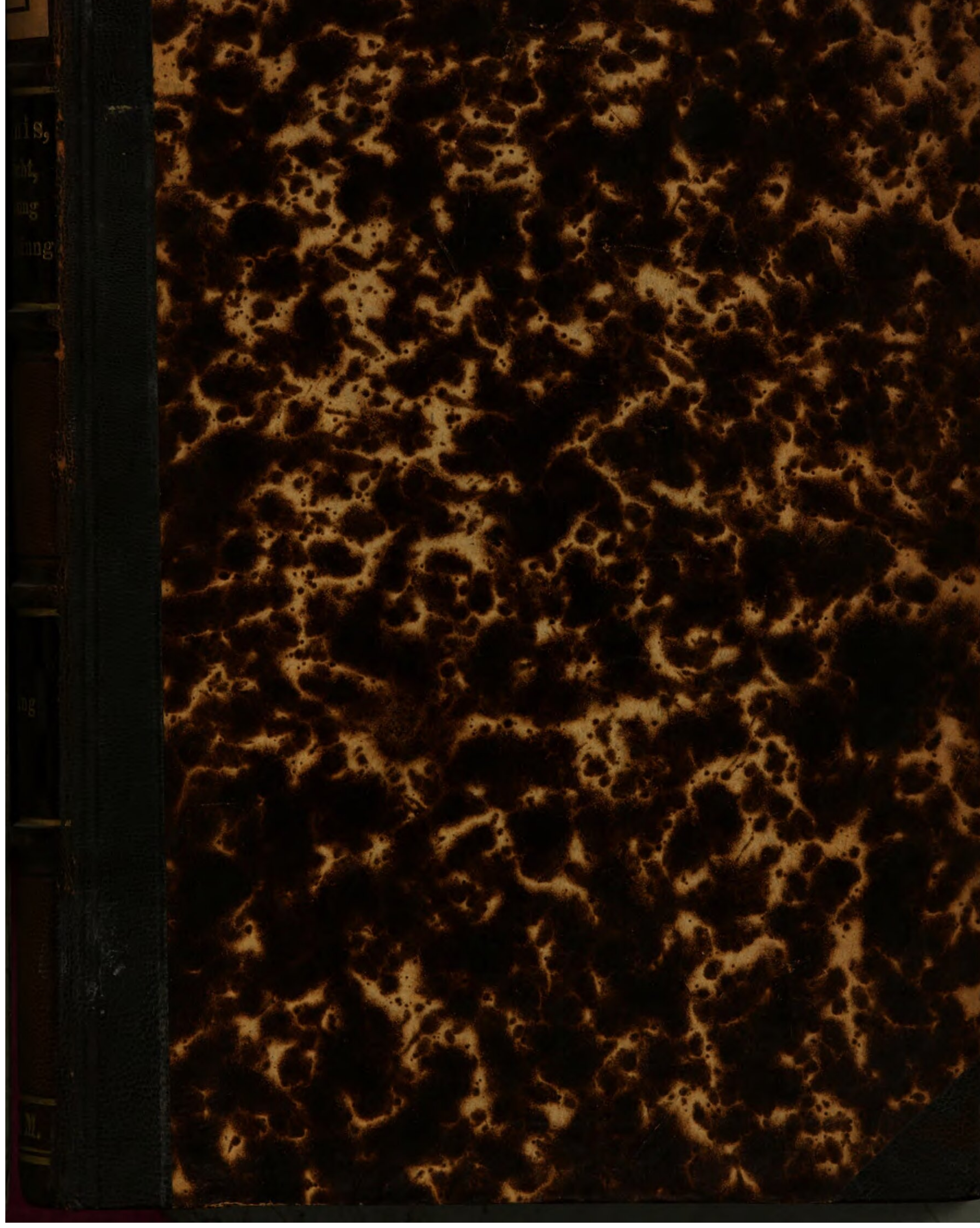




8
Paed. Th.

Lochnis

2807

- 3

UNTERRICHT, ERZIEHUNG
UND
FORTBILDUNG.

EIN BUCH FÜR ELTERN.

VON
H. LOEHNIS.

ANHANG.

LONDON.
VERLAG VON AUG. SIEGLE.
—
1876.

UNTERRICHT, ERZIEHUNG

FORBILDUNG.

IN DER FÜR DEN

LONDON:

GEDRUCKT BEI C. A. SCHWEITZER & CO.,

10, BROWN'S BUILDINGS, E.C.

IN DER FÜR DEN

ANNA

LONDON

IN DER FÜR DEN

IN DER

ANMERKUNGEN ZUM CAPITEL "DER STAAT."

(1) Staatsrecht ist ein Theil der Staatslehre, in welchem man fast alle den Staat betreffenden Fragen hineingezogen, und von dem man die Lösung aller Zweifel erwartet hat, ohne meist zu bemerken, dass diejenigen Gegenstände, welche das Staatsrecht behandelt, in der That auch schon auf anderen Gebieten untersucht sind und von diesen auch eine entsprechende Bestimmung empfangen müssen. Das Staatsrecht hat sonach nicht so sehr die Institute und Verhältnisse als vielmehr nur die öffentlich-rechtliche Seite derselben zu behandeln. Daher kommt es denn, dass über die Grenzen der Staatslehre, des Naturrechts oder der Rechtsphilosophie und des Staatsrechts eine fortdauernde Verwirrung herrscht, so dass man häufig im Staat dargestellt findet, was nach den Principien der Rechtsphilosophie Recht sein sollte, und umgekehrt in der Rechtsphilosophie dasjenige, was nach der gegebenen Gestalt der Staaten wirklich Recht ist. Will man zur Klarheit kommen über diese Punkte, so muss man zwischen einem auf philosophischer Anschauung der Staatsidee beruhenden idealen Staatsrecht und einem positiven Staatsrecht unterscheiden. Dies sind die zwei Formen des Inhalts aller staatsrechtlichen Lehren, denen aber der Begriff der Sache gemeinsam bleibt. Was die Bestimmung dieses Begriffes betrifft, so kann das Staatsrecht offenbar nur die Erscheinung des Rechtsbegriffs im Staate seiner Organisation und seinem Leben sein, und setzt darum eben den Staatsorganismus bereits voraus. Das Recht des Staats aber ist die durch die höhere Natur der Staatsidee und die wirklichen Entwicklungsstufen desselben gegebenen und dadurch für die Willkür des Einzelnen unverletzliche Grenze zwischen dem Staat und den übrigen Gesamt- oder Einzelpersonlichkeiten, welche den Staat bilden und das Staatsrecht umfasst daher alle Beziehungen des Staats zu den einzelnen, die ihm angehören. Jener Theil des positiven Staatsrechts, welcher die Normen für den Verkehr des Staats mit anderen Staaten aufstellt, heisst das *äussere Staatsrecht*, während man den ganzen übrigen Inhalt des Staatsrechts mit *inneres Staatsrecht* bezeichnet. Sofern aber von einem durch Verträge oder Gewohnheiten zwischen den Staaten bestehenden Recht die Rede ist, spricht man von einem *internationalen* oder *Völkerrecht*. Aus jenem Begriffe des Staatsrechtes erledigt sich zunächst die vielbestrittene Frage nach der Entstehung desselben. Das Staatsrecht entsteht, wie alles Recht, seinem Wesen nach durch die Natur der persönlichen Lebensverhältnisse selbst, für welche es gilt. Hiernach schafft sich also jenes Recht selbst: es entsteht unmittelbar, wie ja auch die äussere Grenze und innere Ordnung jedes Dinges gar nicht als von diesem Dinge getrennt ange-

sehen werden können. Aus dem gegenseitigen Bedingtsein des Rechts und seines Substrats, der Lebensorgane und Verhältnisse, ergibt sich im Allgemeinen, dass jedes positive Recht ein an sich wahres und richtiges ist, wenn es der Natur und dem Entwicklungsgrade desjenigen entspricht, für den es gelten soll. Dies ist auch der tiefere Grund, auf dem die Wahrheit des Satzes beruht, dass das verschiedenste Recht zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Verhältnissen ein durchaus wahres und richtiges, ein gleiches Recht aber in staatlichen, wie in allen anderen Dingen zu allen Zeiten ein philosophisches Unding und eine praktische Unmöglichkeit sein würde. Es lässt sich daraus ferner leicht das Princip für die positive Staatsrechtsbildung vermöge eigener, mehr oder weniger umfassender Staatsgesetzgebungen erkennen. Jede solche Gesetzgebung für das Staatsrecht hat in der That nur dann Bedeutung, wenn sie bereits bestehende, der Bestimmung durch Rechtsgesetze fähige Verhältnisse, die noch gar nicht oder nur ungenügend rechtlich geordnet sind, mit einem solchen Rechte, das ihrer Natur und ihrer Entwicklungsstufe entspricht, durch einen Act des Staatswillens versieht. Geschieht dies nicht, d. h. hat die Staatsgewalt, welche die Gesetze gibt, entweder aus Interesse oder aus Mangel an festem Willen nicht die Fähigkeit, den bereits entwickelten Verhältnissen des Volkes das ihnen angewachsene Recht zu geben, so erhebt sich im Rechtsleben des Volks jener Widerspruch, der stets für den Einzelnen höchst verderblich und für das Ganze gefährlich ist. Denn alsdann fordern die Verhältnisse ihr Recht mit einer in dem Grade steigenden Gewalt, mit welcher sie selbst sich mehr ausbilden, und da diesen Verhältnissen ihrer Natur nach das Recht angehört, so greifen sie endlich zur Gewalt, um sich das Recht zu verschaffen, ohne das sie nicht bestehen können. So entsteht diejenige Bewegung im Innern des Staates, welche wir die innern Umwälzungen, Empörungen, Aufstände nennen, und deren Grund mithin als ein Widerspruch zwischen dem bestehenden auf andere Verhältnisse des Volkslebens gebauten Rechte und dem wirklichen zu einer höheren Stufe emporgedrungenen Verhältniss anzusehen ist. Aus dem Kampfe, der hieraus erfolgt, bildet sich dann ein neues Recht, und zwar wenn die bewegenden Elemente besiegt werden, regelmässig in der Richtung auf sie ein strengeres, positives Staatsrecht. Siegen dagegen die Elemente der Bewegung, so wird das aus der Bewegung hervorgehende neue Staatsrecht in dieser Richtung ein freieres. Hier tritt nun meist die Erscheinung ein, dass jede auf solche Gewalt gebaute Rechtsbildung stets eine wenig wünschenswerthe, meist eine geradezu verderbliche ist, indem die siegenden Elemente über ihre wahre Grenze hinausgehen und sich mehr Recht zuschreiben, als sie ihrer Entwicklung nach fordern können. So wird die Rechtsbildung im Staate, die aus der Umwälzung hervorgegangen, selbst wieder der Keim neuer Umwälzungen. Wie sich die organische Staatsrechtsbildung von der willkürlichen unorganischen unterscheidet, ergibt sich hieraus ebenso von selbst als die Wahrheit, dass die Aufstellung irgend eines neuen abstrakten Staatsrechtsideals für die wirkliche Welt werthlos ist.

(2) Le sentiment du droit s'est singulièrement affaibli depuis une dizaine d'années dans le domaine de la politique. Même en ce qui regarde la constitution de l'Etat et l'exercice de la souveraineté, le fait a usurpé la toute-puissance ; le droit n'est plus qu'un voile pour couvrir la domination de la force et pour lui donner l'apparence de la légitimité. Que sera-ce si nous entrons dans la sphère des relations internationales ? Au risque de passer pour un rêveur et un utopiste, l'auteur de ces Etudes se propose de prendre en main la cause du droit : il a la bonhomie de croire que tous les faits du monde sont impuissants contre l'idée du juste. Vainement lui dira-t-on d'ouvrir les yeux pour voir le fait triomphant ; il persistera dans la conviction que le triomphe est passager, comme le sont les maladies du corps humain, car la domination de la force et l'affaiblissement de la nation du droit sont de véritables maladies. Les sociétés reviendront à la santé. Il est de toute impossibilité que le fait l'emporte définitivement sur le droit. Le droit étant de Dieu, tandis que les faits qui le détruisent viennent des hommes, dire que le droit succombe, ce serait dire que les hommes ont détrôné Dieu. Heureusement Dieu est la seule puissance que les fusils les plus perfectionnés n'atteignent point. Peu importe donc la victoire de la force sur le droit ; les vaincus peuvent hardiment appeler à l'avenir ; l'avenir ne leur fera pas défaut. Mais comme Dieu n'aide que ceux qui s'aident eux-mêmes, il faut maintenir haut et ferme notre drapeau, il faut lutter pour combattre la dangereuse maladie que nous venons de signaler. Du jour où les hommes seront revenus au sentiment du droit, la force aura cessé de régner, car ce sont les idées qui gouvernent le monde.

On prétend que l'histoire prouve à chaque page l'empire de la force. Oui, la force règne dans les relations des peuples ; mais l'histoire nous montre à quoi elle aboutit. Le monde ancien était réellement fondé sur le droit du plus fort, et la force y était hautement proclamée comme la maîtresse du monde. Qu'arriva-t-il ? L'antiquité succomba sous la force. Si nos sociétés modernes n'avaient d'autre appui que la force, elles auraient le même sort. Heureusement il n'en est pas ainsi. Un principe, inconnu des anciens, s'est révélé en '89, le droit de l'individualité humaine. Il a déjà opéré des miracles. Sous son influence, les classes sociales se sont transformées, l'esclavage a disparu ; pour la première fois depuis que le monde existe, tout homme est une personne, et a des droits qu'aucune puissance ne lui peut enlever. En même temps que les droits de l'homme ont été proclamés, les droits des nations ont été reconnus. Mais il faudra des siècles pour que ce principe nouveau entre dans les mœurs. Alors seulement le droit règnera dans le monde, et avec le droit la paix.

Dès maintenant un immense progrès s'est accompli dans les relations internationales. Chez les Grecs, le peuple le plus civilisé, le plus humain de l'antiquité, la guerre était l'état naturel des hommes, la paix n'existait qu'en vertu d'une convention. Voilà le vrai règne de la force. Aujourd'hui la paix, et par tant le droit est devenu l'état normal du genre humain. Chez les anciens, la force était en réalité un instrument du progrès, elle unissait les peuples. Aujourd'hui la violence n'est plus nécessaire pour unir les hommes ; le développe-

ment pacifique des facultés humaines a créé mille liens plus puissants que la force. Est-ce à dire que la force disparaîtra et que la paix sera perpétuelle? On a attaché trop d'importance à l'idée de paix; on y voit un idéal, et on voudrait le réaliser par une organisation unitaire du genre humain. La paix n'est pas plus le bien absolu que la guerre n'est le mal absolu. Certes, la paix est l'état naturel des sociétés, mais elle n'est que l'une des conditions de l'association humaine, c'est-à-dire un moyen. Gardons-nous d'y voir le but suprême de nos efforts. C'est pour réaliser la paix à tout prix que Hobbes a formulé la théorie du despotisme; c'est pour donner à l'humanité ce bien suprême que le Dante a écrit la théorie de la monarchie universelle, et la monarchie serait aussi le tombeau de la liberté. C'est la liberté qui est le but idéal de notre existence sur cette terre, parceque la liberté est la condition de toute vie, de tout progrès. Liberté individuelle et indépendance nationale, telles sont les bases de l'association humaine. Quand elles seront solidement assises, le règne du droit sera assuré autant qu'il peut l'être. La paix sera-t-elle perpétuelle? Sera-t-elle garantie par un lien légal qui soumettra les peuples à une autorité supérieure? Nous avons emis des doutes, mais ce ne sont que des doutes. Qui oserait poser des limites au genre humain? Il n'y a pas de colonnes d'Hercule pour la perfectibilité humaine. Voilà encore un enseignement que l'histoire nous offre. Le progrès n'est pas une théorie, c'est un fait.

(3) Als Regierungsprincipien werden angegeben: Der Despotismus, die Anarchie, der Absolutismus und der Constitutionalismus. Allein der Despotismus, als die ausschliessliche Ausbeutung der Staatsgewalt zu privaten Zwecken, und die Anarchie, als die Negative aller staatlichen Ordnung sind absolut staatswidrig, und es ist das, was und soweit es davon beherrscht wird, nicht Staat, obgleich etwas davon mit Recht (im Gebiet des Privatrechts) und mit Unrecht (auf dem Boden des öffentlichen Rechts) in keinem Staat gänzlich fehlen wird. Der Absolutismus als die juristisch unbeschränkte Gewalt des Trägers der Staatsform in Staatssachen muss nicht unbedingt staatswidrig sein, da seine Wirksamkeit als eine staatsgemässe und frei anerkannte gedacht werden kann. Allein so sehr der Mensch Princip aller irdischen Dinge ist, so kann doch ein an sich rein individueller Wille nie staatliches, ewiges Princip des ewigen Gesamtwesens eines Staates sein, und der Satz "*l'état c'est moi*" war, wie die Idee einer absoluten Demokratie, selbst dann, wenn er durch positive Gesetze formale Geltung hatte, stets eine ebenso grosse praktische Unwahrheit wie unnatürliche Selbstüberhebung. Der Constitutionalismus endlich ist, wie die republikanische Staatsform, ein Product der organischen Staatsidee, an und für sich aber nur ein eigenthümliches System von Regierungsformen, von deren Gebrauch es abhängt, ob und wie weit sie jener Idee dienen. Es kann demnach nur zwei Regierungsprincipien geben, nämlich entweder 1) das organische, welches in der freien Bethätigung der öffentlichen Persönlichkeit der Staatsangehörigen besteht; oder 2) das mechanische, das Gegentheil des ersteren. Welches von ihnen das einzig wahre ist, bedarf keiner Ausführung und sei nur

bemerkt, dass es in der Natur eines Principis liegt allein zu herrschen. Das herrschende Princip der Regierung eines Staates ist aber nie die That Einzelner, sondern des ganzen Volks und seiner gesammten geschichtlichen Entwicklung. Soll das organische Princip herrschen, so muss der Staat nicht nur auch in jenen Beziehungen, wo eine formelle Mitwirkung der Volksvertretung oder des ganzen Volks unzulässig ist, nach demselben regiert werden, sondern auch das Volk sich selbst in immer weiteren Kreisen und grösserem Umfange der Thätigkeit des Staats frei anschliessen.

In der Auffassung der Staatsform haben sowohl die Alten als auch die Schriftsteller der späteren Zeiten eine Menge von Dingen gemischt, welche nicht die Form des Staates, sondern namentlich die Principien und Formen der Ausübung der Staatsgewalt, die Regierung betreffen. Dies hat seinen Grund in der innern Verbindung zwischen Staatsform und Regierungsprincip, sowie in dem Bestreben, die Staatsform sofort zu beleben, von der Staatsform auf das Regierungsprincip und umgekehrt einzuwirken, Collisionen zwischen der Staatsform und ihrem Träger einerseits und den Staatsangehörigen, namentlich den Factoren der Ausübung der Regierung, andererseits zu beseitigen. Betrachtet man aber die Staatsform lediglich als Form der Staatseinheit sammt den daraus allein sich ergebenden Consequenzen, so ergibt sich: 1) dass stets Menschen ihre Träger sein müssen, dass also alle bloß fingirten Souveräne keine staatliche Einheitsform gewähren, und 2) dass die Staatsform entweder nur aus einem einzelnen Menschen oder aus vergesellschafteten Menschen als einer Einheit bestehen kann. Die Staatsform muss daher entweder die Monarchie oder die Republik sein, welche letztere stets wieder eine engere oder weitere Aristokratie sein wird. Bei der Ausbildung eines Staates zur Monarchie ist die Bestimmtheit und Einheit der Form, bei der zur Republik die ununterbrochene Continuität und die Bethätigung einer Gesamtwirksamkeit in der Form überwiegend. Die Geblütsfolge und der Constitutionalismus sollen der Monarchie die bezeichneten, staatlich absolut berechtigten Vorzüge der republikanischen Form, die Präsidentschaft und bestimmte Ausschüsse dagegen der Republik die nicht minder berechtigten Vorzüge der Monarchie gewähren. Wenn man Monarchie und Republik aber bloß als Staatsformen betrachtet, so ist zwischen ihnen ein ewiger Unterschied, welchen die Verbindung beider zu einer Form absolut unmöglich macht, wie sehr auch durch die innern Einrichtungen der Gegensatz zwischen beiden praktisch vermindert werden kann. Ueber das Regierungsprincip sagt keine von beiden Formen für sich allein irgend etwas Bestimmtes, und es muss jede ebenso für ein staatsgemässes Regierungsprincip geeignet sein, wie wir unter beiden Formen staatswidrige Regierungsprincipien wirksam sehen. Demnach kann die Staatsform auch nur insofern Staatsprincip sein, als sich lediglich aus ihr bestimmte nothwendige Consequenzen ergeben, wozu namentlich der Satz gehört, dass nur der vom Träger der Staatsform als solchen sanctionirte Act als ein wahrer, rechtmässiger Staatsact zu betrachten ist. Es bedarf nicht der Bezugnahme darauf, dass sich auch in jeder Republik ein monarchisches Element befindet, um zu beweisen, dass die Monarchie die dauer-

hafteste und von jeher allgemeinste Staatsform gewesen, sowie dass es meist höchst eigenthümliche, keine allgemeine Analogie zulassenden Verhältnisse waren, welche länger republikanischen Beständen zu Grunde lagen. Jede Staatsform hat ihre eigenen Gefahren, keine ist von Unvollkommenheiten frei, und jene möglichst zu beseitigen, diese vernünftig zu ertragen, ist Staatsweisheit. Wie alle staatlichen Einrichtungen, so beruht auch die Staatsform nicht ausschliesslich auf dem positiven Recht: Gemüth, Interessen, und Gewohnheit sind oft die stärkern Grundlagen derselben. Für eine bestimmte Reihenfolge aber, in welcher bei einem und demselben Volke die Staatsformen succediren müssten, gibt es durchaus kein bestimmtes Gesetz und es ist, was man dafür auszugeben pflegt, nur die Anwendung des Gesetzes der Gegensätze in der Aufeinanderfolge wahrer oder falscher Regierungsprincipien.

Der Mensch hat ein doppeltes Wesen, ein individuelles und ein geselliges, dem auch eine doppelte Persönlichkeit, eine private und eine öffentliche entspricht. Die Einheit beider und ihre Bethätigung nach allen Richtungen des menschlichen Lebens ist aber ein nothwendiges Erforderniss der Vernunft, wie der Natur, so zwar, dass man den Menschen wohl vorzüglich nur nach der einen Seite seines Wesens betrachten kann, ihn aber dadurch nie erschöpft und dabei jedesmal zu der andern Seite gelangen muss. Geht man von der geselligen Seite seines Wesens aus, so erscheint es als erste Folge derselben, dass der Mensch in geselligen Verhältnissen leben muss, dass er sittlich, intellectuell, und in materialistischer Beziehung ohne Gesellschaft sich nicht entwickeln, geschweige fortschreiten kann, dass aber in keiner Gesellschaft sein individuelles, privates, freies Wesen vernichtet werden darf, wenn sie eine menschenwürdige sein soll. Dies vorausgesetzt, kann man alle menschlichen Vergesellschaftungen in zwei Hauptarten eintheilen, nämlich: 1) in solche, bei denen das Interesse, der freie Wille der sich vereinigenden Persönlichkeiten das entscheidende Moment ist; 2) in solche, welche nur die Träger einer von den zufälligen Persönlichkeiten, ihren individuellen Interessen und Willen unabhängigen Ideen sind. Jede Gesellschaft hat etwas von beiden und kann von der einen Art in die andere übergehen; die angegebenen Momente entscheiden nur, zu welcher Klasse eine Gesellschaft in einem bestimmten Zeitpunkte gehört. Die Gesellschaften der erstern Art kann man im allgemeinen Associationen oder Gemeinschaften, die der andern Art Corporationen oder Gesamtpersonen nennen. Im Wesen der erstern liegt es, dass die Gemeinschaft sich immer durch eine freie Vereinigung der Willen ihrer Glieder bethätige; im Wesen der andern ist es begründet, dass die Bethätigung der Gesamtheit durch eine freie Unterordnung der jeweiligen Repräsentanten unter die durch sie personificirte Idee realisirt werde. Das Wesen des Menschen verlangt nun absolut eine solche Gestaltung der Gesellschaft, vermöge welcher diese in voller rechtlicher Unabhängigkeit von andern ähnlichen Gesellschaften auf eine ihr eigenthümliche (gesammt-individuelle) Weise alle Richtungen des menschlichen Lebens in freier oder organischer Unterordnung der einzelnen zugleich, und zwar durch äussere, nöthigenfalls auch rechtlich erzwingbare Ein-

richtungen anstrebt. Diese Gesellschaft ist es, die man Staat nennt. Wenn man daher sagt, die wesentlichen Eigenschaften des Staates seien Volk, Land und Regierung, oder der Staat sei das souveräne, organisirte Volk auf einem bestimmten Theil der Erd-Oberfläche, so sind in jedem der drei Momente die beiden anderen von selbst enthalten. Nach dem Gesetz der Mannichfaltigkeit in der Einheit ist eine Mehrzahl von Staat Forderniss (Postulat) der Einheit der Menschheit, und es erscheint diese selbst als eine mehr oder minder intime, mehr oder weniger rechtlich geordnete Gesellschaft staatlicher Völker. Aber auch das am wenigsten staatlich entwickelte Volk wird stets eine Mehrzahl von Gesellschaften in sich schliessen, die entweder räumlich oder ständisch begrenzt dem Staat selbst verwandt sind und insofern ihm dienen (Corporationen, juristische Personen) oder vorzüglich nur als eine Steigerung der individuellen Freiheit erscheinen (Associationen, Genossenschaften). Die *Gesellschaftswissenschaft* im weiteren Sinne umfasst daher auch den Staat. Versteht man unter ihr aber besonders die Wissenschaft der Association in dem eben angegebenen Sinne, so ist sie jedenfalls nicht ohne die Staatswissenschaft denkbar, und wenn die neuere Zeit aus ihr eine besondere Wissenschaft gemacht hat, so ist dies mehr eine Folge unseres Principes der wissenschaftlichen Arbeitstheilung, als des Umstandes, dass erst unsere Zeit diese Gesellschaft, und die ihr zu Grunde liegenden socialen Verhältnisse zum Gegenstand der Forschung gemacht hätte. Die ganze alte Gesetzgebung beweist, dass man auch damals die Wichtigkeit dieser Verhältnisse wohl erkannte.

(4) Die entscheidende Geistesmacht im Mittelalter war die Religion und damals mehr noch als jetzt war die ganze ideale Richtung des Christenthums von der irdischen Welt und dem Staate abgewendet. Die Verachtung der Welt galt als christliche Tugend, die Flucht ins Kloster als der Weg zu höherer Vollkommenheit; die Kleriker waren erhaben über die Laien, und der Staat war vornehmlich die Gemeinschaft der Laien. Die Kirche wurde als das Reich des Geistes, der Staat nur als das Reich des Leibes betrachtet. Die Erniedrigung des Staates, seine Entgeistigung und Abhängigkeit von der Kirche war damit im Princip ausgesprochen. Die Wissenschaft aber war vorzugsweise das Vorrecht der Geistlichkeit, die meisten gelehrten Schulen waren ihr Werk und ihre Domäne, und auch auf den wenigen freien oder Staatsschulen, die es gab, durften die Lehrer es nicht wagen, die göttliche Autorität der Kirche zu bestreiten oder abzuweisen.

Die realen Einrichtungen der mancherlei mittelalterlichen Staaten liessen sich aber nicht erklären aus den kirchlichen Idealen. Die Fürsten, die Stände, die Körperschaften und Gemeinden hatten ihre Rechte und ihre Ordnungen nicht von einer religiösen Offenbarung empfangen. Christus hatte sich trotz der messianischen Erwartung des jüdischen Volks der Aufgabe enthalten den Staat einzurichten. Er war nicht als weltlicher Gesetzgeber erschienen. Der Gegensatz von Kirche und Staat konnte daher in dem christlichen Europa nicht völlig geläugnet werden, und damit war anerkannt, dass der Staat doch nicht lediglich eine kirchliche Anstalt, nicht ganz der kirchlichen Herrschaft unterthan sei, dass

er eine relativ selbstständige Existenz habe. Die Staatsinstitutionen waren vorzüglich von dem Geist der germanischen Dynastien und Stände erfüllt. Aber auch in dem germanischen Wesen lag etwas Unstaatliches.

Es wurde den Germanen schwer, den Staatsbegriff in seiner Einheit und Machtentfaltung zu erkennen. Theils hinderte sie der trotzig Freiheitssinn der Individuen und Genossenschaften daran, der sich auch dem Ganzen nur widerwillig beugte, theils die rohe Selbstsucht der Mächtigen. Nicht blos der weltflüchtige, religiös-christliche Geist des Mittelalters also, auch der dem öffentlichen Leben zugewendete derbere Geist der germanischen Volksart, d. h. die zweite grosse moralische Potenz des Mittelalters, war der Erkenntniss des Staates nicht förderlich.

Die Erinnerung freilich an die Staatslehre des klassischen Alterthums war auch im Mittelalter nicht erloschen. Die Schriften des Aristoteles hatten in den gelehrten Schulen eine Autorität, welche innerhalb ihres Bereiches der Autorität der Bibel ähnlich war, nur verstand es sich in dem Conflict von selber, dass die heiligen Bücher den Vorzug behaupteten.

Der angesehenste Theologe des Mittelalters, der sogenannte "Engel der Schule," Thomas Ab Aquino, hatte selber wie die Ethik so auch die Politik des Aristoteles ausführlich erklärt und sein Commentar genoss in den folgenden Jahrhunderten grosses Ansehen und wurde später wiederholt gedruckt.

Der hellenische Gedanke, dass der Staat wesentlich das Werk des menschlichen Geistes und der menschlichen Thätigkeit sei, wurde von dem berühmten Theologen gut geheissen, aber die blos menschliche Natur des Staates musste bescheiden und demüthig hinter der göttlich-menschlichen Natur der Kirche zurückstehen. "Im heidnischen Alterthum, schrieb Thomas an den König von Cypren in der Abhandlung über das fürstliche Regiment," war der Cultus auf irdische Dinge und das Gemeinwohl gerichtet. Daher waren die Priester den Königen untergeordnet. Aber in dem neuen Gesetze steht das Priesterthum höher, welches die Menschen zu den himmlischen Dingen anleitet und daher müssen in der christlichen Ordnung die Könige den Priestern unterthan sein. Der Papst ist daher in höherem Sinne der Stellvertreter Christi als der König oder der Kaiser, und wie der Leib von der Kraft der Seele bewegt wird, so ist auch die weltliche Herrschaft abhängig von der geistlichen."

Der römische Staatsgedanke hatte sogar eine selbstständige Vertretung in der mittelalterlichen Laienwelt gefunden. Das Kaiserthum, so sehr es auch im Besitze der fränkischen und der deutschen Könige etwas ganz anderes geworden war, hielt doch das Andenken an das altrömische Kaiserthum und einen Theil seiner Ansprüche auf Weltherrschaft auch in den ungelehrten Völkern lebendig. Die ganze Folge der römischen Juristen auf den römischen Universitäten von Italien, Frankreich, Deutschland berief sich auf die Autorität des *Corpus Juris Romani* mit fast derselben Verehrung, wie die Theologen auf ihre heiligen Bücher, und in dem Gesetzbuch Justinians erschien der römische Staat ausgerüstet mit aller Majestät und Macht der Römerherrschaft. Die römische Kirche selbst

lernte manches von dem alten weltlichen Rom, und die geistliche Weltherrschaft, das Ideal der grossen Päpste, war zum Theil eine Nach- und Umbildung der untergegangenen römischen Staatsherrschaft.

Dann erhoben sich auch einzelne denkende Männer über die gewöhnliche Weltansicht ihrer Zeitgenossen und vertraten die Selbstständigkeit und Hoheit des Staates in ihren Schriften und Reden.

Im 13. Jahrhundert und in der ersten Hälfte des 14. besonders leuchteten derartige männliche Gedanken auf. Zuweilen war ein nationaler Schwung darin, wie in den französischen und deutschen Rechtsbüchern der Zeit, in dem deutschen Sachsenspiegel des trefflichen *Eike von Reppow*, in den "Coutumes de Beauvoisis" von *Beaumanoir*, in den Aeuserungen und Gesetzen des deutsch-römischen Kaisers *Friedrichs II.* und des französischen Königs *Ludwigs des Heiligen*. In Versen und in Prosa in dem "göttlichen Schauspiel" und in der Schrift über die Monarchie kämpfte der grosse Dichter und Philosoph *Dante* gegen die päpstliche Allgewalt und für die göttliche Majestät auch des Kaiserthums und die Hoheit des Staates. Muthig vertheidigte der Engländer *Occam* das Recht der französischen Könige wider die Ansprüche der römischen Kurie und kühner noch sprach *Marsilius* von Padua in dem Streite des Kaisers *Ludwig* des Baiern mit dem Papsthum der Kirche alle zwingende Rechtsgewalt ab, und wies sie ausschliesslich auf ihren religiösen Beruf hin. Er erkannte dem Staate das Recht zu, auch die Kirchengüter zu besteuern und über die Priester Gericht zu halten.

Aber alle jene Erinnerungen an das klassische "Alterthum" und diese neueren Speculationen über den Staat vermochten nicht die Grundanschauung der mittelalterlichen Welt zu überwinden und konnten keine neue Staatswissenschaft hervorbringen.

Der nicht zu sättigende Hunger nach Autorität, welcher das geistige Leben des Mittelalters charakterisirt, nahm die verschiedenartigsten Dinge gläubig auf, und bemerkte nicht, dass sie sich widersprachen. Das Mosaische Gesetz und die christliche Religion, hellenische Philosophie und römische Jurisprudenz, die Dekrete der Päpste und die Rechtsgewohnheiten der germanischen Völker vertrugen sich alle miteinander in einer wunderbaren Harmonie. Es gab keine historische Kritik, welche die Zeitalter unterschied, keine logische Kritik, welche den Widerstreit der Principien aufzudecken wagte. In dem Halbdunkel, in dem allein es dem denkenden Geiste zu forschen erlaubt war, traten die Gegensätze nicht klar heraus. Ueber alle andere Wissenschaft erhaben thronte die heilige Theologie und selber gebunden an die Autorität der Kirche und der Päpste, war sie für alle andern Wissenschaften wieder eine bindende und beschränkende Autorität. Sie hielt die Einheit dieses Geisteslebens zusammen. Erst als der specifisch mittelalterliche Geist seine Höhe überschritten hatte, und man mit sich selber ins Gericht ging, in dem grossen Reformzeitalter des sechszehnten Jahrhunderts erfährt auch die Staatswissenschaft ihre Erneuerung.

Zwischen der kirchlichen und der wissenschaftlichen Reform dieses Zeitalters besteht wohl ein gewisser, geistiger Zusammenhang, aber keineswegs ist die eine

nur eine Wirkung der andern. Sie gehen selbstständig neben einander her, sie unterstützen sich wohl zuweilen wechselseitig, aber sie wenden sich auch zuweilen misstrauisch und sogar feindselig von einander ab.

Die kirchliche Reform war vornehmlich ein Werk des deutschen Charakters und des deutschen Geistes. Die ersten aber, welche die Staatswissenschaft zu einer selbstständigen neuen Wissenschaft erhoben, waren *romanische* Denker.

Noch entscheidender als auf die kirchliche Reform hat auf die Fortbildung der Staatswissenschaft das neubelebte Studium der alten classischen Literatur eingewirkt, welches die zweite Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts characterisirt und zu dem eigentlichen Zeitalter der Renaissance macht.

In den Schriften der Römer und der Griechen war nichts zu finden von dem weltflüchtigen Mönchsgeist, um so frischer sprudelten da die Quellen des freien Menschengeistes. Der öffentliche Dienst für das Vaterland wurde da weit höher geschätzt, als die fromme Isolirung und Entsagung, die bürgerliche Freiheit höher als der Gehorsam, der Staat erschien da als das höchste Ideal des menschlichen Gesammdaseins. Das begeisterte Studium dieser heidnischen, aber geistvollen Werke musste die denkenden Leser zur Prüfung anregen, und wenn sie die Einrichtungen und die Lehren ihrer Gegenwart mit denen des Alterthums verglichen, so konnte der Vergleich nicht immer zu Gunsten der spätern Zeit ausfallen. Der philosophische, weltliche, politische Geist des damaligen Zeitalters empfing durch die Berührung mit dem Geiste des Alterthums eine Taufe und eine Weihe, die von der Erfüllung der kirchlichen Autorität völlig verschieden war.

Wir finden die beiden romanischen Bahnbrecher für die neuere Staatswissenschaft, Machiavelli und Bodin, ganz vorzüglich angeregt durch die klassischen Studien, und wollen wir ihnen den dritten spätern germanischen Hugo Grotius anreihen, so verdankt auch er der Bekanntschaft mit dem antiken Geiste einen grossen Theil seiner staatlichen Bildung.

Die leidenschaftlichen Urtheile über und meistens gegen Machiavelli haben allmählig einer ruhigeren und gerechteren Würdigung des bedeutenden Mannes Platz gemacht. Man hat ihn in seinen grossen Eigenschaften ehren gelernt und dennoch die Schwächen und Gefahren seiner Lehre nicht verdeckt.

(5) Die kirchliche Reform, welcher sich die deutsche Nation im 16. Jahrhundert mit ganzer Seele hingab, übte wohl einen Einfluss aber doch nur einen *mittelbaren* Einfluss aus auf die deutsche Staatswissenschaft. Zunächst wurden die mittelalterlichen Theorien fortgepflanzt, wie man sie überkommen hatte, und selbst der labyrinthische Bau des heiligen römischen Reiches deutscher Nation mit seinen Fürstenthümern, Reichsstädten, ritterschaftlichen Verbänden, mit seinen Reichstagen und Landständen dauerte ziemlich unverändert fort. Die politischen Reformversuche hatten nicht tief gegriffen und waren durch die mächtigere Kirchenreform verdrängt worden. Unter den Wissenschaften blieb die Theologie noch immer in ihrer herrschenden Stellung; nur die Jurisprudenz behauptete ihr zur Seite eine begränzte Selbstständigkeit; aber die Philosophie war genöthigt, der gotterfüllten Theologie wie eine Magd zu dienen.

Aber die Stellung des *Staates* gegenüber der Kirche war doch nur gründlich verändert worden. Die Unabhängigkeit und die Autorität des Staates zogen grossen Vorthail davon, dass die überragende Geistesmacht und Autorität des römischen Papstthums und der Hierarchie von den Protestanten bekämpft und verworfen ward und die neue Kirche nur unter dem Schutze des Staates eingerichtet werden konnte. Diese veränderte Stellung musste auch in ihren Folgen befreiend auf das Staatsbewusstsein wirken und dasselbe mit dem Gefühl der Hoheit und Ueberlegenheit erfüllen.

Die alte kirchliche Doctrin hatte den Klerus den Laien entgegengesetzt und übergeordnet. Der geringste Kleriker galt ihr mehr als der vornehmste Laie. Darin schon lag im Princip die Erniedrigung des Staates und seine Knechtschaft gegenüber der herrschenden Kirche. Indem *Martin Luther*, selber "ein Geweihter des Herrn" diese Ueberhebung des Klerus verwarf, und die wesentliche *Gleichheit* des geistlichen und des weltlichen Standes, die zusammen den Einen Körper der Christenheit bilden, vertheidigte, stellte er, so viel es in seiner Macht lag, die *Laienehre* wieder her, und entzog der Unterordnung des Staates unter die Kirche das Fundament, worauf sie gegründet war. Hatten die Kanonisten bisher gelehrt, dass die *weltliche Obrigkeit nicht* über die Geistlichen gesetzt sei, so widerlegte Luther auch diese Anmaassung des Klerus: Das ist eben so viel gesagt, "die hand sol nichts dazu thun, ob das aug gross noth leidet. Ist's nit unnatürlich, schweig unchristlich, dass ein glied dem andern nit helfen, seinem verderben nit weren sol?" Ja je edler das gliedmass ist, je mehr die andern ihm helfen sollen. Darum sag ich, dieweil weltlich gewalt von gott geordnet ist, die bösen zu strafen und die frommen zu schützen, so sol man ihnen ihr ampt lassen frei gehen und ungehindert durch den ganzen körper der Christenheit, niemand's angesehen, sie treff Papst, Bischof, Pfaffen, Mönch, Nonnen oder was es sonst ist. Wer schuldig ist, der leide. Was geistlich recht dawider gesagt hat, ist lauter römisch vermessenheit, denn also sagt sanct Paul allen Christen: Ein iegliche seele (ich halt des babsts auch) sol unterthan sein der oberkeit, denn sie treyt nit umscmst das schwert, sie dienet gott damit." (An den christlichen Adel). Zwar ist diese theologisch-christliche Begründung der *Rechtsgleichheit* zwischen Priestern und Laien und der staatlichen Unterordnung *Aller* unter die obrigkeitliche Gewalt für den Juristen und den Politiker nicht zureichend, denn diese leiten jene Sätze nicht davon ab, dass die *Christenheit Ein Körper* sei, sondern vielmehr davon, dass der *Staat Ein Körper* sei, weshalb dieselben ebenso von den Nichtchristen wie von den Christen gelten, und in dem heidnischen Römerstaat nicht minder anerkannt waren, als in dem neueren Staat der christlichen Völker; aber mit dem Resultat der lutherischen Beweissführung konnten die Juristen und die Staatsmänner sich wohl befriedigt erklären. Auch die katholische Kirche konnte bald nicht mehr mit Erfolg gegenüber dem wachsenden Staatsbewusstsein ihre frühere Privilegien behaupten.

Obwohl Luther alle äussere Gewalt der Kirche als unchristlich verwirft und den Bereich der staatlichen Autorität in weitem Umfang willig anerkennt,

so hat für ihn der Staatsbegriff doch nur einen untergeordneten Werth. Das religiöse Leben erfüllt ihn so ganz, dass ihm für das politische nur wenig Neigung und Verständniss übrig bleibt. Er theilt die Adamskinder in zwei Klassen: die einen gehören zum *Reiche Gottes*, die andern zum *Reiche der Welt*. Die ersten sind alle rechten Gläubigen in Christo und unter Christo, denn Christus ist der König und Herr im Reiche Gottes. Diese Leute bedürfen keines weltlichen Schwertes noch Rechts. Würde alle Welt aus rechten Christen bestehen, so brauchte sie keinen Fürsten und Herrn. Denn die den heiligen Geist im Herzen haben, die leiden fröhlich Unrecht, und thun selber Niemanden Unrecht. Ein guter Baum bedarf keiner Lehre nach Rechts, dass er gute Früchte trage, sondern seine Natur gibt's, dass er Früchte trägt wie seine Art ist. Also sind alle Christen durch den Geist und Glauben so geartet, dass sie von Natur recht thun, mehr als man sie mit allen Gesetzen lehren kann. Die alte katholische Kirchenlehre ging wohl von einer ähnlichen Idee aus, als sie den Klerus, in welchem sie vorzugsweise die rechten Christen erkannte von der Staatsgewalt und dem weltlichen Rechte frei erklärte. Aber Luther konnte sich mit der formalen Scheidung zwischen Klerus und Laien nicht befriedigt fühlen. Er achtete vorzugsweise auf die innere Religiösität und suchte seine rechten Christen — die seltenen Vögel, wie er sagte — unter der grossen Masse der Geistlichen und der Weltlichen, welche auf diese Bezeichnung im vollen Sinne des Worts keinen Anspruch haben und daher sämmtlich des weltlichen Rechts bedürfen.

Zum Reiche der Welt gehören nach Luther die, welche nicht Christen sind in diesem specifischen Sinne. Da nur Wenige in Glauben und Leben wahre Christen sind, so hat Gott ausser dem Gottesreich noch ein anderes Regiment aufgerichtet, das *weltliche* Regiment, und diesem das Schwert gegeben, die Bösen zur Ordnung zu nöthigen. Für diesen weltlichen Stand ist das *Gesetz* gegeben. Christus regiert ohne Gesetz, allein durch den Geist, aber das weltliche Regiment schützt den Frieden mit dem Schwert. Auch ein Christ darf dieses Schwert führen, wenn er dazu berufen ist, damit der Friede unter den Menschen erhalten und das Unrecht gezüchtigt werde. Auch diese Gewalt, die Gottes Dienerin ist, wie Paulus sagt, ist nöthig und gut, wie jeder andere weltliche Beruf (Schrift: „von weltlicher Ueberkeit.“)

Der Staat ist also nach Luther eine *mindere Ordnung* nicht auf den christlichen Glauben, sondern von dem *Bedürfniss und die Schwäche der menschlichen Natur*, aber ebenfalls auf Gott gegründet. Ihr allein gebürt die Gewalt. Nur in ihr ist eine *Obrigkeit*. Die Priester und die Bischöfe sind keine Obrigkeit. Sie haben keine Gewalt, sondern einen Dienst, kein Schwert, sondern ein Amt. Sie sollen lehren und beten, nicht richten. Was der moderne Staat als sein ausschliessliches Recht behauptet, Gesetzgebung, Regierung, Gericht, worin er keine Concurrenz der Kirche anerkennt, das hat ihm Luther — wenn gleich aus religiösen Motiven — zugestanden. Er scheidet fortwährend, wie es das Augsburger Bekenntniss thut, die Autorität der Kirche und die Macht des Staates und unterwirft dieser letztern vollständig alle äusseren Dinge. Seine Vorstellung vom Staat erhebt sich

nur wenig über den beschränkten Bereich der Rechtspflege. Er folgt hierin den alttestamentlichen Ueberlieferungen. Seine ganze Denkweise ist fortwährend gebunden an die Autorität und an die Darstellung der Bibel, in der er die Quelle seines religiösen Glaubens gefunden hat. Sein Staat ist nicht viel mehr als eine unentbehrliche Zucht- und Friedensanstalt. Aber so ungenügend und lückenhaft diese Vorstellungen auch sind, so war dieser theologische Reformator doch ehrlich genug, zuzugestehen, dass das weltliche Recht nicht auf dem Christenthum beruhe, und so bescheiden, um die allgemeine Wirksamkeit des staatlichen Gesetzes zu achten. Die geistige Bedeutung des Staates war ihm noch dunkel, die *sittliche* Natur aber des Staates hob er mit gläubigem Nachdruck hervor. —

In diesem sittlich-religiösen Sinne verstand er denn auch den paulinischen Satz: *Alle Obrigkeit ist von Gott*. Er verstand darunter keineswegs eine besondere göttliche Würdigkeit der Fürsten, durch welche sie über die anderen Menschen empor ragen. Die Götzendienerei und Schmeichelei war ihm in allen ihren Formen verhasst. Er sieht in den Fürsten keine göttlichen Wesen, sondern schlichte Menschen, mit Schwächen und Mängeln behaftet wie ihre Unterthanen auch; „nicht Statthalter, sondern Diener und Handwerker Gottes.“ Die erschreckende Grobheit, mit der er seine Meinung gegen den Papst und die Cardinäle ausspricht, verschont auch die weltlichen Fürsten nicht. „Von Anbeginn der Welt,“ schreibt er in dem Büchlein über die weltliche Obrigkeit, „ist ein kluger Fürst ein gar seltsamer Vogel, und ein frommer Fürst noch viel seltsamer.“ Er erfrecht sich, beizufügen: „Sie sind gemeiniglich die grössten Narren oder die ärgsten Buben auf Erden, und meint gar, Gott habe ihnen in seinem Zorne die Gewalt gegeben.“

Die christlichen Fürsten mahnt er eindringlich an ihre *göttliche Pflicht*. „Sie sollen alle ihre Sinne dahin richten, wie sie ihren Unterthanen dienlich und nützlich sein können. Keiner von ihnen denke: Land und Leute sind mein, ich will's machen wie mirs gefällt, sondern Jeder denke: Ich bin des Landes und der Leute, und ich soll's machen, wie es ihnen nutz und gut ist.“ Der Einwendung: „Wer wollte denn Fürst sein, wenn nur Mühe, Arbeit und Unlust das Loos der Fürsten ist?“ entgegnet er: „Wir lehren nicht, wie ein weltlicher Fürst leben soll, sondern wie ein weltlicher Fürst ein Christ sein soll, damit er in den Himmel komme.“ Er will keine Staatslehre, sondern eine Christenlehre geben, kein Gesetz verkünden, sondern zu frommer Pflichterfüllung machen. Er ist in allen Dingen Theologe, nicht Jurist; Prediger und Seelsorger, nicht Staatsmann.

Gegen die *Männer des Rechts und des Staats* ist er sehr misstrauisch; er hält sie mit überaus seltenen Ausnahmen für „schlechte Christen“ und schlägt in seinen Tischreden gern auf die „silbernen Juristen“ los. Seiner Frau schrieb er einmal kurze Zeit vor seinem Tode, als er wider Willen genöthigt worden, an Rechtsverhandlungen Theil zu nehmen: „Ich bin nun auch Jurist geworden. Aber es wird ihnen nicht gedeihen. Es wäre besser sie liessen mich einen Theologen bleiben. Käme ich unter sie, so ich leben soll, ich möcht' ein Poltergeist werden, der ihren Stolz durch Gottes Gnade hemmen möchte.“ Aber das

hindert ihn doch nicht, sie auf ihrem weltlichen Gebiet unangefochten gewähren zu lassen; er hütet sich vor pfäffischer Einmischung in die Dinge, die er nicht versteht, die nicht seines Amtes sind. Das tadelt er am schärfsten an den Mächtigen seiner Zeit, dass die geistlichen Fürsten weltlich regieren und dass die weltlichen Fürsten geistlich herrschen wollen.

Das Recht der weltlichen Obrigkeit, obwohl er es von Gott ableitet, ist ihm kein absolutes. Er ist der Schranken desselben, eben weil sie dem weltlichen Recht angehören, nicht überall bewusst. Aber mit heiligem Ernst eifert er aus Gründen der Religion und der heiligen Schrift gegen jede Ausdehnung dieser Gewalt auf den Glauben der Menschen. Das weltliche Gesetz darf sich nach seiner Ansicht nicht weiter erstrecken, als über *Leib und Gut und was äusserlich auf Erden*. „Denn über die Seele kann und will Gott Niemand regieren lassen, als sich selbst.“ Gott hat den Menschen keine Gewalt gegeben über die Seelen, der Mensch kann keine Seele tödten noch lebendig machen, weder gen Himmel noch in die Hölle führen. Jede Gewalt kann nur da handeln, wo sie sehen, erkennen, wissen, urtheilen, wandeln und ändern kann. Da der Mensch nicht in die Herzen sieht, und die Gedanken der Seele ihm nicht offenbar sind, so kann er hier weder gebieten noch richten. Der Einwendung, dass die weltliche Gewalt nicht zum Glauben zwingen, wenngleich sie äusserlich der Ausbreitung der Ketzerei wehre, entgegnet er: „Das sollen die Bischöfe thun, nicht die Fürsten. Denn der Ketzerei kann nimmermehr mit Gewalt gewehrt werden. Dazu gehört ein anderer Griff, es ist das kein Handeln mit dem Schwert, Gottes Wort soll hier streiten, wenn es das nicht ausrichtet, so wird's wohl unausgerichtet bleiben von weltlicher Gewalt, ob sie gleich die Welt mit Blut erfüllte. Gottes Wort erleuchtet die Herzen, und damit fallen dann von selbst Irrthum und Ketzerei aus dem Herzen.“

Freilich kam Luther selbst gegenüber der wilderregten Leidenschaft der religiösen und kirchlichen Parteien ins Gedränge mit seiner Verehrung der *Glaubensfreiheit*, und blieb nicht immer consequent. Er gab zu, dass die offenbaren Irrlehrer verbannt, aber nicht, dass sie getödtet werden. Aber so viel es ihm irgend möglich schien, hielt er doch an einen Grundsatz fest, den erst spätere Zeiten mit vollwirksamen Rechtsschutz ausgerüstet haben. Zu der freieren Auffassung der *Cultusfreiheit*, welche der heutige Staat gewährt, konnte er sich noch nicht erheben. Was ihm als „Götzendienst“ erschien, wollte er so wenig als die offenkundige „Blasphemie“ geduldet wissen.

Weit weniger interessirte er sich für die Beschränkung der obrigkeitlichen Gewalt innerhalb der weltlichen Dinge aus Gründen des *Staatsrechts* oder des *Privatrechts*. Die Autorität der Bibel verliess ihn hier, und er bemerkte wohl, dass das eher Fragen für die Rechtsgelehrten als für die Theologen seien. Er war als Christ, der auf die äusseren Dinge wenig Werth legte und den sein Glaube zum Gehorsam gegen die Obrigkeit mahnte, geneigt in solchen Dingen ohne nähere Prüfung zu gehorchen und auch Andern Gehorsam zu predigen. Aber sein natürliches Rechtsgefühl vertrug sich auch hier nicht mit einer absoluten Gewalt der

Obrigkeit, obwohl er ihre Grenzen nicht zu bestimmen wusste. In seinen reiferen Jahren verwendete er sich mit grossem Ernst für seine näheren Landsleute, welche von der Tyrannei des Grafen Albrecht von Mansfeld vielfältig gedrückt wurden. Er schrieb deshalb an ihn selbst und an seine Vettern und ermahnte sie, das Unrecht abzustellen: “Denn dass mein gnädiger Herr Albrecht vielleicht gedenkt die Herrschaft und alle Güter seien sein eigen, da sagt Gott nein dazu, und wird's nicht leiden. Denn Bauer, Bürger, Adel haben eigene Güter, doch unterworfen mit Lehen nach kaiserlichen Rechten, so von Gott bestätigt ist, und haben's also aus göttlichem Recht. Wer nun also will die Güter zu sich reissen — da ist Gottes Gnade und Segen nicht, heisset auch gestohlen und geraubet vor Gott. Euer Gnaden haben es zu bedenken, wenn solch Exempel sollte einreissen den Unterthanen zu nehmen, was ihr eigen ist, so wird ein jeder Oberherr den Unterherrn auffressen, und wie der Edelmann den Bauer, also der Fürst den Edelmann und Grafen. Was will dann zuletzt werden, denn ein Regiment ärger denn der Türke hat, ja ein teuflisch Regiment.” (Bf. von 1542.) Der ganze Kampf Luther's war in der Kirche wider “die Menschensetzungen” gerichtet und für Gestellung des lautern Gottesworts. Das innere, religiöse Leben wollte er erwecken, die Zuversicht des Glaubens erneuern, von der Tiefe des gotterfassten Gemüthes auch das Christenthum zu Ehren bringen. Von einem solchen Mann darf man nicht erwarten, dass ihm Recht und Staat besonders am Herzen liegen. Auch darin strebte er dem leuchtenden Vorbilde von Christus nach, dass er sich um das Reich der Welt wenig kümmerte und keinerlei Staats- und Rechtsgesetze gab. Demgemäss verwarf er das *ganze kanonische Recht*, wie es zu seiner Zeit auf den Universitäten gelehrt und in den geistlichen Gerichten gehandhabt wurde, ganz und gar. Auch das *corpus juris canonici* opferte er mitsammt der päpstlichen Bulle den Flammen, um damit seine Lossagung von der bisherigen Autorität zu erklären. In der berühmten Schrift an den Adel deutscher Nation (1520) sagte er der deutschen Nation, was er davon halte: “Es wäre gut, das geistlich Recht vom ersten Buchstaben bis auf den letzten von Grund auszutilgen, besonders die Dekretalen. Es ist uns übrig genug in der Bibel geschrieben, wie wir uns in allen Dingen halten sollen. So hindert solches Studiren nur die heilige Schrift. Auch schmeckt das mehrere Theil darin nach Geiz und Hoffahrt, und obschon viel Gutes darin wäre, so sollte es doch billig untergehn, weil der Papst alle geistlichen Rechte in seines Herzens Kasten gefangen hält.

“*Das weltliche Recht* ist auch eine Wildniss worden. Wiewohl es viel besser, künstlicher und redlicher ist als das geistliche Recht, so ist sein doch viel zu viel geworden. Fürwahr vernünftige Regenten neben der heiligen Schrift, wären übrig Recht genug, wie sanct Paul sagt: Ist Niemand unter euch, der da mag seines nächsten Sache richten, dass Ihr vor den heidnischen Gerichten müsst hadern?”

Seine religiöse Natur reizt ihn wieder dazu, das Bedürfniss des Rechts überhaupt zu beklagen. Dann aber fasst er sich rasch wieder, und beruhigt sich dabei, dass “die kaiserlichen gemeinen Rechte (das römische Recht) doch nur

zur Noth gebraucht werden, indem die Landesrechte und Landessitten vorgehen," und fügt den nationalen aber noch immer nicht erhörten Wunsch bei: "Wollte Gott es werde jedes Land, wie es seine eigene Art und Gaben hat auch mit *eigenen kurzen Rechten* regiert wie es war, bevor man solch fern gesuchtes und weitläufiges Recht gefunden und damit die Leute beschwert hat."

Das "Recht der Liebe," welches alles Recht des Gesetzes entbehrlich machte, war nur deshalb nach Luther's Meinung auf der Erde unzureichend, weil die Liebe nicht in Allen lebendig war. Unter der Voraussetzung eines vernünftigen Richters zog er daher das "natürliche Recht der Vernunft" allem nach Rechtsbüchern geschriebenen Rechte vor und verlangte, dass man "die geschriebenen Rechte *unter der Vernunft halte*, aus der sie geflossen sind, als aus dem rechten Brunnen und nicht umgekehrt die Vernunft mit Buchstaben gefangen führe."

So weit diese Mahnungen nur den Vorzug des *wirklichen* in den natürlichen Verhältnissen sichtbaren und sittlichen *Volksrechtes* im Gegensatz zu dem *blossen Buchstabenrecht* und Schreibstubenrecht bezwecken, dürfen wir uns dieselben auch heute noch wohl gesagt sein lassen. Aber Luther verstand doch den Begriff des wirklichen Rechts nicht, indem er denselben nicht genug von der übrigen Moral abhob, und war sehr geneigt, die orientalische Willkür eines moralisch bewegten Gemüthes für das Ideal der Rechtspflege anzusehen. So führt er mit grossem Wohlgefallen folgendes Beispiel einer ächt sultanischen Rechtspflege an. Ein Edelman fing in der Fehde seinen Feind. Der Frau des Gefangenen, welche ihren Mann zu lösen kam, versprach er, den Mann zu geben, wenn sie zuvor ihm selber zu Willen sei. Die Frau berichtet ihren Mann und gab sich dem Sieger hin, um jenen zu lösen. Darauf liess der Edelmann seinem Gefangenen den Kopf abschlagen, und gab ihn so todt der Frau. Die wandte sich an den Herzog Karl von Burgund um Gerechtigkeit. Der forderte von dem Edelmann, dass er die Wittwe nun zur Ehe nehme, liess ihm dann, als der Brauttag aus war, auch den Kopf abschlagen, und setzte die Frau in seine Güter ein. "Sieh, solch ein Urtheil hätte kein Papst, kein Jurist, noch kein Buch geben mögen, sondern es ist aus freier Vernunft über aller Bücher Recht gesprungen."

Eine Menge von Theologen und auch manche Rechtsgelehrte haben aus dem Paulinischen Satz: Alle obrigkeitliche Gewalt ist von Gott, die Folgerung einer *unveränderlichen* und *unzerstörbaren Legitimität* gezogen. Obwohl die historische Wissenschaft Luther's sich nur auf ein enge begrenztes Feld erstreckt, so weiss er doch von der Geschichte der Völker und der Staaten genug, um die Unwahrheit dieser Behauptung zu erkennen. Als ein verständiger Ausleger der Schrift übersieht er auch nicht, dass Paulus *alle* und nicht blos die legitim entstandene obrigkeitliche Gewalt, insbesondere auch die Gewalt der römischen Kaiser über Palästina für göttlich erklärt. Seine religiöse Denkweise lässt ihn in der Erhebung und in dem Sturze der Mächtigen und der Fürsten gleichmässig die weltleitende Hand Gottes erkennen. So sagt er: "Gott dem Herrn ist es ein klein Ding, Reich und Fürstenthum *hin und her zu werfen*. Zuweilen gibt er einem bösen Buben ein Königreich und nimmt es einem Frommen, zuweilen durch Verrätherei

böser Menschen, zuweilen durch das Erbrecht. Er hat Gewalt in allen Reichen der Menschen, sie zu geben welchen er will. ”

Den Deutschen redet er ins Gewissen, dass auch das Kaiserthum nicht auf rechtmässigem Wege an sie gekommen sei, denn der Papst habe kein Recht gehabt, das Reich dem rechten griechischen Kaiser in Constantinopel zu rauben und es an die Deutschen zu verschenken. Er meint, die Deutschen haben keine sonderliche Ursache, sich dessen zu rühmen, denn vor den Augen Gottes sei die Gabe eines neuen Reiches gar gering und näher besehen, haben wir solches römisches Reich viel zu theuer mit deutschem Blute und mit deutscher Freiheit bezahlt. “ Wir haben des Reiches Namen, aber der Papst hat unser Gut, Ehre, Leib, Leben, Seele und Alles, was wir haben. Die Päpste haben Kaiser werden wollen, und da sich das doch nicht schicken mochte, so haben sie die Deutschen getäuscht, und indem sie den Deutschen das geraubte Kaiserthum gaben, haben sie sich über die Kaiser gesetzt. Da wir vermeinten Herren zu werden, sind wir der allerlistigsten Tyrannen Knechte geworden. Wir haben den Namen, Titel und Wappen des Kaiserthums, aber den Schatz, Gewalt, Recht und Freiheit desselben hat der Papst. So frist der Papst den Kern, so spielen wir mit den ledigen Schalen.” Im Uebrigen, meint Luther, da wir das Reich nun haben, so sollen wir's nicht fahren lassen, sondern in Gottes Furcht redlich regieren, bis Gott es wieder nimmt. In der “Ermahnung zum Frieden auf die XII Artikel der Bauerschaft in Schwaben” (1525) wendet er sich gleichzeitig sowohl an die *Fürsten und Herren*, als an die *Bauern*, den Erstern führt er zu Gemüthe, dass der Aufruhr die verdiente Strafe für sie sei, den Letztern empfiehlt er Gehorsam der Obrigkeit. Zu jenen sagt er: “ das sollt Ihr wissen, liebe Herrn, Gott schafft es also, dass man nicht kann, noch will, noch soll Eure Wütherei länger dulden. Ihr müsst anders werden und Gottes Wort weichen. Thut Ihr's nicht durch freundliche willige Weise, so müsst ihr's thun durch gewaltige und verderbliche Weise. Thun's diese Bauern nicht, so müssen's andere thun. Und ob ihr sie Alle schläget, so sind sie noch ungeschlagen. Gott wird andere erwecken denn er will euch schlagen und wird euch schlagen.” Aber auch die Bauern bedroht er mit dem Zorne Gottes, weil sie gegen das göttliche Gebot sich der Gewalt frevelhaft unterwinden und unchristlichen Aufruhr treiben.

Es ist weltbekannt, wie unablässig und wie eifrig Luther *gegen den Aufruhr* gepredigt und geschrieben hat. Auch das hat er nicht mit dem Rüstzeug des Rechts, sondern mit den Gründen der christlichen Religion gethan. Die Frage: “ Wenn ein Fürst Unrecht hätte, ob ihm sein Volk zu folgen schuldig sei ? ” beantwortet er noch mit nein, denn wider das Recht gebührt Niemanden zu thun. Gott will das Recht haben, daher gehorcht man Gott, wie man dem Recht gehorcht. Aber wenn die Unterthanen ungewiss wären, ob der Fürst Recht habe oder nicht, dann ermahnt er sie im Zweifel zu thätigem Gehorsam. Aber da der wahre Christ wohl Unrecht leidet, aber nicht Unrecht thut, und der Apostel den Gehorsam empfiehlt, so kommt er als Theologe von dieser religiösen Anschauung aus nicht über den passiven Widerstand gegen die Tyrannei hinaus.

Nicht einmal in solchen Dingen, die ihm ganz besonders am Herzen liegen, nicht einmal gegen Angriffe auf die Kirchenreform. Es war ihm auch da rechter Ernst mit jenem Princip.

Als er fürchtet, dass der Kaiser mit Gewalt wider die evangelischen Stände einschreiten werde, mahnt er die Fürsten dennoch ab, dem Kaiser mit den Waffen entgegen zu treten. Er meint: Weil Karl V. Kaiser sei, so müsse der Spruch Christi gelten: "Gebet dem Kaiser was des Kaisers ist," und wenn er auch alle Gebote Gottes überträte. Nicht blos den gütigen und frommen, auch den bösen und ungeschlachten Herren soll der Christ unterthan sein, und nimmermehr schicke es sich, dass die Fürsten, die des Kaisers Unterthanen seien, mit Gewalt gegen ihn streiten. Die Kurfürsten können ihn wohl absetzen, dann sei er nicht mehr Kaiser. Aber so lange er Kaiser sei, dürfe man keine Rotterei und Aufruhr gegen ihn erheben. Er selber ist bereit sich dem Kaiser persönlich zu stellen, wenn er es durchaus fordere." Indessen diese Ermahnung zu blos passivem Widerstande gegen den Kaiser stand mit dem Rechte der Fürsten und der Stände, wie es während des ganzen Mittelalters bestand, in so heftigem Widerspruch und die wichtigsten Interessen konnten dabei so wenig bestehen, dass die damaligen Juristen sich mit aller Macht gegen jene theologischen Schlussfolgerungen wehrten. Es kam zwischen Juristen und Theologen zu ernstern Erörterungen und am Ende musste auch Luther zugestehen, dass jene berechtigt seien, ihr weltliches Recht anzuwenden, und dass, wenn dieses den activen Widerstand gestatte, der Kaiser, der ja der Urheber des weltlichen Rechts sei, sich denselben gefallen lassen müsse. Den juristischen Spruch: *Vim vi repellere licet* wollte er freilich nicht gelten lassen und mit gutem Grund, denn der passe nicht auf das Verhältniss von Obrigkeit und Unterthanen. Aber wenn, meinte er, die Juristen behaupten können, das kaiserliche Recht gestatte in offenbar ungerechten Dingen sein klares Recht auch mit Gewalt zu verfechten, so habe er als Theologe dagegen nichts zu sagen. Da mögen die Juristen zusehen und auf ihre Verantwortung hin handeln.

Später ist er in dieser freieren Richtung noch entschiedener geworden. Im Januar 1539 erliessen die Theologen Martin Luther, Justus Jonas, Martin Bucer, und Philip Melancthon ein gemeinsames Gutachten, in welchem die *Gegenwehr* sehr bestimmt vertheidigt wird. Die erste Frage lautete: "Ob die Obrigkeit schuldig sei, sich und ihre Unterthanen wider unrechte Gewalt zu schützen, wider gleiche Fürsten und wider den Kaiser, besonders in dieser Religionssache?" Das Bekenntniss der Theologen bezeugte: "dass nicht allein die Defension zugelassen, sondern auch wahrhaftiglich und ernstlich einer jeden Partei jeder Potestat geboten sei, dass sie Gott diesen Dienst schuldig sind, sich zu wehren und zu schützen, so sich Jemand, Obrigkeit oder andere unterstünde, sie zu zwingen, Idolatrie und verbotene Gottesdienste anzunehmen, item, so Jemand unrechte Gewalt an ihren Unterthanen zu üben vornehme." Es findet sich darin der wichtige Satz ausgesprochen: "Wie das Evangelium der Obrigkeit Amt bestätigt, also bestätigt es auch natürliche und gesetzliche Rechte. Und ist nicht Zweifel, ein jeder Vater ist schuldig nach seinem Vermögen Weib und Kind wider öffentlichen

Mord zu schützen. Und ist *kein Unterschied zwischen einem Privatmann und dem Kaiser so er ausser seinem Amt unrechte Gewalt* und besonders öffentlich oder notorie unrechte Gewalt vornimmt, denn *öffentliche violentia hebt auf alle Pflichten zwischen den Unterthanen und Oberherrs, jura naturæ.*"

(6) Unsere Frage: Wie entsteht ein Volk? hat Sinn und Bedeutung nur für die ältesten Zeiten. Wir wollen wissen, wie Menschen zu Völkern wurden, ehe es "Schäfer der Menschen" oder Könige gab. Die natürlichste Antwort wäre allerdings, dass Gemeinschaft des Blutes zur Bildung von Völkerstämmen führte, aber ein kurzes Nachdenken zeigt die Unzulänglichkeit auch dieser Ansicht. Gemeinschaft des Blutes bildet Familien, Stämme, möglicherweise auch Rassen; aber das höhere und rein ethische Gefühl, welches fremde Menschen verbindet und zu einem Ganzen macht, kann nicht ausschliesslich durch das bewusstlose Band des Blutes erklärt werden.

Die wahren Elemente, welche zur Bildung von Völkern gehören, sind Sprache und Religion, und zwar ist Religion ein noch kräftigeres Ingredienzmittel, als Sprache. Die Sprachen von vielen der Ureinwohner Nord-Amerikas sind nur dialectische Verschiedenheiten derselben Urform, aber die, welche diese Dialecte sprechen, scheinen sich nie, soweit wir sie verfolgen können, zu einem grossen einheitlichen Volksbewusstsein erhoben zu haben. Sie blieben blosse Stämme und wandernde Züge, und selbst bei ihrem Antagonismus gegen fremde Eindringlinge entwickelte sich bei ihnen nie das Gefühl einer nationalen Zusammengehörigkeit, weil ihnen das Gefühl der höheren Einheit fehlte, welche durch die Verehrung desselben Gottes oder derselben Götter hervorgerufen, oder wenigstens gekräftigt wird. Betrachten wir dagegen die Griechen, so sehen wir, dass diese, obgleich auch sie stark abweichende und gegenseitig kaum verständliche Dialecte, der Aeolischen, Dorischen und Jonischen, sprachen, sich doch zu allen Zeiten, selbst wenn sie unter verschiedenen Tyrannen standen, oder sich in zahlreiche Republiken zersplittert hatten, als ein grosses Hellenisches Volk fühlten. Was war es also, was in ihren Herzen, trotz verschiedener Dialecte, trotz verschiedener Dynastien, trotz der Streitigkeiten zwischen verschiedenen Stämmen und der Eifersucht verschiedener Staaten, doch stets das tiefe Gefühl jener idealen Einheit warm erhielt, in der das Wesen eines Volkes beruht? Ich glaube, es war ihre alte Religion, es war die dunkle Erinnerung, dass sie alle seit unvordenklichen Zeiten demselben Vater der Götter und Menschen angehörten, es war ihr Glaube an den alten Gott von Dodona, an den Panhellenischen Zeus.

Nirgends wohl finden wir einen schlagenderen Beiweis für die Richtigkeit unserer Ansicht, dass die Religion noch mehr als die Sprache die Quelle des Volksbewusstseins ist, als in der Geschichte der Juden, die sich so gerne das erwählte Volk Gottes nannten. Die Verschiedenheit zwischen der Sprache der Juden und den Dialecten der Phönicier, der Moabiter und anderer Nachbarstämme war nicht so gross als die Verschiedenheit zwischen den Dialecten Griechenlands. Die Verehrung Jehovas war es, die das jüdische Volk zu dem

machte, was es war, zu dem Volke Jehovas, das durch seinen Gott, weit mehr als durch seine Sprache, von dem Volke des Camos (den Moabitern) (Mos. IV. 21, 29. Jeremias 48, 7 : “Und Camos muss gefangen wegziehen sammt seinen Priestern und Fürsten.”) und von den Verehrern von Baal und Astoreth abgesondert war. Die wandernden Stämme Israels verdanken ihr Nationalbewusstsein ihrem Gottesbewusstsein, ihrem Glauben an den einigen Gott, Jehovah.

Schelling sagt in seiner Einleitung in die Philosophie der Mythologie: “Sehen wir von hier auf früher Gefundenes zurück, so ist jedes Volk als solches *erst da*, nachdem es sich in Ansehung seiner Mythologie bestimmt und entschieden hat. Diese kann ihm aber nicht in der Zeit der *schon vollbrachten* Absonderung, und nachdem es bereits als Volk geworden war, entstehen; da sie ihm indess ebenso wenig entstehen konnte, so lange es noch im Ganzen der Menschheit als ein bis dahin unsichtbarer Theil derselben begriffen war, so wird ihr Ursprung gerade in den Uebergang fallen, da es noch nicht als bestimmtes Volk vorhanden, aber eben im Begriff ist, sich als solches auszuscheiden und abzuschliessen.

Hegel, der grosse Rival Schellings, kam zu ganz derselben Ansicht. In seiner “Philosophie der Geschichte” sagt er: “Die Religion steht im engsten Zusammenhang mit dem Staatsprincip; die Vorstellung von Gott macht die allgemeine Grundlage eines Volkes aus. Wie daher die Religion beschaffen ist, so der Staat und seine Verfassung; er ist wirklich aus der Religion hervorgegangen und zwar so, dass der athenische, der römische Staat nur in dem specifischen Heidenthum dieser Völker möglich war, wie auch ein katholischer Staat einen andern Geist und andere Verfassung hat als ein protestantischer. Der Geist eines Volkes ist ein bestimmter, individueller Geist, der sich seiner Bestimmtheit bewusst wird in den verschiedenen Sphären: in der Bestimmtheit seines sittlichen Lebens, seiner Verfassung, seiner Kunst, Religion und Wissenschaft.

Aber nicht nur diese zwei, anscheinend so antagonistischen Philosophen, Schelling und Hegel, vertreten diese Ansicht, sondern auch Historiker, und namentlich die, welche sich mit der ältesten Geschichte des Rechts beschäftigt haben, gelangen zu derselben Anschauung. Obgleich Manche das Recht als die Grundlage jeder Volksgemeinschaft, als das Band, welches Menschen zu einem Volke verbindet, betrachten, so haben doch die, welche tiefer dringen als die blosse Oberfläche, bald eingesehen, dass das Recht selbst und namentlich das älteste Recht, sein wahres Leben, seine Kraft und Autorität aus der Religion schöpft. Sir H. Maine hat allerdings vollkommen Recht, wenn er die Vorstellung, die sich z. B. im Gesetzbuch Manu's findet, nämlich, dass die Gottheit eine ganze Sammlung von Gesetzen gleichsam dictirt, als entschieden modern betrachtet. Aber der Glaube, dass ein Gesetzgeber eine nähere Beziehung zur Gottheit hatte, als die grosse Masse der Menschen, klingt aus allen Ueberlieferungen der alten Welt deutlich hervor. Nach einer oft citirten Stelle im Diodorus Siculus (I. 94) glaubten die Egypter, dass ihre Gesetze dem Mnevis von Hermes mitgetheilt worden wären: die Creter meinten, dass Minos seine Gesetze von Zeus, die Lakedämonier, dass Lykurgos seine Gesetze von Apollo erhalten

habe. Nach den Ariern hatte ihr Gesetzgeber Zathraustes seine Gesetze vom Guten Geiste empfangen ; nach den Geten erhielt Zamolxis seine Gesetze von der Hestia, und nach den Juden erhielt Moses die seinigen vom Gotte Iao.

Niemand hat so schlagende Beweise beigebracht, als Sir H. Maine selbst, dass in alten Zeiten die Religion, als eine göttliche Macht, die Grundlage und Stütze jeder Lebensform, jeder gesellschaftlichen Einrichtung war. "Eine übernatürliche Obhut," so schreibt er, "heiligt und schützt, so glaubt man, alle wichtigen Einrichtungen jener frühen Zeiten, den Staat, den Stamm, und die Familie." (p. 6.) "Die ursprüngliche Gruppe ist die Familie ; die Vereinigung von Familien bildet die *gens* oder das Haus ; die Vereinigung von Häusern den Stamm ; die Vereinigung von Stämmen den Staat." (p. 128.) Nun liegt aber das, was die Familie zusammenhält, in den Familien, *sacra* (p. 191), und dasselbe gilt von der *gens*, dem Stamm und dem Staat, so dass Fremde zu diesen Verbrüderungen nur dann zugelassen werden konnten, wenn ihnen Zulass zu den *sacra* gegeben war. (p. 131.) Erst in späterer Zeit scheidet sich Recht von Religion (p. 193), aber selbst dann bleiben noch viele Spuren, die uns zeigen, dass der erste Altar der Herd war, der erste Priester der Vater, während Frau, Kinder und Gesinde die erste Gemeinde bildeten, die sich am heiligen Feuer, bei der Hestia versammelten, die ursprünglich die Gottheit des Hauses, später die Gottheit des ganzen Staates war. Bis auf den heutigen Tag hat einer der wichtigsten Civilacte, welche die Grundlage jeder wahren Civilisation bildet, die Ehe, noch immer etwas von dem religiösen Character beibehalten, den sie von Anfang an gehabt hat.

Wir müssen es uns nur vor Allem klar zu machen suchen, was eigentlich das ist, was wir hier unter Religion verstehen. Es ist nicht das, was als eine unbewusste Macht im Menschenherzen lebt, sondern es ist Religion in ihrer äusseren Erscheinung, Religion als etwas Verstandenes, Ausgesprochenes, Fassbares, welches als solches beschrieben und Andern mitgetheilt werden kann. Dies, was wir hier Religion nennen, ist in den alten Zeiten, von denen hier allein die Rede sein kann, etwas in sehr enge Grenzen Eingeschlossenes. Ein paar Worte, die als Namen des Göttlichen anerkannt sind ; ein paar Beiwörter, welche ihre ursprüngliche materielle Bedeutung theilweise abgestreift und so eine reinere, freiere, mehr geistige Form angenommen haben ; Wörter z. B., die ursprünglich körperliche Stärke, Glanz, Schönheit bedeuteten, und die, ohne dass man es merke, die Bedeutung von Grösse, Güte, Heiligkeit annahmen ; schliesslich, einige mehr oder weniger technisch gewordene Bezeichnungen für Vorstellung wie *Opfer*, *Altar*, *Gebet*, vielleicht *Tugend* und *Laster*, *Körper* und *Geist* — dies ist Alles, was wir im frühesten Alterthum als die äussere Erscheinung der sich entwickelnden Religion finden. Betrachten wir diese einfache Form, in der sich die älteste Religion manifestirt, so begreifen wir leicht, wie Religion in der ältesten Periode, die uns hier beschäftigt, in der That als ein blosses Bruchstück der ältesten menschlichen Sprache betrachtet werden kann ; oder wie wenigstens alte Religion und alte Sprache auf das Engste verbunden sind, indem

Religion für den Ausdruck ihrer ersten Bedürfnisse ganz und gar auf die mehr oder weniger ausreichenden Hülfsmittel der Sprache angewiesen war.

(7) Auf den ersten Anblick möchte es scheinen, als wenn es kaum möglich sei, in die grosse Verschiedenheit der Verhältnisse zwischen Kirche und Staat Uebersicht und Eintheilung zu bringen. Dennoch ergibt sich bald, dass nur zwei verschiedene Hauptsysteme möglich sind, jedes derselben aber wieder in verschiedene Modalitäten ausgeprägt werden kann. Einmal nämlich kann die gemeinschaftliche Ausbildung des religiösen Sinnes als eine der Aufgaben des staatlichen Zusammenlebens selbst betrachtet, und ohne weitere Unterscheidung in den Organismus desselben aufgenommen werden. Die Folge hiervon ist dann, auf der einen Seite, dass von verschiedenen Glauben und Kultus im Volke die Rede nicht sein kann, sondern alle Bürger sich dem nationalen Gottesdienste und seinen Einrichtungen unterwerfen müssen, wie jedem andern Theile der socialen Einrichtung; auf der andern Seite aber, dass die religiösen Handlungen vom Staate und durch dessen Organe besorgt werden wie sonstige Aufgaben, welche das Zusammenleben mit sich bringt. Hier ist also vollständige *Einheit von Staat und Kirche*; eine Einheit, welche übrigens erfahrungsgemäss zwei verschiedene Spielarten hat. Entweder nämlich erhält das religiöse Leben und seine Ordnung eine durchaus politische Färbung und wird ganz weltlich; so in den Staaten des klassischen Alterthums; — oder aber wird der ganze Staat von dem religiösen Gedanken durchdrungen und dient er vorzugsweise den kirchlichen Zwecken und Einrichtungen, woraus denn die reine Theokratie entsteht, wie sie namentlich im Oriente mehrfach ins Leben getreten ist.

Zweitens aber ist ein *Nebeneinanderbestehen von Staat und Kirche* möglich. Hier wird die Ausbildung des religiösen Sinnes und die gemeinschaftliche Gottesverehrung von den übrigen menschlichen Lebenszwecken ausgeschieden und zu einer eigenen von dem staatlichen Zusammenleben abgesonderten Ordnung abgeschlossen, so dass bei einem und demselben Volke beide Organismen mit ihren verschiedenen Zwecken und Formen neben einander bestehen, jedes Individuum sowohl dem einen, als dem andern angehört. Es wird dabei anerkannt, dass es nicht Sache des Staates ist, das religiöse Bekenntniss seiner Angehörigen zu leiten, sondern dass hierzu die Kirchen bestimmt sind (wobei dann bei demselben Volke nur eine einzige Anstalt dieser Art sein mag, oder mehrere verschiedene Glaubensgesellschaften bestehen können). Diese Auffassung ist namentlich im Christenthume die Herrschende gewesen, unsprünglich hervorgehend aus der Lehre von der Verschiedenheit des geistigen und körperlichen Lebens, jetzt aber insbesondere noch verstärkt und vielleicht modifizirt durch die Forderung des modernen Staates, dass der Bürger alle an sich erlaubte Zwecke selbstständig und mit den ihm passend scheinenden Mitteln entweder allein oder mit Genossen verfolgen dürfe, soweit nicht die Ordnung des räumlichen und zeitlichen Zusammenlebens eine Besorgung durch die Gesamtheit durchaus erfordere.

Es bedarf nicht erst eines Beweises, dass aus diesem Nebeneinanderbestehen zweier verschiedener Gesellschaften und Gesellschaftsgewalten innerhalb derselben Grenzen und bei demselben Volke ebensowohl wichtige als schwer zu ordnende Verhältnisse entstehen müssen. Nicht nur kann es sich leicht begeben, dass diese beiden Organismen über die Grenzen ihres beiderseitigen Thätigkeitsgebietes in Streit gerathen, sondern es mag überhaupt die ganze Richtung, welche sie beiderseits dem Leben ihrer Angehörigen zu geben suchen, eine sich widersprechende sein. Eine rechtliche Ordnung muss aber geschaffen werden, wenn nicht beständiger Hader und eine Gefährdung sämtlicher beiderseitiger Interessen bestehen soll. Da nun eine über beiden stehende höhere Gewalt, an deren Entscheidung sie sich wenden könnten, nicht besteht, so kann diese rechtliche Ordnung denkbarer Weise nur eine dreifache sein.

Zunächst ist ein förmlicher *Dualismus* möglich, so dass die beiden Gesellschaften mit ihren Gewalten völlig getrennt und unabhängig neben einander bestehen, keine der andern über — oder untergeordnet, jede in ihrem Thätigkeitskreise sich frei bewegend: im Falle eines Streites über einen angeblichen Uebergriff aber jede angewiesen auf beliebigen Gebrauch ihrer eigenthümlichen Kräfte. Ein zweites denkbare Verhältniss ist, dass sich die beiden Organismen zwar als verschiedene und je auf ihren Grundlagen berechnete Gestaltung anerkennen, allein doch einem derselben ein Uebergewicht über den andern zusteht, so dass der vorherrschende keine Beeinträchtigung seiner Zwecke und Einrichtungen durch den tiefer gestellten duldet, vielmehr demselben auch in seinen inneren Einrichtungen eine Uebereinstimmung und Mitwirkung vorzeichnet. Hier kann denn nun aber wieder die Rolle des Vorherrschens entweder der Kirche oder dem Staate zufallen. Im ersten Falle ist die dualistische Theokratie mit theoretischer Höherstellung des Religiösen über das Weltliche der prägnanteste Ausdruck des Gedankens, wenn auch nicht der einzige mögliche. Im andern Falle erscheint die Kirche als eine hoch privilegierte Corporation, welche aber dennoch unter den Gesetzen des Staates steht, wenigstens was ihre äussere Einrichtung und ihre Achtung der Staatszwecke betrifft.

Endlich ist es möglich, dass der Staat zwar keineswegs religiöse Zwecke selbst verfolgt, oder sich in die religiösen Gesellschaften und in ihr inneres Leben und Treiben mischt, aber auch demselben keinerlei Stellung neben sich oder auch nur irgend eine Bevorzugung einräumt, sondern die Kirchen lediglich als Privatgesellschaften behandelt. Er überlässt denselben sich einzurichten wie sie können und wollen; ihre Lehrer und Beamte im eigenen Kreise so hoch zu achten als ihnen beliebt; ihre Zwecke nach Gutdünken zu verfolgen mit allen Mitteln, welche einem Privaten überhaupt zustehen, allein er selbst behandelt sie in allen Fällen, in welchen er mit ihnen in Berührung kömmt, einfach als Vereine von Unterthanen, welche nach dem gemeinen Rechte leben und welche, wie jede andere Privatgesellschaft, seinen Gesetzen und Behörden unterworfen sind. Die Kirchen haben hier die vollständige *Freiheit des Privatlebens*, aber auch keine andere rechtliche Stellung.

Beispiele aller dieser drei logisch-möglichen Einrichtungen sind auch thatsächlich und zum Theil in Menge vorhanden. Einen reinen Dualismus verlangten im Mittelalter die Kaiser ; jetzt zeigt ihn Belgien und vielleicht Preussen. Einen Dualismus mit vorherrschender Kirchengewalt wollten die Päpste, während ein Vorwiegen der weltlichen Gewalt in der gallicanischen Kirche und noch entschiedener im Josephinismus stattfindet, sowie in vielen protestantischen Ländern. Endlich haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika ein folgerichtiges Beispiel der völligen Zurückdrängung der Kirchen in das Privatrecht gegeben.

Wir untersuchen nun, welches von diesen verschiedenen Systemen zu begründeten Ausstellungen Veranlassung gibt.

Was zunächst die *vollständige Vereinigung von Staat und Kirche* und somit von Staats- und Kirchengewalt betrifft, so lässt sich allerdings nicht läugnen, dass hier alle Schwierigkeiten des Nebeneinanderbestehens verschiedener Organismen und Einflüsse ein für allemal beseitigt sind. Auch fällt in die Augen, dass durch eine solche Vereinigung die Ordnung der politischen Dinge eine bedeutende und tiefwurzelnde Stütze, die religiöse Lehre und Uebung aber auch eine äussere zwingende Kraft erhält. Die dadurch erzeugte Homogenität, nicht nur der Erscheinungen, sondern namentlich auch aller Lebensanschauungen, Gewohnheiten und Bedürfnisse pflegt erfahrungsgemäss solchen staatlich-kirchlichen Organismen eine sehr lange und ungestörte Dauer zu verschaffen. Allein ebenso einleuchtend ist, dass schon ganz im Allgemeinen und unter allen Umständen diese Vortheile um einen viel zu hohen Preis erkaufte sind. Für den Staat hat die Verbindung mit einem religiösen Dogma eine unabänderliche Starrheit zur Folge, welche ihn entweder zu einer unnatürlichen, gewaltsamen Festhaltung des ganzen Lebens auf der einmal eingenommenen Stufe und somit zu einem schreienden Widerspruche mit der Entwicklungsaufgabe der Menschheit nöthigt, oder aber ihn allmählig in einen immer unerträglicher werdenden Zwiespalt mit neuen Bedürfnissen, Ueberzeugungen und also Forderungen bringt. Die Religion wird zu gleicher Zeit ganz verweltlicht und veräusserlicht, ist kaum etwas Anderes als eine Polizeianstalt. Namentlich das Christenthum verliert durch eine solche Aufnahme in die ganze Einrichtung und Thätigkeit des Staates einen seiner wesentlichsten Grundzüge, nämlich seine ausschliessliche Beziehung auf übersinnliche Dinge und auf die innere Welt des Menschen. Endlich entsteht für jeden einzelnen Staatstheilnehmer die härteste Slaverei, und zwar nach allen Seiten hin. Seinen Forderungen nach politischen Verbesserungen wird mit der Hinweisung auf die göttliche Anordnung des Bestehenden und mit dem Vorwurfe der Gottlosigkeit entgegengetreten ; er findet sich bis in das Innerste des Privatlebens durch eine Mischung von kirchlichen und staatlichen Satzungen geknechtet ohne Möglichkeit einer Losmachung. Ein solcher Zustand wäre namentlich ganz unerträglich für ein Volk, welches in die Lebensauffassung der Jetztzeit eingetreten ist, als deren Kern unzweifelhaft die selbstthätige Entwicklung aller Kräfte des Einzelnen mit möglichst geringer Unterwerfung an die Gesammtgewalt und namentlich die freieste Entfaltung der geistigen Anlagen

betrachtet werden muss. In einem eigentlichen Kirchenstaate ist der Unterthan nothwendig im religiösen Glauben, in der gesammten intellectuellen Bildung und in der sittlichen Selbstbestimmung festgebunden. Er muss geistig verkommen oder zum Verschwörer werden. Doppelt unmöglich ist das ganze System in einem Lande, dessen Bewohner sich zu verschiedenen religiösen Anschauungen bekennen und in verschiedenen Kirchen zusammengetreten sind. Der Staat kann offenbar sich nicht zu gleicher Zeit verschmelzen mit verschiedenen sich mehr oder weniger widersprechenden religiösen Dogmen und unter sich abweichenden kirchlichen Einrichtungen. Er kann nicht bei einem Theile seiner Unterthanen durchführen und vertheidigen, was er bei einem andern Theile für unerlaubt erklärt und verfolgt. Er kann keine grundsätzlich einander widersprechende und sich feindselig bekämpfende Gewalten, wie die Leitungen solcher verschiedenen Kirchen sind, in sich vereinigen und sie nebeneinander als gleichberechtigt durchführen. Mit einem Worte, jede absolute Einheit von Staat und Kirche ist zu allen Zeiten ein höchst bedenkliches Unternehmen, bei der thätlichen Gesittungsweise aber, und bei den geschichtlich rechtlichen Zuständen der Gegenwart, namentlich in Deutschland, eine vollkommene Unmöglichkeit. Von den drei denkbaren Formen einer *Verschiedenheit von Kirche und Staat* muss jede einzelne besonders ins Auge gefasst werden.

Unzweifelhaft hat der hier zunächst entgegretende *vollständige Dualismus* von Kirche und Staat auf den ersten Blick manches Bestechende. Dass er logisch nicht angefochten werden kann, ist unumwunden zuzugeben. Wenn die Staatsgesellschaft und die Kirchengesellschaft ihren Zwecken und ihren Einrichtungen nach verschieden sind, so ist auch gegen eine vollständige Auseinanderhaltung und gegen eine Unabhängigkeit derselben von einander nach allgemeinen Denkgesetzen nichts einzuwenden. Sodann muss eingeräumt werden, dass eine vollständige Selbstständigkeit der Kirche einerseits mit der Aufgabe des Staats übereinstimmt, welcher gemäss derselben seine Thätigkeit auf diejenigen Richtungen des menschlichen Lebens zu beschränken hat, die ohne eine Ordnung und Hülfe der Gesammtheit nicht bestehen könnten, und dass andererseits die Kirche bei solcher Absonderung in ihrem Gebahren unbeschränkt ist und wenigstens das innere Feld frei bearbeiten kann. Ein Vorthail ist es ferner, dass in paritätischen Ländern verschiedene kirchliche Organismen zu gleicher Zeit neben dem Staate und in demselben bestehen können, ohne dass sie sich gegenseitig in ihren Eigenthümlichkeiten stören. Man kann sich auch mit ein wenig Einbildungskraft und gutem Willen ein anlockendes Bild von dem friedlichen Nebeneinanderwirken zweier verschiedener aber beide das Gute wollender und vollführender nachbarlichen Gewalten ausmalen; wie sie sich beide unterstützen, gegenseitig schonen, selbst Hülfe und Trost aus ihrem Nebeneinanderbestehen und Zusammengehen ziehen. Es ist also leicht begreiflich, dass dieses dualistische System mannfachen Beifall findet, und es mögen sich selbst solche Kirchen, welche eigentlich principiell eine Herrschaft in Anspruch nehmen, wenigstens zunächst um bis zu einer vollen Erringung der von ihnen verlangten Stellung

damit begnügen. Allein ein reiflicheres Nachdenken zeigt, dass ein vollkommen gleichberechtigtes Nebeneinanderbestehen zweier oder mehrerer Gewalten in einem und demselben Gebiete und über dieselben Untergeordneten beinah mit Nothwendigkeit zu den schwersten Verwicklungen führt. Vor Allem setzt ein solches Verhältniss eine genaue und vollständige Ausscheidung des einer jeden der beiden Gesellschaftsgewalten zustehenden Thätigkeitskreises voraus. Nun aber ist diese Ausscheidung schon an sich schwer genug und wird es doppelt durch die Ansprüche bestimmter Kirchen auf Hochstellung und durch ihren weitgezogenen Thätigkeitskreis. Würde sich nämlich die Wirksamkeit einer jeden Religion beschränken auf dogmatische Lehren und auf gemeinschaftlichen Gottesdienst innerhalb der dazu bestimmten Räume, so wäre wenig Veranlassung zu Streitigkeiten. Ebenso wenn sich niemals begäbe, dass sich die Beamten der Kirche einen Einfluss auf Zustände des bürgerlichen Lebens zu verschaffen suchten. Da jedoch in der Regel die Religionen ihren Bekennern auch ethische und ceremonielle Vorschriften geben und dadurch in die Handlungen des täglichen Lebens eingreifen; da sie ferner gerade die hauptsächlichsten Ereignisse des menschlichen Daseins, wie Geburt, Ehe und Tod, in ihren Kultus verflechten, um demselben einen religiösen Charakter aufzudrücken, da sie um des Glaubens an ihre Lehren vollkommen sicher zu sein, die Erziehung der Jugend zu beherrschen suchen; da sie zum Theile besondere Heiligkeit ihres Eigenthums verlangen, für ihre Beamten Vorrechte auch im bürgerlichen Leben, vielleicht selbst Unabhängigkeit von den Behörden und Gerichten des Staates beanspruchen; da sie nicht selten Anstalten gründen, welche zwar einen religiösen Charakter haben, aber in ihrer äusseren Erscheinung mitten in dem Leben stehen: so ist eine friedliche Grenzregelung ein fast verzweifelttes Unternehmen. Und es versteht sich von selbst, dass die Sache dadurch nicht besser wird, wenn nun auch noch gelegentlich von Seiten des Staates und seiner Organe in kirchliches Gebiet eingegriffen wird; wenn z. B. religiöse Handlungen nach dem Willen des Staates und widersprechend mit dogmatischen Satzungen vorgenommen werden sollen; wenn der Staat die Besetzung der Kirchenämter in Anspruch nimmt, wenn er die Bestätigung oder Verwerfung von Lehren oder rein kirchlichen Anordnungen an sich zieht, u. s. w. So kommt es denn, dass schon so oft über die Abscheidung der beiderseitigen Gebiete endloser Streit entstanden ist und selbst die eingehendsten Verhandlungen zu keinem Ziele geführt haben. Sodann kann, bei anscheinendem äussern Frieden sich allmählig eine wesentliche Verschiedenheit zwischen der gesammten Richtung der beiden selbstständigen Organismen entwickeln. Besteht nämlich, was gar leicht sein mag und oft thatsächlich ist, eine Verschiedenheit im Zwecke oder in den Mitteln zwischen Staat und Kirche, schreitet jener in seiner (gleichgültig jetzt, ob im Grunde richtigen oder falschen) Entwicklung voran, während diese stehen bleibt, so muss das höchste Unbehagen für die einzelnen und ein offener Widerspruch zwischen den beiderseitigen Gesellschaften entstehen. Die Schlichtung aber ist in solchem Falle sehr schwer, nicht nur formell, weil kein höherer Richter besteht, sondern selbst im Gebiete des

Gedankens und der Beweisführung, weil die Längnung der gegnerischen Behauptungen und die Aufstellung der eigenen Ansprüche von verschiedenen obersten Grundsätzen ausgeht. Endlich mag sogar offener Kampf wüthen, wenn die eine der beiden Gewalten ihren Kreis geradezu überschreitet und einen Eroberungszug in das Gebiet der gleichgeordneten Macht übernimmt, hier aber nicht auf gesinnungslose Nachgiebigkeit, sondern auf stolzes Rechtsbewusstsein und Entschlossenheit stösst. Dass die beiden Streitenden verschiedene Arten von Waffen anwenden, ist dann so wenig ein Grund zur schnelleren Entscheidung, dass vielmehr gerade dadurch der Zustand ein um so gespannterer und die Lage des von beiden in Anspruch genommenen Volkes eine um so unglücklichere wird. Die Streiche treffen beiderseits ohne vom Bedrohten abgelenkt oder durch einen Widerstand gleicher Art ohnmächtig gemacht werden zu können. Vielleicht entsteht daraus der entsetzlichste aller Zustände, ein religiöser Bürgerkrieg, jeden Falls leidet das Volk im innersten Kerne seines sittlichen Wesens. Kurz das Nebeneinanderbestehen zweier ganz unabhängigen Gewalten und Organismen kann zwar möglicherweise in Frieden und Freundschaft verlaufen; es ist ferner möglich, dass ein Friedensschluss nach unentschiedenem Kampfe zu Stande kommt und eingehalten wird: allein die Wahrscheinlichkeit ist nicht für Eintracht, die Folgen eines Zerwürfnisses können höchst traurig sein und von einer bleibenden Sicherstellung der Ruhe ist bei der Wandelbarkeit der menschlichen Plane und Leidenschaften keine Rede.

Nichts ist daher begreiflicher, als dass eine Vermeidung des Kampfes durch ein *principielles Vorherrschen* einer der beiden Gewalten über die andere gesucht wird. Unglücklicherweise aber hat jedes der beiden hier möglichen Verhältnisse auch wieder seine grossen Schattenseiten.

Ist die *Staatsgewalt* vorherrschend, so ist zu besorgen, dass die Kirche ihres geistigen Charakters beraubt und in eine Polizeianstalt verwandelt wird. Wenn auch das Aeussere des Cultus unangetastet bleibt, (und auch hierin mag leicht eingegriffen werden), und wenn sich vielleicht der Staat um das religiöse Dogma nicht bekümmert, (wofür aber auch nicht eingestanden werden kann in Beziehung auf Lehren, welche er glaubt zu seinem Vortheile benützen zu können): so wird er doch wahrscheinlich den ganzen kirchlichen Organismus zu einem Theile seiner Einrichtungen machen und namentlich die Beamten der Kirche nur als eine besondere Abtheilung seiner Diener betrachten. Ihr Einfluss auf die Gemüther und ihre Bildung macht sie ihm zu bequemen Werkzeugen in rein weltlichen Angelegenheiten; ein sehr naheliegender Schritt ist dann eine Ernennung derselben nach seinen Bedürfnissen und Bedingungen, und nicht nach denen der Kirche.

Hauptsächlich aber ist zu besorgen, dass die Verwendung der Kirche zur Beschaffung eines verstärkten Gehorsams der Unterthanen und zu einer Heiligung der bestehenden Staatsform die reine Wirkung der Religion auf die Gemüther beeinträchtigt und ihr auch in rein göttlichen und menschlichen Dingen das Vertrauen raubt. Wenn dann namentlich der Staat durch Härte und übertriebene

Anforderungen an seine Unterthanen unbeliebt ist, so erscheint die Kirche als Heuchlerin und als Genossin der Unterdrückung; und leicht kann es dahin kommen, dass Irreligiösität für gleichbedeutend mit Freiheitssinn und männlichem Rechtsgefühl genommen wird. Zum Mindesten werden sich, wenn nicht unbedingte und unvermeidliche Gebote im Wege stehen zahlreiche Loslösungen von einer so verweltlichten Landeskirche begeben, was denn aber leicht unverständige Schwärmerei, geringe Bildung der dissentirenden Geistlichkeit, grosse weitere Ausgaben für kirchliche Zwecke, vielleicht gefährliche politische Zustände zur Folge hat. Einen wesentlichen Unterschied in den übeln Folgen macht es auch nicht, ob nur Eine Kirche in dieses Verhältniss gestellt wird, oder ob der Staat seine Herrschaft über mehrere nebeneinander bestehende Kirchen ausübt. Im letzteren Falle erleidet jede derselben in ihrem Kreise den Schaden. Nicht unmöglich ist es sogar, dass der Staat gleichsam zur Entschädigung für entzogene Freiheit der einen Kirche die Unterdrückung anderer religiösen Ansichten gestattet, so dass dann jene die Folgen der Unterwerfung unter den Staat, diese die Folgen der Unduldsamkeit zu tragen haben. An schlagenden Beispielen dieser Folgen und zwar jeder Art derselben fehlt es nicht. In Frankreich vor der Revolution und jetzt in Italien hat die katholische Kirche Schaden gelitten durch Benützung als Stütze absoluter Gewalt und zu gleicher Zeit das Recht der Unterdrückung aller andern Glaubensbekenntnisse erhalten; in England hat die Herrschaft des Staates über die bischöfliche Kirche die vielen und zum Theile so wunderlichen Sekten der Dissenters erzeugt; in manchem protestantischen Lande ist die Kirche in ihrem inneren religiösen Charakter hart beschädigt worden durch vorherrschend weltliches Regiment und durch vielfache Verwendung zu unmittelbaren Staatsgeschäften.

Tritt aber das umgekehrte Verhältniss ein und wird der Staat von *einer Kirche* beherrscht, so ist vielfacher Erfahrung gemäss ein grosses Gefolge schwerer Uebel zu erwarten.

Vor Allem ist es kaum anders möglich, als dass die Gewissensfreiheit der Unterthanen aufhört; die herrschende Kirche wird ihren Anspruch auf alleinige Wahrheit und Seligmachung zum Staatsgesetze erheben. So geht aber eines der wichtigsten und zu gleicher Zeit nützlichsten staatsbürgerlichen Rechte verloren. Ebenfalls mit logischer Nothwendigkeit wird die gesammte Erziehung in die Hände der Kirche übergehen oder jedenfalls von ihr zu ihren Zwecken ausgebeutet werden, dann aber einseitig und ungenügend für die täglichen Bedürfnisse des Lebens sein. Selbst die höhere Ausbildung der Nation muss darunter leiden. Je mystischer etwa die Dogmen einer Kirche sind, desto weniger wird sie und kann sie auch auf anderen geistigen Gebieten selbstständiges Forschen und Denken zugeben. Manche Untersuchungen und selbst ganze Zweige des menschlichen Wissens wird sie ganz verhindern, andern wenigstens ihr erlaubtes Ergebniss vorschreiben. Hat man dieses doch selbst in mathematischen und naturgeschichtlichen Fragen erlebt! Hierdurch muss denn aber das Volk an Wissen und Können mehr und mehr gegen andere zurückbleiben, damit aber auch an

Wohlstand und an Macht vielleicht bis zum völligen Verkommen. Ferner wird der ganz natürliche Wunsch einer jeden Körperschaft sich durch Reichthum und namentlich durch ausgedehnten Grundbesitz Selbstständigkeit und einen Rückhalt zu verschaffen, auch die Kirche beseelen, und es wird, da sie hier den nöthigen Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben kann, der Boden in schädlichem Maasse in den Besitz der todten Hand kommen. Kaum anders möglich ist es drittens, als dass die bürgerliche Freiheit durch einen vorherrschenden kirchlichen Einfluss beeinträchtigt wird, und zwar aus doppeltem Grunde. Einmal wird die Kirche durch Kräftigung der Regierungsgewalt auf Kosten der Unterthanen sich dieselbe verbündlich zu machen und sie wenigstens theilweise für ihre Leitung durch die Geistlichkeit zu entschädigen suchen. Sodann aber ist unläugbar ein innerer Widerspruch zwischen unbedingter Herrschaft einer Kirche über ihre Angehörigen und freier Selbstständigkeit und Rechtsvertheidigung derselben in ihren staatlichen Beziehungen. Wenn daher auch Kirchen, wie nicht geläugnet werden soll, in sehr entschiedenen Widerspruch mit den Trägern der Staatsgewalt treten und hierzu auch die Formen bürgerlicher Freiheit benutzen mögen; wenn es sich ferner schon in manchen Fällen begeben hat, dass die Kirche einen demokratisch widerspenstigen Geist begünstigte indem sie auf die Massen immerhin den ihr tauglichen Einfluss auszuüben hoffen konnte: so ist doch ein natürlicher Antagonismus zwischen einem von der Kirche beeinflussten Regimente und solchen Einrichtungen, welche gesetzmässige Freiheit auf die Selbstständigkeit und Einsicht der gebildeten Klassen stützen. Auf die letzteren hat eine Kirche durchschnittlich geringeren Einfluss; sie kann daher auch einem Vorwiegen derselben nicht hold sein. Eine Widerlegung dieser Auffassung kann nicht durch ein einzelnes Beispiel eines Staates, in welchem etwa kirchlicher Einfluss nicht sämtliche vorstehende Folgen nach sich gezogen haben sollte, geliefert werden. Durch eine Inconsequenz mag die geistige Thätigkeit einer Nation in anderen Gebieten, als dem religiösen sich unabhängig bewahren; oder es kann eine angeborene Tüchtigkeit und lange hergebrachte bürgerliche Freiheit sich gegen die verbündete Kraft von Regierung und Kirche erhalten: allein nicht dies ist die Frage, sondern was die wahrscheinliche Folge und was der durchschnittliche Zustand ist.

Endlich ist noch der Zustand in Betracht zu ziehen, welcher aus einer *vollständigen Zurückdrängung der Kirchen in die Rechtsstellung von Privatkörperschaften* entsteht, wo also einerseits von einem Dualismus von Kirche und Staat keine Rede ist, sondern der Staat die volle und alleinige Souverainität hat und auch die Kirchen in ihrer äusseren Erscheinung ohne alle Rücksicht auf ihren Zweck und ihre Selbstschätzung seinen allgemeinen Gesetzen unterwirft, er aber auf der andern Seite das religiöse Leben und dessen Gemeinschaft sich lediglich selbst überlässt und es in keiner Weise zu beeinflussen sucht. Eine solche Stellung des Staates zur religiösen Bildung und Uebung ist ohne Zweifel auf dem Standpunkt der modernen Lebens- und Staatsauffassung ganz folgerichtig; es hat auch keine Kirche ein Recht sich darüber zu beklagen, weil ihr die vollkom-

menste Freiheit in dem eigenen Gebiete gelassen wird. Namentlich ist dieses System die einfachste Lösung der Aufgabe, wo viele verschiedene, religiöse Richtungen neben einander bei einem Volke bestehen. Es mag daher auch in einem Lande, dessen staatliche und sociale Zustände auf keiner tieferen geschichtlichen Grundlage ruhen, wo daher ohne Beeinträchtigung mächtiger Gewohnheiten die Einrichtungen nach rein logischen Schlüssen getroffen werden können, wie z. B. in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, dieses Verhältniss zwischen Staat und Kirche ohne Weiteres als das rätlichste erscheinen. Allein hieraus ergibt sich keineswegs, dass unter andern thatsächlichen Voraussetzungen die Sache ebenfalls thunlich ist; ja nicht einmal, dass solche Gestaltung nicht unter allen Umständen auch ihre eigenen bedeutenden Nachtheile hat. In den europäischen Staaten hat die Kirche seit Jahrhunderten eine wesentliche Stelle eingenommen. Vielfach war sie die herrschende Gewalt; in allen Fällen aber waren die Kirchen mindestens sehr privilegierte Korporationen und in vielfacher gegenseitiger Verbindung mit dem Staate. Der Staat hat sie nicht bloß als nützliche und erlaubte Vereine betrachtet und im Nothfalle ihr Recht wie anderes wohlerworbenes Privatrecht geschützt; sondern er hat sie als einen Theil der öffentlichen Einrichtungen behandelt, ihr Dasein gesichert, ihre Priester hochgehalten und sie seinen eigenen Beamten in Ehrenrechten gleichgestellt, wo nicht vorgezogen, den Dogmen manchfachen Einfluss auf seine Gesetzgebung gestattet, hat wohl eine Unterstützung von den Kirchen in schwierigen Zeiten beansprucht und dieselbe für einen Beweis der eigenen Berechtigung erklärt. Eine plötzliche Lossagung von allen diesen Vorgängen und Gewohnheiten würde höchst wahrscheinlich einen bedeutenden und zwar entschieden schädlichen Eindruck auf die Bevölkerungen machen. Eine Behandlung der Kirchen als blosse Privatvereine könnte kaum anders denn als eine Missachtung von Seite der Regierung erscheinen; die Entziehung bisheriger Bevorrechteungen müsste als eine Frivolität und als ein Raub, die völlige Nichtanerkennung der kirchlichen Gesetzgebung als revolutionärer Gewaltschritt betrachtet werden. Die nothwendig werdende Veränderung in vielen Theilen der Verwaltung wäre eine grosse Arbeit; und das Wegfallen der bisherigen gegenseitigen Unterstützungen dürfte wenigstens anfänglich nicht ohne empfindliche sachliche Nachtheile verlaufen. Endlich müsste ein so schneidender Widerspruch mit bisherigen feierlichen Erklärungen und beständigen Handlungen kaum zur Befestigung des Vertrauens in die Weisheit oder Aufrichtigkeit der Staatsgewalt dienen. Könnte und wollte man aber auch alle diese Uebelstände als nur untergeordnete und vorübergehende ertragen, so fielen doch auch noch die eigenthümlichen und bleibenden Nachtheile des ganzen Verhältnisses in die Wagschale. Nach der Erfahrung des einigen Landes, welches bisher dieses System durchgeführt hat, erzeugt die vollständige Freiheit, kirchliche Vereine ohne alles Benehmen mit dem Staate und mit gleicher Berechtigung zu gründen, eine grosse Anzahl verschiedener Sekten. Nun sind aber nicht nur unter diesen manche, welchen selbst eine weitgehende Toleranz kaum eine innere Berechtigung und irgend eine Förderung vernünftiger menschlicher Zwecke

zuzuschreiben vermag; sondern es hat jedenfalls die grosse Zahl kirchlicher Gemeinden eine Vergeudung geistiger und sachlicher Mittel zur Folge. Ferner scheint geringe Sicherheit des Fortbestandes unzureichender Unterstützung, welche eine Folge solcher Vervielfältigung und Ueberlassung an Privatwillkür ist, zu vielen Ausschreitungen und Wunderlichkeiten zu führen, welche alle wieder höherer Bildung und besonnenem wirthschaftlichen Verfahren nachtheilig sind. Davon gar nicht zu reden, dass die Probe noch nicht gemacht ist, ob der Staat im Stande ist, die ihm zustehenden Rechte genügend zu wahren, gegenüber von grossen kirchlichen Gesellschaften mit festgeschlossener Organisation, welchen gegenüber er keine besondere Stellung in Anspruch zu nehmen hat, obgleich sie ihrerseits thatsächlich weit über die Grenzen einer privatrechtlichen Stellung hinausreichen. Es ist somit sicher nicht bloss eine schlaffe Abneigung gegen Ungewohntes, welche in Europa sehr allgemein eine Abneigung gegen die Einführung des amerikanischen Systems im Staatskirchenrechte, oder richtiger gesprochen, gegen eine Nachahmung der dortigen Aufhebung jedes besonderen Staatskirchenrechtes, veranlasst, sondern es hält eine richtige Einsicht in offenbare Mängel davon ab. Dies sind die Urtheile, welche eine nüchterne und an der Hand der Erfahrung bleibende Prüfung über die verschiedenen logisch-möglichen Systeme des Verhältnisses von Staat und Kirche zu fällen hat, wenn dieselben je in ihrer Eigenthümlichkeit rein gehalten und mit Folgerichtigkeit durchgeführt werden wollen. Keines derselben ist von schweren Bedenken frei geblieben; bei allen sogar sind diese Bedenken so gewichtig, dass der Staatsmann scheu zurücktritt.

Und doch *muss* etwas geschehen. Der Staat und die Kirchen sind einmal da, und zwar in Raum und Zeit neben einander; sie müssen also in ein das Zusammensein möglich machendes Verhältniss gebracht werden. Und wenn von den folgerichtig aus einem logischen Gedanken abgeleiteten Systemen keines in seiner Eigenthümlichkeit und Ungebrochenheit anwendbar ist, so bleibt nichts übrig, als zu suchen, ob nicht durch Verbindungen, durch Ausnahmen oder durch Entsagungen auf letzte Consequenzen ein Zustand geschaffen werden kann, welcher vielleicht theoretisch einer Kritik unterliegt, allein der besonderen geschichtlichen Entwicklung und der vielseitigen (nicht bloss aus Logik bestehenden) menschlichen Natur entspricht. Es handelt sich dann im concreten Falle nicht davon, ob die einzelne gewählte Bestimmung von einem gewissen Standpunkte tadellos, sondern ob sie geeignet ist, sei es allein, sei es in Verbindung mit andern, einen leidlichen Zustand herzustellen, und ob das Ganze für die besondere Sachlage taugt.

Es versteht sich von selbst, dass wenn die streng logischen Kategorien verlassen sind, gar verschiedene Wege eingeschlagen werden können, und dass eine vollständige Aufzählung des nun Möglichen nicht thunlich ist. Mag doch in jedem einzelnen Falle nach Bedürfniss oder Willkür eine verschiedene Reihe von Ausnahmen oder Verbindungen versucht werden. Es lassen sich daher nur einige Bemerkungen über diese gewissen Systeme im Allgemeinen, sowie über einzelne

unter allen Umständen zu beachtende Punkte machen, und muss dann diejenige Ordnung gesucht werden, welche für das hier angenommene, Eingangs näher bezeichnete Verhältniss die richtigste zu sein scheint.

In allgemeiner Beziehung ist zu bemerken, dass auch die gemischten Ordnungen sich je dem einen oder dem andern der logisch folgerichtigen Systeme vorzugsweise anzuschliessen haben. Ein bestimmter Grundgedanke muss immer vorhanden sein, und die Absicht ist nur einzelnen Folgerungen zu entgehen oder eine Einrichtung, welche eigentlich einem andern Systeme angehört, ihrer Nützlichkeit wegen herüber zu nehmen. Eine völlige Durcheinanderwerfung von wesentlichen Bestandtheilen mehrerer Ordnungen ist unausführbar, da hieraus unvereinbare Widersprüche entstehen müssten, also beständiger Hader, und weil kein oberster Grundsatz wäre, zu welchem man bei Lücken und Meinungsverschiedenheiten über die im Zweifel vorwiegende Rücksicht aufsteigen könnte. Jedes positive Verhältniss zwischen Staat und Kirche wird daher mehr oder weniger theokratisch, dualistisch, privatrechtlich u. s. w. sein, nur lässt sich, wenn einmal die reine Folgerichtigkeit unterbrochen ist, nicht mit Zuversicht auf das Gelten eines einzelnen aus dem Grundgedanken eigentlich fliessenden Satzes schliessen, und die Einsicht in das Bestehende wird zuweilen mehr durch Wissen, als durch Denken vermittelt.

Möglicher Weise kann es freilich in einzelnen concreten Fällen zweifelhaft sein, ob die gewählte Ordnung sich mehr dem einen oder dem andern reinen Principe zuneige. So z. B. ob da, wo im Allgemeinen die Kirchen als selbstständig, aber innerhalb der Staatsgesetzgebung befindlich, behandelt werden, ein sehr gemildeter Einfluss des Staates, der ein in einzelnen Folgerungen gebrochenes amerikanisches System vorliegt; ob ein zu Gunsten der Kirche und zum Nachtheile des Staates veränderter Dualismus oder eine abgeschwächte Herrschaft der Kirche über den Staat beabsichtigt ist u. s. w. Hier muss dann nach den geschichtlichen Hergängen und etwa durchschlagenden positiven Bestimmungen entschieden werden.

Als besondere sachliche Regeln mögen aber folgende Bemerkungen gelten. Unzweifelhaft ist die Gesittigungsstufe eines Volkes und namentlich die Stärke seines religiösen Bedürfnisses der allein richtige Bestimmungsgrund für die staatlich-kirchliche Ordnung. Wenn daher in einem bestimmten Falle die Macht der Verhältnisse, z. B. der starke Organismus einer im Staate bereits bestehenden Kirche oder deren Unterstützung durch auswärtigen Einfluss, die offene Annahme des eigentlich berechtigten Systemes nicht gestattet, so sind wenigstens die wirklichen Forderungen des Volkes in möglichst vielen Ausnahmen und Abweichungen zu begünstigen. Wo eine bestehende Kirche oder mehrere derselben eine starre Herrschaft über ihre Genossen üben, während die bürgerliche Gesetzgebung in ihrem Kreise die Freiheit begünstigt, da muss, falls eine Veränderung jener Organisationen nicht zu erreichen ist — wenigstens der Austritt aus jenen Kirchen und die Bildung neuerer freier Vereine durch die Gesetzgebung des Staates möglich gemacht werden, damit Harmonie im Volksleben thunlichst hergestellt sei.

Falls nur ein unbedeutender Vorthail durch eine Abweichung von einem grossen im Ganzen beizubehaltenden Grundsatz erreicht werden würde, ist eine ungestörte Wirksamkeit desselben vorzuziehen, theils zur Vermeidung allzu zahlreicher gesetzlicher Bestimmungen, theils um die Kraft des Principes nicht im Allgemeinen zu schwächen.

Einige der logisch-richtigen Ordnungen sind nicht nur in ihren Formen, sondern in ihrem innersten Wesen so widersprechend, dass eine Verbindung derselben als unmöglich erscheint. So z. B. die Einheit von Staat und Kirche und das amerikanische System. Hier können denn auch einzelne Bestandtheile des entgegengesetzten Systemes nicht aufgenommen werden, so etwa in einer Theokratie das Recht zum Austritte aus der Kirche oder die beliebige Bildung neuerer religiöser Vereine (es müsste denn der Staat solche ebenfalls in seinen Organismus aufnehmen können). — Jede staatliche Bevorzugung der einzelnen Angehörigen bestimmter Kirchen ist da, wo Gleichheit der Bürger vor dem Gesetze in politischen Dingen als Verfassungsgrundsatz besteht, unerlaubt. In welchen Verhältnissen also auch der Staat zu verschiedenen Kirchen als Gesammtheiten steht, und ob er der einen eine bessere Stellung als einer andern einräumen mag: jedenfalls muss persönliche Ungleichheit aufhören, sobald jener Grundsatz festgestellt ist.

Selbst das amerikanische System ist keineswegs so absolut, dass es nicht einige Beschränkungen und Modificationen gestattet. Es ist namentlich immerhin denkbar, dass das Recht, nach Belieben religiöse Vereine zu bilden, beschränkt wird auf gewisse Arten von Religionen, solche aber ausgeschlossen bleiben, welche unvereinbar wären mit der ganzen Lebensanschauung der überwiegenden Mehrzahl des Volkes; dass also z. B. Fetischdienst, selbst Buddhismus und Muhamedanismus in einem wesentlich christlichen Volke untersagt bleibt. Um so weniger haben solche Ausschlüssungen fremdartiger Religionen da Anstand, wo die Kirchen zwar für selbstständige Korporationen erklärt und den Bürgern Gewissensfreiheit gewährt ist, aber die religiösen Gesellschaften doch vom Staate theilweise begünstigt und als Anstalten öffentlichen Nutzens behandelt werden. — In einem paritätischen Lande kann möglicherweise der Gesittigungsstand der den verschiedenen Kirchen angehörigen Bevölkerungstheile so verschieden sein, dass auch ein wesentlich abweichendes System in Betreff des Verhältnisses dieser Kirchen zum Staate angezeigt ist. Unzweifelhaft werden aus einer solchen Ungleichheit manchfache Unbequemlichkeiten für den Staat entstehen; allein dieselben sind doch jedenfalls geringer, als die durch eine gleichförmige Behandlung wesentlich verschiedener Zustände nothwendig erzeugten. Stehen dagegen die beiden Religionstheile im Wesentlichen der Bildung einander gleich, so tritt auch der Staat zu beiden in dasselbe Verhältniss und es genügt Ein Gesetz in Beziehung auf beide Kirchen. Jeden Falles kann es keinem Zweifel unterliegen, dass wenn das friedliche Nebeneinanderbestehen der Confessionen bedingt ist, durch eine Modalität in einem weniger wesentlichen Punkte, dieses Opfer gebracht werden kann und gebracht werden muss.

Werden nun diese Grundsätze angenommen, so ergeben sich für den als tatsächlichen Vorwurf der gegenwärtigen Erörterungen vorausgesetzten Zustand — also für ein höher gesittigtes Volk, ohne vorwiegend religiöse Richtung, für ein paritätisches Land mit voller Gleichberechtigung der katholischen und der protestantischen Kirche, endlich für einen Rechtsstaat mit constitutionellen Einrichtungen — nachstehende Erwägungen.

Vor Allem kann hier von einer vollständigen Einheit des *Staates und der Kirche* auch nicht einmal als Grundlage die Rede sein. Ein Staat der angenommenen Art ist so weit entfernt, einerseits den religiösen Glauben und die gemeinschaftliche Gottesverehrung als seine Aufgabe zu betrachten, und auf der andern Seite seine Zwecke und Einrichtungen nach den Regeln eines bestimmten Dogma zu ordnen, dass er vielmehr grundsätzlich den Kirchen die Gottesverehrung und die Besorgung ihrer inneren Angelegenheiten zuzuweisen, dagegen die Unabhängigkeit seiner Hoheit und seiner Gesetze von kirchlichen Satzungen auszusprechen hat. Und wenn zwei Kirchen als gleichberechtigt nebeneinander anerkannt sind, so ist eine Identität von Staat und Kirche schon aus diesem Grunde unmöglich. Dass eine so ganz unbrauchbare Grundlage auch durch Ausnahmen und Abweichungen nicht viel verbessert werden könnte, bedarf wohl keines Beweises. Ueberdies möchte es schwer sein, dergleichen anzubringen bei einem so einfachen und durchgreifenden Principe.

Ebensowenig ist bei dem vorausgesetzten Verhältnisse etwas Befriedigendes zu erwarten von Versuchen, einen *vollständigen Dualismus* entsprechend zu modificiren. Eine solche vollständige Loslösung eines einzelnen Lebenszweckes widerspricht dem Grundgedanken des Rechtsstaates, also der Einheit der Anstalten zur Förderung sämtlicher Lebenszwecke des Volkes, viel zu sehr, als dass einzelne Ausnahmen oder Abrechnungen bestimmter Folgerungen ein richtiges Verhältniss herstellen könnten. Immer wären in grösserem oder kleinerem Maasse die schweren Unzukömmlichkeiten zu besorgen, welche aus einem Nebeneinanderbestehen mehrerer von einander ganz unabhängiger Gewalten innerhalb desselben Gebietes und bei gemeinschaftlichen Untergeordneten entstehen müssen. Dass im vorliegenden Falle nicht zwei sondern drei solcher von einander unabhängiger Gewalten nebeneinander beständen, würde natürlich das Uebel nur noch verschlimmern, und zwar in doppelter Weise: einmal, indem der Staat mit zwei Nebenbuhlern statt nur Einem zu thun hätte; zweitens, weil leicht auch die beiden Kirchen unter sich in Streit gerathen könnten, bei dem fraglichen Systeme, aber eine über den Hadernden stehende und ihnen Frieden auflegende Macht nicht bestände.

Dass es aber auch nicht thunlich ist, in erster Linie *den Kirchen einen vorherrschenden Einfluss auf die Leitung der politischen Angelegenheiten* zu überlassen, um hiervon nur etwa in einzelnen bestimmten Beziehungen abzugehen, ist leicht zu zeigen. Die Sache ist schon principiell nicht möglich. Die Aufgabe des Rechtsstaates muss sein und bleiben, seiner Gewalt die unbeeinflusste Leitung des ganzen staatsbürgerlichen und bürgerlichen Lebens zu vindiziren, die Kirchen

aber nicht nur auf das Gebiet des Glaubens und des Cultus zu beschränken, sondern auch dieselben, unbeschadet ihrer berechtigten Thätigkeit dem einheitlichen Organismus des Zusammenlebens einzufügen, wie alle anderen gesellschaftlichen Gestaltungen im Volke. Ein Verein zu gemeinschaftlicher Gottesverehrung verdient allerdings seines Zweckes wegen eine hohe Achtung, und woferne es nöthig wird, kräftigen Schutz; es ist ohne Zweifel zweckmässig, wenigstens den grösseren Kirchen auch im öffentlichen Leben eine bevorzugte Stellung einzuräumen: allein ihrem innersten Wesen nach ist eine Religionsgesellschaft doch nicht verschieden von den übrigen gesellschaftlichen Kreisen, welche zusammen den Inhalt des Volkslebens und einen Hauptgegenstand der Ueberwachung und Zusammenordnung des Staates ausmachen. Eine grundsätzliche Untergehung des Staates unter einen einzelnen Theil des Gesamtlebens bliebe somit eine vollständige Verkehrung der Begriffe, auch wenn die Folgerung doch da oder dort gebrochen werden wollte. Allein selbst, wenn dem Allen nicht so wäre, so müssten die praktischen Folgen abschrecken. Wie verderblich ein kirchlicher Einfluss auf die gesammten Zustände eines Staates und Volkes zu wirken pflegt, ist oben bereits angedeutet worden. Vergeblich würde man aber hoffen, durch Ausnahmebestimmungen einzelne Theile der Verwaltung oder des Volksgebahrens sicher stellen zu können. Theils bliebe immer der mittelbare Einfluss; theils fände sich leicht Nachgiebigkeit über die Verpflichtung hinaus, gegenüber von der mächtigen Corporation. Endlich steht noch die vorausgesetzte Parität entgegen. Wie ein bestimmender Einfluss *zweier* gleichberechtigter, höchst wahrscheinlich aber vielfach unter sich im Widerspruche befindlicher und Verschiedenes wollender Kirchen eingerichtet werden könnte, ist gar nicht einzusehen. Mit der Einräumung eines Vorzuges an nur Eine derselben wäre aber die Gleichberechtigung vernichtet, ja sogar der begünstigten Kirche mittelbar die Möglichkeit zu einer völligen Unterdrückung der Nebenbuhlerin gegeben.

Endlich kann in einem deutschen Lande von dem *amerikanischen* Systeme nicht die Rede sein, selbst wenn man ihm die schärfsten Spitzen abbrechen würde. Es widerstrebt dasselbe der geschichtlichen Entwicklung und allen Gewohnheiten. Sicher würde das allgemeine Gefühl verletzt werden, wenn die alten und grossen Kirchen einfach unter das polizeiliche und privatrechtliche Vereinsgesetz gestellt werden wollten; und noch stärker vielleicht, wenn alle Religionsvereine ohne Unterschied, seien sie nun von weltgeschichtlicher Bedeutung oder nur ein Conventikel einiger Schwärmer und Schwätzer, seit Jahrhunderten erprobt oder erst gestern versuchsweise zusammengetreten, mögen ihre Lehren der Sittlichkeit und einer erhebenden Weltanschauung dienen, oder von Widersinn und Barbarei wimmeln, auf ganze gleiche Stufe gestellt werden wollten. Die katholische Kirche, eine protestantische Landeskirche müssen nach Anschauungen, welche als maassgebend anzuerkennen sind, auch dem Staate etwas Anderes und müssen ihm mehr sein, als eine Actiengesellschaft oder ein Leseverein. Ueberdies würden die mit dem ganzen Systeme irgend verträglichen Modificationen nur von geringem Belange sein können. In der Richtung, dass der Staat die ihm als achtungswerth und

nützlich erscheinenden Kirchen hervorhebe und sie entweder durch Rechtsverleihungen oder Unterstützungen auszeichnete, die ihm unliebsamen dagegen unbeachtet liesse, sind Abweichungen von dem Grundgedanken nicht möglich; sie würden diesen geradezu aufheben. Ein Verbot ganzer Kategorien von kirchlichen Gesellschaften dagegen, deren Dogmen oder Gebräuche für das sittliche Bewusstsein der grossen Mehrheit des Volkes verletzend wären, wie z. B. polytheistischer, möchte kaum einen nennenswerthen Nutzen bringen, wenn nicht auch hier wieder durch Ziehung enger Schranken das ganze Princip vernichtet werden wollte. Bei einer grösseren Freiheit des Gebahrens, wie es doch hier grundsätzlich sein müsste, wären immerhin noch die schädlichsten oder thörichtesten Secten möglich und dann auch, wie immer sie dem Verstande oder dem unverdorbenen religiösen und sittlichen Gefühle zuwider sein möchten, als vollberechtigt und allen übrigen Religionsgesellschaften gleichgestellt zu behandeln. Auch die Zersplitterung der geistigen und der materiellen Kräfte könnte in einem beklagenswerthen Grade eintreten.

So bleibt denn also nichts übrig, als den Versuch zu machen, ob nicht auf der Grundlage jener Art des Nebeneinanderbestehens, bei welchen zwar den Kirchen die Aufstellung und Verfolgung selbstständiger Aufgaben eingeräumt wird, dem Staate aber doch in Beziehung auf gemeinschaftliche Interessen ein *bestimmender Einfluss* und bei Collisionen eine *Entscheidung* zusteht, ein zufriedenstellender Zustand hergestellt werden kann. Bedingung des Gelingens ist natürlich dabei, dass nicht nur der beiderseitige Rechtsstand auf eine unzweifelhafte Weise geordnet werden kann, sondern, dass es auch möglich ist, die mit einer folgerichtigen Durchführung des Gedankens verbundenen Gefahren und wahrscheinlichen Missbräuche zu beseitigen, namentlich also Eingriffe des Staates in die Religion, Verweltlichung der Kirchen, Benützung derselben zur Vertheidigung schlechter Regierung, hieraus folgenden Hass und Abfall. Die Aufgabe ist keine leichte; täuscht aber nicht Alles, so mag sie doch gelöst werden, wenn nachstehende Forderungen erfüllt werden.

Vor Allem ist die rechtliche Stellung des Staates klar zu bezeichnen, damit darüber kein Zweifel bestehe, was er zu thun und zu verlangen befugt ist. Es muss daher ausgesprochen sein, dass die Staatsgewalt in der Durchführung der sämtlichen Aufgaben des Rechtsstaates, und zwar unter Beobachtung der gesetzlich bestehenden Formen, von keiner in seinem Gebiete bestehenden physischen oder moralischen Person, somit auch von den Kirchen nicht rechtlich gehindert werden kann; dass er also berechtigt ist, jede kirchliche Forderung zurückzuweisen, deren Erfüllung mit einem verfassungsmässigen Staatszwecke oder einer gesetzlichen Einrichtung unvereinbar wäre, und dass selbstgesetzten Rechten einer Kirche keine Geltung zukommt, wenn sie mit einem gebietenden oder verbotenden Gesetze des Staates zusammenstossen. Ein wesentlicher Grundsatz des Rechtsstaates ist die Gewissensfreiheit der Bürger; es kann also von der Einräumung eines Zwangsrechtes an die Kirchen auf alleinige Ausübung ihres Bekenntnisses keine Rede sein, vielmehr muss die Bildung neuer Religionsgesell-

schaften als ein vom Staate gewährleistetes Recht ausgesprochen sein, und nur ihm die endgültige Entscheidung darüber zuzuerkennen, welche Religionsgenossenschaften mit seinem Dasein und seiner Aufgabe überhaupt vereinbar sind. Endlich darf man sich nicht bedenken, einzelne in das Gebiet des kirchlichen Lebens gehörige Handlungen von einer Billigung oder Mitwirkung des Staates abhängig zu machen, wenn bei denselben mit Wahrscheinlichkeit Nachtheil in bürgerlicher oder staatlicher Beziehung zu erwarten ist.

Auf der andern Seite ist es eben so nothwendig, dass die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit der einmal zugelassenen Kirchen auf dem gesammten religiösen Gebiete, also in Dogma, Cultus, Hierarchie und Disciplin, unumwunden anerkannt werde. Niemals kann auch in untergeordneten und an sich gleichgültigen Dingen das blosse Missfallen des Staates oder die abweichende persönliche Anschauung des Staatsoberhauptes eine Einsprache begründen, sondern erst eine nachgewiesene Unvereinbarkeit mit den Gesetzen. Die Bildung, Bestellung und gesellschaftliche Berechtigung der Geistlichen ist Sache der Kirchen; nur wenn dieselben, mit Zustimmung der Kirchen, auch zu weltlichen Diensten verwendet werden, mag der Staat entsprechende Forderungen stellen. Derselbe ist schuldig, den zugelassenen kirchlichen Gesellschaften diejenigen bürgerlichen Rechte einzuräumen, welche sie zu ihrem Bestehen nothwendig bedürfen. Namentlich kann ihnen Eigenthumsrecht nicht verweigert werden. In wie ferne ihnen aber weitergehende Befugnisse, zum Beispiele bestimmte Ehrenrechte, höherer gesetzlicher Schutz für kirchliche Anstalten, Beamte und Eigenthumsstücke, Einfluss auf bestimmte Handlungen und Verhältnisse des bürgerlichen Lebens, eingeräumt werden wollen, steht lediglich im Belieben des Staates; einen rechtsbegründeten Anspruch kann eine Kirche hierauf nicht machen. Doch wird allerdings richtige Staatsklugheit rathen, altbegründeten, weitverbreiteten und mit den Gewohnheiten sowie der sittlichen Lebensauffassung des Volkes enge verwachsenen Kirchen Rechte dieser Art zu gewähren, sie dadurch zu befestigen und vor weniger nützlichen und wünschenswerthen Vereinen oder blos vorübergehenden Versuchen auszuzeichnen. Der Staat selbst, als Anstalt und Organismus, gehört keiner Kirche an; allein in einem deutschen Lande kann er es nur billigen und unterstützen, wenn die christliche Gesittung, welche auch seine ganze Gesetzgebung und Handlungsweise durchdringt, in den gewohnten und erprobten Weisen vorzugsweise obwaltet.

Endlich ist aber in dem hier angenommenen Falle eines paritätischen Landes dafür Sorge zu tragen, dass der Gleichberechtigung der beiden grossen Kirchen kein Eintrag geschieht und das friedliche Zusammenleben ihrer Bekenner nicht durch unduldsame Handlungen von der einen oder der anderen Seite gefährdet wird. Hierzu reicht nun aber das blosse gesetzliche Aussprechen dieser Gleichberechtigung und selbst die Aufrechterhaltung derselben in den eigenen Handlungen der Staatsgewalt nicht aus, sondern es muss auch jeder Anmaassung eines Vorranges von Seiten einer Kirche und jedem verletzenden Benehmen gegen Andersdenkende mit der ganzen Strenge des Strafgesetzes und im Nothfalle

mit der gesammten Macht des Staates entgegengetreten werden. Beliebige Selbstschätzung, Vertheidigung der eigenen Lehre und anständige Kritik anderer Dogmen, selbst Ausdehnung des Kreises der Gläubigen durch Belehrung, steht einer Kirche zu; nicht aber die Befugniß, die gleichen Ansprüche Anderer zu läugnen und Verachtung oder Hass gegen solche zu äussern.

Auf diese Weise liegt denn allerdings kein aus einem einzelnen obersten Satze mit logischer Folgerichtigkeit abgeleitetes System vor. Der Staat sucht vielmehr die Thatsachen und die aus ihnen entwickelten Verhältnisse zu vereinigen mit seinen eigenen Rechten und Pflichten und mit der ihm unentbehrlichen Gewalt. Er nimmt namentlich die katholische Kirche, obschon sie in ihrer Grundlage auf einem wesentlich von dem des modernen Staates verschiedenen Boden steht, als gegeben an, und bestreitet ihr, selbst, wo er sich deren Lehren etwa anders wünschen möchte, das Recht zu denselben so lange nicht, als er irgend daneben glaubt bestehen zu können.

Nur da, wo die Erfahrung eine Unvereinbarkeit seiner Zwecke und Einrichtungen mit denen einer Kirche lehrt, oder wo er Besorgniß vor Uebergriffen hegen zu müssen glaubt, tritt er befehlend oder verbietend auf; dann aber allerdings auch ohne Rücksicht darauf, was das von einer Kirche sich selbst gegebene Recht bestimmt. Er rechnet also mit den thatsächlich vorhandenen Faktoren und sucht dadurch dem Verlangen, wo nicht aller, so doch der grossen Mehrzahl seiner Unterthanen gerecht zu werden; und wenn es auch nicht wahrscheinlich ist, dass er auf solche Weise jedem Streite mit kirchlichen Gewalten oder Parteien entgegen wird, so kann er doch eine gesetzliche Grundlage gewinnen zu einer befriedigenden und in seinem Sinne siegreichen Schlichtung solcher Widersprüche.

Dieser Standpunkt ist ein *praktisch richtiger und ausführbarer*. Unläugbar hat jedes in sich angeschlossene und folgerichtig durchgearbeitete System seinen grossen Werth; allein häufig ist im Leben die Durchführung eines solchen nicht möglich. Neben der Logik der Schlüsse steht auch die Logik der Thatsachen; und es ist thöricht, den Frieden und die Möglichkeit des Zusammenlebens einer unerbittlichen Geltendmachung von Grundsätzen zu opfern. Namentlich dürfen dem Staate vorbehaltene Beschränkungs- oder Mitwirkungsrechte nicht stutzig machen. Wenn die geschichtlichen Zustände und die bestehenden Gesittigungsforderungen zu Gunsten der Kirchen beachtet werden, so ist es nicht mehr als billig und logisch, als dass denselben Thatsachen auch da Beachtung geschenkt wird, wo sie der Staat zum Behufe eines ihm oder dem allgemeinen Besten nothwendigen Rechtes anruft. Ausserdem aber ist wohl zu bedenken, dass dem Staate eine streng folgerichtige Handlungsweise in Beziehung auf die kirchlichen Gesellschaften überhaupt nur unter der Voraussetzung angemuthet werden kann, wenn auch die Kirchen immer von Grundsätzen ausgehen, welche mit einem solchen Verhalten übereinstimmen. Dass dem aber nicht immer so ist, und nicht mit Sicherheit erwartet werden kann, lehrt leider die Geschichte.

(8) In Italien, in den Niederlanden, in Frankreich hatte der forschende Geist der neueren Jahrhunderte schon längst den Handel, den Verkehr der Nationen, die Wirkungsweise der Steuern und Abgaben, die Quellen des Wohlstandes oder der Verarmung ganzer Völker einer theoretischen Prüfung unterworfen; allein erst in England entwickelte sich mit der steigenden Blüthe der Industrie und des Welthandels die *Volkswirthschaftslehre* zu einer Art von Wissenschaft. *Adam Smith*, der mit seiner *Moraltheorie* nur mässigen Beifall fand, gewann mit seiner Untersuchung *über den Reichthum der Nationen* den ausgedehntesten Ruhm. *Sympathie* und *Interesse* waren ihm die zwei grossen Triebfedern menschlicher Handlungen. Aus der *Sympathie* leitete er alle Tugenden des Individuums und alle Vorzüge der Gesellschaft ab; allein nachdem er auf ziemlich künstliche Weise auch die Gerechtigkeit gewonnen hat, wird ihm diese zur wahren Grundlage des Staates und der Gesellschaft. Zuneigung zwischen den Gliedern der Gesellschaft, freundliche Rücksicht auf das gegenseitige Wohl sind schöne Dinge, aber sie können fehlen, ohne dass der Staat zu Grunde geht. Die Gerechtigkeit kann nicht fehlen; mit ihr steht und fällt jedes Gemeinwesen.

Im Streben nach Reichthum und Ehren lässt schon die *Moraltheorie* zu, dass jeder Einzelne seine Kräfte bis zum Aeussersten anstrenge, um alle seine Mitbewerber zu übertreffen, so lange er nur kein Unrecht thut; in der Lehre vom Nationalreichthum vollends wird das Axiom aufgestellt, dass Jeder, indem er seinem eignen Vortheil nachjagt, zugleich den Vortheil des Ganzen befördert. Die Regierung hat aber weiter nichts zu thun, als diesem Kampf der Interessen möglichst Freiheit zu gewähren. Von diesen Grundsätzen ausgehend, brachte er das Spiel der Interessen, den Marktverkehr von *Angebot* und *Nachfrage* auf Regeln, die noch heute ihre Bedeutung nicht verloren haben. Ihm war immerhin dieser Markt der Interessen nicht das ganze Leben, sondern nur eine wichtige Seite desselben. Seine Nachfolger jedoch vergassen die Kehrseite und verwechselten die Regeln des Marktes mit den Regeln des Lebens, ja mit den Grundgesetzen der menschlichen Natur. Dieser Fehler trug übrigens dazu bei, der Volkswirthschaft einen Anstrich von strenger Wissenschaftlichkeit zu geben, indem er eine bedeutende Vereinfachung aller Probleme des Verkehrs mit sich brachte. Diese Vereinfachung besteht nun aber darin, dass die Menschen als rein egoistisch gedacht werden, und als Wesen, welche ihre Sonderinteressen mit Vollkommenheit wahrzunehmen wissen, ohne je durch anderweitige Empfindungen gehindert zu werden.

In der That wäre nicht das Mindeste dagegen einzuwenden, wenn man diese Annahmen offen und ausdrücklich zu dem Zwecke gemacht hätte, den Betrachtungen über den gesellschaftlichen Verkehr durch Fingirung eines möglichst einfachen Falles eine exacte Form zu geben. Denn gerade durch die Abstraction von der vollen, mannichfach zusammengesetzten Wirklichkeit sind auch andere Wissenschaften dazu gelangt, den Charakter der Exactheit zu erhalten. Exact ist ein für allemal für uns, die wir die Unendlichkeit der Naturwirkungen nicht zu übersehen vermögen, nur dasjenige, was wir selbst exact machen. Alle absoluten

Wahrheiten sind falsch ; Relationen dagegen können genau sein. Und was für den Fortschritt des Wissens am wichtigsten ist : eine relative Wahrheit, ein Satz der nur auf Grund einer willkürlichen Voraussetzung wahr ist, und welcher von der vollen Wirklichkeit in einem sorgfältig bestimmten Sinne abweicht, gerade ein solcher Satz ist ungleich eher fähig unsere Einsicht dauernd zu fördern, als ein Satz, welcher mit einem Schlage dem Wesen der Dinge möglichst nahe zu kommen sucht, und dabei eine unvermeidliche und in ihrer Tragweite unbekannte Masse von Irrthümern mit sich schleppt.

Wie die Geometrie mit ihren einfachen Linien, Flächen und Körpern uns vorwärts hilft, obwohl ihre Linien und Flächen in der Natur nicht vorkommen, obwohl die Maasse des Wirklichen fast immer incommensurable sind, so kann auch die abstracte Volkswirthschaft uns vorwärts helfen, obwohl es in Wirklichkeit keine Wesen gibt, welche ausschliesslich dem Antrieb eines berechnenden Egoismus folgen, und welche diesem mit absoluter Beweglichkeit folgen, frei von allen etwaigen hemmenden Regungen und Einflüssen, die von andern Eigenschaften herrühren. Freilich ist die Abstraction bei der Volkswirthschaft des Egoismus viel stärker, als in irgend einer andern bisherigen Wissenschaft, da sowohl die entgegenstehenden Einflüsse der *Trägheit* und der *Gewohnheit*, als auch diejenigen der *Sympathie* und des Gemeinsinnes höchst bedeutend sind. Dennoch darf die Abstraction dreist gewagt werden, so lange sie als solche im Bewusstsein bleibt. Denn wenn erst gefunden wird, wie jene beweglichen Atome einer dem Egoismus huldigenden Gesellschaft, die man hypothetisch annimmt, sich der Voraussetzung gemäss benehmen müssten, so wird damit eben nicht nur eine Fiktion gewonnen sein, die in sich selbst widerspruchlos ist, sondern eine genaue Erkenntniss einer Seite des menschlichen Wesens und eines Elementes, welches in der Gesellschaft und namentlich im Handel und Wandel eine höchst bedeutende Rolle spielt. Man könnte wenigstens erkennen, wie der Mensch sich verhält, insofern die Bedingungen seines Handelns jener Voraussetzung entsprechen, wenn dies auch niemals vollständig der Fall sein wird.

Der Materialismus auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete besteht nun eben darin, dass diese Abstraction mit der Wirklichkeit verwechselt wird, und diese Verwechslung erfolgte unter dem Einfluss eines ungeheuren Vorwaltens der *materiellen Interessen*. Die Pfleger der englischen Volkswirthschaft gingen zum grossen Theil von durchaus *praktischen* Gesichtspunkten aus ; “praktisch” nicht in dem Sinn der alten Griechen genommen, in welchem das rüstige *Handeln* nach sittlichen und politischen Motiven vor allen Dingen jenen Ehrennamen verdiente. Der Charakter dieser Zeiten brachte es mit sich, alle wahren Zwecke des Handelns in den Interessen des Individuums zu suchen. Der “praktische” Gesichtspunkt in der Volkswirthschaft ist derjenige eines Mannes, dem seine eigenen Interessen obenan stehen, und der deshalb bei allen andern Individuen dasselbe voraussetzt. Das grosse Interesse dieser Periode ist aber nicht mehr, wie im Alterthum, der unmittelbare Genuss, sondern die *Capitalbildung*.

Die vielgescholtene Genusssucht unserer Zeiten ist vor dem vergleichenden

Blick über die Culturgeschichte bei weitem nicht so hervorragend, als die Arbeits-sucht unserer industriellen Unternehmer und die Arbeitsnoth der Slaven unserer Industrie. Ja, vielfach ist das, was als lärmende oder sinnlose Freude an eitlen Vergnügungen erscheint, eben nur eine Folge der übermässigen, aufreibenden und abstumpfenden Arbeit, indem der Geist durch das beständige Hetzen und Wühlen im Dienste des Erwerbes die Fähigkeit zu einem reineren, edleren und ruhig gestalteten Genusse einbüsst. Es wird dann eben auch die Erholung unwillkürlich mit der fieberhaften Hast des Gewerbes betrieben, und das Vergnügen nach den Kosten bemessen und gleichsam pflichtmässig in den dazu bestimmten Tagen und Stunden abgemacht. Dass ein solcher Zustand nicht gesund ist und auf die Dauer schwerlich bestehen kann, scheint einleuchtend, allein nicht minder klar ist, dass in der gegenwärtigen Arbeits-Epoche ungeheure Leistungen vollbracht werden, welche in einer späteren Zeit wohl dazu dienen können, die Früchte einer höheren Cultur den weitesten Kreisen zugänglich zu machen. Was an dem gebildeten und durchgeistigten Genuss eines Epikur und Aristipp die Schattenseite bildete, die selbstgenügsame Beschränkung auf einen engen Freundeskreis oder gar auf die eigene Person, das trifft heutzutage selbst unter begüterten Egoisten nicht oft hervor, und eine Philosophie, die sich darauf gründete, würde schwerlich irgend eine allgemeine Bedeutung gewinnen können. Die Mittel zum Genuss zusammenraffen, und dann diese Mittel nicht auf den Genuss, sondern grösstentheils wieder auf den Erwerb verwenden: das ist der vorherrschende Charakter unserer Zeit. Würden alle Diejenigen, welche ein mehr als mittelmässiges Vermögen erworben haben, sich aus dem Geschäftsleben zurückziehen und fortan ihre Musse den öffentlichen Angelegenheiten, der Kunst und Literatur, und endlich einem gebildeten, mit mässigen Mitteln unterhaltenen Lebensgenuss widmen, so würden nicht nur diese Personen ein schöneres, würdigeres Dasein führen, sondern es wäre auch eine hinreichende, materielle Basis vorhanden, um eine edlere Cultur mit allen ihren Anforderungen dauernd zu unterhalten und dadurch unserer gegenwärtigen Geschichtsperiode einen höheren Gehalt zu geben, als der des classischen Alterthums. Vermuthlich aber würden dadurch den Geschäften grössere Capitalien entzogen, als jetzt durch den unsinnigsten Luxus, und vielleicht könnte diese Cultur nur einem geringen Theil der Bevölkerung wahrhaft zu Gute kommen. Allerdings liegt auch jetzt die Sache für die grosse Masse der Bevölkerung betrübend genug. Wenn all die riesige Kraft unserer Maschinen und die durch Theilung der Arbeit so unendlich vervollkommneten Leistungen der Menschenhand darauf verwandt würden, um Jedem das zu geben, was erforderlich ist, um das Leben erträglich zu machen und dem Geiste Musse und Mittel zu seiner höheren Entfaltung zu bieten, so wäre vielleicht schon jetzt die Möglichkeit vorhanden, ohne Beeinträchtigung der geistigen Aufgabe der Menschheit, die Segnungen der Cultur über alle Stände zu verbreiten; allein dies ist bisher nicht die Richtung der Zeit. Es ist wahr, dass Kräfte über Kräfte erzeugt, stets neue Maschinen erdacht, neue Mittel des Verkehrs ersonnen werden; es ist wahr, dass die Capi-

talisten, welche über alle diese Mittel gebieten, unablässig weiter schaffen, statt die Früchte ihrer Arbeit in würdiger Musse zu geniessen, allein trotzdem zielt die stets vermehrte Thätigkeit direct auf nichts weniger ab, als auf die Förderung des Gemeinwohls. Wo die geistige Genussfähigkeit fehlt, da stellen sich *Bedürfnisse* ein, welche immer schneller wachsen, als die Mittel zu ihrer Befriedigung.

(9) Im vorigen Jahrhundert griffen mehrere bedeutende Männer, unter ihnen namentlich *Benjamin Franklin*, die Bemerkung auf, dass die natürliche Vermehrung der Menschen, wie der Thiere und Pflanzen, wenn sie ungehemmt wäre, sehr bald den Erdboden überfüllen müsste. Diese unbestreitbare und auf der Hand liegende, aber bis dahin nicht beachtete Wahrheit musste sich einem beobachtenden Geist damals aufdrängen, wenn er die rapide Volksvermehrung in Nord-Amerika mit den Zuständen europäischer Staaten verglich. Man fand, dass die Volksvermehrung nicht von der Fruchtbarkeit der Ehen, sondern von der Masse der erzeugten Nahrungsmittel abhängt. Diese einfache Anschauung, durch *Malthus* berühmt geworden, aber auch mit irrigen Zuthaten versehen, die wir hier ausser Spiel lassen, ist seitdem durch die Vervollkommnung der *Statistik* als unzweifelhaft erwiesen worden.

Nahezu gleichzeitig kam eine andere in ihrer ursprünglichen Form freilich irrthümliche Lehre auf, die Lehre von der *Bodenrente*. Man nahm an, dass die Grundbesitzer aus den unerschöpflichen Kräften des Bodens ausser der Verzinsung ihres Capitals und der Verwerthung ihrer Arbeit noch einen besonderen Gewinn ziehen, welcher durch das Monopol der Benutzung jener Naturkräfte hervorgebracht wird.

Später wurde gezeigt, dass dies nur insofern richtig ist, als die Menge des Bodens begrenzt ist, oder in Folge gewisser Umstände (Auswanderungsscheu, Mangel an Capital zur Rodung fruchtbarer Niederungen, Mangel an Freiheit u. s. w.) als begrenzt betrachtet werden muss. Es tritt dann in relativer Geltung dasselbe Verhältniss auf, welches absolut gelten müsste, wenn einmal der ganze anbaufähige Boden der Erde in Privatbesitz gelangt wäre. Obwohl sonach die Lehre von der Bodenrente nur eine relative Gültigkeit hat, so tritt doch für jedes Land ein Zustand ein, in welchem sie bis zu einem gewissen Grade anwendbar ist. Endlich hat man gefunden, dass die Höhe des *Arbeitslohnes*, der von einem mit Capital versehenen Unternehmer denen bezahlt wird, die ohne Grundbesitz oder andere Mittel sich nur aus ihrer Arbeit erhalten müssen, gleich jedem anderen Waarenpreise durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. Sofern also das Angebot die Nachfrage überwiegt, muss der Arbeitslohn auf ein Minimum sinken. Es ist ganz natürlich, dass gerade hier die Theorie des Egoismus sich der Wirklichkeit in sehr hohem Grade annähert, da es sich successiv nur um kleine Beträge handelt, und der Arbeitsgeber, der auf dem bestehenden Rechtsboden seine Interessen wahrnimmt, anfangs selbst von den Folgen dieses Verhältnisses nur einen unklaren Begriff hat.

In Zeiten grösserer Rohheit wird die Bevölkerung, theils durch die Ungunst des Klimas bei Mangel an Vorräthen, theils durch Fehden und Kriege mit barbarischer Behandlung der Ueberwundenen beständig decimirt, die Capitalsammlung kann nicht ungestört vor sich gehen und auf Ueberfluss von Arbeitskräften folgt wieder Mangel, auf Mangel an Boden wieder die Möglichkeit durch geringe Anstrengung ausgedehnte Territorien zu erwerben. Sobald aber die schlimmsten Leidenschaften beruhigt sind, Gemeinsinn und Rechtsordnung ihr Werk begonnen haben, beginnt auch, wie das Unkraut, das unter dem Weizen aufwächst, die Wirkung jener eben bezeichneten Verhältnisse.

Die Bevölkerung mehrt sich, der Boden zur Bearbeitung beginnt zu fehlen; die Bodenrente steigt, der Arbeitslohn sinkt; der Unterschied zwischen der Lage der Besitzer und der Pächter, der Pächter und der gemietheten Arbeiter wird immer grösser. Nun bietet die aufblühende *Industrie* dem Arbeiter höheren Lohn; aber bald strömen ihr so viele Arme zu, dass sich hier dasselbe Spiel wiederholt. Der einzige Factor, welcher jetzt den Zuwachs der Bevölkerung hemmt, ist das Elend, und die einzige Rettung von dem äussersten Elend ist die Annahme von *Arbeit um jeden Preis*. Dem glücklichen Unternehmer strömen unermessliche Reichthümer zu; der Arbeiter erhält nichts als sein kümmerliches Dasein. So weit macht sich die Sache ganz ohne die Dogmatik des Egoismus.

Jetzt erschreckt das Elend des Proletariats theilnehmende Herzen; allein der Weg aus diesen Zuständen zurück zu der alten Einfachheit der Sitten ist unmöglich. Ganz allmählig haben sich die Besitzenden an einen reichen und mannichfachen Genuss verfeinerter Lebensfreuden gewöhnt. Kunst und Wissenschaft haben sich entfaltet. Die Sklavenarbeit der Proletarier schafft vielen fähigen Köpfen Musse und Mittel zu Forschungen, Erfindungen und Schöpfungen. Es scheint Pflicht, diese höheren Güter der Menschheit zu wahren, und gern tröstet man sich mit dem Gedanken, dass sie einst ein Gemeingut Aller sein werden. Inzwischen macht das schnelle Wachsen der Reichthümer Viele dieser Genüsse theilhaftig, deren Gemüth innerlich roh ist. Andere verwildern in sittlicher Beziehung, indem sie keine Aufmerksamkeit, keine Theilnahme mehr übrig behalten für etwas, das ausserhalb des Kreises ihrer Vergnügungen liegt, die lebhafteren Formen der Sympathie mit dem Leiden schwinden schon durch das gleichförmige Wohlleben der Bevorzugten. Diese fangen an, sich als besondere Wesen zu fassen. Ihre Diener sind ihnen wie Maschinen; die Unglücklichen sind ihnen eine unvermeidliche Staffage; sie haben für das Schicksal derselben kein Verständniss mehr. Mit dem Abreissen der sittlichen Bande erlischt die Scham, welche früher von allzu üppigen Genüssen zurückhielt. Die geistige Kraft erstickt im Wohlleben; das Proletariat allein bleibt roh, gedrückt, aber geistesfrisch.

In einem solchen Zustande war die alte Welt, als das Christenthum und die Völkerwanderung ihrer Herrlichkeit ein Ende machten. Sie war zum Untergang reif geworden.

(10) Die Verhandlung dessen, was man die sociale Frage zu nennen pflegt, hat gegenwärtig einen Umfang gewonnen, der sich mit allen Gebieten des Lebens und der Wissenschaft berührt. Die Forderungen der modernen Socialisten beziehen sich in erster Linie auf eine Umgestaltung des industriellen Lebens. Zugleich aber suchen sie ihre Berechtigung nachzuweisen durch eine neue Auffassung der Grundlagen alles menschlichen Daseins, des Rechtes und des Staates der Geschichte und der Philosophie. Das schliessliche Urtheil über die Ausführbarkeit ihrer Ansprüche kann nur auf dem Standpunkte des praktischen Geschäftsmannes, die Auseinandersetzung aber mit ihren Grundsätzen nur auf dem Boden der Wissenschaft gelingen. So ist zu einer umfassenden Erledigung des Problems allerdings das Zusammenwirken von Theorie und Praxis erforderlich, und eine gedeihliche Reform wird erst dann aussichtsvoll werden, wenn die Wissenschaft das Maass der Berechtigung und die industrielle Praxis die Möglichkeit der Durchführung betreffs der socialen Forderungen festgestellt haben.

In Deutschland ist die sociale Bewegung von jüngerem Datum als in unseren Nachbarländern, aus den beiden Gründen, dass sowohl die Entwicklung der Industrie, welche den Anstoss zur Entstehung des Socialismus, als auch die liberale Staatsordnung, welche ihm die Möglichkeit des Heranwachsens gibt, bei uns jünger ist. Der Anfang der modernen Bestrebungen zeigt sich bei uns erst in den vierziger Jahren dieses Jahrhunderts, wesentlich durch die Franzosen St. Simon und noch mehr Louis Blanc angeregt, von welchem letzteren die bis heute verbreiteten Stichworte: Bourgeoisie (gleich Inbegriff der Kapitalisten), Volk (gleich Inbegriff der Lohnarbeiter), Organisation der Arbeit (gleich Einrichtung von Arbeiterfabriken auf Staatskosten), übernommen wurden. Die bedeutendsten geistigen Fähigkeiten, welche damals auf diesem Gebiete hervortraten, waren Friedrich Engels, in einer gründlichen, sehr einseitigen, aber auch heute noch lehrreichen Darstellung der englischen Fabrikzustände, und Karl Marx, vornehmlich in einer scharfen Kritik gegen den französischen Journalisten Proudhon, dem er freilich nicht wie die französischen Conservativen wegen seines Socialismus, sondern umgekehrt wegen seiner wissenschaftlichen Halbheit und praktischen Unentschlossenheit zürnte. In beiden Büchern findet man bereits alle Keime zu der heute so gewaltig herangewachsenen Agitation. Es kam dann die Revolution von 1848 und auch in Deutschland verschmolz sich mit der republikanischen Partei ein starker Zusatz socialistischer Elemente, wurde aber damit auch in die schliessliche Niederlage der Republikaner verwickelt und für eine geraume Zeit in Deutschland mundtot gemacht. Auf literarischem Gebiete hatte die Bewegung nur eine bedeutendere Erscheinung hervorgerufen, ein Buch von Karl Marlo, einem Kasseler Professor Winkelblech, welches jedoch durch eine Reihe absonderlicher Eigenthümlichkeiten jede weitere Wirkung verfehlte und auch durch die nachträgliche Empfehlung des Wiener Ex-Professors und Ex-Ministers Schäffle schwerlich eine solche erzielen wird. Es blieb 1850 bei der völligen Zurückdrängung des Socialismus. Die Führer mussten in das Ausland flüchten, die Massen versanken wieder in die hergebrachte Ruhe. Gegen Ende der fünfziger Jahre

schien auch bei uns das Freihandelssystem zu unbedingter Anerkennung gelangt, mit seinem Grundsatz unbedingter Freiheit des Eigenthums und der Verträge, der Arbeit und des Verkehrs, als ausreichende Bürgschaft für den wachsenden Wohlstand Aller, für vermehrte Gütererzeugung und für naturgemässe Gütervertheilung, stets unter der Bedingung, dass kein fremder Zwang, keine bindende Vorschrift des Staates in das ökonomische Treiben der Einzelnen störend eingreife. Man lasse, hiess es, den Dingen ungehindert ihren Lauf; die ökonomische Bewegung erfolgt mit der Regelmässigkeit eines Systems von Naturkräften; man muss diese nur nicht meistern und hindern wollen, dann setzen sie sich stets nach unwandelbaren Gesetzen in heilsames Gleichgewicht. Als dann vollends auf dem Grunde dieses Systems Schulze-Delitzsch den Arbeitern darlegte, dass es nur auf sie selbst ankomme, durch Sparsamkeit, Fleiss und Zusammenhalten ihre Lage zu verbessern, als die von ihm empfohlenen Vorschuss-, Rohstoff- und Creditvereine in allen Theilen Deutschlands eine sehr bedeutende Wirksamkeit entfalteten, da schien vielen vertrauenden Gemüthern die sociale Frage für immer gelöst, die sociale Sorge auf alle Zeiten aus der Welt geschafft. Freilich gab es noch Armuth und Hunger genug; aber man vertraute, dass die natürliche Entwicklung der Freiheit in sicherem Fortschritt die Dinge immer fort zum Besseren wenden würde.

Es ist Ihnen allen nun bekannt, dass gerade an eine Kritik des Schulze'schen Vereinswesens durch Ferdinand Lassalle seit 1863 eine neue Erhebung des Socialismus anknüpfte und mit Einem Schlage die deutsche Arbeiterwelt durch den Schlachtruf der Staatshülfe in umfassende Aufregung setzte. Deren Entwicklung ist es, die ich Ihnen im Einzelnen darzulegen wünsche, und zwar an erster Stelle die wissenschaftliche Begründung ihrer Ansprüche durch ihre geistig hervorragenden Führer. Der bedeutendste unter diesen ist aber keineswegs Lassalle — obwohl derselbe unter der deutschen Arbeiterbewegung in der sichtbarsten Rolle hervorgetreten ist: wir werden sehen, in welchem Grade es ihm an originaler Schöpferkraft gefehlt, wie sehr er sich mit der populären Verbreitung fremder Gedanken begnügt hat. Vielmehr ist bei weitem der umfassendste und gewichtigste Geist unter dieser Gruppe der Mann, den ich vorher als früheren Gegner Proudhon's bezeichnete, der schon 1859 die Grundzüge seines Systems in kleineren Abhandlungen der Oeffentlichkeit vorgelegt, und seitdem in einem grösseren, höchst lesenswerthen Buche: Das Capital (ein dicker Band ist erschienen, zwei andere sollen folgen,) die Anschauungen und Begehren seiner Partei in ausführlicher Gründlichkeit entwickelt hat. Marx ist, wie Lassalle, durchaus kein Proletarier, sondern der Sohn eines jüdischen Bourgeois und wie jener ein eifriger Schüler der Hegel'schen Philosophie. Nachdem er vor 20 Jahren seinen Wohnort in London genommen, hat er mit einem unermüdlichen Fleisse die Verhältnisse der englischen Industrie, die Entstehung und das Heranwachsen ihrer einzelnen Zweige, die Lage der verschiedenen Arbeiterklassen, die Wechselbeziehungen zwischen Industrie und Ackerbau studirt. Er hat dann diese Forschungen weit zurück in die Vergangenheit ausgedehnt, die Umwälzung der dortigen Lebens-

zustände durch die grossen Entdeckungen des 15. und 16. Jahrhunderts untersucht und so den Ursprung der heutigen Verhältnisse in grossem historischen Zusammenhange aufzufassen vermocht. Dabei ist er einer der gründlichsten Kenner der volkswirtschaftlichen Literatur in allen Ländern Europa's, so dass er sowohl von der theoretischen als von der praktischen Seite mit einer ganz seltenen Vorbereitung seine Aufgabe ergriffen hat. Sein Styl ist nicht eben erfreulich; als guter Hegelianer strebt er die ungeheuren Massen seines Stoffes auf die Entwicklungs-Momente eines einzigen Grundbegriffs zurückzuführen und wird dadurch in seinem Raisonement oft unerträglich weitschweifig, oft in lästiger Weise schwerfällig. Bündig aber und geschlossen ist seine Erörterung im höchsten Grade; wer ihm die ersten Sätze zugibt, wird unwiderstehlich zur Anerkennung der letzten Folgerungen genöthigt. Jedenfalls begreift man nach der Lecture des Buches, dass der Verfasser innerhalb seiner Partei einen grossen, leitenden Einfluss gewinnen musste; er ist bekanntlich Mitglied des Generalraths der Internationale und nach sehr bestimmten Nachrichten zur Zeit die eigentliche Seele und der thatsächliche Führer des gefährlichen Bundes.

Er beginnt sein Buch mit einigen rein theoretischen Ausführungen zur Klarstellung der Grundbegriffe, und auch ich muss für einige Minuten Ihre Aufmerksamkeit für diese scheinbar trockenen oder spitzfindigen Dinge erbitten. Denn, wie eben gesagt, nicht weniger als Alles hängt davon ab. Ich werde bei der Besprechung derselben mich absichtlich ganz auf Marx' Standpunkt stellen und die wissenschaftlichen Begriffe überall nach seinem eigenen Sprachgebrauch bezeichnen, um dadurch auch die Widerlegung, wo eine solche nöthigt wird, der Sache möglichst genau anzupassen. — Bei jeder Waare also kann man eine doppelte Art des Werthes unterscheiden, den Nutzen, den sie durch ihren Verbrauch für menschliche Bedürfnisse bringt, ihren Gebrauchswerth, und die Bedeutung, die sie im Austausch gegen andere Waaren hat, den Tauschwerth. Dass beide Werthe nicht gleich sind, dass sie sich nach verschiedenem Masse bestimmen, ist einleuchtend auf den ersten Blick. Der Gebrauchswerth von 100 Pfund Brod für die menschliche Ernährung ist stets derselbe; ihr Tauschwerth, ihr Preis dagegen steht bald höher, bald niedriger, je nach dem günstigen oder ungünstigen Ausfall der Ernte, der Leichtigkeit der Zufuhr, der Verbesserung der Mühlen oder Bäckereien. Als Gebrauchsgegenstand hat jede Waare ihren eigenthümlichen Charakter, je nach dem menschlichen Bedürfniss, dem sie dient. Der Tauschwerth zeigt eine ihnen allen gemeinsame Eigenschaft, die nur in verschiedener Quantität bei den einzelnen Waaren erscheint. Als Gebrauchsgegenstand können weder 100 noch auch 1000 Beefsteaks ein Paar Stiefel ersetzen; dies hindert nicht, dass eine gewisse Anzahl Beefsteaks genau den Tauschwerth eines Paares Stiefel hat. Damit dies möglich sei, muss es also eine Eigenschaft geben, welche allen Waaren aller Art, seien sie sonst noch so verschieden, anhaftet: Dinge, die gar nichts mit einander gemein haben, kann man ja nicht mit einander vergleichen; Jeder würde lachen, den man fragte, wie viele Beefsteaks den Werth eines guten Witzes hätten. Marx fragt nun: Was ist dieser gemeinsame Bestandtheil aller

Waaren, dessen Grösse bei jeder einzelnen das Maass ihres Tauschwerths bildet? und seine Antwort, anknüpfend an die Theorie des grossen englischen National-Oekonomen Ricardo, lautet dahin: Es ist die zu ihrer Erzeugung nöthige menschliche Arbeit.

In der That ist so viel einleuchtend, dass, wo gar keine Arbeit stattgefunden hat, auch kein Tauschwerth existirte. Die unentbehrlichen Gebrauchswerthe für den Menschen sind Luft und Wasser; aber Tauschwerth haben unter gewöhnlichen Verhältnissen beide nicht, weil sie dem Menschen ohne eigene Arbeit zukommen. Damit die Arbeit Tauschwerth erzeuge, ist es erforderlich, dass es überhaupt nützliche Arbeit sei, dass sie einem menschlichen Bedürfniss diene, dass sie den Naturstoffen eine für menschliche Zwecke brauchbare Form gebe wo Tauschwerth entstehen soll, muss also auch irgend ein Gebrauchswerth vorhanden sein. Nur, betont Marx, irgend ein Gebrauchswerth. Welche Art des Nutzens, das ist gleichgültig für das Maass des Tauschwerthes. Nicht die besondere Art und Richtung der einzelnen Arbeit wird im Tauschwerth geschätzt, sondern das aller Arbeit Gemeinsame, der Verbrauch menschlicher Arbeitskraft, oder, wie Marx es ausdrückt, die Verausgabung menschlicher Hirn- und Nerven- und Muskelsubstanz. Diese erscheint bei jeder Art der Arbeit, sie ist das Maass ihres Tauschwerths, und sie selbst wird lediglich durch ihre Dauer, durch die Arbeitszeit gemessen. Die Thätigkeit des Schneiders ist eine ganz andere als die des Webers; wenn aber zur Entstehung eines Rockes eben so viele Arbeitsstunden nöthig waren, wie zur Herstellung von 10 Ellen Leinwand, so werden beide Waaren gleichen Tauschwerth, gleichen Marktpreis haben.

Sie sehen wohl schon hier, auf welches Ziel diese Erörterung hinsteuert. Der Tauschwerth einer Waare ist das Erzeugniss allein der Arbeit. Der Weg ist damit geöffnet zu der Frage: Wem gehört also von Rechts wegen dieser Tauschwerth? Doch wohl keinem Anderen, als seinem Schöpfer, dem Arbeiter? Wie kommt der Fabrikant dazu, ihn einzustecken?

Ehe wir darauf näher eingehen, wird es gut sein, den ersten Grundsatz zu prüfen, dass nur die in einer Waare verkörperte Arbeit Quelle und Maass des Tauschwerthes sei. Damit die Arbeit Werthe erzeuge, muss sie, hörten wir Marx erklären, irgendwie nützlich sein, irgend einem menschlichen Bedürfnisse dienen. Der Tauschwerth entstehe stets in dem Boden irgend eines Gebrauchswerthes, welcher Art aber dieser sei, das sei dem Tauschwerthe gleichgültig. Ich will dies Herrn Marx gern glauben, auf Seiten des Verkäufers; dieser wird seine Preisforderung vor allem nach der Mühe und den Ausgaben einrichten, die ihm die Erzeugung seiner Waare gekostet hat. Damit aber sollte auch auf Seiten des Käufers die Sache abgemacht sein? Kein Mensch wird das annehmen. Ein Tausch kommt zu Stande, wenn beide Parteien meinen, eben so viel einzunehmen, als sie unter anderer Form herausgeben. Der Verkäufer legt in seiner Waare ein Stück seiner Arbeitskraft, seiner Gehirn- und Muskel- und Nervensubstanz, mit Einem Worte, seiner Lebenskraft vor. Der Käufer fragt, ob der Gebrauch der Waare auch ihm durch Befriedigung eines Reizes, eines Bedürfnisses ein ent-

sprechendes Quantum Lebenskraft eintragen wird. Die Bedürfnisse sind nun ebenso verschieden wie die Arten der Arbeit: aber wie diese lassen sie sich messen durch das Quantum Lebenskraft, dem sie entsprechen, und sofort zeigt sich, dass ihr Grad und ihre Dringlichkeit wechseln nach der augenblicklichen Lebenslage des Menschen. Im Winter bedarf ich zur Erzeugung der gleichen Körperwärme mehr Kohlen als im Sommer; der Tauschwerth der Kohle steigt, auch wenn die Quanta der Grubenarbeit ganz dieselben geblieben sind. Marx sagt ganz richtig, dass die Arbeit nur insoweit Werth erzeuge, als sie "gesellschaftlich nothwendige" Arbeit sei: wenn die Dampfspinnerei dreissig mal mehr Garn in derselben Zeit producirt, als der Handspinner, so mag sich der Handspinner einen Monat lang mit saurem Fleisse plagen, sein Garn stellt immer nur den Werth eines Arbeitstages dar. Eben so richtig aber sagt Lassalle: Wenn die menschliche Gesellschaft heute z. B. eine Million Ellen Seide bedarf und die Unternehmer produciren deren fünf, so muss der Werth der Elle Seidenzeug mindestens auf ein Fünftel sinken, da das reale Bedürfniss aller Individuen nach Arbeit in Seide nicht gewachsen, vier Fünftel also der gelieferten Arbeit eine "gesellschaftlich nothwendige" nicht gewesen ist. Man sieht jedoch auf den ersten Blick, dass in beiden Fällen das Wort "gesellschaftlich nothwendige Arbeit" in ganz verschiedenem Sinne gebraucht wird. Im ersten Falle bezeichnet es das Minimum der Arbeit, welche zur Erzeugung einer festen Waarenmenge erforderlich ist, im zweiten das Maximum der Arbeit, welche den Gesamtbedarf des Marktes befriedigt. Im ersten Falle ändert sich der Waarenwerth durch Aenderung der erzeugenden Arbeitskraft, im zweiten bei gleichbleibender Arbeitskraft durch die Aenderung ihres Verhältnisses zum Bedürfniss. Der Tausch ist eben ein zweiseitiges Geschäft; der Tauschwerth wird nicht durch Einen Factor, sondern durch zwei bestimmt, durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das zur Erzeugung der Waare nothwendig ist, und durch das Quantum menschlicher Lebenskraft, das vom Gebrauche der Waare erhofft wird. Er wechselt je nach dem augenblicklichen Verhältniss beider Factoren. Die Energie, die zur Herstellung der Waare schlechterdings erforderlich ist, bezeichnet seine unterste, seine Minimalgrenze, die Energie, die sich in dem augenblicklichen Verlangen nach der Waare ausspricht, seine oberste oder Maximalgrenze. Das stete Maass des Tauschwerthes ist demnach nicht allein die Zeitdauer der erzeugenden Arbeit, sondern das Verhältniss derselben zu dem Drange des dadurch zu stillenden Bedürfnisses: oder, um es mit Einem Worte auszusprechen, die Zweckmässigkeit der Arbeit ist Quelle und Maass des Werthes.

Doch folgen wir unserem Autor weiter. Sehen wir welche Folgerungen er aus seiner Arbeits- und Werthstheorie gewinnt.

Jede auf ein menschliches Bedürfniss eingerichtete Arbeit, sagt Marx, setzt dem bearbeiteten Stoffe ihren eigenen Werth hinzu. Der Tauschwerth jeder Waare setzt sich zusammen aus dem Werthe ihres Rohstoffs, einem Werththeile des Arbeitsgeräths, und dazu dem Werthe der hervorbringenden Arbeit. In dem Leinengarn z. B. steckt der Werth des Flachses, sowie ein Theil des Werthes der Spindel, und dazu der Werth der Spinnerarbeit; in der Leinwand erscheint

der Werth des Garnes, sowie ein Werththeil des Webstuhls, und dazu der Werth der Weberarbeit; im linnenen Rocke findet sich der Werth der Leinwand so wie ein Werththeil von Nadel und Schere u. s. w., und dazu der Werth der Schneiderarbeit. Je mehr Arbeit erforderlich ist, eine jede dieser Waaren aus dem betreffenden Rohstoffe anzufertigen, desto höher stellt sich ihr Tauschwerth. Allerdings gibt es verschiedenwerthige Arbeit, einfache und technisch-geübte Arbeit; für die Feststellung der allgemeinen Gesetze kommt es uns hier nicht darauf an, da sich jedes Quantum geübter Arbeit durch das doppelte oder zehn- oder hundertfache Quantum einfacher Arbeit ausdrücken, oder mit anderen Worten, da sich der Werth der geübten Arbeit stets auf den der einfachen reduciren lässt. Dies alles ist zweifellos richtig, allerdings, wie wir jetzt wissen, unter der Voraussetzung gleich bleibenden Bedürfnisses, gleich bleibender Nachfrage. Indessen sehen wir für den Augenblick von allen hierdurch entstehenden Preisschwankungen ab; denken wir uns für einen gegebenen Zeitpunkt Angebot und Nachfrage, Arbeit und Bedürfniss im richtigen Verhältniss fixirt, so werden wir Marx Recht geben, wenn er erklärt, der Werth einer Waare sei genau gleich dem Werthe ihrer Productionsmittel, und dazu dem Werthe der sie erschaffenden Arbeit.

An diesem Punkte erhebt nun Marx die für sein ganzes System entscheidende Frage. Wer sich mit Waarenerzeugung und Waarenverkauf befasst, will aus dieser Thätigkeit einen Vorthail ziehen. Er will es nicht blos in dem Sinne, dass er einen leichtgläubigen Kunden bei dem Handel übervorthaile und ihm mehr abnehme, als der wirkliche Tauschwerth der Waare beträgt, denn eine solche Prellerei würde nicht lange vorhalten und jedenfalls die Gesellschaft im Ganzen nicht bereichern. Sondern er wünscht, durch seine Fabrikation wirklichen Mehrwerth zu erzeugen. Wie aber soll dies zugehen, wenn der Werth der fertigen Waare, nach unserer vorherigen Beobachtung, nichts Anderes ist, als der Werth ihrer Arbeitsmittel und der sie erzeugenden Arbeit zusammengenommen? Beide Werthe, sowohl der Arbeitsmittel als der Arbeit, muss doch der Fabrikant seinem Conto zur Last schreiben: wenn der Erlös der Waare ihm nachher weiter nichts bringt, als die Summe jener Werthe, so geht Gleich gegen Gleich auf, und ein vermehrter Werth ist nicht geschaffen, ein reeller Gewinn nicht erzielt. Nichts desto weniger sehen wir tagtäglich unsere Industrie neue wachsende Werthe erzeugen und den vorhandenen National-Reichthum unermesslich steigern. Woher, fragt Marx, kommt dieser Mehrwerth?

Er antwortet: der neu entstandene Mehrwerth ist Schöpfung der Arbeit. Die Arbeit erzeugt grösseren Tauschwerth, als sie selbst kostet. Die Thatsache selbst ist weltbekannt: nicht viele Menschen würden arbeiten, wenn dem nicht so wäre. Aber was für den selbstständigen Arbeiter die Quelle immer neuer Werthe, immer neuer Lebenskraft wird, das verwandelt sich in Raub und Mord für den Arbeiter in fremdem Dienste. Und eben hier setzt Marx seine Anklage gegen das Capital ein. Der Capitalist, sagt er, arbeitet nicht selbst, sondern beschäftigt den Lohnarbeiter. Er zahlt demselben als Lohn den Tauschwerth oder den Marktpreis seiner Arbeitskraft. Der Werth der Arbeitskraft bestimmt

sich nach demselben Gesetze, wie der jeder anderen Waare, nach dem Aufwande von Zeit und Kraft zur Herstellung derselben. Man kann also den Tageswerth der Arbeitskraft gleichsetzen dem Werthe des Lebensmittel, welche täglich zur Erhaltung des Arbeiters und seiner Familie nöthig sind. Und weiter, der Marktpreis dieser Lebensmittel richtet sich wieder nach der für ihre Erzeugung nöthigen Arbeitszeit. Nehmen wir nun an, dass unter gewissen Verhältnissen sechs Stunden durchschnittlicher Arbeit zur Lieferung jener Lebensmittel, und ebenfalls sechs Stunden zur Anfertigung eines Thalers Silbergeld erforderlich wären, so würde sich der normale Marktpreis der Arbeitskraft für jeden Tag auf einen Thaler stellen: für diesen Tagelohn also verkauft der Arbeiter seine ganze Arbeitskraft für einen ganzen Tag dem Capitalisten, und empfängt damit alles, was er nach dem allgemeinen Gesetze des Tauschwerthes gerechter Weise fordern kann. Wie aber? welch ein besonderer Handel ist dies? er verkauft seine Kraft für einen Thaler, d. h. für das Erzeugniss von sechs Stunden Durchschnittsarbeit, und er gibt um diesen Preis seine werthzeugende Arbeit für einen ganzen Tag von zwölf Stunden? In der That, so ist es. Der Tauschwerth der Arbeit ist geringer als ihr Gebrauchswerth; ihre Erzeugungskosten sind geringer als ihre Leistungen. In sechs Stunden nach unserer vorherigen Annahme setzt der Spinner der Baumwolle, indem er sie in Garn verwandelt, einen Werth von einem Thaler zu, genau so viel wie ihm der Fabrikant für die Anstrengung eines ganzen Tages zahlt. Er arbeitet dann aber noch sechs Stunden weiter, und deren Ertrag steckt der Fabrikant ohne irgend eine Gegenleistung in seine Tasche. Der Fabrikant erzielt diesen Gewinn durch fremde Arbeit und zwar durch unbezahlte fremde Arbeit. Dies ist, nach Marx, die Ausbeutung des Arbeiters durch den Capitalisten. Es ist das Geheimniss der Selbstvermehrung des Capitals. Während sonst keine irdische Kraft aus Nichts etwas machen kann, verwandeln sich im Kreislaufe des Capitals 100 Thaler in 200, erschaffen diesen Zusatz scheinbar aus dem Nichts. Die Lösung des Räthsels ist ebenso einfach wie abscheulich. Man kauft für 100 Thaler fremde Arbeitskraft, welche die Eigenschaft hat, den Werth von 200 Thalern zu erschaffen. Man wiederholt diesen erfreulichen Process Tag für Tag mit 10, mit 100, mit 1000 Arbeitern; man presst aus denselben immer grösseren Ertrag heraus, sei es durch Verlängerung der Tagesarbeit, sei es durch Beschleunigung des Arbeitsprocesses. Wir hatten vorher angenommen, dass der Tagelohn, ein Thaler, gleich sei dem Werth von sechs Stunden Arbeit, so dass bei zwölfstündiger Tagesarbeit der Fabrikant den Ertrag der zweiten Tageshälfte ohne Entgelt gewinne. Würde nun bei gleichbleibendem Tagelohn die Tagesarbeit von zwölf auf achtzehn Stunden ausgedehnt, so leuchtet ein, dass sich für den Fabrikanten der unbezahlte Mehrwerth verdoppelte. Und dasselbe Verhältniss trete ein, wenn durch Verbesserung der Maschinen der Arbeiter in den Stand gesetzt würde, den Werth seines Tagelohns nicht erst in sechs, sondern schon in vier oder zwei Stunden unter zwölf zu erschaffen; für den Fabrikanten ergäbe sich wieder die Verdoppelung und Verdreifachung des unbezahlten Mehrwerthes. Verbindet man beide Procedures, so dass man bei stets verbesserter Maschine die

Arbeitszeit immer weiter ausdehnt, so wächst die Ausbeutung der Arbeiter, die Aneignung unbezahlter Arbeit in immer ärgerem Maasse. Kein Wunder, wenn sich bei dem Capitalisten die Millionen anhäufen, während die Arbeiter immer elender, immer ausgemergelter werden. Die Concurrenz unter den Capitalisten selbst treibt mit der Unaufhaltsamkeit einer Naturkraft diese Scheusslichkeiten immer weiter in die Höhe: wer seine Arbeiter nur täglich zehn Stunden arbeiten lässt, kann nicht bestehen neben dem Rivalen, der ihnen vierzehnstündige Arbeit auferlegt: wer ihnen den Lohn von einem auf zwei Thaler erhöhte, würde nicht so wohlfeil produciren können, wie sein hartherzigerer Nachbar. Das Elend der ausgebeuteten Massen wächst bergehoch, ohne dass man, erklärt Marx ausdrücklich, dem einzelnen Fabrikanten daraus einen Vorwurf machen könnte. Sobald die Grundbedingungen des ganzen Zustandes einmal gegeben sind, entwickeln sich die Folgen mit widerstandsloser Schnelligkeit. Sobald die menschliche Arbeitskraft, welche den Waaren ihren Tauschwerth verleiht, selbst zur Waare wird, ist Alles gesagt. Dann folgt aus dem Begriffe des Tauschwerthes und der Waare ganz von selbst die Ausbeutung und die Entwürdigung des Arbeiters. Nicht der persönliche Charakter des Capitalisten, sondern die capitalistische Productionsweise im Ganzen trägt daran die Schuld. Es hat Zeiten gegeben, wo alle Welt ihre Bedürfnisse selbst für den eigenen Gebrauch producirte, wo also auch alle Welt die erforderlichen Arbeitsmittel und die Arbeitsgeräthe besass, und wo von Tauschwerth und Waare kaum die Rede war. Nun aber geschah es seit dem 16. Jahrhundert — Marx weist es besonders für England nach —, dass die grossen Grundbesitzer, um ihr Land in Viehtrift und Waldung zu verwandeln, ihre Pächter und Tagelöhner zu Tausenden austrieben und damit diese kleinen Leute ihrer bisherigen Arbeitsmittel beraubten. Um das nackte Leben zu fristen, kamen sie in grossen Schaaren und boten den städtischen Capitalisten ihre Lohnarbeit an.

Wer waren aber, fragt Marx, diese Capitalisten? wie waren sie zu ihrem Gelde gekommen? Es waren, antwortet er, wieder vornehmlich England betrachtend, die Kaufleute, die seit den Entdeckungen Columbus' und Vasco de Gama's sich in den ost- und westindischen Handel geworfen, mit himmelschreiender Gewalt die Neger und Malayen zu Slaven gemacht und deren Schweiss und Blut zu unermesslichem Gewinn sich angeeignet hatten. Von Anfang an, bemerkt er, beruhte also die moderne Capitalmacht auf rechtloser Aneignung fremder Arbeit. Und nun entdeckte man zu gleicher Zeit die Vortheile des Systems der Arbeitstheilung: wenn Jeder nur Eine Waarenart, nur Einen Waarentheil anfertigte, so erzielte man grössere Virtuosität der Arbeit und dadurch reichere und grössere Werthe. Dieses System beherrscht jetzt die ganze Welt; fast kein Mensch producirt mehr für das eigene Bedürfniss; jedes Gewerbe producirt nur noch Waare zum Austausch. Anstatt des Gebrauchswerths ist der Tauschwerth zum Beherrscher der Production geworden. Dieses System entwickelt nun überall eine gesteigerte Technik des Betriebes und damit ein immer wachsendes Bedürfniss vervollkommneter Arbeitsmittel, Geräthe und Maschinen. Jede neue Maschine aber macht eine Anzahl früher selbstständiger Arbeiter

brodlos und zwingt damit immer grössere Menschenmassen, ihre Arbeitskraft in den Dienst der Maschine, in den Dienst des Capitalisten zu verkaufen. Der Process der Lohnarbeit, dessen mörderischen Verlauf wir beobachtet haben, nimmt so von Tag zu Tag grössere Dimensionen an. Wie soll das nun anders werden? Das System der Arbeitstheilung wird sich nicht mehr beseitigen lassen; die Welt will nicht wieder in den Zustand patriarchalischer Armuth zurückgeschraubt werden. Es bleibt nur der Weg, zwar unter Anwendung der Arbeitstheilung fort zu produciren, aber alle Arbeitsmittel, Grund und Boden, Geräth und Rohstoffe der Gesammtheit zu überweisen und in allen Gewerben stets für Rechnung der Gesammtheit zu arbeiten, mit anderen Worten, das Privateigenthum aufzuheben.

Ich habe Ihnen diese Entwicklung in ihrem ganzen Zusammenhange wiederholt, um Ihnen die Bündigkeit, Geschlossenheit und Folgerichtigkeit derselben anschaulich zu machen. Gibt man den ersten Satz zu, so ist an kein Aufhalten der Folgerungen zu denken. Aber wir haben schon vorher gesehen: der erste Satz ist falsch. Derselbe lautet dahin, dass die menschliche Arbeit für sich allein die Quelle und das Maass des Werthes sei. In Wahrheit aber ist es die Arbeit im Verhältnisse zu den menschlichen Bedürfnissen, die sie befriedigt. Nicht die Zeitdauer, sagten wir, sondern die Zweckmässigkeit der Arbeit ist also der Alles entscheidende Punkt.

Wir sehen leicht, wie wichtig diese Unterscheidung für die ganze Frage ist. Nach Marx entsteht Mehrwerth einzig und allein durch die Eigenschaft der menschlichen Arbeit, mehr zu erzeugen als sie kostet, diese Eigenschaft, die für den selbstständigen Arbeiter Bereicherung und Segen ist, aber in der missbrauchenden Hand der Capitalisten zum Fluche der Millionen Lohnarbeiter wird. Aber ist es denn wahr, dass in jedem Falle der Fabrikherr seinen Gewinn einzig und allein der Ausbeutung seiner Arbeiter, dem Ueberschusse des Arbeitsertrages über den Arbeitslohn verdankt? Ist es wahr, dass seine eigene Thätigkeit keine andere Rolle bei dem Processe spielt, als die des Aufsehers, welcher den Arbeiter zur richtigen Leistung der versprochenen Arbeit anhält? Ich sollte denken, dass jeder Tag uns das Gegentheil lehrt. Bleiben wir bei dem Marx'schen Beispiele. Der bedungene Tagelohn ist gleich dem Werthe von sechs Arbeitsstunden, in welchen die zur Erhaltung des Arbeiters erforderlichen Lebensmittel producirt werden können: verkauft dafür hat der Arbeiter aber seine ganze Arbeitskraft für den ganzen Tag, also für zwölf Stunden; der Fabrikant zahlt ihm demnach täglich einen Thlr. und streicht für die täglich erzeugte Waare zwei Thlr. ein. Da geschieht es, dass eines Tages, unter völlig gleichen Verhältnissen, der Fabrikant den Tagelohn plötzlich verdoppelt. Nach Marx' Lehren hätte er damit auf jeden Gewinn verzichtet. Er hätte die einzige denkbare Quelle des sogenannten Mehrwerthes selbst verschlossen. In Wahrheit aber steht es so, dass zwar gegenwärtig immer noch dieselben Verhältnisse vorliegen, dass aber sein Scharfblick eine bevorstehende Aenderung in der Zukunft entdeckt hat. Er sieht deutlicher als die Anderen voraus, dass binnen zwei Monaten das Bedürfniss eines grossen

Marktes in Folge irgend welcher auswärtiger Ereignisse die Nachfrage nach seinen Waaren ungeheuer steigern wird. Er sieht es kommen, dass bald genug seine Concurrenten dieselbe Wahrnehmung machen und Einer dem Andern die tüchtigen Arbeiter abjagen werde. Er sichert sich die seinigen durch die sofortige Verdoppelung des Arbeitslohnes und erntet dafür nach einiger Zeit vervierfachte Preise der zu Markte gebrachten Waaren. Seine Arbeiter haben für zwölf Stunden Arbeit den Tauschwerth, nicht mehr von sechs, sondern von zwölf Arbeitsstunden empfangen, und doch hat sich der Capitalist im hohen Maasse bereichert, nicht durch Ausbeutung der Arbeiter, sondern durch Ausbeutung der Conjunction. Der Mehrwerth, der Gewinn des Capitalisten ist allerdings durch Arbeit geschaffen worden, aber nicht durch die Handarbeit des Arbeitnehmers, sondern durch die Kopfarbeit des Arbeitgebers. Ein besser berechtigter und verdienter Gewinn ist nicht zu denken. Und wir Alle wissen, wie unendlich häufig die Fälle dieser Art, wie sie eigentlich die überwiegenden und regelmässigen sind, die Speculationen auf den Wechsel der Conjunction, die Gewinnste, die ganz unabhängig von dem Verhältnisse zwischen Capitalisten und Arbeiter, lediglich durch die Schwankungen des Marktes, des Bedürfnisses herbeigeführt werden.

Wir müssen aber noch weiter gehen. Gewiss, die menschliche Arbeit ist Quelle alles Werthes, alles Reichthums, insofern kein Werth ohne menschliche Arbeit entstehen kann. Die Frage drängt sich auf: Wodurch verdient sich menschliches Thun den ehrenvollen Namen Arbeit? Wodurch wird menschliche Arbeit Werthquelle? Marx selbst gibt die völlig zutreffende Antwort (Cap. I, 142.) "Wir betrachten," sagt er, "den Arbeitsprocess in einer Form, worin er dem Menschen ausschliesslich angehört. Eine Biene beschämt durch den Bau ihrer Zellen manchen menschlichen Baumeister. Was aber von vorn herein den schlechtesten Baumeister vor der besten Biene auszeichnet, ist, dass er sein Werk im Kopfe gebaut hat, bevor er es in der Wirklichkeit baut. Am Ende des Arbeitsprocesses kommt ein Resultat heraus, das beim Beginne desselben schon in der Vorstellung des Arbeiters, also schon ideell vorhanden war. Er bewirkt nicht blos eine Formänderung des Naturstoffes, sondern er verwirklicht in demselben zugleich *seinen Zweck*, den er weiss, der die Art und Weise seines Thuns als Gesetz bestimmt, dem er seinen Willen unterordnen muss." Dadurch also wird menschliches Thun zur Arbeit, dass es einem menschlichen Zwecke dient, und zur ökonomisch nützlichen Arbeit, dass dieser Zweck die Befriedigung menschlicher Genüsse in sich schliesst. Von einer andern Seite der Betrachtung führt uns auch Marx auf unseren ersten Grundsatz zurück, dass die Zweckmässigkeit der Arbeit Quelle und Maass des Werthes ist, und in unwiderleglicher Weise ergibt sich daraus sofort, dass nur *der Mensch* der Arbeit in Wahrheit ihren Werth verleiht, der ihr den Charakter der Zweckmässigkeit aufdrückt, der ihr die nützlichen Zwecke setzt und für die Verwirklichung derselben die angemessenen Mittel entdeckt und wirken lässt.

Wenden wir nun dieses Ergebniss auf den Arbeitsprocess einer grossen

Manufactur oder Fabrik an. Wer ist hier der Schöpfer des Zweckes? Wer verleiht damit den behandelten Stoffen die Eigenschaft von Werthen? Man braucht, scheint mir, die Frage nur zu stellen, um sie zu entscheiden. Es ist einzig und allein der Fabrikherr, und nicht seine Arbeiter, den wir in dieser Stellung finden. Er allein gibt der Fabrik, um Marx' Worte zu wiederholen, den Zweck, "den er weiss, der die Art und Weise aller Thätigkeit als Gesetz bestimmt, dem jeder Mitwirkende seinen Willen unterordnen muss." Er prüft die Conjectur, er bestimmt danach Art und Umfang der Production, er schafft die Maschinen und deren Verbesserung, die Handarbeiter und deren Auswahl. Vielleicht, dass er auch für einzelne Arbeiten geistiger Art Lohnarbeiter in seinem Dienste hat, Techniker und Ingenieure oder Sachverständige für commercielle Fragen. Vielleicht dass er (wie die Actionäre einer Eisenbahn) den ganzen Betrieb des einmal eingerichteten Geschäftes einem bewährten und besoldeten Beamten überträgt. Der wesentliche Punkt bleibt unter allen Umständen: der Fabrikherr, der Capitalist ist der Schöpfer des Zweckes und damit der Schöpfer aller entstehenden Werthe. Seine Lohnarbeiter haben damit nichts zu thun. Sie sind Werkzeuge in seiner Hand, beseelte, menschliche Werkzeuge, darum aber für den Arbeitsprocess der Fabrik nichts Anderes, als eine besondere Art von Arbeitsgeräth neben den Maschinen. Er kann ohne sie seinen Zweck nicht erreichen, so wenig wie ohne Kohlen, Räder und Schrauben. Er soll es auch niemals vergessen, dass zwar die Maschinen eben nur Maschinen zum Zwecke der Fabrikation, seine Lohnarbeiter aber ausserdem auch Menschen, vernünftige Menschen sind, die eine Zeit lang dem Fabrikzwecke dienen, daneben aber andere, allgemein menschliche, auch für ihn ehrwürdige Zwecke haben. Aber für den Arbeitsprocess der Fabrik sind sie in keinem anderen Sinne werthbildend, als die Maschine, mit der sie zusammenwirken. Der Heizer, der die Kohlen unter den Dampfkessel wirft, was weiss er von der Aufgabe und Leistung der Fabrik? Der Knabe, der die Abfälle der Baumwolle entfernt, was weiss er von dem Zusammenhange, von Zweck und Mittel der Production? Der geistige Lohnarbeiter, der Ingenieur oder Betriebsdirector weiss freilich den Zweck, aber macht ihn nicht und ändert ihn nicht, sondern empfängt ihn aus dem Geiste des Herrn und dient ihm so gut und so unbedingt wie der Handarbeiter. Ihrer aller Arbeitslohn geht in den Werth der Waare mit ein, ebenso wie ein Theil der Kosten von Nadel und Schere in den Rock, den der Schneider verfertigt. Kein Mensch aber wird behaupten, dass Nadel und Schere den Rock und seinen Werth geschaffen haben, und so ist bei der grossen Fabrikation nicht die Arbeit des Handarbeiters, der die Maschine bedient, sondern die Kopfarbeit des Fabrikherrn, der sie beherrscht, die Schöpferin des Werthes und des Mehrwerthes.

Es ist also nach den eigenen Grundsätzen des Hrn. Marx nicht wahr, dass die Aneignung der Fabrikproducte durch den Fabrikanten eine Ausbeutung seiner Lohnarbeiter enthalte; sie ist vielmehr die höchst rechtmässige Frucht seiner eigenen schaffenden und leitenden Thätigkeit. Die Erörterung des Hrn. Marx stellt dagegen das wirkliche Verhältniss geradezu auf den Kopf; sie macht die

Werkzeuge zum Schöpfer und lässt den wirklichen Schöpfer als müssigen Schmarotzer erscheinen. An diesem einzigen Haken aber, an dieser grundfalschen Auffassung von dem Ursprunge des Mehrwerthes, hängt sein ganzes System; mit deren Widerlegung fällt es in völliger Nichtigkeit zusammen. Die schärfere Entwicklung der von ihm selbst aufgestellten Gesetze des Tauschwerthes beweist dieses Urtheil unwidersprechlich. Oder würde er vielleicht noch einwenden, dass es doch Fälle gebe, wo das Capital ohne jede schöpferische Thätigkeit seines Besitzers reiche Zinsen auf Kosten des arbeitenden Geschäftsmannes eintrage, jene Fälle, wo der schaffende Unternehmer mit geliehenem Gelde arbeitet? Es würde wieder leicht sein, aus seinen eigenen Grundsätzen über den Tauschwerth die Nichtigkeit eines solchen Tadels darzuthun. Denn auf das Schärfste betont er die Regel, dass jeder Tausch die gegenseitige Ueberlieferung von Aequivalenten voraussetzt: die Zinsen aber, welche der darleihende Capitalist empfängt, sind eben das Aequivalent für einen sehr reellen Verlust, für den Aufschub des Genusses, den er sonst gleich heute mit seinem Gelde sich hätte verschaffen können. Auch die historische Begründung, die Marx für seine Verdammung des Capitals versucht, erweist sich nicht stichhaltig. Er lacht bitter über die hergebrachte Auffassung, nach welcher Capital nichts Anderes sei, als der in Fleiss und Sparsamkeit angesammelte Ertrag eigener Arbeit. Er zeigt auf die Ausplünderung beider Indien, auf die Vernichtung der kleinen Bauernhöfe in England, Schottland, Irland. Die Sklaverei jenseit des Oceans habe den Grund zur britischen Capitalmacht gelegt, die Ausweisung der Bauern habe ihr die Massen der sogenannten freien Lohnarbeiter zur weiteren Ausbeutung zugejagt. Die Thatsachen, die er aus der englischen Geschichte anführt, sind leider richtig genug. Aber sie sind von geringem Gewicht für den heutigen und insbesondere für den deutschen Zustand. Auch in Deutschland hat hier und da, besonders in den östlichen Provinzen, Beseitigung der kleinen Pächter und Häusler stattgefunden; auf ebenso grossen Strecken aber ist umgekehrt die Zahl der kleinen Eigenthümer stets im Wachsen geblieben. Seit 1816 hat sich im Grossen und Ganzen die Zahl der mittleren Güter in Preussen auf gleicher Höhe gehalten und eine geringe Abnahme derselben ist nicht dem Grossgrundbesitz, sondern den kleinen Parzellareigenthümern zugewachsen. Und von unsern Fabrikanten, wie viele wird man auffinden können, die ihren Reichthum durch die Ausbeutung indischer Sklaven geschaffen haben? wie viele, deren Geschäft ein durch mehrere Jahrhunderte vererbtes ist? wie viele, die nicht die Söhne ihres eigenen Fleisses, ihres eigenen Scharfsinnes sind? Seitdem bei uns jede Art der Hörigkeit, der Arbeitsbeschränkung, des Monopols verschwunden ist, sehen wir Tag für Tag aus der Arbeiterwelt heraus immer neue Elemente durch Fleiss, Klugheit und Sparsamkeit zu der Stellung des Besitzers, des Fabrikanten, des Capitalisten sich emporheben.

Nach all diesen Widerlegungen aber kann ich doch nicht anders, als das zu Anfang geäusserte Wort wiederholen, dass es wenige lesenswerthere Bücher als das Marx'sche gibt, für einen Jeden, der ein Herz für das Wohl des Gemeinwesens und den Jammer der Unglücklichen hat. Die Marx'sche Theorie von der

Aneignung unbezahlter Arbeit, von der diebischen Anschwellung des Capitals hat nichts auf sich, ist in jeder Hinsicht unbegründet. Das Rechtsverhältniss ist vom ökonomischen Standpunkte untadelhaft, sobald für bedungene Arbeit der bedungene Lohn bezahlt wird. Aber Sie Alle wissen, dass gutes Recht bei unbarmherziger Anwendung die Quelle unsäclichen Elends werden kann. Bleiben solche Fälle vereinzelt, so wird der Gesetzgeber Bedenken tragen, zu Gunsten eines einzigen Leidenden eine Menge anderer Bürger in ihrer rechtlichen Freiheit beschränken. Wächst aber die Menge derartigen Unheils so heran, dass sie für einen grossen Theil, ja für die Mehrzahl der Bevölkerung die ganze Lebensexistenz mit Vernichtung bedroht, so kann der Staat zuletzt die Frage der Einmischung nicht mehr umgehen. Und ein solches Verhältniss weist für England Marx in unwidersprechlicher Weise nach. Es ist sehr wahr, dass er die Lichtseiten der dortigen Arbeiterverhältnisse nicht mit gleichem Eifer bucht, wie die dunklen Parthien; aber nicht weniger ist es wahr, dass diese letzteren kolossal, und die Nachweise ihrer Grässlichkeit von Marx überreichlich geliefert sind. Mehr als zwei Drittel des Buches sind wörtliche Auszüge aus parlamentarischen Verhören und Protokollen, aus amtlichen Berichten der englischen Fabrik-Inspectoren und Gesundheitsbehörden, Aussagen der mannichfaltigsten Sachverständigen aus allen Theilen Grossbritanniens. Die Bilder, die uns hier vorgeführt werden, sind grauenvoll: Kinder unter zehn Jahren, die zu Hunderten und Tausenden fünfzehn Stunden des Tages stehend die Maschinen bedienen, Männer und Weiber, die, unter einander gemischt, fast unbekleidet in den dunklen Gängen der Kohlengruben arbeiten, grosse Menschenmassen zusammengedrängt bei verschiedenen technischen Fabrikationen in geschlossener, heisser, mit giftigen Gasen erfüllter Luft; Arbeiterwohnungen, wo in einem Zimmer zehn, zwölf, vierzehn Personen ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts durch einander gebettet sind, Statistik der Lebensmittel, wo es sich zeigt, dass im Durchschnitt der Fabrikarbeiter um ein Drittel, der ländliche Tagelöhner um die Hälfte schlechter genährt ist als der gemeine Soldat, medicinische Erhebungen, welche das stete Wachsthum der sogenannten Fabrikkrankheiten, die jährliche feste Zunahme der Schwindsucht unter den Londoner Arbeiterinnen, das langsame körperliche Verkommen der ärmeren Bevölkerung über jeden Zweifel herausheben. Bei diesen entsetzlichen Erscheinungen war es zuletzt unmöglich, dass die Nation im Ganzen, dass die Staatsgewalt dem fortschreitenden Verderben unthätig zusah. Sie ist dann in doppelter Richtung vorgegangen. Einmal hat sie in der Zeit von 1824 bis 1859 die Einschränkungen des freien Vereinsrechtes für die Arbeiter aus dem Wege geräumt und ihnen damit die Möglichkeit zu der vollen Entfaltung ihrer Trades-Unions oder Gewerkvereine eröffnet, so dass nun die verbundenen Arbeiter in der Lage sind, die Verbesserung ihrer Stellung selbst in die Hand zu nehmen und unbilligen Forderungen oder ungenügenden Leistungen der Arbeitgeber einen gemeinsamen und dadurch wirksamen Widerstand entgegenzusetzen. Diese Freiheit hat in rascher Entwicklung einen gewaltigen Einfluss auf die englischen Zustände ausgeübt und die Arbeiter gegenüber dem

Capital geradezu als Macht gegen Macht constituirt. Es ist weltbekannt, wie diese Arbeitervereine durch das Mittel grosser Arbeitseinstellung die Löhne erhöhen und vielfache Erleichterung in die Arbeitsleistung erzwingen. Sie erzielen also eine erhebliche Wirkung, eine Wirkung mit Licht- und Schattenseiten, immer aber eine grosse Wirkung; sie erzielen dieselbe ohne Communismus, auf dem Boden des Privateigenthums und der capitalistischen Production: wir verstehen, dass Marx sich nicht gerade berufen fühlt, viel von ihnen zu reden; er schwört ja darauf, dass ohne Communismus eine Besserung gar nicht möglich sei. Zweitens hat in England der Staat auch direct in den industriellen Arbeitsprocess eingegriffen; er hat die tägliche Arbeitszeit in einer ganzen Reihe von Gewerben auf zehn Stunden für die erwachsenen Weiber, auf sechs für die Kinder beschränkt, einen nothdürftigen Elementarunterricht für die letzteren angeordnet, verschiedene Vorschriften für die bessere Ventilation der Fabrikräume und sonstige Punkte der Gesundheitspflege erlassen, und endlich feste Behörden für die Ueberwachung des genauen Befolgens dieser Gesetze angestellt. Die von Marx ausgezogenen Acten thun dar, dass von all' diesen Maassregeln die Beschränkung der Arbeitszeit äusserst wichtige und wohlthätige Folgen gehabt hat; alle andern Vorschriften aber sind theils an sich selbst ungenügend gewesen, theils durch das Widerstreben der Fabrikanten illusorisch geblieben. Marx berichtet dieses Misslingen überall mit einer grimmigen Genugthuung; es bestätigt ihm seinen Grundgedanken, dass das Verderben in dem Wesen des Systems, in dem Wesen der capitalistischen Productionsweise überhaupt liege, dass irgend eine Hülfe nur möglich sei bei Vernichtung des ganzen Systems, bei Vernichtung des Privateigenthums. Und nun ist es eine frappante Erscheinung, wie an dieser Stelle seinem Pessimismus die Extremsten seiner Gegner, die unbedingten Freihandelsmänner, in die Hände arbeiten. Marx findet: so lange Privatcapital überhaupt existirt, *kann* der Staat nichts ausrichten gegen die natürliche Triebkraft desselben; er hat nur die Wahl, es gewähren zu lassen oder es ganz zu vernichten. Die Freihandels-Schule erklärt, so weit mit Marx ganz übereinstimmend: in der That, es sind unabänderliche Naturgesetze, nach welchen die Entwicklung des Reichthums vor sich geht, und so toll es wäre, wenn eine hohe Regierung durch ihre Rescripte in die Bewegung des Oceans bei Ebbe und Flut eingreifen wollte, so wenig *soll* sich der Staat in die ökonomische Bewegung seiner Bürger mischen wollen. Die Communisten fordern völlige Allmacht des Staates (des von ihnen regierten Staates), völlige Unterwerfung der individuellen Freiheit in ökonomischen Dingen: alles Andere sei Palliativ und Stümperei. Die Freihändler begehren gänzliche Unthätigkeit des Staates, absolute Ungebundenheit der individuellen Entfaltung in Sachen der Werthproduction; sie thun das Mögliche, um jeden Eingriff des Staates zu hindern, zu beschränken, abzuschwächen — so dass es freilich kein Wunder ist, wenn die Hoffnung auf bedeutende Folgen der Staatsthätigkeit immer geringer, die Wirksamkeit der englischen Fabrikgesetze und Fabrik-Inspectoren in der That ein ohnmächtiges Palliativ wird. Marx ist damit, sehen wir, sehr wohl zufrieden; in der Ohnmacht der Reform erkennt er das Heranreifen der

Revolution, die er wünscht. Die Freihändler lassen sich durch dergleichen Sorgen nicht anfechten. Lass die Dinge nur ihren natürlichen Gang gehen, sagen sie, und ihr werdet es sehen, nach einigen Reibungen, einigen Nöthen der Uebergangszeit wird ganz von selbst auch der Wohlstand der Arbeiter eine ungeahnte Höhe in der Zukunft erreichen. Es wäre dies freilich sehr schön; traurig ist nur das Eine, dass diese Zukunft so langsam, so entsetzlich langsam heranreift. Die Maschinen-Industrie ist jetzt ein volles Jahrhundert alt, und seitdem sind in ihrem Arbeitsprocesse Hunderttausende an Leib und Seele, an Geist und Sitte verkommen und zu Grunde gegangen, und fort und fort kümmern Hunderttausende in elender Wohnung, verpesteter Atmosphäre, permanentem Hunger dahin. Angenommen, dass in der That der grosse Process in eine glänzende Zukunft ausmünden wird: ist es erlaubt, in solchem Umfang die Gegenwart der Zukunft zu opfern? und zwar nicht bloß materielle Güter, sondern menschliche Existenzen zu Tausenden zu opfern? und sie zu opfern nicht für ein ideales Gut der Zukunft, für Freiheit, Bildung, Sitte, sondern für die Steigerung materiellen Reichthums? Ist es der menschlichen Gemeinschaft, ist es dem Staate verstattet, einem solchen Opfer theilnahmlos zuzusehen? Oder hat die Freihandelslehre Recht, wenn sie im Namen der individuellen Freiheit dem Staate jede Befugniß zur Einmischung bestreitet?

Nimmermehr kann ich das einräumen. Der Fehler jener unbedingten Freihändler scheint mir in Folgendem zu liegen. Ihre Theorie hat durch wissenschaftliche Aufhellung der volkswirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit unermessliche Dienste geleistet. Mit gutem Grunde ist sie dabei, wie jede ernste wissenschaftliche Untersuchung, so verfahren, dass sie zunächst die ökonomischen Erscheinungen rein für sich betrachtet und zur Gewinnung deutlicher Resultate fürs Erste von allen sonstigen Einflüssen abgesehen hat. Aber ein Anderes ist die wissenschaftliche Erforschung des einen, in Gedanken isolirten Problems, und ein Anderes die Anwendung des so gewonnenen Ergebnisses auf das praktische Leben, das von tausend anderweitigen Momenten mitbestimmte Leben. Der Mathematiker, welcher das Gesetz der Schwere studiren will, lässt bei seinem Experimente einen Körper in luftleerem Raume fallen, um die Erscheinung der Schwere ohne Störung durch den Luftwiderstand zu beobachten. Nur durch diese reine Erkenntniß des physikalischen Gesetzes wird dann der Artillerist in den Stand gesetzt, die Flugbahn und Wirkung seines Geschosses genau zu berechnen: aber allerdings er würde zum ärgsten Schaden kommen, wenn er bei der praktischen Anwendung des Gesetzes auf den Widerstand der Luft keine Rücksicht nähme. So ist überall der Gegensatz von Wissenschaft und Praxis oder besser gesagt der Gegensatz von reiner und angewandter Wissenschaft. Die reine Wissenschaft der National-Oekonomie wird die Grundsätze der individuellen Arbeitsfreiheit, Vertragsfreiheit und Handelsfreiheit niemals wieder aufgeben. Betrachtet man die ökonomischen Entscheidungen für sich allein, so wird man stets zu dem Resultate kommen, dass die grösste individuelle Freiheit die grössten Reichthümer erzeugt. Die Abschaffung des Privateigenthums, die ein Todes-

streich für die individuelle Freiheit wäre, würde damit auch die Quelle allgemeiner Verarmung werden; in so weit ist die freihändlerische Theorie dem Communismus gegenüber vollständig im Rechte. Aber sie irrt, wenn sie in der praktischen Anwendung ihre Gesetze ohne Berücksichtigung der sonstigen Kräfte des menschlichen Daseins durchführen will, als wenn es ausser den ökonomischen keine anderen Triebe und Zwecke in der Menschenwelt gäbe, als wenn jede Art von menschlichem Thun, auch ein unpatriotisches, geisttödtendes, mörderisches Thun, durch den Nachweis erhöhter Werthproduction gerechtfertigt wäre.

Der Reichthum hat an sich keinen Werth; er gewinnt ihn nur, indem er menschliches Bedürfniss befriedigt; der Erwerb soll dem Menschen nur in so weit Zweck sein, als er Mittel zur Erfüllung höherer Zwecke wird, Mittel für Gesundheit und Arbeitskraft, für Genuss und Macht, für Bildung und Wohlthätigkeit. Wo die Erzeugung des Reichthums mit solchen Zwecken in Widerspruch geräth, da bleiben die ökonomischen Gesetze freilich immer gleich wahr, aber sie haben sich höheren Gesetzen zu beugen, und die menschliche Gemeinschaft, der Staat, ist nicht bloß befugt, sondern verpflichtet, diese Beugung von jedem seiner Bürger zu fordern und im Nothfalle gesetzlich zu erzwingen. Die extreme Freihandelschule hat überhaupt eine durchaus unrichtige Auffassung des Staates. Sie würde ihn für völlig entbehrlich halten, wenn nur die Menschen etwas weniger streitsüchtig wären. Da diese Untugend aber sich noch immer nicht ganz ausrotten lässt, so bedarf man allerdings Richter und Gendarmen, um Person und Eigenthum im Innern des Landes, und Generale und Soldaten, um sie an den Grenzen gegen das Ausland sicher zu stellen. Dies geschehen, fordert jene Theorie dann im Uebrigen völlig freies Spiel der Einzelnen, der Vereine, der Gesellschaft; alles, was ausser Justiz und Heerwesen der Staat sonst noch thut, erscheint ihr vom Uebel. Sie verkennt damit die menschliche Natur von der entgegengesetzten Seite her eben so gründlich wie die Communisten. Diese hassen alle menschliche Eigenartigkeit und Besonderheit und fordern kraft der allgemeinen Gleichheit unbedingte Herrschaft der Majorität. Die reinen Freihändler vergessen, dass für den Menschen die Selbstständigkeit nicht in Ungebundenheit und Vereinzelung, sonder nur in der Gemeinschaft möglich ist. Sich dem sittlichen Willen der Gesammtheit fügen, darin liegt keine Beschädigung der persönlichen Freiheit. Im Gegentheil, wo ein Staatsgesetz ein unsittliches Treiben verbietet, da stellt es die wahre Freiheit her, denn diese ist gleich mit dem Leben nach sittlichen Gesetzen.

Wenn also die englische Parlamentsacte untersagt, kleine Kinder Tag aus Tag ein in bleiener Arbeit zu Grunde zu richten, die erwachsenen Arbeiter über zehn Stunden hinaus täglich arbeiten zu lassen, wenn sie vorschreibt, dass die Beschaffenheit der Fabrikräume und Maschinen der menschlichen Gesundheit nicht schädlich sein, die Weiber und Mädchen nicht mehr in den Bergwerken unter der Erde arbeiten dürfen, so überschreitet sie damit nicht im Mindesten den dem Staate zustehenden Wirkungskreis: obgleich viele Arbeiter gekammert haben, dass man ihnen durch längere Arbeit ihrer Kinder weiteren Lohn zu

erzielen verbot, und viele Fabrikanten, dass dadurch die Dividende ihres Geschäfts eine Weile herunterging, und schliesslich viele Theoretiker, dass durch die Acte die ersten Grundsätze der Freihandelslehre verletzt würden. Bald genug hat sich auch hier gezeigt, dass der momentane Schaden durch allgemeine Besserung des Zustandes rasch ausgeglichen wurde. Die Zehnstundenbill hat einen unermesslichen Antrieb zur Vervollkommnung der Maschinen gegeben, um von nun an mit zehnstündiger Arbeit eben so viel wie früher mit zwölf- und fünfzehnstündiger Arbeit zu produciren. Die Arbeiter schonten Kraft und Gesundheit und wurden dadurch williger, fleissiger, aufmerksamer. Ueberhaupt, der Fabrikant, der seine Arbeiter überanstrengt, elend bezahlt, unzulänglich ernährt, der durch übermässige Frauenarbeit ihr Familienleben zerrüttet und durch vorzeitige Kinderarbeit die künftige Generation vergiftet: er mag durch Ersparung am Arbeitslohn sich für den Augenblick bereichern, aber er ist wie der Mensch, der den Wald niederschlägt, um das Holz für Gold zu verkaufen, und der damit das Land in Geröll und Wüstenei verwandelt; er wird schliesslich auf seinem Golde verdursten. Der wahrhaft einsichtige Fabrikant wird es begreifen, dass keine Auslage ihm für die Zukunft reichere Zinsen verspricht, als jene, mit der er für Gesundheit, Unterricht und Sitte seiner Arbeiter sorgt. Und wo der Mehrheit derselben diese Einsicht oder diese Menschenliebe fehlt und dann ihre Concurrrenz die verständige Minderheit zu weiterer Vernutzung der Arbeiter nöthigt, da ist es völlig in der Ordnung, dass der Staat durch sein Gesetz die Sache der Sitte, der Zukunft und der wahren Freiheit vertritt.

Sie fragen vielleicht, auf welche praktischen Punkte nach meiner Ansicht der Staat unter den heutigen Verhältnissen eine solche Einwirkung zu richten hätte. Erlauben Sie dass ich jetzt an meine ersten Worte erinnere: hier ist die Grenze für die theoretische Betrachtung, hier beginnt die Frage des praktischen Bedürfnisses und der praktischen Ausführbarkeit, in welcher nothwendig ein Jeder von Ihnen viel besser orientirt sein muss, als ich. Gewisse allgemeine Aufgaben sind leicht erkennbar: Sorge für gesunde Wohnungen, Arbeitsräume und Lebensmittel, Rücksicht auf Geschlecht und Alter der Arbeiter, Versicherung gegen Krankheit und Unglücksfälle, Pflege des Jugendunterrichts. Für alle diese Dinge kann seitens des Staates und der Capitalisten ohne allen Zweifel viel mehr geschehen, als die Mehrzahl der englischen Fabrikanten und die Beschlüsse des englischen Parlaments geleistet haben. Es würde aber nutzlos sein, darüber hier eine allgemeine Erörterung zu pflegen, da bei diesen Dingen eben Alles auf die ganz specielle praktische Durchführung und Ausführung ankommt. Nur Einen Gedanken allgemeiner Art erlaube ich mir hier noch auszusprechen. Vom ökonomischen Standpunkte aus gesehen, ist die menschliche Arbeitskraft eine Waare wie eine andere, das Verhältniss des Arbeitgebers und Arbeitnehmers ein Kaufvertrag, wo mit dem Austausch zweier Waaren, Geld und Arbeit, Alles erledigt ist. Die reine Wissenschaft der Oekonomie kann nicht anders reden, denn sie betrachtet die Dinge ja überhaupt nur insofern sie Werthe ökonomische Werthe bilden. Welche sonstigen Eigenschaften denselben noch anhaften, muss

dieser Wissenschaft gleichgültig sein, so gleichgültig, wie die Malerei die Schallwellen und die Klänge sind. Nun haftet aber der Waare, die wir Arbeitskraft nennen, ausser ihren ökonomisch interessanten Eigenschaften noch die weitere an, dass sie ein Stück Menschenleben ist, Leben eines beseelten, empfindenden, zur Vervollkommnung bestimmten Wesens. Dass ein Mensch sein ganzes Dasein verkauft, dass er Slave wird, erscheint unserer Gefühlsweise abscheulich. Aber es ist uns völlig geläufig, dass er einzelne seiner Willensacte oder seinen ganzen Willen für einzelne Zeitabschnitte dem Willen eines Andern als Waare verkauft. Der Unterschied hat guten Grund: wer sich nicht ganz oder nur auf Zeit verkauft, behält die Möglichkeit, seine höheren Zwecke selbstständig zu verfolgen. Immer aber bleibt es ein Flecken auch auf diesem Verhältnisse: Gleichsetzung menschlicher Seelenkraft mit einem Stück Geld, — eine Gleichung, welche den Adel der menschlichen Natur degradirt. Eben aus dieser Wurzel entspringen alle jene schauervollen Erscheinungen der modernen Industrie, aus der traurigen Thatsache, dass eine grosse Anzahl von Fabrikanten und Arbeitern ihr Verhältniss lediglich als Kaufcontract ansehen, der Fabrikant in dem Arbeiter nichts Anderes als ein möglichst vortheilhaft auszunützendes Arbeitsgeräth erblickt, und der Arbeiter umgekehrt jede Schädigung des ihn misshandelnden Fabrikanten als eigenen Vortheil betrachtet. Alle Gefahren und Abscheulichkeiten der Slaverei entwickeln sich dann auch bei der Lohnarbeit. Die Herren werden auf das tiefste demoralisirt, indem sie die menschliche Natur, die ja auch ihre eigene ist, in dem Diener missachten lernen. Die Arbeiter werden mit Hass und Neid erfüllt und zu allen Freveln der Slaven-Aufstände gereizt. Es gibt nur Ein Mittel, die giftige Quelle zu schliessen, und dieses Mittel heisst: Veredelung des Kaufcontractes durch ein persönliches Verhältniss gegenseitigen Wohlwollens, ein Verhältniss, bei dem der Fabrikherr, der Lenker und Leiter des Geschäftes, seine Arbeiter zwar in ihrer Fabrikthätigkeit als willenloses Geräth, in jeder anderen Hinsicht aber als befreundete Genossen behandelt. Jeder General verbraucht, wo der Zweck es fordert, in Kampf und Strapaze seine Soldaten so rücksichtslos, wie der hartherzigste Fabrikant seine Arbeiter. Der echte Feldherr aber weiss es, dass er eben deshalb eine solche Forderung nur dann stellen darf, wenn er sie im Uebrigen mit dem Bewusstsein gemeinsamer Ehre und Waffenbrüderschaft erfüllt, wenn er für jeden derselben wie für den eigenen Augapfel sorgt, wenn er durch kräftige Theilnahme an jedem Einzelgeschick sie alle mit warmer Begeisterung für sich und das Ganze erfüllt. In dieser Hinsicht sollte jede grosse Fabrik einem gut geführten Regimente gleichen. Aus solchem Streben sind die Versuche entsprungen, die Arbeiter durch Tantiemen am Reingewinn sowohl besser zu stellen, als für das Gedeihen der Fabrik zu interessiren. — Versuche, welche immer glänzenden Erfolg gehabt haben, wo der Arbeitslohn, wie z. B. in Kohlengruben, den beträchtlichsten Theil der Fabrikationskosten bildete. In andern Fällen hat der gleichen Gesinnung an die freie, christliche Liebe appellirt, und ohne Zweifel, wenn alle Menschen in vollem Maasse von dieser durchdrungen wären, so gäbe es keine sociale Frage mehr, so wenig es dann noch Verbrechen, Processe und Kriege gäbe.

Bis die Welt aber dahin gelangt, wird die Aufgabe bestehen bleiben, für die Heranbildung eines positiven persönlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern allgemeine, erkennbare und wirksame Normen zu suchen. Die Aufgabe ist unendlich schwer und verwickelt; aber der schöpferische Geist, der sie löste, hätte damit auf industriellem Gebiete der socialen Frage ihren Stachel genommen.

Ferdinand Lassalle, der Urheber der neueren socialistischen Bewegung in Deutschland, war zu einer solchen Thätigkeit vornehmlich durch ein ganz hervorragendes Formtalent befähigt. Er besass eine seltene Gabe, den theoretischen Grundsatz in verständlichen und packenden Ausdruck zu bringen, den Gegner mit gewandter und blendender Polemik zu verwirren, die Miene der imponirendsten geistigen Ueberlegenheit anzunehmen. "Nach dem Zeugniß von Männern wie Humboldt und Böckh, sagt er einmal mit gelassenem Selbstbewusstsein, schreibe ich jede Zeile bewaffnet mit der ganzen Bildung meines Jahrhunderts." In der That hat er sich auf den verschiedensten Gebieten umgesehen, mit rascher Arbeitskraft auf jedem einen grossen Haufen wissenschaftlichen Materials zusammengerafft und dann als Virtuose geschickter Redaction nach übersichtlichen Gesichtspunkten geordnet. Er liebt das Schlagwort, das er gewöhnlich aus den Formeln der Hegel'schen Philosophie entlehnt. Im Mittelalter, sagt er, herrschte die Solidarität der Interressen in den Formen der Unfreiheit, in der Gegenwart herrscht die Freiheit ohne alle Solidarität, die Zukunft wird die Solidarität in den Formen der Freiheit bringen. Oder: das classische Alterthum wird beherrscht durch die Kategorie der Einzelheit, das Mittelalter durch die der Besonderheit, die Neuzeit durch die der Allgemeinheit. Dergleichen macht Nichteingeweihten nicht selten den Eindruck überlegenen Tiefsinns: in Wahrheit sind es Formeln, die eine gewisse Berechtigung haben, im besten Falle aber nur einzelne sehr beschränkte Seiten der Thatsachen und Zustände abspiegeln.

Am schwächsten stand es um Lassalle's wissenschaftliche Ausrüstung auf dem nächsten Gebiete seiner Agitation, auf dem Felde der National-Oekonomie. Einer seiner früheren Mitstreiter, Bernhard Becker, verheisst so eben den Beweis zu liefern, dass Lassalle hier nichts Anderes als ein Nachtreter des Franzosen St. Simon gewesen; einstweilen kann ich nur finden, dass er alles, wodurch er damals Aufsehen machte, von Marx entlehnt, und durchweg, wo er diese Grundlage nicht unter den Füßen hatte, in ökonomischen Fragen äusserst schwache Arbeit geliefert hat. Ich will nur einen Punkt hervorheben, allerdings einen Haupt- und Cardinalpunkt in Lassalle's Erörterung, das Ricardo'sche Lohngesetz, welches nach Lassalle's Meinung den Arbeiter unwiderrflich zu ewiger Armuth verurtheilt, welches er für absolut bindend hält, für ein "ehernes Gesetz" erklärt. Dieses Gesetz ist in Wahrheit wieder eine jener einseitigen Abstractionen, richtige Folgerung aus gewissen einzelnen Thatsachen, die aber in der praktischen Anwendung überall durch andere Thatsachen, modificirt wird. Der Tauschwerth

jeder Waare, sagt Ricardo und nach ihm Marx, richtet sich nach den Erzeugungskosten derselben, nach den zu ihrer Erzeugung nöthigen Arbeitsmengen. Wo die Arbeitskraft selbst als Waare auftritt, wird ihr Preis also bestimmt durch die zur Erhaltung des Arbeiters nöthigen Lebensmittel, und sinkt trotz augenblicklicher Schwankungen immer wieder auf dieses niedrigste Maass zurück. Wenn dem so wäre, wenn der durchschnittliche Arbeitslohn buchstäblich nur das zum Leben Unerlässliche darstellte, so würde offenbar ein Arbeiter nur für kurze Momente etwas zurücklegen und regelmässige Ersparungen nicht machen können, die Lohnarbeit also eine Hölle ohne Ausgang nach Hoffnung sein, und eben dies ist denn auch Lassalle's Folgerung, aus der er zu dem Antrag auf Staatshülfe für die Arbeiter-Vereine gelangt. Wir kennen den theoretischen Fehler in der Grundlage dieses Schlusses bereits; wie bei jeder Waare wird bei der menschlichen Arbeitskraft der Werth nicht allein durch die Erzeugungskosten, sondern auch durch Bedürfniss und Nachfrage bestimmt; jene bilden die Minimal-, diese die Maximalgrenze des Werthes, und der sog. natürliche oder Durchschnittswerth liegt nicht auf der Minimalgrenze, sondern in der Mitte beider. Nur unter der doppelten Voraussetzung würde der Durchschnittswerth des Arbeitslohns stets auf sein Minimum herabsinken, dass die Arbeiter gar kein Mittel zum Widerstande hätten, und dass die Arbeitgeber unter allen Umständen das Minimum durchzusetzen entschlossen wären. Dass die Arbeiter unter häufigen Verhältnissen Widerstand leisten können, lehrt jede Arbeitseinstellung, lehren die gewaltigen, nur durch Arbeiterbeiträge gebildeten Cassen der englischen Gewerkvereine. Und ebenso gewiss ist es, dass das Streben der Arbeitgeber auf wohlfeilen Arbeitslohn eine gewisse natürliche Grenze, und zwar eine sich immer verengende Grenze hat. Marx selbst erkennt es an, indem er bemerkt, dass der Arbeitslohn auf die Dauer zwar nur die Lebensnothdurft liefere, dass aber dieser Begriff der Lebensnothdurft selbst ein wechselnder, nach Nationalität und Bildungsstufe der Menschen sehr verschiedener sei. Es kommt hier zur Sprache, was der Engländer den *Standard of Life* nennt, Lebensmaassstab oder Lebenshaltung. Mit jedem allgemeinen Bildungsfortschritt erhöht sich für alle Classen eines Volkes der Inbegriff der Gegenstände, die als unerlässlich für das Leben, die mithin als Erhaltungskosten der Arbeitskraft und folglich als natürliche Factoren des Arbeitslohnes erscheinen. Vor 100 Jahren z. B. ging in ganz Europa die arbeitende Classe barfuss: heute versteht es sich aller Welt von selbst, dass der Arbeitslohn dem Arbeiter neben Nahrung und Kleidern auch Schuhwerk liefern muss. So erschafft die Lebensgewohnheit eine Vorstellung von Lebensnothdurft, die nach Umständen sehr weit von der buchstäblichen realen Nothdurft abweicht; der Arbeiter empfängt in seinem Arbeitslohne auf dessen Minimalgrenze nicht mehr, als was alle Welt für unerlässlich zum Leben erklärt, in Wahrheit aber ist es doch mehr, als was er zur strengen Fristung des Lebens braucht; er hat also auch dann immer noch die Möglichkeit des Sparens, wenngleich eine äusserst knappe und bittere Möglichkeit.

Eingehender und wissenschaftlicher als Lassalle bespricht die Bedeutung des

Lebensmaassstabs oder der Lebenshaltung Albert Lange in seinem vielfach interessanten Buche über die Arbeiterfrage. Ohne Weiteres erkennt er es an: eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltung erhöht auch den Arbeitslohn. Aber er fragt mit starkem Zweifel: wie kann der Arbeiter zu einer erhöhten Lebenshaltung gelangen? kann er es überhaupt durch die Mittel der eigenen Lage? Er hat sonst nichts ausser seiner Arbeitskraft und deren Preis, den Arbeitslohn. Er muss also, um seine Lebenshaltung irgend verbessern zu können, zunächst eine günstige Conjunction abwarten, in welcher der Arbeitslohn für den Augenblick steigt. Dann gilt es, keinen Pfennig zu verjubeln, sondern Wohnung und Mobilien und Haushalt zu verbessern; es gilt, so lange die Conjunction günstig und der Fabrikant der Thätigkeit der Arbeiter am dringendsten bedürftig ist, durch plötzliche Arbeitseinstellung den Lohn weiter in die Höhe zu treiben und schliesslich den so eroberten Boden bei sinkender Conjunction unerschütterlich zu behaupten. Aber dies alles, findet Lange, ist äusserst schwer. Bei günstiger Conjunction und hohen Arbeitslöhnen denken die Arbeiter am wenigsten an ernstes Sparen oder gar an grosse Arbeitseinstellung; der Stachel des Bedürfnisses ist gerade dann weniger scharf; sie überlassen sich fröhlich den Annehmlichkeiten des Augenblicks. Erst bei sinkender Conjunction weckt die wieder eintretende Noth die Erwägungen auf die Zukunft, und allerdings ist dann die unterdessen angenommene Lebensgewohnheit ein starkes Moment für zähen Widerstand gegen jede Lohnverminderung. Allein ist unter diesen Verhältnissen, fragt Lange, der Widerstand bei aller Zähigkeit auch aussichtsreich? Kann der humanste Fabrikant bei sinkender Conjunction den selbst hohen Lohn immer fortzahlen? Ohne Nutzen thut er es einmal nicht, und hat der Arbeiter, wenn die Fabrikanten festbleiben, schliesslich eine andere Wahl, als entweder den niedern Lohn annehmen, oder den Lohn durch Verminderung des Angebots wenigstens für seine Genossen wieder zu steigern, nämlich selbst Hungers zu sterben?

Diese Bemerkungen sind an sich völlig einleuchtend und bündig. Aber sie scheinen mir die ganze Stellung der Frage von vorn herein zu verschieben. Nicht darum handelt es sich hier, ob der einzelne Arbeiter oder auch der Arbeiterverein im Stande ist, lediglich durch seine Willenskraft die Dinge zu erreichen, die ihm zum Comfort des Lebens wünschenswerth erscheinen; wäre dies der Fall, so gebe es keine sociale Frage mehr und die Arbeiter brauchten eben nur zu wünschen. Was wir untersuchen, ist die ganz verschiedene Frage, ob der Fortschritt der nationalen Bildung gewisse Forderungen des Arbeiters nicht blos den Arbeitern, sondern aller Welt, und somit auch den Fabrikanten, nicht allmählig als ganz selbstverständlich erscheinen lässt. Es ist sonst ein entschiedener Vorzug Lange's, dass er auf dem ökonomischen Gebiete neben den ökonomischen auch die Wirksamkeit der geistigen und sittlichen Gesetze anerkennt und berücksichtigt. Gerade an dem Punkte aber, mit dem wir uns eben beschäftigen, scheint er es daran fehlen zu lassen, sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer als der Arbeitgeber. Er achtet den Einfluss der Lebenshaltung auf den Arbeitslohn thatsächlich gering, weil die Arbeiter in der Regel den günstigen Moment zu ihrer Geltendmachung,

den Moment der aufblühenden Conjectur leichtsinnig verpassen. Nun, wenn sie das thun, so liegt die Schuld nicht an der ökonomischen Regel, sondern an dem sittlich unrichtigen Verhalten der Arbeiter: sie liegt nicht in der Natur der capitalistischen Productionsweise, sondern in dem Mangel an Einsicht und Willenskraft bei den Arbeitern. Der Bildungsfortschritt, die Quelle aller Verbesserungen, ist dann eben auf der Seite der Arbeiter noch nicht vorhanden. Und die Fabrikanten, sagt Lange, halten ein- für allemal auf ihren Nutzen; ohne Nutzen thun sie es nicht, und wenn die Conjectur sinkt, so setzen sie, trotz aller Lebenshaltung der Arbeiter, den Lohn herab. Ich will dagegen nicht an die glücklicher Weise vorkommenden Ausnahmefälle erinnern, wo ein Fabrikant eine Weile auch mit Verlust arbeiten lässt, sei es aus menschlicher Rücksicht auf seine Arbeiter, sei es in Erwägung des noch grösseren eigenen Verlustes bei völliger Stillsetzung des Geschäftes. Um so mehr aber betone ich das allgemeine Verhältniss, nach dem gewisse Bedürfnisse der Arbeiter nicht blos von diesen selbst nach ihren neuerlichen Lebensgewohnheiten begehrt, sondern von der nationalen Gesammtheit nach deren fortschreitender Bildung im eigenen Interesse als unerlässlich anerkannt sind. Hier ist das Ergebniss gewiss. Die kurzsichtige Selbstsucht einzelner Arbeitgeber mag sich sträuben wie sie will: allmählig dringt die allgemeine Erkenntniss auch in ihre Seelen vor, und wo es nicht geschieht, greift endlich der allgemeine Wille mit der Kraft des gebietenden Gesetzes ein. So erging es in England mit der Beschränkung der täglichen Arbeitszeit auf zehn Stunden. Bei dem ersten Auftreten der Forderung war der Lärm gewaltig; die Fabrikanten sagten den Untergang aller Industrie voraus. Aber die entsetzliche Menge der Fälle, wo ganze Arbeiterschaaren durch Ueberanstrengung zu Grunde gerichtet wurden, schlug im Parlamente durch, und die letzte Entscheidung gab die Stimme eines Theiles der Fabrikanten selbst, die zugleich aus Menschenliebe und aus wohlverstandenen eigenen Interesse den Erlass des Gesetzes dringend beehrten. Lange exemplificirt umgekehrt auf die höchste geringe Verbesserung, welche in den letzten Jahrzehnten die Ernährung und die Wohnung der Arbeiter erfahren hat, trotz alles Bedürfnisses, trotz aller Einsicht in das Bedürfniss. Allerdings, geschwinde, im Handumdrehen sind solche Entwicklungen nicht zu machen, und für jene Forderungen datirt die wissenschaftliche Erkenntniss erst von 20, die öffentliche Agitation in Deutschland erst von etwa 10 Jahren. Was die Ernährung des Menschen betrifft, so waren vor einem Menschenalter die wissenschaftlichen Vorstellungen von ihrem Processe noch äusserst unklar; aus der täglichen sinnlichen Wahrnehmung hatte man freilich entnommen, dass Kartoffeln und dünner Kaffee dem Organismus weniger Stärkung und Belebung zuführten, als Fleisch und Wein; im Ganzen und Grossen aber liess man es dabei bewenden, dass bei einer hinlänglichen Quantität von Kartoffeln der Mensch doch immer seine tägliche Sättigung erreichte und am folgenden Tage weiter existirte. Heute weiss man mit genauester quantitativer Bestimmtheit, wie viel Stickstoffgehalt die menschliche Nahrung haben muss, um nicht das Individuum einer raschen Entwicklung sogenannter Hungerkrankheiten auszusetzen,

Krankheiten, von denen manche nicht bloß den zuerst Betroffenen rasch zu Grunde richten, sondern nebenbei seine ganze Umgebung mit Ansteckung bedrohen. Eine solche Erkenntniss wirkt nicht plötzlich, aber sie wirkt wachsend, mit dem wachsenden Grade ihrer Deutlichkeit und Verbreitung, und im gegebenen Momente wirkt sie dann unwiderstehlich. Heute ist uns nichts geläufiger, als die Regel, dass der Arbeitslohn den Menschen vor dem plötzlichen Verhungern schützt, und die andere Regel, dass der Arbeitslose durch seine Commune vor einem solchen Verhungern geschützt werden muss. Ich habe nicht den mindesten Zweifel: die Entwicklung der öffentlichen Gesundheitspflege wird bald genug diese Regeln dahin steigern, dass der Schutz sich nicht bloß auf Verhinderung des Hungertodes, sondern auch der Hungerkrankheiten erstrecken, und nicht bloß die Quantität, sondern auch die Qualität der Nahrungsmittel in Betracht ziehen muss. Nicht anders verhält es sich mit der Wohnungsfrage. Lange hat Recht, bis jetzt ist die Wohnungsnoth immer noch im Wachsen geblieben. Aber auch hier gilt es wieder: Wie lange ist es her, dass die Wissenschaft uns eine klare und umfassende Einsicht in die Gefahren derselben gegeben hat? Dass wir quantitativ genau wissen, wie vielen Sauerstoff in der Zimmeratmosphäre der Mensch zur Erhaltung seiner Gesundheit bedarf? Dass die Medicin die dichte Anhäufung grosser Menschenmassen in Einem Hause als sichere Gefahr erkennen gelernt hat? Der Mensch ist nun einmal so beschaffen, dass er solche Erkenntnisse eine Weile als theoretische Notizen unthätig mit sich herum trägt, bis allmählig die zunehmende Erfahrung oder plötzlich ein greller Anlass ihm die praktische Wichtigkeit derselben auch für sein eigenes Dasein klarstellt. Denn bei der Wohnungs- wie bei der Nahrungsnoth handelt es sich nicht bloß um den unmittelbar Leidenden: der rächt sich, ohne es zu wollen, wenn die Gesellschaft ihn stumpf und theilnahmslos verkommen lässt, an der Gesellschaft in furchtbarer Art; aus seinem hinsiechenden Körper steigt das Miasma empor, welches ganze Stadttheile verpestet und verödet. So ist die Wohnungsnoth durchaus eine Frage nicht des einzelnen Arbeiters, sondern des allgemeinen Wohles. Und ganz deutlich kommen wir auch hier wieder auf unsere Bemerkungen über die Befugniss der Staatsgewalt zurück, für allgemeines Interesse durch allgemeines Gesetz zu sorgen, und falls die freie Privatthätigkeit nicht ausreichen sollte, das allgemein Nothwendige durch herrschenden Befehl zu erzwingen.

Die Bedeutung der Wohnungsfrage erstreckt sich zudem, wie jetzt von allen Seiten anerkannt wird, noch weit über das Gebiet der leiblichen Gesundheit hinaus. Die bisherigen Wohnungsverhältnisse sind in zahllosen Fällen eine stets geöffnete Quelle auch des moralischen Verfalles, theils durch die Verlockung zum Wirthshausbesuch, theils durch die Schwierigkeit, in dem elenden Gelasse auf Geschlecht und Alter der Bewohner die nöthige Rücksicht zu nehmen. Und wenn wir als das Hauptproblem der socialen Frage die Herstellung eines menschlichen, persönlichen, dauernden Verhältnisses zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezeichneten, so ist es wieder einleuchtend, dass es zur Annähe-

rung an dieses Ziel kaum ein wirksameres Mittel geben kann, als die dem Arbeiter eröffnete Möglichkeit, durch längere Beschäftigung in derselben Fabrik zuerst der Miether und weiterhin der Eigenthümer einer gesunden und behaglichen Heimstätte zu werden. Diese Wahrheiten dringen immer weiter und tiefer in das allgemeine Bewusstsein vor, und schwerlich ist der Zeitpunkt noch weit entfernt, in welchem auf diesem wichtigen Gebiete der humanen Privatthätigkeit die öffentliche Förderung und Regelung umfassend zur Seite tritt. Auch hier suspendire ich mein Urtheil über die praktische Ausführbarkeit einzelner Vorschläge und begnüge mich zu constatiren, dass in der neueren Literatur bereits die Frage wiederholt discutirt worden ist, ob die Verpflichtung, gesunde Arbeiterwohnungen herzustellen (wie sich versteht, nicht als Geschenk, sondern zu leidlicher Miethe), auf die bürgerliche Gemeinde im Ganzen oder auf die betreffenden Arbeitgeber zu legen, oder ob die letzteren nicht wenigstens für einen Theil dieser Sorge verantwortlich zu machen sind. Die Stimmen, die sich für die Verpflichtung der Arbeitgeber aussprechen, heben hervor, dass denselben dadurch kein Opfer, sondern nur eine an sich rentable Capitalanlage zugemuthet würde: sie bemerken, dass bei dem bisherigen Zustande der Fabrikant bei blühender Conjunction den Gewinn aus der Thätigkeit seiner Arbeiter allein zieht, bei sinkender Conjunction aber die Erhaltung der entlassenen Arbeiter der Commune überlässt; sie heben hervor, wie in der grossen Mehrzahl der Fälle die Wohnungsnoth durch massenhaften Anzug industrieller Arbeiter, in Folge neu entstehender Fabriken veranlasst wird. Würde der Fabrik die Verpflichtung auferlegt, wenigstens für einen ansehnlichen Theil dieser neuen Arbeiter Dach und Fach zu beschaffen, so würde damit in den meisten Fällen die Entstehung einer allgemeinen Wohnungsnoth verhütet werden. Was sich gegen diese Erörterung sagen lässt, ist nicht minder deutlich. Die angegebene Verpflichtung des Fabrikanten würde manches Mal die Begründung eines sonst gewinnreichen Geschäftes in manchen Lokalitäten unmöglich machen, würde überhaupt je nach den Umständen, wie jede ernste Verpflichtung, hemmend und hindernd einwirken. Es wird hier eben die praktische Aufgabe des Gesetzgebers sein, Vortheile und Nachtheile abzuwägen und danach das Maass seiner Vorschriften festzustellen. Gewiss aber ist heute schon die Ungerechtigkeit des bisherigen Zustandes, bei dem ein grosser Unternehmer Hunderte oder Tausende von Arbeitern in eine Commune hineinzieht, mit ihrer Hülfe bei schwunghaften Geschäften gewaltigen Reichthum für sich erzielt, dann bei eintretender Krisis einen ansehnlichen Theil der Leute der öffentlichen Armenunterstützung, d. h. der Ernährung auf Kosten seiner Mitbürger überlässt. Es ist dies offenbar in erster Instanz keine Frage zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, keine Frage, um in der Sprache der Socialisten zu reden, zwischen Bourgeois und Arbeiter, sondern eine innere Frage der Bourgeoisie: Wer soll die Kosten einer relativen Uebervölkerung tragen, der Urheber derselben, welcher bisher die Früchte derselben allein geerntet, oder die gesamte Ortseinschöpfung, die jener Bereicherung eines Einzelnen lediglich zugesehen hat? In weiterem Sinne freilich führen auch diese Betrachtungen auf den Kernpunkt der socialen Frage zurück, auf die

Herstellung eines persönlichen und menschlichen Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, indem der erstere nicht bloß für die Bezahlung des contractlichen Lohnes, sondern in einer wichtigen Beziehung für das gesammte Wohlergehen seiner Dienstleute verantwortlich gemacht würde.

Ueber der Erörterung der Lebenshaltung und ihres Einflusses auf den Wohlstand der Arbeiter haben wir Lassalle eine Weile aus den Augen verloren. Ich hoffe, es Ihnen klar gemacht zu haben, dass eine Besserung der allgemeinen Lebenslage der Arbeiter, trotz Lassalle's ehernem Lohngesetze, möglich, dass dieses angebliche Lohngesetz also keineswegs unerbittlich und die weitere Consequenz der Lassalle'schen Lehre durchaus nicht zwingend ist. Er gelangt von jenem Gesetze in zwei Schritten zu der Forderung jener Staatshülfe, die lange Zeit hindurch das Stichwort seiner Anhänger im Gegensatze zu Schulze's Selbsthülfe war. Da nach jenem Lohngesetze der Arbeiter niemals sparen, also niemals selbstständiger Producent werden könne, so müsse der Staat ihm dazu verhelfen durch Creditirung solcher Vorschüsse, welche einen Arbeiterverein in den Stand setzen, unter Anschaffung der nöthigen Arbeitsmittel ein eigenes Geschäft zu begründen, also wie Lassalle das nannte, Productiv-Associationen mit Staatshülfe. Er meinte, wie mir scheint, sehr utopistisch, die Associationen würden den ertheilten Vorschuss ohne Schwierigkeit verzinsen und schnell zurückerstatten, so dass der Staat durch die Operation ein materielles Opfer überall nicht brächte. Offenbar aber würde die Entscheidung dieser Frage von der allgemeineren abhängen, in wie weit die Leitung grosser Fabrikationen durch Arbeitervereine sich rentabel erwiese, oder, um Albert Lange's Ausdruck zu gebrauchen, ob die Verwandlung der bisher monarchischen Fabriken in republikanische dem Geschäftsgewinne keinen Eintrag thun würde. Ich bekenne, dass ich nach der Natur der Sache eben so wie nach allen bisherigen Erfahrungen nur in sehr beschränktem Maasse Vertrauen zu der Bejahung dieser Frage gewinnen kann. Nur unter seltenen Voraussetzungen scheint es denkbar, dass die Lenkung eines grossen Geschäftes durch Mehrheitsbeschluss der Arbeiter ebenso gewinnreich, wie die Direction eines Einzigen sich gestalten, oder dass ein gleicher Gewinn ohne die schwerste Beschädigung der Consumenten (vermittelt Aufhebung aller Concurrency) erzielt werden sollte. In dem letzten Falle aber gebe es doch nichts Unbilligeres, als von dem Staate, d. h. von dem Inbegriffe aller Consumenten, die künstliche Herbeiführung eines solchen Systemes zu begehren.

Es wird kaum erforderlich sein, hier erst ausdrücklich darauf hinzuweisen, in wie ganz anderem Sinne als Lassalle wir eine Einwirkung auf die industriellen Verhältnisse für befugt erachten. Lassalle begehrt ein Eingreifen des Staates ganz unmittelbar auf dem ökonomischen Gebiete selbst. Der Staat soll auf Kosten der Steuerzahler eine Klasse seiner Bürger, die bisherigen Arbeiter, in den Stand setzen, mit einer anderen Klasse, den bisherigen Fabrikanten, ebenbürtig in Concurrency zu treten. Der Vorschlag ist ganz aus demselben Holze geschnitten, wie früher manche Arten der Schutzzölle: Der Staat sollte auf Kosten der inländischen Consumenten gewisse Fabrikanten in den Stand setzen, ihre auswärtigen

Concurrenten von unserem Markte zu verdrängen. In beiden Fällen suchte der Staat durch eine ökonomische Operation die industrielle Thätigkeit zu beherrschen; sein unmittelbarer Zweck wäre, den Güterertrag zu Gunsten des Einen oder des Anderen aus den natürlichen Bahnen willkürlich abzulenken, eine andere Erzeugung und Vertheilung der Reichthümer, als sie durch das freie Spiel der ökonomischen Gesetze gefordert wird, hervorzubringen. Wenn wir dagegen das Einschreiten des Staates bei den englischen Fabrikgesetzen, bei der Regulirung der Wohnungsverhältnisse, bei dem Unterrichte der Fabrikkinder billigen und begehren, so handelt es sich nicht um eine Verfälschung der ökonomischen Zwecke, um eine Alteration der ökonomischen Gesetze, sondern lediglich um die Anerkennung, dass die ökonomischen Zwecke nicht die einzigen, nicht die höchsten in der menschlichen Gesellschaft sind, dass ihre Wirksamkeit beschränkt werden darf und muss, wo sie mit höheren Zwecken in Collision kommen. Die Grundlage alles ökonomischen Gedeihens muss immer die Freiheit des Eigenthums bleiben. Wer aber diese Freiheit verletzt erklärt, wenn der Staat ihn verhindert, sein Eigenthum zur Quelle mörderischer Epidemien zu machen, der ist allerdings der wirksamste Apostel der communistischen Lehre, nach welcher das Privateigenthum die Pestbeule der menschlichen Gesellschaft sein soll.

Lassalle hat noch auf einem zweiten Gebiete, dem der Rechtswissenschaft, im Sinne der socialistischen Partei gewirkt, wie mir scheint, mit mehr Originalität und Fleiss als auf dem eigentlichen ökonomischen Felde, aber allerdings auch hier mit sehr zweifelhaften Ergebnissen. Ich muss nochmals Ihre Geduld für eine kurze, rein theoretische Erörterung in Anspruch nehmen; Sie werden sehr bald sehen, wie weitgreifende praktische Consequenzen sich daran knüpfen. Lassalle's zweibändiges Buch führt den Titel: "System der erworbenen Rechte," und geht von der Frage aus, welchen Einfluss neue Gesetze auf die bestehenden Rechtsverhältnisse haben können. Man erkennt leicht, dass diese Frage eine der allerwichtigsten für Recht und Staat und Gesellschaft, und zugleich, dass sie nicht kurzer Hand zu entscheiden ist. An der Spitze aller unserer Gesetzbücher steht der Satz: ein Gesetz darf nicht rückwirkend sein. Wenn heute z. B. das Gesetz zu einem gültigen Verkauf von Aeckern nur die Unterschrift der beiden Parteien fordert, dann aber vom 1. Januar ab ein neues Gesetz einen notariellen Akt zur Bedingung der Gültigkeit macht, so bleiben alle vor dem 1. Januar geschlossenen Privatverkäufe in Kraft, gleichviel dass ihnen die notarielle Beglaubigung mangelt. Darüber hat Niemand einen Zweifel. Wie aber steht es in folgendem Falle? In einem Lande ist die Sklaverei gesetzlich eingeführt; die Grundbesitzer haben sich Sklaven gekauft, sie mit schwerem Gelde bezahlt, sie sind dort vollkommen rechtmässige Eigenthümer derselben. Indessen ändern sich die rechtlichen und sittlichen Anschauungen der Nation. Es erscheint ein Gesetz, welches die Sklaverei, als der Würde der menschlichen Natur widersprechend, aufhebt. Ist es nun Rechtens, dass die früher gesetzmässig gekauften Waaren Eigenthum ihres Herrn bleiben, und nur für die

Zukunft der Sklavenhandel abgeschafft ist? Oder werden auch die früher gekauften Sklaven frei? Ich denke, dass Sie hier sofort für die letztere Ansicht entscheiden, diesen Fall also in ganz anderem Lichte sehen werden, als den vorher angeführten. Der Unterschied liegt darin, dass jedes Privatrecht die Anerkennung durch das allgemeine Rechtsbewusstsein zur Voraussetzung hat; es ist unantastbar, so lange diese Voraussetzung dauert, es erlischt, sobald dieselbe wegfällt. In unserem ersten Falle bliebe nach wie vor das Eigenthum an Aeckern anerkanntes Recht; die unter der früheren Erwerbsform vollzogenen Kaufverträge blieben also gültig, obgleich die Künftigen andere Erwerbsformen vorschreiben werden. In dem zweiten wurde das ganze Rechtsinstitut der Sklaverei von dem nationalen Bewusstsein verdammt, das Eigenthum des Menschen als unsittlich verworfen; der Besitz des Herrn hatte also die Voraussetzung verloren, die ihn zum Rechtsverhältniss stempelte; die Sklaven, noch so rechtmässig erworben, wurden auf der Stelle frei. Eben diese Ansicht hat schon vor Jahren unser grosser Rechtslehrer Savigny entwickelt und Lassalle sie in der Hauptsache übernommen und nur in specieller und zum Theil präciserer Ausführung fortgebildet. Aber in einem Punkte von entscheidender Wichtigkeit weicht er von Savigny ab. In unserem zweiten Falle sehen wir, werden die rechtmässig gekauften Sklaven dennoch frei. Aber die Frage entsteht: gebührt den Herren für ihren harten Verlust nicht eine Entschädigung? Savigny bejaht diese Frage, Lassalle verneint sie auf das Entschiedenste. Er sagt: mit dem Erlass des neuen Gesetzes war die Sklaverei erloschen, ein Eigenthumsrecht der Herren gar nicht mehr vorhanden, für etwas Nichtiges ist Niemand Entschädigung schuldig. Oder in anderer Wendung: bei jedem Rechtsgeschäfte ist die stillschweigende Clausel hinzuzudenken, dass die Wirkungen desselben nur so lange und so weit andauern als das betreffende Rechtsinstitut nicht durch ein absolutes Gesetz verboten ist. Tritt ein solches Verbot ein, so verliert in demselben Augenblick das Geschäft und dessen Ergebniss den rechtlichen Charakter und damit auch den Anspruch auf Entschädigung. Ein wichtigerer Satz für die communistischen Anschauungen lässt sich nun gar nicht denken. In unserem Beispiel hat der Staat, das allgemeine Rechtsbewusstsein, das Eigenthum an Menschen für unerlaubt erklärt: die Herren verlieren also nach Lassalle ihre Sklaven ohne Entschädigung. Zwanzig Jahre später, erklärt das allgemeine Rechtsbewusstsein, d. h. ein gesetzgebender Körper mit communistischer Majorität, das Privateigenthum an Grund und Boden für unerlaubt, weil die Erde nicht für Einzelne, sondern für Alle geschaffen sei; von Rechts wegen nach Lassalle verlieren die Grundbesitzer ihre Häuser und Aecker ohne Entschädigung. Und noch ein Schritt weiter, und eine andere Gesetzgebung schafft überhaupt das Privateigenthum als eine Quelle von Monopol und Ausaugung ab, und wieder von Rechts wegen nach Lassalle haben die bisherigen Eigenthümer nicht den mindesten Anspruch auf Entschädigung. Denn, erklärt Lassalle, mit dem Erscheinen des verbotenden Gesetzes hatte das bisherige Recht seinen Rechtscharakter verloren; es war nichtig in sich geworden; für ein Nichts braucht man keine Entschädigung zu zahlen.

Wie mir scheint, ist dem scharfsinnigen Philosophen hierbei eine einfache Unterscheidung entgangen. Man kann ihm einräumen, dass in einem solchen Falle bei der sofort erfolgten Hinfälligkeit des früheren Rechtes zwischen den beteiligten Parteien kein Anspruch auf Entschädigung und keine Verpflichtung zu derselben existirt. Aber die Vernichtung des bisherigen Rechts ist nicht vom Himmel gefallen, sie ist durch einen menschlichen und folglich verantwortlichen Willen erfolgt, durch den Willen des Staates, desselben Staates, welcher durch seine früheren gesetzgeberischen Akte seine Bürger zu jenen jetzt verpönten Rechtsgeschäften angeleitet, sie zu Ausgaben und Anlagen solcher Art selbst bevollmächtigt hatte. Gewiss, diese Vollmacht ist der Natur der Sache nach stets widerruflich; der Staat ist, bei einer Umwandlung seiner sittlichen Ueberzeugungen, befugt und verpflichtet, auch seine Rechtsinstitute entsprechend umzuwandeln. Aber diejenigen, die bisher ihr ganzes rechtliches Dasein im Glauben an seine bisherigen Vorschriften eingerichtet hatten, sie sollten keinen Anspruch an ihn haben, an ihn, der ihre auf diese Vorschriften gegründeten Vermögensrechte mit rascher Sinnesänderung vernichtet? Wenn dies die Gerechtigkeit des Rechtes wäre, so wüsste ich nicht, wo eine schreiendere Unsittlichkeit angetroffen werden sollte. Und es handelt sich nicht etwa um Vermögensnachtheile, welche indirect, wie bei jeder Abänderung des öffentlichen Zustandes, den Einen oder den Andern treffen. Sondern der Wille des Gesetzgebers ging direct und ausdrücklich auf die Zerstörung gewisser, bisher von ihm anerkannter Vermögensrechte: aus diesem Willen folgt in unaufhaltsamer Consequenz die Pflicht des Staates, dem hier Beschädigten den Tauschwerth seines Verlustes zu erstatten. Angenommen, dass die Zukunft einmal in dem einen oder andern Lande eine communistische Gesetzgebung bringe, so werden die davon Betroffenen freilich der Staatsgewalt sich fügen müssen, nimmermehr aber werden die Herrscher sich nach Lassalle's Theorie auf ein gutes Recht berufen dürfen, wenn sie nicht den Verletzten in anderer Form den Ersatz ihrer Verluste zuwenden.

Die Entschädigung vorausgesetzt, ist, wie wir sehen, die Gesetzgebung eben so berechtigt wie verpflichtet, ihre Rechtsinstitute gemäss jedem Bildungsfortschritt fortzuentwickeln, umzugestalten, zu erneuern. *Wenn* die Einsicht der Nation zu der Erkenntniss käme, dass das Privateigenthum Diebstahl wäre, so verstünde es sich, dass die Gesetzgebung es abschaffte. *Wenn* die Einsicht der Nation die Ueberzeugung gewänne, dass das Erbrecht weder verständige noch sittliche Begründung hätte, so wäre es ganz in der Ordnung, es aufzuheben. Lassalle, der auch in dem Sinne ein geschickter Agitator war, bei aller Heftigkeit seiner Polemik die letzten Consequenzen seines Systems nicht nackt auszusprechen, seine nächsten Bekämpfer also einzuschüchtern, von den Zuschauern aber möglichst Wenige abzuschrecken wünschte, Lassalle hat niemals die Abschaffung des Privateigenthums geradezu gefordert, sondern höchstens darauf hingedeutet, als auf den unvermeidlichen Abschluss einer weltgeschichtlichen Entwicklung. Um so entschiedener aber redet er von der wesentlichen Grundlage des vollen Privateigenthums, von dem Erbrecht. Er stellt dies dar, in ausführlicher Entwicklung,

als ein Erzeugniss gewisser nationaler und geschichtlicher Anschauungen, die längst in Europa abgestorben sind. Ihr Product, das Erbrecht, erscheint also nicht mehr wie ein wachsender Baum, der gesunde Wurzeln in dem Grunde lebendigen Sittenbewusstseins hat, sondern wie eine wurzellose Stange, welche der Gesetzgeber jeden Tag auf den Kehricht werfen kann. Die alten Römer, sagt er, die Schöpfer unseres testamentarischen Erbrechts, glaubten, dass der letztwillig ernannte Erbe das Gefäss sei, in welches der persönliche Wille des Erblassers übergehe, und soweit über den Tod hinüber inmitten der irdischen Verhältnisse fort dauere. Die alten Germanen, von denen wir unser Intestat-Erbrecht haben, betrachteten als Eigenthümer des Vermögens nicht den augenblicklichen Inhaber, sondern die gesammte Familie desselben, so dass bei dem Tode des Vaters und dem Einrücken des Sohnes dieser kein neues Eigenthum empfing, sondern nur in der Verwaltung desselben freiere Hand bekam. Wer aber glaubt heute noch, fragte er, an den römischen Satz, dass der persönliche Wille des Erblassers in den Erben hineinfahre? nach unseren Vorstellungen erlischt der Wille mit dem Tode, oder wird von der Erde hinweg zu Himmel und Hölle entrückt; ist es nicht blödsinnig, einem nicht mehr vorhandenen Willen die Befugnisse zu allen Festsetzungen über Vermögensrechte einzuräumen? Und ebenso ist das germanische Gesamteigenthum der Familie bei uns verschwunden; der Vater ist voller, alleiniger Eigenthümer seines Vermögens; im Augenblick seines Todes wird das Vermögen herrenlos; welcher Grund spricht noch dafür, dass das Gesetz den Sohn ohne Weiteres Besitz davon ergreifen lässt? Unsere Erbgesetze, schliesst Lassalle, stehen völlig in der Luft; sie sind nur noch ein einziges, grosses Missverständniss; sie sind eine völlig willkürliche Regulirung der Hinterlassenschaften von Societäts wegen. Die Folgerung liegt auf der Hand; nichts hindert die Societät, vielmehr Alles ladet sie ein, den alten Plunder über Bord zu werfen und jede Hinterlassenschaft sich selbst zu neuer, gerechter Vertheidigung anzueignen.

Diese Erörterung klingt wieder ganz plausibel, wie alle Schlussreihen bei Lassalle. Sie hat blos zwei Fehler: ihre historische Voraussetzung ist höchstens zur Hälfte wahr, und wäre sie völlig wahr, so würden Lassalle's Consequenzen daraus nicht folgen. Jene Ansicht des römischen Erbrechts ist historisch unbegründet. Den Beweis dieser Kritik kann ich natürlich an dieser Stelle nicht entwickeln, sondern nur die Versicherung anzunehmen bitten, dass das Urtheil unserer historischen Rechtswissenschaft darüber einstimmig ist. Dann aber, hätte in Bezug auf Romulus oder Cicero Lassalle ganz das Richtige gesehen, was thäte es uns? Gewiss, jedes lebendige Rechtsinstitut entspringt aus der Wurzel eines lebendigen Moralbegriffs und nimmt mit jeder Veränderung des letzteren veränderte Formen an. Umgekehrt aber wirkt es selbst auch wieder auf die sittlichen Anschauungen zurück und treibt hier neue Wurzeln: nichts ist uns geläufiger in Geschichte und Leben als diese Wahrnehmung. Das Königthum z. B. hat Jahrhunderte lang zu seiner sittlichen Voraussetzung die persönliche Freundschaft und Treue zwischen Lehnsherrn und Vasallen gehabt: heute ist von solchen

Stimmungen nur bei äusserst wenigen Bürgern die Rede, aber um so wärmer verehren Millionen die Erbmonarchie als den festen Halt und Anker des Staates, als die in den Republiken unbekannte Bürgschaft der Stetigkeit des öffentlichen Rechts. Die ursprüngliche sittliche Grundlage des Königthums ist verschwunden, aber die Wirksamkeit des bestehenden Königthums hat sich eine neue in den Gemüthern erzeugt. So glauben wir im Erbrecht nicht mehr an jene Art von Seelenwanderung des Erblassers in den Erben hinein, um so mehr aber sind wir von der Ueberzeugung erfüllt, dass auch in Vermögenssachen jedes menschliche Wirken werthlos und inhaltslos wird, wenn es sich seine Zwecke nur für die Dauer des einen Menschenlebens setzen darf. Betrachte man Tod und Unsterblichkeit wie man wolle, der rechte volle Mensch wird verstümmelt, wenn man ihm verbietet, in seinen Kindern und in seinen Werken fortzuleben, und dieses Verbot würde in dem Augenblicke ausgesprochen, in welchem die Staatsgewalt das Erbrecht, das testamentarische oder verwandtschaftliche, aufhobe. Man kann sich denken, dass das Gesetz den Kreis der erbberechtigten Verwandschaft einmal erheblich einschränkt, oder dass es die Befugnisse des testirenden Erblassers gegenüber seinen Kindern enger oder weiter zieht; ein Angriff aber auf den Bestand des Erbrechts überhaupt würde die tiefsten und edelsten Gefühle der Menschenbrust zum äussersten Widerstande entflammen. Diese Wahrheit wird denn auch von A. Lange rückhaltslos anerkannt.

Um so entschiedener ergreift dafür Lange den socialistischen Standpunkt bei einem andern hervorragenden Momente der Eigenthumsfrage, bei der Frage über das Privateigenthum an Grund und Boden. Wir haben neulich gesehen, wie Marx im Zusammenhange der englischen Verhältnisse zu der Forderung des Gesamteigenthums gelangt ist, als der einzigen Möglichkeit, die Arbeiter wieder selbstständig zu machen und ihnen wieder zum Besitze von Arbeitsmitteln verhelfen. Lange tritt an das Problem von einer andern Seite heran. In scharfsinniger und klarsichtiger Weise entwickelt er den Begriff der Bodenrente, die sich aus der Verschiedenheit der natürlichen Qualität der einzelnen Grundstücke ergibt. Bei dünner Volksmenge bebaut man nur die am leichtesten ergiebigen Aecker; die anwachsende Bevölkerung steigert die Nachfrage und damit die Kornpreise, so dass nun auch der Anbau schlechteren Bodens sich verlohnt, während der frühere Eigenthümer des besseren Ackers, ohne dass er selbst etwas dazu thut, ein Surplus an Werthen erzielt. Dieses Surplus hat wieder Ricardo zuerst betont und als die eigentliche Bodenrente, als den Preis des ursprünglichen Naturwerths des Ackers, bezeichnet. Lange, welcher auch darin an Ricardo anknüpft, dass er sonst die menschliche Arbeit allein als die Quelle und das Maass des Tauschwerths betrachtet, sieht, auf diesem Standpunkte consequent genug, in der Bodenrente ein seinem Rechtsgefühl widersprechendes Monopol, da sie, wie gesagt, dem Eigenthümer ohne eigene Arbeit, lediglich durch das Anwachsen der Bevölkerung und der Nachfrage, wie von selbst in den Schooss fällt. Er bemerkt nun ganz richtig, dass ähnliche Fälle in hundertfacher Anwendung vorkommen. Ein Haus, in dessen Nähe plötzlich eine heilkräftige Quelle hervorsprudelt, durch

dessen Garten eine neue Strasse gelegt wird, steigt gewaltig im Werthe, ohne alle eigene Arbeit des Eigenthümers. Er deutet, freilich nur ganz im Vorbeigehen, an, dass sich dergleichen nicht blos bei Immobilien zeigt: es sind in der That die alltäglichsten Erscheinungen bei aller Industrie. Als z. B. der amerikanische Krieg plötzlich den Baumwollenhandel stocken machte, stiegen in ganz Europa die Leinwandpreise, ohne alle eigene Arbeit der Fabrikanten; es ergab sich für die letzteren ein Surplus, welches ganz wie die Bodenrente dem Gewinner durch Glücksgunst in den Schooss fiel. Lange kommt aus der Ricardo'schen Werth- und Arbeits-Theorie unaufhaltsam zu der Folgerung, dass alle diese Erscheinungen abnorm seien, denn der Mensch soll keine Werthe empfangen, die er nicht selbst erarbeitet hat. Richtiger wäre ohne Zweifel gewesen (da eine gute Theorie die Praxis nicht meistern, sondern erklären soll), dass er durch die Wahrnehmung all jener zahllosen Ausnahmen zu einem Zweifel an seiner Werth-Theorie gelangt wäre. Wir haben uns überzeugt: die Arbeit nicht für sich allein, sondern in ihrem Verhältniss zu den Bedürfnissen, also die Zweckmässigkeit der Arbeit, ist Quelle und Maass des Werthes, und mag der Mensch dieselbe klug im Voraus berechnet haben, oder sie glücklich erst hinterher erleben, er hat eben an zweckmässiger Stelle oder zu zweckmässiger Zeit geackert, gebaut oder gewebt, und wenn nachträglich ein gesteigertes Bedürfniss, ein Zweck hervortritt, so gebührt ihm der daraus entspringende Gewinn von Rechts wegen. Wenn Jemand eine Fabrik anlegt in der Berechnung, 10 Procent zu gewinnen, und ein äusserer Glücksfall nachher den Gewinn auf 20 steigert, kann sich dadurch ein Rechtsgefühl, kann sich ein anderes Gefühl, als das des Neides dadurch verletzt fühlen? Und ebenso, wer sich einen Acker kauft in der Erwartung, 4 Procent daraus zu ziehen, wie soll ein ökonomisches Gesetz verletzt werden, wenn gesteigerte Nachfrage den Werth des Ertrages auf 6 oder 8 Procent in die Höhe treibt? Mit Einem Worte: wer seine Kraft der Erzeugung allgemein nützlicher Güter widmet, darf mit Fug auch den durch das Glück ihm zufallenden Mehrgewinn dahinnehmen. Wogegen unser sittliches Gefühl sich in Wahrheit sträubt, ist die Bereicherung durch Spiel und Wette, welcher überhaupt keine productive Thätigkeit zu Grunde liegt, bei welcher der menschliche Scharfsinn unmittelbar in den Dienst der niedrigsten Selbstsucht tritt. Hier wird das Bild des erschwindelten Reichthums mit Grund dem dar-benden Arbeiter gehässig, und nichts ist natürlicher, als die überall eintretende Gleichzeitigkeit grossen Börsenschwindels und communistischer Reaction. Aber das allmälige Wachsen der Bodenrente steht auf einem ganz andern Blatte; hier ist redliche und productive Arbeit, welcher Niemand auch den über die frühere Erwartung gesteigerten Lohn beneiden soll.

Indessen, bemerkt Lange, gebühre die Bodenrente, wem sie wolle. Sie ist einmal da, und die interessante praktische Frage ist, wie sie wirkt. Er antwortet: Sie wirkt centralisirend, sie unterstützt die Anhäufung grösserer Vermögensmassen in der Hand des Reichen und folglich das Wachsthum relativer Armuth bei dem weniger Wohlhabenden und, wie sich versteht, vor Allem bei dem völlig

besitzlosen Arbeiter. In dieser Allgemeinheit hingestellt, wird Niemand seinen Satz bestreiten. Wer hat, dem wird gegeben, das ist ein altes Wort. Wo das Privateigenthum nicht wie im Mittelalter durch künstliche Bande eingeschnürt ist, wo es wie heute in freier Concurrenz sich rühren kann, da ist der Reiche dem Wohlhabenden und dieser dem Armen an Erwerbkraft überlegen, und die Tendenz zur Centralisation ist ein für alle Male dem freien Privateigenthum eingepflanzt. Ebenso wenig läugnet irgend ein Mensch, dass eine übermässige Entwicklung dieser Tendenz ein schwerer Schaden für die menschliche Gesellschaft und die nationale Gemeinschaft werden kann: ein Volk, dass ohne allen Mittelstand nur noch aus wenigen Millionären und vielen Proletariern besteht, tritt in ein krankes Greisenalter seines nationalen Lebens ein. Aber ebenso gewiss ist auf der anderen Seite, dass das freie Privateigenthum noch eine zweite, ebenso unverwüstliche Tendenz hat, nämlich die Tendenz zu einer steten Steigerung der Production, weil bei seiner Verwerthung die edelsten und die niedrigsten und folglich die stärksten Triebe der menschlichen Natur zusammengreifen, die tief geistige Freude am Schaffen und Wirken und der tief sinnliche Drang nach Bereicherung und Gewinn. Gerade bei der Bodenrente, dem Lohne für die Erzeugung der unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse Aller, sollte man sich dreifach hüten, ehe man einem Gedanken an die Entnervung der Production durch Beseitigung des Privateigenthums Raum gäbe. Allerdings hat ein gebildeter Mann, wie Lange, dabei ganz sicher nicht die Rückkehr zu dem rohen Dorfcommunismus und jährlichen Ackerwechsel der alten Germanen oder der heutigen Russen im Sinne; vielleicht kommt man seiner Vorstellung nahe, wenn man sich alle heutigen Grundbesitzer in Domainenpächter verwandelt denkt: aber wie man sich die Ausführung auch vorstellen möge, das unausbleibliche Resultat würde immer ein gewaltiges Sinken in der Gesamtproduction der nothwendigsten Nahrungsmittel sein, ein Resultat, welches sicher den heutigen Capitalisten nicht erfreulich, aber ebenso sicher den heutigen Arbeitern verderblich wäre. Man wird also auch hier nicht umhin können, das Privateigenthum zu nehmen, wie es einmal menschlicher Weise ist, nach seinen guten wie nach seinen bedenklichen Seiten. Dass die ökonomische Freiheit, wenn sie nur eine allseitige ist, Mittel in sich trägt, der übermässigen Centralisation entgegenzuwirken, davon liefern die englischen Gewerkvereine tägliche, wenn auch nicht stets erfreuliche Beispiele. Dann aber gilt immer wieder der Satz, dass der Staat befugt und berufen ist, unter voller Anerkennung der ökonomischen Gesetze, auch die anderen Seiten des menschlichen Daseins hervorzuheben, und nach deren Bedürfniss der ökonomischen Entwicklung, z. B. durch zweckmässige Steuerreformen und erbrechtliche Bestimmungen, und vor Allem durch allseitige Steigerung der geistigen und sittlichen Kräfte Schranken zu setzen.

Wir haben nun die wichtigsten Thema kennen gelernt, welche der moderne Socialismus zum Inhalt seiner Bestrebungen gemacht hat. Wenn meine Darstellung nach meinen Wünschen ausgefallen ist, so habe ich Sie überzeugt, dass die

Vertreter derselben, mögen wir noch so durchdrungen von der Unrichtigkeit ihres Systemes sein, mit grosser wissenschaftlicher Kraft auf den Schauplatz treten und ganz und gar in der Lage sind, durch Erörterungen von scheinbarer Bündigkeit und Ueberlegenheit Millionen von Menschen die allerwichtigste Waffe, das gute Gewissen, zu ihrer Erhebung zu geben. Es wäre ein verderblicher Irrthum, den wissenschaftlichen Streit für erledigt, die Marx'schen und Lange'schen Lehren für längst abgethane Thorheit zu erklären. Und noch schlimmer wäre der Fehler, den man auch nicht als blossen Irrthum bezeichnen dürfte, wollte unsere Praxis an den von jenen Männern signalisirten Thatsachen menschlichen Elends gleichgültig vorübergehen, weil es doch immer Armuth auf der Welt gegeben habe und immer geben werde. Das hiesse die entsetzlichste Revolution zugleich hervorrufen und rechtfertigen. Im Gegentheil, wie die Verhältnisse heute liegen, gilt es geradezu für einen jeden Freund seines Landes, alle geistigen und sittlichen Kräfte zusammennehmen, um das Verhältniss zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder auf die gesunde Grundlage befreundeten Zusammenwirkens zurückzubringen. Die letzten Verhandlungen der internationalen Association zeigen uns, wohin wir gelangt sind (ich folge dabei den Büchern von Testu und Onslow). Die Internationale war in ihrem Ursprunge ein äusserst friedlicher Handwerker-Bildungsverein. Zwei Pariser Bronzearbeiter, Tolain und Fribourg, waren 1862 zur Londoner Ausstellung herübergegangen, hatten dort die englischen Gewerksvereine kennen gelernt, dann aber erfahren, dass eine ähnliche Verbindung in Frankreich verboten war. Ein kluger Advocat machte sie aufmerksam, dass kein Gesetz sie hindere, Mitglieder eines englischen Arbeitervereins zu werden; darauf machten sie 1864 eine zweite Reise nach London und wurden hier mit dem bekannten republicanischen Schuster Odger, mit Dr. Karl Marx, dem Geigenbauer Dupont und einigen Anderen die Gründer des internationalen Bundes, welcher dann allmählig in den einzelnen Ländern Europas Sectionen zu bilden begann und alljährlich grosse Congresse in Genf, Lausanne, Brüssel, Basel abhielt. Tolain und seine Genossen, so wie die Mehrzahl der englischen Arbeiter wollten Anfangs von Politik und Revolution und Communismus nicht reden hören, sondern nach dem Princip der Selbsthülfe durch die Kraft der Association ihre Lage auf dem bestehenden Boden verbessern. Es ist eine traurige, aber leider erklärliche Thatsache, dass, so lange diese Stimmungen den Bund beherrschten, er eine sehr kümmerliche Entfaltung fand. Er hatte nichts, um die Leidenschaften der Volksmassen zu reizen; die Mehrzahl der englischen Arbeiter hatte für die Zwecke des Bundes bereits ihre Gewerksvereine; in Frankreich war eine solche friedliche Thätigkeit ebenso verboten wie eine revolutionäre. So dauerte es nicht lange, und neben Tolain und dessen Gesinnungsgenossen erhoben sich andere Tendenzen. Bei jedem neuen Congresse wurden die Anträge radicaler, die Zahl der revolutionären, grossentheils den gebildeten Ständen angehörigen Stimmführer ungeduldiger und grimmiger. Vor Allem war es der russische Flüchtling Bakunin, welcher die wildesten Bestrebungen zur Geltung brachte, Abschaffung der Religion und der Ehe, Beseitigung

aller bisherigen Regierungen, Staaten- und Volksunterschiede, Aufhebung des Privateigenthums, des Erbrechts und der Lohnarbeit, und schliesslich eine allgemeine Liquidation, d. h. die Einziehung aller Güter zum Besten der Gesamtheit. Dazu kam die politische Krisis, welche in Frankreich dem Sturze des Kaiserreichs vorherging und welche die Arbeiter unter dem republikanischen Banner sammelte und zugleich die Zahl der französischen Gruppen der Internationale gewaltig anschwellte. Gleichzeitig war die spanische Revolution eingetreten, welche auch in diesem Lande den communistischen Bestrebungen Wurzel zu fassen ermöglichte. In Deutschland hatte Lassalle, völlig unabhängig von der Internationalen, die socialistische Agitation, einstweilen mit viel bescheideneren Zielen, der Gründung von Productiv-Associationen auf Staatscredit, in Fluss gebracht; bald nach seinem Tode aber setzten sich seinen uneinigen Nachfolgern Schweizer und Mende die internationalen Parteigänger Liebknecht und Bebel entgegen und gewannen in raschen Voranschreiten eine grosse Anzahl deutscher Vereine dem Gesamtbunde. Niemand wird behaupten wollen, dass alle Mitglieder desselben Bakunin's Gesinnungen theilen oder dass alle die kolossalen Mitgliederzahlen, welche Testu vorlegt, vollkommen zuverlässig seien. Aber die Pariser Commune von 1871 hat es gezeigt, wie viele Elemente der russische Nihilist mit seinen rasenden Leidenschaften erfüllt hat. Die in ihren Fundamenten bedrohte Gesellschaft hat noch immer, vor Allem in Deutschland, die Mittel, die Gefahr zu beschwören und den Frieden herzustellen. Aber gelingen wird es nur dann, wenn sie die höchsten Kräfte des Menschen an die grosse Aufgabe setzt: angestrengte Arbeit des Gedankens und unermüdliche Liebe des Nächsten.

(11) Keinem Beobachter der neuen Geistesströmung wird die Bemerkung entgehen, dass die heutige europäische Welt wieder religiöser geworden ist, als sie in dem vorhergehenden Zeitalter gesinnt war. Die ganze Literatur, die weltliche nicht minder als die kirchliche, deutet, auf diese Umstimmung hin und die gebildeten Classen haben angefangen, an religiösen Fragen wieder einen Antheil zu nehmen, den sie vor einem Jahrhundert verächtlich abgelehnt hätten.

Kaum aber hatten die alten hierarchischen Gewalten diese veränderte Gemüthsrichtung bemerkt, so suchten sie sich derselben zu ihren Zwecken zu bemächtigen und die Wiederherstellung der kirchlichen Glaubensherrschaft darauf zu stützen. Innerhalb der katholischen Kirche gelangte die ultramontane Partei zu einer Macht, wie seit Jahrhunderten nicht mehr; die Abhängigkeit der Pfarrer von den Bischöfen und der Bischöfe von dem päpstlichen Stuhl wurde strenger und härter als je und die jesuitische Theologie, welche die "Umkehr der Wissenschaft" auf ihre Fahne schrieb, erhielt in den heiligen Collegien Roms die entscheidende Stimme. Ebenso unternahmen es in den protestantischen Kirchen die regierenden Oberkirchenräthe, eine priesterliche "Schlüsselgewalt" wieder aufzurichten, welche dem innersten und stärksten Freiheitstribe des Protestantismus widerstreitet.

Dieser kirchlichen Reaction gehört denn auch die theologisirende Staatslehre an, welche in höchsten Kreisen Berlins eine ähnliche einflussreiche Stellung erhielt, wie die Theologie der Jesuiten in dem päpstlichen Rom. Die beiden Erscheinungen sind nach verwandt. Indessen ist die römische in sich folgerichtiger und mit ihr verglichen das göttliche Recht Stahls eine Halbheit. Wenn wirklich die obrigkeitliche Gewalt etwas specifisch Göttliches, dem menschlichen Verstande Unbegreifliches über dem Volk und über dem Staat Erhabenes und daher nicht von Volk und Staat Beschränktes und Bestimmtes ist, was nur geglaubt aber nicht gewusst werden kann, dann entspricht es dem einmal erhitzten religiösen Gefühl doch noch besser, diese göttliche Vollmacht und Hoheit vorzugsweise in Einem religiösen Oberhaupte, das heisst in dem Papste zu verehren, dem obersten und nächsten Stellvertreter Gottes in der Christenheit. Denn der Papst kann sich doch für seine Autorität auf eine religiöse Offenbarung stützen, welche der staatlichen Autorität entgeht und im Papste ist doch die Einheit gewahrt, während die vielen fürstlichen Stellvertreter des Einen Gottes nur ein widerspruchvolles Reich Gottes darzustellen vermögen. Wenn aber einmal der Verstand von dem Glauben gebunden und jede Kritik mit der Berufung auf das Geheimnissvolle und Unerklärliche niedergeschlagen wird, dann wüssten wir nicht, weshalb die welthistorische Autorität des Papstthums weniger Unterwerfung der Vernunft und weniger Glaubensherrschaft ansprechen dürfte, als irgend ein protestantisches Theologen-Collegium. Indessen diese hierarchischen und theokratisirenden Parteien haben sich über den Grundcharakter unseres Zeitalters arg getäuscht und deshalb hat dieser momentan glückliche Sturm Lauf der Reaction keine Hoffnung auf dauernden Erfolg. Die heutigen Völker sind wohl religiöser aber deshalb nicht wieder pfäffisch geworden. Dem Geiste unserer Zeit ist der Gedanke der mittelalterlichen Hierarchie und Theokratie nicht minder fremd als dem Jahrhundert der Aufklärung. Das politisch-menschliche Selbstbewusstsein des modernen Staates ist seither um nichts schwächer oder unsicherer geworden; im Gegentheil es hat an Klarheit, Macht und Ausbreitung stätig zugenommen. Von allen Arten der Verfassung ist daher den heutigen Völkern die Priesterherrschaft die verhassteste und nächst ihr die Regierung von pfäffisch gesinnten Laien. Sie fühlen sich durch dieselbe geradezu entehrt und gleichsam entmannt. Der wieder belebte religiöse Ernst unserer Zeit ist voraus ein sittlicher Ernst, die aufrichtige Gewissenhaftigkeit gilt ihr mehr als der blinde Glaube. Ihre Religiösität ist daher keine Feindin der Geistesfreiheit und maasst sich weder an, den Staat zu leiten, noch zieht sie sich weltflüchtig von dem öffentlichen Leben zurück. Sie schwärmt nicht für die geistlichen Orden und verbirgt sich nicht hinter den Klostermauern. Sie ist nicht mehr so wundersüchtig und nicht so abergläubisch, wie in früheren Jahrhunderten und sie ist überdem bescheidener, gemeinnütziger und humaner geworden. Von ihr also hat der moderne Staat keine Gefahr, sondern eher Unterstützung zu erwarten. Die Anmaassung, den Staat im Namen Gottes zu beherrschen, ist ihr völlig fremd.

Im entschiedensten Gegensatze gegen jene theologisch-orthodoxe Behandlung der Wissenschaft hat in neuerer Zeit die *naturwissenschaftliche* Methode merkwürdige Fortschritte gemacht, und zu höchst wichtigen und folgereichen Entdeckungen geführt. Es drängt sich daher die Frage auf, ob nicht auch für die Staatswissenschaft die Anwendung dieser Methode nützlich und anzurathen sei. Hier und da werden auch solche Versuche gemacht. Zeigt sich etwa hier eine neue Richtung und Aussicht für die Staatswissenschaft?

Die heutige Naturwissenschaft beobachtet mit Vorliebe die sogenannte *inductive* Methode der Forschung; das heisst sie betrachtet voraus die sinnlich wahrnehmbare Erscheinung, zerlegt dieselbe, wenn sie zusammengesetzt ist, in ihre äusserlich trennbaren Bestandtheile, vergleicht die eine Erscheinung mit andern entweder gleichartigen oder in dieser oder jener Hinsicht verschiedenen Erscheinungen, schliesst aus der offenbaren Wirkung auf die verborgene Ursache und prüft hinwieder die Richtigkeit der Beobachtung und des Schlusses an den Wirkungen, welche dieselbe Ursache im Experiment hervorbringt. Ist die Beobachtung und das Experiment sorgfältig gemacht worden, so ist in der Bestimmung des in den Wirkungen offenbar gewordenen Gesetzes vielleicht nicht die ganze Wahrheit aber immer ein Stück Wahrheit gefunden und die Untersuchung, welche nun einen festen Boden gewonnen hat, schreitet sicher fort.

Diese ganze Beweisführung beruht aber, wie der Engländer *John Stuart Mill* in seinem System der Logik vortrefflich gezeigt hat, auf der Voraussetzung der Regelmässigkeit der Naturerscheinungen und auf der Stätigkeit der Naturgesetze, welche zwar erfahrungsmässig erkannt aber im letzten Grunde doch nur aus der Einheit und Harmonie des grossen Naturlebens erklärt wird. Ueberall, soweit unsere Kenntniss der Natur reicht, bringen dieselben Ursachen immer dieselben Wirkungen hervor. Das Gesetz der Naturnothwendigkeit herrscht auf diesem Gebiete mit unabwendbarer und unverkennbarer Macht. Ueberdem lässt sich die unendliche Mannichfaltigkeit der Erscheinungsformen in der Regel auf wenige Grundgesetze zurückführen, welche mit mathematischer Sicherheit zu berechnen sind. Das physikalische Gesetz der Schwere z. B. oder das chemische der Affinität gewisser Körper kommt, wo es einmal erkannt ist, unter denselben Voraussetzungen immer wieder genau in derselben Weise zur Geltung.

Nicht ebenso verhält es sich aber auf dem Gebiete des Menschenlebens und der sogenannten *Geisteswissenschaften*. Zwar übt auch auf den Menschen die grosse ihn umfangende Natur eine mächtige Wirkung aus, und insofern ist er den stätigen Naturgesetzen ebenfalls unterworfen und wird die von der Naturwissenschaft vorausgesetzte Regelmässigkeit und Nothwendigkeit der Wirkungen aus bestimmten Ursachen hier ebenfalls sichtbar. Z. B. die Einflüsse des Klimas und der Temperatur haben unter Umständen eine und dieselbe zwingende Macht. Indessen sogar da zeigt sich schon eine gewisse, wenngleich beschränkte Widerstandsfähigkeit der Menschennatur gegen die Einflüsse der makrokosmischen Natur. In höherem Grade als die Thiere vermögen die Menschen auch den Ein-

flüssen des Klimas entgegenzuwirken. Die besondere Menschennatur ferner hat auch ihre psychischen und physischen Gesetze, welche mit einer gewissen Regelmässigkeit die Entwicklung des Menschenlebens bedingen. Eine geistig nöthigende Gewalt ist auch in der menschlichen Logik nicht zu übersehen und die Altersstufen haben ähnlich den physikalischen Naturgesetzen ihre nothwendige, von dem Willen nicht abhängige Folge.

Aber diese Gesetze der Menschennatur, besonders die entscheidenden der menschlichen Seele, sind nicht weder mit derselben mathematischen Sicherheit aus einzelnen Erscheinungen abzuleiten, noch mit Instrumenten so genau zu bemessen, wie jene Gesetze der äussern Natur. Es ist hier schwieriger, gefährlicher und trügerischer zu experimentiren. Der innere Organismus der Seele ist an sich eine Mannichfaltigkeit von Kräften zu persönlicher Einheit verbunden und oft gar nicht zu ermitteln, welche Seelenkräfte und in welchem Verhältniss verschiedene Kräfte zu bestimmten Thaten und Werken zusammen gewirkt haben.

Die wissenschaftliche Forschung darf daher hier am wenigsten von dem einheitlichen Selbstbewusstsein des menschlichen Geistes absehen, welche ja die erlässliche Grundbedingung alles menschlichen Denkens und Forschens ist. Schon deshalb darf die Wissenschaft vom Menschen und vom Staate die *deductive* Methode, der Schlussfolgerung aus dem Selbstbewusstsein des Geistes und den Principien, die mit demselben gegeben und in demselben enthalten sind, nicht vernachlässigen.

Zu jenen relativ regelmässigen Gesetzen der menschlichen Seele tritt nun überdem das Moment der *individuellen Freiheit* hinzu, welches in der Geschichte des Einzel Lebens wie des Völkerlebens eine Hauptrolle spielt. Wenn man daher in der Welt- und Staatengeschichte nur jene Gesetzmässigkeit sieht und die freie That der Individuen nicht mitbeachtet, so verneint man das Eigenste und Geistigste im Menschenleben und macht überdem eine falsche Rechnung. Deshalb muss selbst die inductive Methode auf diesem Gebiete einen andern Charakter annehmen. Zunächst freilich ist sie *Analyse* der thatsächlichen Zustände, insbesondere der statistischen Verhältnisse, dann aber wird sie zur *historischen* Forschung und Kritik gesteigert und als solche verbindet sie sich mit der deductiven oder *philosophischen* Methode, welche an die Natur des Geistes und seines Bewusstseins anknüpft, und durch logische Schlüsse aus höheren Principien ihre Ergebnisse ableitet. Die erste geht von der mannichfaltigen Erfahrung, die letztere von der Geisteseinheit aus. Jene schliesst aus der Peripherie auf das Centrum, diese vom Centrum auf die Peripherie, jene von aussen nach innen, diese von innen nach aussen. Beide Methoden haben also hier ihre Berechtigung, sie ergänzen sich und dienen wechselseitig zur Controle und Probe. Uebersehen wir die ganze Geschichte der Staatswissenschaften, so werden wir daraus vor Allem die Lehre entnehmen: Nur die *Verbindung des philosophischen Denkens und der historischen Forschung*, nicht die *einseitige Verfolgung* der einen oder der anderen Methode gewährt Sicherheit für die gefundene Wahrheit.

Wie gewagt und trügerisch die Schlüsse sind, zu welchen eine einseitige

Nachahmung der naturwissenschaftlichen Methode auf dem Gebiet der Völkergeschichte führt, zeigt das merkwürdige Buch des Engländers *Thomas Buckle*: "*Geschichte der Civilisation in England*."

Hatte Hegel früher die Weltgeschichte wie einen logisch-dialektischen Process behandelt, so betrachtet Buckle jetzt dieselbe wie eine naturnothwendige Wirkung, und führt seine Beweise wie Rechenexempel aus den statistischen Tabellen. Freilich erscheint es dann wie eine Selbstverhöhnung des wissenschaftlichen Grundgedankens, wenn der ideale, von selbstbewusstem Denken und Wollen ausgehende Hegel schliesslich zu blosser Erhaltung des Bestehenden kommt und der von der wäg- und zählbaren Materie aus schliessende Buckle ein eifriger Vertreter des gesellschaftlichen Fortschrittes und der Geistesfreiheit ist.

(12) The Co-operative Congress, as we may judge already from the inaugural address of its President, and from the various speeches which have thus far followed, has undertaken a most tremendous task. The subject which it has proposed for discussion is nothing less than a re-arrangement of the agencies to be employed in the production and distribution of wealth. It might appear at first sight that the Congress had miscalculated its resources for the treatment of such questions. Every volume that has been written and every lecture that has been delivered on the well-known science of Political Economy has been directed to the same general topics, and we should somewhat have doubted the possibility that much fresh light could be thrown at least upon its essential principles by a popular Conference. It is clear, however, that these doubts are not shared by the members of the Co-operative Congress. They have called in question the correctness of all our current theories, and have justified their disapproval of them by an onslaught upon many of the established practices of the modern industrial world. The two lines of attack, of course, go naturally together. Whether we hold that the world has been in error in its speculations because it has founded them upon a mistaken course of conduct, or that the fault of judgment has come first and the fault of conduct afterwards, it is equally clear that the two are so nearly connected that they must either stand or fall together. An industrial reformation of society must be aided and facilitated by the introduction of new formularies, while the development of the new science will follow naturally from better and more enlightened practice. We have tried a system of Protection, and we now profess to have abandoned it, though, as Professor Rogers tells us, it still holds its place among us more firmly than we may suppose. We are trying at present a system of general competition, in which all are supposed to be free to promote their own advantages, since we believe that in doing so they are quite certain to be as serviceable to one another as to themselves. We are now told, however, that we have been wrong in both instances. Co-operation is the true method, and it is capable of being universally applied. Its past performances have not been very great, but then it has all its unwritten and unacted future before it, and will certainly prevail, perhaps not in our own time, or in the time of those who succeed

us. The world is young and can afford to wait a little while the new system is establishing itself. Professor Rogers assures us that the principle he advocates will some day "remove altogether some of the worst miseries which disgrace society, and some of the worst practices which deface it," and the generation which sees this done will have even better reason than ourselves to be thankful to the philanthropists of Castle-street, Oxford-street, who are now busy in preparing the way.

If we may venture to blow aside certain very natural embellishments with which this great subject has been surrounded, we shall be so able to obtain a clearer view of it, and to judge how far the promises which have been made in its name are at all likely to be fulfilled. We all know what Protection means, and we are all unanimous in liking it for ourselves and condemning it for other people. Nor is our knowledge of competition less clear, though our feelings about it are just the opposite. But Co-operation has really so many meanings, and it exists everywhere in so many different degrees, that the mere name does not at once explain itself clearly, and we may not be sure whether the thing meant is one which we ought to like or to dislike, and whether it will benefit us or the reverse. We can see it in practice in one of its most simple forms in the various Stores and Supply Associations which are so hateful to tradesmen and so very popular with half-pay officers, widows, lawyers, clergymen, and, generally speaking, all the rest of the poorer and more defenceless classes. Co-operation in such instances is limited to what is termed the distribution of wealth, and to one only among the many forms of this. It is not concerned with production, nor with the further question in what proportion the thing produced is to be shared among those who have been working at it. It has to do only with the ultimate retail supply, and, by getting rid of middle-men, supposed, rightly or wrongly, to be unnecessary, it endeavours to arrange this on the terms most favourable to the consumer. It is clear, however, that the principle of Co-operation may be extended very much further than this, and that it may preside over the creation of wealth under the same title, indeed, as before, but with a much more ambitious function. The capitalist and labourer may thus cease to be in any sense antagonists, and may work actually as partners, not only on good terms, as they may now, but with the closer tie of an immediate common interest. It is quite possible, in theory at all events, to carry out this idea through all industrial life. Partnerships on the most extensive scale may take the place of our present system of competition, and each in his place — merchant, manufacturer, farmer, labourer, shopkeeper, and all the rest — may work each for the benefit of all without the sense and without the reality of antagonism. It is true that the chief attempts which have been made in this direction have not been remarkable for any great success or permanence. We read of something of the kind in the records of the Apostolic age, though it does not then appear to have lasted long or to have included many members. It has been tried since, for instance, by the Speaker of the House of Commons, and, in one or two cases, it has enjoyed both abroad and

in this country a certain measure of success. We are glad to print to-day an account of a Co-operative enterprise at Wolverhampton, which appears to have a prosperous future before it, if £300 net profit on a capital of £830 can be taken as a sign of prosperity. But, except in a few isolated instances, the principle cannot be said to have at all succeeded in establishing itself. The fact seems to be that it implies either so careful an adjustment of a machinery which is always liable to be getting out of order or such total and superhuman unselfishness that we may well fear we have not yet become wise enough or virtuous enough to give it fair play or even to value it as it deserves. Those in particular for whom it offers most seem as a class to be the most provokingly indifferent about it, and it will be a long process to educate them. We admit readily that there is very much to be said against competition in all its forms. The man who is endeavouring to obtain more for himself from a given stock must, if he is successful, take something from his neighbour. The higher profits of a tradesman or manufacturer mean in general higher prices to customers or lower wages to workmen, and all this has both its wasteful and its unkindly side. A systematized Co-operation might be better in many respects, and might be so arranged on paper as to conciliate all interests. But while these preliminaries are in progress, we must get on as we best can with another system, which has not, indeed, made the world perfect by any means, but has done a good deal towards making it very comfortable.

Though we cannot at present profess ourselves advocates of co-operation, we shall not carry our objection so far as to infer that the eloquent discourses which have been pronounced in its favour and the kindly efforts which have been made to forward it have been at all necessarily thrown away. Its possible influence on our manufacturing and agricultural system seems, indeed, to belong so entirely to the field of distant and unfulfilled prophecy that we may well be content to leave it to be discussed at the Congress. We note, meanwhile, with pleasure some remarks from Professor Rogers on the separation which exists at present between the capitalist and the labourer. Trades' Unions, the Professor thinks, can in the long run be of very little avail against the tremendous power of capital, but they are useful, nevertheless, as the means of giving political instruction to their members, and teaching them the importance of combining, or, in other words, of co-operating. It needs only that the limits of co-operation should be so extended as to include the masters, and the new system will be complete. We confess that on this whole question we look more hopefully to the enlightened views by which many masters are now actuated than to any set scheme such as the Congress has been discussing. A capitalist who has no care for the workmen under him is now condemned by the opinion of his own order; and the feeling is so novel that we can hardly suppose it has reached the limits of its growth. Much as it has done already, we shall expect greater things from it when it has had more time to develop itself, and when its existence has been better recognized. Of the humbler efforts of co-operation we may speak less hesitatingly. There are, says

Professor Rogers, five times as many shopkeepers in England as there ought to be, and the extra mouths must be fed by the extravagant retail profits which are such general matters of outcry. We do not, however, think that co-operation will wholly get rid of these social superfluities. There are plenty of persons who do not much object to high prices, and like the convenience of a dear shop and a civil tradesman in their neighbourhood rather than a more distant store where they may be very much more cheaply served. The hardship has been that those whose means were less or whose tastes were different have not always been able to suit themselves in any quarter. Co-operative Stores have exactly met their case, and they will no doubt go on in their work until an attack has been made upon them by a reduction in prices of the ordinary tradesman. The trained tradesman, if he chooses, can, of course, beat them out of the field, but the weapon he must employ is naturally distasteful to him, and he will avoid it as long as possible. He will be forced, however, in some cases, though by no means in all, to attempt a rivalry with his new opponents on the point in which at present they excel him, and when he has once made up his mind to do this, we shall soon see an end of one form of co-operation, which, however, will pass away only because it has effected its purpose. We say all this with some fear that Professor Rogers will not thank us for our advocacy. "The worst service which man can do for man is," he declares, "to attempt a palliative for an admitted evil;" and we have just tried to show that this is the very thing which is most likely to follow from the labours of him and his colleagues. We cannot, indeed, affect to join him in his hard words on palliatives, which are often the only form of treatment of which human sufferings admits. We congratulate and admire those who can afford wholly to dispense with palliatives, but they must not found on their own strength a rule which has to be applied to their weaker fellow-mortals. Let us have remedies by all means if we can, whether in the form of co-operation or of anything else, but when these are impossible we will not quarrel with palliatives.

(13) The proceedings at the Co-operative Congress, which has just concluded its sitting in London, have very little to do with the Co-operative Store question, about which we have lately heard so much. The Associations which were represented at the Congress have, for the most part, to do with co-operation for the purposes of production. When the history of Capital and Labour comes to be written in this country, it will possibly be found that the relations of the two have passed through conditions of development corresponding with those of our political organization. There was a feudal period for labour, when it was absolutely and unresistingly at the service of the employer, bound to do his work in consideration of a certain amount of protection and reward, as in the days of the lords and the vassals. Then it may be said came the blind inarticulate strugglings of labour against capital, the Wat Tyler insurrections of artisans against masters, the *jacqueries* of strikes. At last it may be contended there has come the institution of the co-operative system, when every man can dispose of his money or his

labour to the fullest advantage of himself and his neighbours as well, and when the difference between a capitalist and a labourer is one of degree only and not of kind, one of possession and not one of privilege. Professor Rogers, indeed, condemned the use of the words capitalist and labourer in this distinguishing or contrasting sense, and held that it had produced the most disastrous results, by causing people to overlook the fact that the employer is as much a labourer as the man who brings his physical strength to bear on the work to be done, and the trained labourer is as strictly a capitalist as the man who pays him his wages. This is no doubt perfectly true, and the familiar contrast of capitalist and labourer is without meaning if offered as a definition in political economy. But it will be admitted that this inaccurate and unscientific language does convey an idea which is rudely yet substantially correct. Most people understand what is meant by Capital and Labour as clearly and, for all proposes of discussion and statement, as correctly as the difference between freedom and servitude, even though no man ever was absolutely free, and no man ever was completely a slave, and men may be held to be bond or free according to the way in which they are considered. The question, therefore, which the Co-operative Associations have to decide is whether the relations between what we may for the moment call the capitalist and the labourer can be so modified by their progress of reorganization as to enable us all to see, as a practical and living fact, what Professor Rogers knows to be an economic truth—that the man who pays labours, and the man who labours pays, and that the interest of the one is the interest of the other.

The progress of the principle of co-operation was described by Mr. Thomas Hughes, who presided at yesterday's meeting, as most satisfactory. The statistics of the report showed this, at least, on a comparison of 1873 with 1872. The increase during the latter year in the number of societies was rather more than three per cent. ; in members, more than fourteen per cent. ; in share capital, twenty-four per cent. ; in sales, twelve per cent. ; profits, nineteen per cent. There were, of course, some drawbacks to the general statement of progress. The success of co-operative societies requires no inconsiderable degree of discipline of character on the part of those who unite in them. They have not the dangerous allurements of the joint-stock companies, about which there was so much discussion yesterday. They are too slow in their operation for some impatient spirits. Mr. Hughes referred yesterday to the severe shock the movement for industrial partnership had sustained in the abandonment of the principle after a nine years' trial by the workpeople at the collieries of the Messrs. Briggs. Some of the young men, it seems, who led the retrograde movement there, as it may fairly be called, did so because they had never been in a strike, and were anxious to feel the new sensation which such a contest might be expected to bring about. Certainly this fact showed that there was, as Mr. Hughes said, a wide field for the educational part of the co-operative movement among the rising generation of coal workers. There was a famous warrior poet in mediæval days who proudly declared that he left to others the joy of building cities and accumulating wealth,

and ornamenting their houses, and diffusing the comforts of life, but that for him the only pleasing sensations were those of strife, and the only possessions he cared to accumulate were weapons of destruction. We must not be surprised if a good deal of this spirit exists in our days in a more homely form and without the power of expressing itself in poetry. But the solid gains, the steady advance which the principle of industrial partnership has made in England, may well bear up against some little falling off or reaction here and there. The progress of all human improvement has been often likened to that of a vessel with sails tacking under a scarcely favourable wind, the vessel now seeming to move aside from her course, and now actually to fall off, but still gradually and by irregular stretches making towards her end. The general tone of the Co-operative Congress seemed to be decidedly in favour of careful and steady progress without too much enterprise. The report itself and many of the speakers commented emphatically on the perils involved in the joint-stock company system, which appears to have made sudden way in some of the towns of Lancashire. The fever of speculation had, according to one delegate, gone so far in Oldham that if two men met, and one did not at once ask the other how shares were selling, it was clear that he could not have been long in the town. This amusing bit of exaggeration suggested, we have no doubt, an existing and very dangerous reality. It was fairly enough argued yesterday that the Congress had no right, or at all events no call, if we may use that homely expression, to condemn joint-stock companies as such, no matter whether those who get them up are great metropolitan financiers or only provincial artisans. But what we understood the report and most of the speakers to do was to point out that the principle of industrial partnership and that of the joint-stock companies are very different things; that the enterprise of the latter can hardly be combined with the safety of the former; and that the joint-stock company at best represents the gain of individuals rather than the general benefit of the community. The Congress would at least be quite in its right in asserting and emphasizing this distinction.

A perfect horror of abstractions, and even of very grandly expressed principles, seems to have grown up amongst us all of late. Wars for ideas and social convulsions for ideas appear to have diffused some such distrust of fine theories as *Sir Peter Teazle* had of fine sentiments. That passage of the report read to the Co-operative Congress, in which the greatest good of co-operative enterprise is declared to be "the evolution of a higher phase of morality in ordinary life" is likely perhaps to send a little chill of distrust through the frame of some readers. When the joint-stock system is condemned because it contains "no recognition by the individual of the general good as the true end of his own life and work," some people will be driven to think of the fate predicted by Burke for any human system which endeavours to base itself on the heroic virtues. But, in truth, these eloquent passages, and these professions of high ideal purpose, are only the permissible ornaments of what seems to us at once a very practical and a very modest undertaking.

The co-operative system, as it develops itself in a movement for industrial partnerships, has probably made the best experiment yet attempted for the purpose of enabling mere workers to become direct sharers in the profits of their productiveness. Such a movement must, in the natural course of things, tend to prevent the recurrence of strikes. The men who are at once capitalists and labourers cannot but come to understand better than any separate class can do how far the rise and fall of wages or profit are under or beyond the control of those who receive and those who pay. The man who is paymaster and pay-receiver at once must know that profits do not fall from the skies, and that they cannot be forced to expand by a mere pressure from those who think them not large enough. Such a practical education as this could not but tend to bring to an end the supposed antagonism between capital and labour. If it did nothing else than to lend a helping hand to such a work it would have done great things, and might be excused even though in the meantime it talked a little too grandiloquently about the evolution of a higher phase of morality.

(14) Die Absicht bei allgemeiner Abstimmung, *suffrage universel*, ist die Stimme des Volkes selbst zu hören und keinerlei Vertretung oder Fiction an deren Stelle zu setzen. Als leitender Grundsatz für die näheren Bestimmungen muss daher einerseits die eigene und unmittelbare Abgabe der Stimme, andererseits die möglichst ausgedehnte Berechtigung zur Theilnahme festgehalten werden. Es liegt also im Wesen der Sache, dass von einem Nachweise bestimmter Eigenschaften oder einer ungewöhnlichen Betheiligung beim Staatswohle überhaupt und bei der zu entscheidenden Frage insbesondere ganz abgesehen wird. Nicht die besonders Befähigten oder die ausnahmsweise Interessirten sollen — wie dies in anderen Fällen der Theilnahme von Bürgern bei Regierungshandlungen beabsichtigt ist — hier entscheiden, sondern im Gegentheile die Gesammtheit, und es können daher auch nur Solche von der Abstimmung ausgeschlossen werden, deren Unfähigkeit zur Abgabe einer irgend beachtungswerthen Stimme ganz ausser Zweifel ist. Dies wird denn aber nur der Fall sein, einerseits bei Geisteskranken und bei Minderjährigen, andererseits bei schweren Verbrechern, welche der Ausübung politischer Rechte für unwürdig erklärt worden sind; und noch ist es dabei ohne Zweifel in Betreff des Alters angezeigt, das Stimmrecht möglichst frühe beginnen zu lassen, da ja auch in allen anderen Beziehungen keine erschwerenden Bedingungen gestellt werden. Folgerichtig wird also der Besitz eines bestimmten Vermögens ebenso wenig gefordert, als irgend ein Nachweis über Befähigung zum Verständnisse staatlicher Verhältnisse. Es ist ferner das Abstimmungsrecht nicht etwa auf Ein Mitglied einer jeden Familie beschränkt, sondern es nehmen alle Genossen, wie viel ihrer auch sein mögen, einzeln Antheil. Auch Selbstständigkeit der Stellung ist keineswegs eine Bedingung, Haussöhne, Diener, im täglichen Lohne befindliche, Proletarier jeder Art üben dasselbe Stimmrecht wie der Hausvater oder wie der grösste Grundbesitzer und Eigenthümer des reichsten Geschäftes. Auch ist kein Stand oder sonstiges Verhältniss zum Staate ein

Ausschliessungsgrund ; bei den jüngsten allgemeinen Abstimmungen sind nicht nur sämtliche Beamten, sondern selbst die Mitglieder der bewaffneten Macht, welche man sonst von allem Antheile an staatlichen Handlungen ferne zu halten pflegt, (und wohl aus triftigen Gründen) unbedenklich und vielleicht sogar mit Vorliebe zugelassen worden.

Die einzige bedeutsame Ausnahme besteht in der Fernehaltung der Frauen. Diese sind bis jetzt nirgends zur Abstimmung berufen worden ; und wenn zuweilen auch ein kleiner Theil derselben unter sich dem Beispiele der Männer folgte und Stimmen sammelte, (z. B. ihrer 3000 in Neapel) so wurde einer solchen Handlung keine rechtliche Folge beigemessen, sondern sie nur als ein Zeichen der auch ausserhalb des zunächst berechtigten Kreises lebendigen Theilnahme und Vaterlandsliebe begrüsst, wohl als ein liebenswürdiges Spiel belächelt. Mit welcher Folgerichtigkeit des Gedankens dieser Ausschluss der Weiber beschlossen wird, ist freilich schwer zu sagen, da bei den Männern Selbstständigkeit der Stellung, Antheil an den öffentlichen Lasten, unmittelbare Theilnahme am Gemeinwesen oder Verständniss staatlicher Fragen keineswegs eine Bedingung der Berechtigung ist, auf der anderen Seite aber die Frauen ebenso gut ein Vaterland und ein Interesse bei der Gestaltung der staatlichen Einrichtungen haben, als die Männer. Begreift sich daher auch, dass da, wo erst besondere Befähigung zu öffentlichen Geschäften oder die Tragung der öffentlichen Lasten die Berechtigung zu einer Theilnahme an politischen Rechten begründet, die Frauen ausgeschlossen sind, so erscheint doch bei einem allgemeinen Stimmrechte, deren Zurückweisung kaum anders, denn als eine Gewaltthatigkeit der Männer.

Aber auch bei der Beschränkung auf diese letzteren ist natürlich die Zahl der nach vorstehenden Bestimmungen zur Abstimmung Berechtigten sehr beträchtlich, und sie mag, wenn namentlich die niederste Altergrenze tief gezogen, z. B. auf das einundzwanzigste Jahr gesetzt ist, sich auf den vierten bis fünften Theil der gesamten Bevölkerung belaufen. In Frankreich sollen gegen acht Millionen Stimmen für das Kaiserthum abgegeben worden sein, und auch in Italien belief sich die Zahl der Stimmzettel, je nach der Grösse der Länder auf Hunderttausende und Millionen. Es ist samit die Theilnahme an staatlichen Angelegenheiten durch die allgemeine Abstimmung in einer Weise ausgedehnt worden, wie sie niemals zuvor in der Welt bestand, und wie sie namentlich selbst die grössten Republiken des Alterthums nicht entfernt kannten.

(14a) Perhaps, of all countries in the world, England is that in which the conditions of life have been, and still are, most conducive to the increase of crime, and where, therefore, the necessity for wise, strenuous, unceasing exertion is most stringent. Let us dwell for a few moments upon some of these conditions. Long experience and careful analysis have proved beyond doubt the close connexion which subsists between crime and density of population. During the present century England has been attracting nearly the whole of the natural increase of its population into its large manufacturing towns, and into districts already thickly peopled.

This important population has been generally poor and ignorant, and therefore unprepared to contend against the temptations and corruptions of great towns. On their first arrival they have been huddled into crowded rooms in narrow, ill-drained courts and lanes, forced to breathe a fetid and depressing air, and often been brought into contact with the most vicious and degraded portion of the population. Exposed during the frequent vicissitudes of our commerce to the trials of poverty, they have seen around them enormous accumulations of wealth, ostentatiously displayed and imperfectly protected. While these elements of social danger were fermenting with fearful rapidity, the growth of counteracting agencies has been slow and partial. While gin-shops and drinking-houses have been multiplied almost without check, churches and schools, public libraries and reading-rooms, parks and play-grounds—the means of moral training or healthy recreation, instead of preceding or accompanying this rapid increase of population, have followed it with halting steps. Nor was more done to repress crime than to encourage good conduct. Pauperism, the greatest curse of the poorer classes and the fertile mother of crime, was directly fostered by our then existing laws and by the spirit in which they were administered. Our police was inefficient; our prisons, dens of moral corruption and physical disease; reformatories, industrial and ragged schools as yet were not; our laws were so extravagantly severe as to insure their lax and uncertain application; our punishments were so devised as neither to deter nor to reform, and to be as expensive as they were ineffectual. So that in commenting on our prisons and penal settlements, a thoughtful writer of the last generation could say without exaggeration: “In regard to the reformation of the offender, there is but one testimony, that New South Wales of all places on the face of the earth, except perhaps a British prison, is the place where there is the least chance for the reformation of an offender; the greatest chance of his being improved and perfected in every species of wickedness”—(James Mill). There could be but one outcome of so much neglect, unwisdom, and misdirected effort. Mr. Porter, writing in 1851, on the Progress of the Nation, states that the number committed for trial in England and Wales was then more than five times as great as it was at the beginning of the century; that the proportionate increase in Ireland was still more appalling, there having been in 1849 twelve-fold the number of committals than were made in 1805; that in Scotland, between 1815 and 1849, the increase in committals had been seven-fold. I shall endeavour to be as little oppressive as possible in the use of statistics; but some, I fear many, figures are absolutely required for the elucidation of my subject. In England the number of persons committed for trial for indictable offences was in 1805 only 4,605. With occasional fluctuations, the number increased rapidly, till, in 1842, it reached 31,309, of whom 21,733 were convicted. What proportion did this increase of criminals bear to the increase of population? While the population between 1805 and 1841 had increased in the proportion of 79 per cent., the increase of criminals was 482 per cent. So that serious crime had increased at a six-fold greater ratio than population. When we come to particular counties the relative increase of crime to population is still more startling. Thus, while in Monmouthshire, the increase of

population in these 36 years had been 128 per cent., its increase of crime had been 1,720 per cent, or $13\frac{1}{2}$ times greater. In Worcestershire, the increase of population had been 67 per cent., its increase of crime 1,009 per cent., or 15 times greater. In Staffordshire, crime had increased nine times more rapidly than population, in Cheshire 10 times, in Devonshire 11 times, in Bedfordshire 12 times. Yet it might have been argued with some show of reason that the efforts made by the Government to rid the country of its worst criminals ought to have been rewarded with greater success. Between 1805 and 1831 the number of offenders sentenced to death rose from 350 to 1,601. But as of the latter number only 52 were executed, it is obvious that the severity of these sentences was neutralised by their uncertainty. Yet those who were not hanged were, with numerous other malefactors, transported to distant colonies, from which comparatively few returned home. In one decade from 1834 to 1843, not less than 39,844 of our worst criminals, an average of nearly 4,000 a year, were transported to Australia; and it might reasonably have been expected that the land, purged of such a mass of crime, would not have failed to give early proof of greater purity. In this conviction, the country clung with desperate tenacity to transportation. The terror lest all these offenders, representing the most hardened and desperate classes of criminals, should be retained in this country and set loose on society at the expiration of their sentences, was natural, if not quite unselfish, and found energetic expression in 1841, when the Government of Lord Melbourne was defeated in the House of Commons on an address, carried against them, praying that their policy in keeping at home a large portion of the criminals sentenced to transportation might be reversed, and again, in 1847, when a Select Committee of the House of Lords was appointed with the avowed object of restoring transportation to its former position as the greatest of secondary punishments. History repeats itself. And certainly this obstinate adherence to a mode of punishment now all but universally condemned bears a remarkable resemblance to the grim determination with which, from the Tudor days almost to our own, our legislators clung to the punishment of death for offences to which it was misapplied, and insisted upon maintaining laws which they could not or dared not execute. As early as the reign of Henry VII., Sir Thomas More tells us that one day when he was dining with Cardinal Morton, then Chancellor of England, "there happened to be at table one of the English lawyers, who took occasion to run out into a high commendation of the severe execution of justice upon thieves, who, as he said, were then hanged so fast that there were sometimes twenty on one gibbet; and upon that, he said, he could not wonder enough how it came to pass that, since so few escaped, there were yet so many thieves left, who were still robbing in all places. Upon this (says Sir T. More), I, who took the boldness to speak before the Cardinal, said there was no reason to wonder at the matter, since this way of punishing thieves was neither just in itself nor good to the public;" and he proceeded to recommend milder remedies and the policy of prevention. His counsels, however, were far in advance of his age, and bore no fruit. Three centuries later, in 1818, when Sir Samuel Romilly brought in a Bill for the repeal of a Statute

of Elizabeth which made "privately stealing from the person" a capital offence, and proposed to limit the punishment to seven years' transportation, Mr. Burton, a Welsh Judge, objected to the change on the ground that "the crime of picking pockets had become extremely common and was increasing, and maintained that at Chester, where he sat as Judge, he had to try for this offence a great number of boys, who seemed to be educated to this way of life." This argument, that the "crime was increasing, and that therefore there ought not to be any mitigation of the severity of the law," was also much insisted on by Plumer (afterwards Master of the Rolls). To Sir Samuel Romilly, as to Sir Thomas More, and as I hope to most of us in these days, it appeared that no better reason could be given for altering the law than that it was not efficacious; and that instead of preventing crimes, crimes multiplied under its operation. But many a tough battle had to be fought and lost before Sir Samuel Romilly and Sir James Macintosh were able to give effect to the opinions of the humane and sagacious Chancellor of Henry VIII. We can hardly believe our eyes when we read that Bills for abolishing the punishment of death for stealing to the value of 5s. in shops, warehouses, &c.; for stealing to the value of 40s. in a dwelling-house or on navigable rivers, or from bleaching-grounds, should have been rejected in 1810, and when carried in 1811 should have been opposed by Lords Eldon, Liverpool, and Ellenborough, the last of whom, but lately a member of that Government which included Fox, Lord Grey, Lord Lansdowne, and Sir S. Romilly, trusted, fortunately in vain, "that laws which a century had proved to be beneficial would not be changed for the illusory opinions of speculatists." We wonder at this wrong-headed persistence in folly and cruelty. Yet capital punishment had not more signally failed in suppressing or reducing crime than had the milder sentence of transportation. It is but just to add the qualifying words, "as then administered;" for the wiser scheme, introduced by Earl Grey and Sir George Grey in 1849, was propounded when the feelings of the colonists were too highly excited to admit of its trial on a large scale. Such as it then was, however, transportation had failed in every object which should be sought for in a penal system. It was expensive; it had ceased to be deterrent; it was not reformatory; and the greater part of the convicts who returned to this country came back more accomplished in villainy, more hardened in vice, than when they left it. These facts had become yearly more and more evident to those intrusted with the execution of the criminal law. But it was only in 1852 that transportation ceased to bear an important part in our system of punishments. From that year it was confined to Western Australia, to which the average numbers annually transported did not exceed 500; for Bermuda and Gibraltar, which also have ceased to be used as receptacles for prisoners, were only distant and bad convict prisons; until, in 1857, the last batch of 151 convicts was sent out, and transportation was universally replaced by the system of penal servitude. Let us here pause for a moment to consider the position of the country with reference to crime in the middle of the present century. It must be admitted that the spectacle was sufficiently dismal and depressing. We were growing, indeed, in wealth and population; national education and general intelligence had advanced;

we had a more effectual police and an improved prison discipline; a strong and promising attempt had been made to arrest the progress of pauperism; great and zealous were the efforts of good men to extend the influence of religion and to establish institutions for the prevention of crime and the reformation of criminals. Yet crime had continued to advance with gigantic strides. Yearly it was fastening its grasp upon a larger and yet larger part of our population. Our gaols were full to overflowing; our colonies were beginning to resist—almost to the extent of rebellion—the further influx of our criminals.

“*Bella geri placuit nullos habitura triumphos?*”

Were we doomed to wage for ever a hopeless war against the common enemy? Was our Christianity to be put to shame, our civilization to be baffled, the spirit of good to be outmatched and overpowered by the spirit of evil? Were we fated to furnish yet another illustration to moralists and poets of the close connexion between wealth and vice, and was our national career ever more to resemble—

“The tide of human time
Which, though it change in ceaseless flow,
Retains each grief, retains each crime,
Its earlier course was doom'd to know;
And, darker as it downward bears,
Is stain'd with past and present tears?”

To me the answer seems clear, and I am ready to pronounce an emphatic “No” to these dispiriting questions. Yet I know full well, judging from the tone of our literary instructors, judging from frequent conversations with men of intelligence, interested in public affairs and generally well informed, that the popular view is far less hopeful than mine, and that I shall be listened to doubtfully, almost reluctantly, perhaps even angrily, while I lay before you the array of facts on which I base not merely my conviction of the vast progress which has been made during the last quarter of a century, and especially during the latter portion of that period, but my faith that greater victories, and a yet more complete success, await the efforts of those who shall pursue the paths of improvement already discovered, and open and enlarge new ones as yet green and untrodden. I must again make an appeal at once to your charity and attention, while I present to you as compendiously as I can the statistics which illustrate the course of crime. I have already stated that between 1805 and 1841, while population had increased by 79 per cent., the increase of criminals had been six-fold greater—viz., 482 per cent. The committals for indictable offences had in 1842 reached 31,309. Although in 1847 the Juvenile Offenders’ Act was passed, enabling two magistrates to deal summarily with petty larcenies committed by youths under 15, that Act had produced no appreciable change in the number of criminals, which was, in fact, greater in 1848, the year which followed the Act, than in that in which it became law. We now, however, approach the portal of a brighter period:—

“’Twas ebbing darkness past the noon at night,
And Phosphor, on the confines of the light,
Promised the sun.”

We have gained the summit level. A broad table-land has still to be crossed, "not without dust and heat;" but soon the further ridges will be gained, and with assured step and with increased speed we shall descend the rugged slope, and gaze with wistful eyes into the impenetrable depths beneath us. The 14 years which follow between 1842 and 1855 inclusive represent this table-land. From the statistics of these years, two decisive proofs may be drawn, that the progress of crime had at length received a check. The first is that, although during that time the population of England and Wales had increased by 2,500,000, there was no increase of crime. In the seven years between 1842 and 1848 inclusive, the average number of committals was 27,947. In the following seven years, between 1849 and 1855 inclusive, the increase of population brought no increase of crime; the committals of each year averaged 27,499, or 448 less than the annual average of the seven preceding years. But this was not all: for, in the second place, while the number of committals was thus slightly reduced, the increased number of convictions testified to the more vigorous and successful administration of the law. In the first period of seven years the annual number of convictions had averaged 20,206; in the second, with a smaller number of committals, it had reached 21,398, an annual increase of 1,192. Concurrent with these improved results was a diminution in the severer sentences, showing, it may fairly be presumed, the decreasing number of the more atrocious crimes; for, while the sentences of transportation and penal servitude had, in the first period of seven years averaged 3,727 annually, they had fallen in the second to 2,149, an average annual reduction of 778. I have chosen the year 1855 as a temporary halting-place, because in that year was passed the Criminal Justice Act, which enabled two Justices to deal summarily with various minor larcenies, and which, therefore, introduced an element of disturbance into our judicial statistics when we endeavour to ascertain the relative progress of certain classes of crime. I will now compare the state of crime during the first and the last five of the 19 years which have elapsed since 1855, giving the annual average of committals and convictions, and showing how many were sentenced to imprisonment and how many to transportation or penal servitude:—1856-60: 18,045 committals, 13,547 convictions, 10,988 imprisoned; 2,559 transportation or penal servitude. 1870-75: 15,747 committals, 11,473 convictions, 9,848 imprisoned; 1,624 transportation or penal servitude. The year showing the smallest amount of criminals was 1873, in which there were 14,983 committals, 10,634 convictions, 9,141 imprisoned; 1,483 penal servitude. In 1874 the numbers were increased: 15,195 committals, 11,483 convictions, 9,793 imprisoned, 1,690 penal servitude. During this period of 19 years the increase of population has been 4,457,000. While there has been this vast increase of population, accompanied, be it remembered, not only by a proportioned augmentation of wealth, but by the ever-increasing aggregation of our population in large towns and districts already populous, a fact which has the most important bearing on the subject, you will observe that, comparing the first five years, from 1855 to 1860, with the period from 1870 to 1875, the decrease in committals was 2,298; in convictions, 2,074; in sentences of imprisonment, 1,140; in sentences of penal servitude, 935. But the comparison is

made with times in which a considerable improvement had already taken place, and, therefore, is very far indeed from representing the amount of progress effected as compared with a more distant period. In some particulars, however, the comparison with the remoter past can be easily and accurately made, and these are of importance, as showing how great has been the decrease in the graver descriptions of crime. In the year 1843, when our population was estimated at 16,332,000, the numbers sentenced to transportation were 4,488. Thirty years later, when the population had increased to 23,104,000, or by 6,772 000, the numbers sentenced to the substituted and equivalent punishment of penal servitude were 1,493. Therefore, while the population had increased by 41.46 per cent., the most serious offences, short of murder, had decreased by 66.73 per cent. Let me anticipate the only objection which, I believe, can be urged against the fairness of this comparison. In 1864 was passed an act which raised the *minimum* of penal servitude sentences from three to five years, and enacted that, where any person previously convicted of felony should be sentenced to penal servitude, that sentence should be for not less than seven years. This statute probably had the effect of slightly reducing the number of penal servitude sentences, and increasing those of imprisonment. Yet the difference was hardly perceptible. The numbers sentenced to penal servitude were in 1862, 3,369; in 1863, 3,017; in 1864, 2,445; and in 1865, when the Act came into operation, 2,081—a proportion of decrease not greater than in the preceding years. The sentences of imprisonment slightly increased in 1865, but soon resumed their downward progress, with occasional slight checks. I cannot make this statement as to the decrease of sentences of penal servitude without remembering that a month has scarcely elapsed since I made a somewhat different assertion on the subject. In the Economic Section of the British Association, replying to a gifted lady who had taken, as I thought, too desponding a view of the state of society, I ventured to urge, among other hopeful topics, the remarkable diminution in the graver descriptions of crime, which, I said, relying on a treacherous memory, were now 50 per cent. less than when the population was 30 per cent. less. I had not then worked out the actual proportions, which show that I considerably understated the amount of improvement. My assertion was followed by much lively criticism. One sprightly instructor of the public considered my statement to be sufficiently refuted by the observation that on the very day on which I made it a murder and a brutal assault had been committed. But as I had not asserted that crime had disappeared, but only that it had greatly decreased, I cannot accept the refutation as complete. Another critic addressed himself more gravely to the task of correction by quoting the charges of several learned Judges lamenting the recent increase of crime. I have no doubt that those eminent men were fully justified in their remarks by the calendars lying before them; but as I was not comparing the state of crime this year with that of the past one, but with that of the preceding generation, their observations, as I am sure they would be the first to admit, are wholly irrelevant to my argument. But this I will venture to say without fear, not of contradiction, but of refutation—that the oldest judges now on the bench never knew a calendar so light in respect of numbers of prisoners as that

of 1874, with the exception of the two years preceding it. The most cursory examination of our criminal statistics will show that the decrease of crime, like the advance of our national commerce, although progressive, is not uniformly so. The years 1854, 1862, 1863, 1868, as well as the year 1874, are striking instances of this fact. But when the children on your sea-beach, following the ebbing tide, are suddenly overtaken by a wave far in advance of its immediate predecessors, they are much too knowing to conclude from thence that the tide has turned and begun to flow. And the manner in which our criminal statistics record these fluctuations in the number of criminal offences, is a strong proof, if any proof were needed, of their general accuracy and fidelity to fact. Let me specify a few other cases. The number of committals for offences against the person, which include every species of violence, from murder to such assaults as have been made the subject of indictment, were 2,455 in 1834, when the population was 14,520,000 and 1,924 in 1873, when the population was 23,104,000; it rose in 1874 to 2,287, a year remarkable for brutal outrage, but even that number still falls short of the year 1834, when the population was less by nearly nine millions. Committals for offences against property with violence, which include violence not only against the person, as robbery and attempts to rob, but burglary and housebreaking, &c., and which are usually committed by the very worst class of habitual criminals, were, in 1834, 1,459; rose to 2,258 in 1856; fell to 1,509 in 1871; and to 1,337 in 1874, a decrease in the last 19 years of 921. I do not deal with other offences against property, for the reasons I am about to give. But let me first make a short quotation from an interesting article on "Criminal Statistics," which appeared in the *Quarterly Review*, of October, 1874. Referring to the disturbance in our judicial statistics caused by the Juvenile Offenders' and Criminal Justice Acts, the writer says: — "It will help us to judge of the allowance to be made, if we remember that the average annual number of commitments for all kind of offences against property without violence during the five years preceding the (Criminal Justice) Act was 20,212; during the five years which succeeded its becoming law, 12,370; and during the five years ending with 1871, was 12,726. After making this allowance the result is far from unsatisfactory, when we remember the great additions which have been made to the population of the country. The number of criminals is not much more than half in 1873, out of the twenty-three millions of people, of what it was in 1841 out of sixteen millions; or if we take into consideration the addition which ought to be made for the reason first assigned, it is about three-fourths now of what it was at an earlier date." For fear of misconception, I am anxious to state why I have not included the offences dealt with under these Acts. My reason is that the conditions for making a fair comparison with the past are wanting. Prosecutions of juvenile offenders and of petty thefts were comparatively rare when they involved all the trouble, delay, and expense of first procuring the committal, and then attending the trial of the offender. And, as regards the juvenile offender, this was especially the case when no reformatories existed. A humane prosecutor, who might shrink from committing a young thief 10 or 12 years old to the certain pollution of a gaol, has no objection to a summary

proceeding which consigns him, after a very short imprisonment, to the wholesome discipline of a reformatory. I have little doubt that, in proportion to the number of such offences, the prosecutions are many times more numerous now than they would have been before the passing of these Acts; another instance in which the moderation of the law secures its greater efficiency.

Since 1857 the judicial statistics furnish us with another test, in some respects the best we possess, of the course of crime, by giving annual reports of the number of indictable offences committed or reported to the police. These, in 1857, when the population was 19,256,000, were 57,253; in 1861, the population being 20,119,000, were 50,809; in 1871, the population being 22,704,000, were 45,149; in 1874, the population being 23,304,000, were 47,824. Thus, in ten years, while there had been an increase of four millions in population, there had been a decrease of nearly 10,000 offences, or nearly 20 per cent. But it may reasonably be asked, what effect the cessation of transportation had upon the number of criminals at large. Has the increase in their numbers, which might naturally have been expected, been such as to furnish just ground for alarm? To these questions the judicial statistics supply a satisfactory answer. Since 1858 a return has been made to the Home Office of the number of the criminal classes at large and known to the police, comprising known thieves and depredators, receivers and suspected persons. But as this return has only been made on a uniform system since 1864 inclusive, I will limit myself to the comparison between that year and 1874. In 1864 the numbers were 56,723; in 1874 the numbers were 43,555, being a reduction of 13,168 in 11 years. Although in the enumeration of offences the gravest of all, that of murder, has been included, it has peculiarities which require a separate notice. The common affray, the quarrels resulting in violence, are often witnessed by the police or by bystanders, and can occasionally be prevented. The burglar, the pickpocket, the shoplifter, the swindler, is more or less known to the police, and can generally be kept under a supervision so strict, and under such continual fear of discovery and apprehension, as to induce many of these malefactors to abandon their perilous careers. And such has in fact been the case. But no such prevention or supervision can be exercised over the murderer. It is only in the rare cases where murder has been threatened or apprehended that a vigilant watch can be kept. The murderer seldom belongs to the class of known and habitual criminals. He may be known to his acquaintance as violent, reckless, jealous, unprincipled, of uncontrollable temper, and capable under provocation or temptation of committing a great crime; but his actions have rarely denounced him to the police as a subject for their vigilance. Hence all the preventive and repressive machinery, to which I have attributed so large a part in effecting the diminution of crime, is of little avail in preventing murders. We must look to other means, other remedies. But can they be found? M. Quetelet, probably the ablest of modern statisticians, affirmed 40 years ago, that "in everything which concerns crime the same numbers re-occur with a constancy which cannot be mistaken; and that this is the case even with those crimes which seem independent of human forethought, such

for instance as murders, which are generally (I think he should have said often) committed after quarrels, arising from circumstances apparently casual. Nevertheless, we know from experience that every year there not only occur the same number of murders, but that the instruments by which they are committed are employed in the same proportion." And Mr. Buckle, adopting that statement, says, "The fact is that murder is committed with as much regularity, and bears as uniform a relation to certain known circumstances, as do the movements of the tides and the rotation of the seasons." Now, if by "crimes" M. Quetelet meant crimes other than murder, I think the fact I have adduced of the increase of crimes up to 1841 and their decrease since affords sufficient refutation of his assumed law, the fact being that such increase was mainly due to the neglect of certain human agencies, and the decrease to their adoption. I am far, indeed, from denying the bearing of outward circumstances on the amount and proportion of crime. Even such circumstances, however, are largely under the control of human foresight and wisdom. But I am in possession of no facts which enable me to question the truth of his position as to the crimes of murder. They are far indeed from being committed, year by year, with undeviating regularity. I have before me a statement of the number of persons sentenced to death for murder, in England and Wales, in the 40 years between 1823 and 1872, together with their proportion to the population. They give the following results:—Average of ten years ending 1832, sentenced, 14·9; proportion to population, one in 868,234. Average of ten years ending 1842, sentenced, 16·8; proportion to population, one in 887,230. Average of ten years ending 1852, sentenced, 17·9; proportion to population, one in 945,300. Average of ten years ending 1862, sentenced, 19·4; proportion to population, one in 979,222. Average of ten years ending 1872, sentenced, 23·1; proportion to population, one in 929,789. Although these figures show a steady increase in the numbers sentenced, which bear a sufficiently accurate proportion to the numbers of murders reported, yet having regard to the increase of population, the comparison on the whole is favourable. The regularity in numbers of murders reported is, however, by no means as great as the statements of MM. Quetelet and Buckle suggest. Confining myself to later years, I find that while 157 murders were reported in 1869, only 101 were reported in 1870, and that while the number was 123 in 1873, it was 151 in 1874. Still, it must be admitted that, judging by decennial periods, the proportion of murders to the population has not greatly varied in the last 50 years. Admitting the great room for improvements which still remains, no impartial person will deny that our population has made considerable progress in gentleness and humanity since 1852. Crimes of violence have greatly decreased in actual numbers, immensely decreased in proportion to the population. Our amusements are far less coarse, the habits of our least educated classes less brutal. Whence then are we to look for a reduction in the number of murders, since wiser laws, an improved police, and gentler manners have failed to produce it? I must leave it to those who have made a special study of human frailty, its causes and remedies to answer a question of which I dare not even hazard a solution. I must make a further demand upon your

patience while I refer to London, Manchester, Birmingham, as affording striking and instructive illustrations of the cause of crime. If density and rapid increase of population, if accumulated wealth, and, I fear I must add, if crowded and noxious dwellings tend to the increase of crime and the difficulty of controlling it, all these conditions of danger meet together in the capital city of the Empire. It has also above all other places pre-eminent attractions for criminals. Its vast wealth draws to it the most skilful and daring thieves; its enormous size seems to offer to the criminals of other parts of the Empire, and even of foreign countries, a secure refuge from dangers which menace them at home. Consider for a moment how vast has been the increase of its population, and then think how prodigious must have been the efforts to check that natural tendency to corruption and crime which such huge and rapid aggregations invariably engender. In 1801 its population was but 958,863; in 1871 it had risen to 3,251,804. But those are only the numbers of inner London; the larger London, with which I must deal, that included in the Metropolitan Police District, numbered in 1871 3,383,092. During the preceding ten years this larger London had increased at the rate of 70,000 a year, and if, as is more than probable, it has maintained that rate of increase since 1871, its population in 1874 must have exceeded 4,100,000. In the last ten years 141,472 houses and 3,097 new streets, 541 miles in length, and 29 new squares have been built. The efficiency of policemen depends much on the knowledge they possess of the inhabitants within their beats. Conceive the addition to their labours, the obstacles to the successful discharge of their duties implied in these vast accretions of streets and houses, with their new and strange inhabitants, in the arrival of these annual myriads pouring in from every province of the United Kingdom, from every country on the face of the globe. Might it not reasonably have been expected that even the most vigorous efforts to prevent the increase of crime would have been baffled by such accumulated difficulties, and that, whatever may have been the success of these efforts in other parts of the United Kingdom, London must present an exception to the general rule of improvement? Yet the result is quite otherwise; and, in spite of its vast size and population and rapid growth, London need not fear a comparison with any of the larger towns of the Empire. For the verification of this statement I must refer you to the Annual Reports of the Chief Commissioner of Police, which give the fullest details on every point on which information can be desired. But the picture of the general progress of crime which I propose to give would be incomplete were I not to present to you a few of the more important facts. I have before me a statement of the committals for indictable offences since 1854, the year in which the Criminal Justice Act was passed. In 1854 the committals numbered 3,859, population 2,785,260; in 1864 the committals numbered 3,800, population 3,285,500; in 1874 the committals numbered 2,989, population 4,018,000. From this calculation I exclude the City, with its population of 74,000, as it forms no part of the Metropolitan Police District. I cannot do better than quote a few brief passages from Colonel Henderson's Report for that year, 1874:—"The general results of the year 1874 are that it records the smallest number of serious (indictable) offences against persons

and property during this decade. In 1865 they were 10,612; in 1868 they were 14,316; in 1874 they had fallen to 10,185. Burglary, housebreaking, and larceny to the value of £5 in dwellings, which are all of one class of crime, still show a decrease, a small one as compared with 1873, but a very considerable one as compared with former years. In 1867 there were 1,540 such crimes; in 1873 they had decreased to 826, and in 1874 to 808; while robberies and attempts to rob have decreased from 118 in 1868 to 57 in 1874. The assaults on the police, which were 3,692 in 1872, had fallen to 2,224 in 1874." I know from experience the extreme incredulity—indeed, the fiery indignation—with which such proofs of social improvements are sometimes received. Let but one or two jewel robberies occur in the season, and the clubs and drawing-rooms resound with lamentations over the increase of burglaries and with denunciations of the inefficiency of the police. Should you venture humbly to suggest that burglaries, instead of increasing, have really diminished, and quote Colonel Henderson's authority for the fact that there were scarcely half as many such offenees committed in 1874 as in 1867, your argument is answered, not by an appeal to facts, but by reference to one or two facts of recent occurrence. You may consider yourself fortunate if you escape being suspected of a secret sympathy for burglars. As little success attends your efforts to administer consolation or to calm fear, by reminding your excited friends, when some well-known person has been robbed in the streets and the usual assertions are made of the increased daring and number of the robbers, and of the sad degeneracy of the police that robberies were twice as numerous in London ten years ago as they now are, although additions have been made to its extent and population within that time exceeding the joint bulk and numbers of Manchester and Birmingham. Your arguments are wasted, and your attempts at comfort scouted as ill-timed and offensive. The Press, whose business it is to report these crimes and to give full details of every proceeding against such malefactors, from the first investigation before the magistrate to the final trial before the Judge, even when it does not itself yield to the panic, inevitably tends to foster it, and undesignedly to give undue proportions to crime, deplorable indeed, but not unknown or infrequent in former times. And thus a large portion of our fellow-citizens work themselves into the belief that property never was so insecure, nor personal safety so imperilled, as in the times in which they have the misfortune to live. And even where your audience is reasonable, and due weight is given to facts which cannot be denied, and to proofs which cannot be controverted, you will rarely fail to observe a general sense of disappointment take the place of that satisfaction which might naturally be expected to exhibit itself when proof is adduced of some improvement in national morality, or, at least, of some diminution of national crime, and that indications are given of that frame of mind depicted by Rogers in the once popular stanza:—

“ Go, you may call it madness, folly;

You shall not chase my gloom away;

There's such a charm in melancholy,

I would not, if I could, be gay.”

I have been furnished with carefully prepared tables of the progress of crime in Manchester and Birmingham. Like London, their growth has been rapid in wealth and population, and the increase of their manufactories attracts annually vast numbers of strangers of various characters. In Manchester, judged from the committals of indictable offences, there has been in the last 30 years a positive and considerable decrease in serious crime. In the ten years ending 1852, the committals averaged 759 annually; in the ten years ending 1862, the committals averaged 713 annually; in the ten years ending 1872, the committals averaged 545 annually. The population was, in 1852, 235,507; in 1862, 303,382; in 1872, 388,722. It is right, however, to add that the last ten years show an increase of crimes of violence, as compared with the preceding ten years, although not greater in proportion to the population than for the ten years ending 1852. I have not been supplied with the number of committals in Birmingham, but I have received a table showing the number of indictable offences committed in the last 18 years, divided into periods of six years each. These give for the six years ending 1862:—Average population, 264,398; average indictable offences, 1,930; average population to each indictable offence, 139.9. Six years ending 1868:—Population, 295,955; average indictable offences, 1,167; population to each indictable offence, 253.6. Six years ending 1874:—Population, 335,739; average indictable offences, 1,534; population to each indictable offence, 218.7. It is needless to dwell on the remarkable decrease of crime indicated by these figures. I should occupy too much of your time if I were to give to Scotland the space I have bestowed upon England. I must content myself with saying that the course of crime in that country has nearly resembled that of England. Crime increased there even more rapidly than in England during the first half of this century. The same efforts, in some respects even greater, made to check its progress, to dry up its sources, to reform its votaries, have been crowned with a similar success. The number of persons committed for trial, which in 1830 was 2,063, reached its *maximum* amount in 1848, when the number was 4,909. In 1860, when the population was 3,054,738, the committals were 3,831. During the 14 years which have followed, the population of Scotland has risen to 3,462,916, while the committals have fallen to 2,880. The fortunes of Ireland in respect of crime are very instructive, and would well repay the trouble of an exhaustive description. I must, however, confine myself to the more salient points. The history of Irish crime up to 1849 presents a fearful picture of the results which follow upon a growth of population, in excess of the increase of capital and the means of regular employment. In 1822 the numbers committed for trial was 15,251, while in England at the same date the numbers were only 12,241. In 1841, when the population amounted to 8,175,000, the numbers committed were 20,796. In 1845, the year before the famine, they had decreased to 16,696; but such was the demoralisation consequent upon the famine that in spite of the diminution of population caused by that calamity, and more especially by the rapid increase of emigration, the committals rose in the three following years—1847-8-9—to 31,209, 38,522, and 41,939 respectively—a number I need hardly say, immensely in excess of the committals in England, although the

population of that latter country was nearly three times greater than that of Ireland. But the decrease of population by emigration and the gradual increase in wealth, the consequent greater demand for labour and its higher remuneration, were speedily followed by a more than corresponding decrease of crime. In 1860, when the population was 5,820,960, the committals had fallen to 5,386, almost one-eighth of the number in 1849. Since then the decrease of crime had been steady, rapid, hardly broken by any appreciable fluctuation. The committals in 1874, when the population was estimated at 5,314,844, had fallen to 4,130, a number which, apart from the very important considerations of density of population, compares advantageously with England and Wales taken together, although still far in excess of the crime of Wales taken separately. I am quite aware that if the state of England be tested by the numbers of summary convictions a very different picture might be drawn, one, indeed, hardly less gloomy than that which I presented to you of the progress of serious crime in the first half of this century. I am not at all disposed to underrate the importance of the fact, that the number of summary convictions in England and Wales has increased from 255,803 in 1860 to 456,705 in 1874. But in dealing with the subject of crime, it is not only more convenient but more correct to confine our attention to indictable offences not summarily dealt with. It is undoubtedly true that some of the offences dealt with summarily must be numbered among crimes; as, for instance, larcenies, proceeded against under the Juvenile Offenders' and Criminal Justice Acts, as well as the more serious case of assault. But it would be easy to show that there has, on a fair comparison with past years, been no increase relatively to the population in this portion of summary convictions; and that the increase mainly exhibits itself in offences, which it would be an abuse of language to characterise as crimes, and which must be provided against and dealt with in a very different manner. A few cases illustrating the principal sources of this vast increase will be instructive, and will best explain my meaning. I compare the years 1861 and 1874:—

	1861.	1874.
Drunk and disorderly	82,196	185,730
Vagrancy Laws	26,531	35,741
Local Acts and Borough Bylaws	33,350	44,281
Highways, Turnpike, Railways	19,900	25,925
Masters and Servants	10,393	13,544
Sanitary Acts	3,728	11,000

Here are accounted for upwards of 140,000 of the increased number. And the greater part of this increase is undoubtedly due, rather to the more vigorous enforcement of the law and to the higher requirements of modern civilization than to the actual increase in the number of offences. Viewed, however, in the least unfavourable light, the great number of these offences, which whatever else they may be, are breaches of the law, cannot be regarded otherwise than with anxiety. And while, in my opinion, we must look for improvement chiefly in raising the moral and intellectual character of the people, I am bound to add my

conviction that this portion of our penal legislation has not received sufficient attention. The thoughts and efforts of our social reformers have been mainly directed to the graver and more formidable classes of crime, with what success I have attempted to show. Had this other portion of our national short-comings been examined with the same care and been the subject of similar experiments, I cannot doubt that results, if not equally great, at any rate considerable and worthy the exertion would have been obtained. Individual reformers, especially in our great towns, struck with the magnitude of the evil, have indeed from time to time lifted up their warning voices and suggested methods for its mitigation. But the subject as a whole has not, so far as I can recollect, ever received the serious notice of the Legislature ; and I cannot but think that the time has come when it should be thoroughly examined by a Royal Commission, constituted as those were which reported upon secondary punishment and prison discipline with such fruitful and speedy results. I have now completed (I feel how imperfectly) my view of the progress of crime, and demonstrated by an array of facts which cannot be controverted the position I undertook to prove—that there had been a very large diminution of serious crimes since the year 1841, and especially since 1855, and that this diminution had been effected in the face of circumstances in many respects adverse. Let us consider what the principal of these circumstances were ; this consideration will lead us to just conclusions as to the appropriate remedies for evils which, however much they have been diminished, are still formidable from their number and gravity. Till recently our criminal population was not checked by an efficient police. We had prisons which, if they constituted, as doubtless they did, some check upon the commission of crime, yet not only failed to be reformatory, but were the means of further corrupting and hardening those consigned to them. We had a system of secondary punishment in transportation, which had lost its terror to offenders, and did little or nothing to reclaim them. We had laws so severe as to outrage the public sense of humanity and equity, and to cause extreme uncertainty in their application ; a fatal defect in the administration of criminal justice. A large portion of our population was allowed to grow up in utter ignorance of their duties—religious, moral, and social. We had a Poor Law which, by encouraging the growth of pauperism, most surely fostered crime. And we had a population congregated, yet more and more as every year passed by, in large towns under debasing moral and sanitary conditions. I do not insist upon the indirect effect of economic laws, such as Corn Laws and Laws of Settlement, and of other relics of past legislation, which, by depressing the physical condition of the poor, inevitably tended to their moral degradation and gave a ready access to the seduction of crime. Now, what has been done to diminish these defects ? I begin with our police. Our old constables have been replaced by a force, admirable on the whole for its good conduct and efficiency. There may be, there doubtless are, cases in which local influences operate mischievously, and interfere with the full usefulness of this force. There may occasionally be favouritism in appointments : there may be discouragement by persons in authority, interested in the existence of abuses, to the impartial and vigilant per-

formance of their duty. Yet, after all said and admitted, it must be allowed that not only is this force a prodigious improvement on the past, but that, on the whole, it is skilfully organized and ably directed. It has also the merit of being more in sympathy with the people, and, therefore, more popular and more trusted than any similar force in any other country. It was this fact which enabled Parliament in 1869 to intrust the police with those large powers which, wherever they have been vigorously exercised, have proved of inestimable value in the repression of crimes, in the breaking up of gangs of malefactors, in aggravating the difficulties under which habitual and notorious criminals could continue to resume their career of guilt. And this has been done without adding any obstacle to the return of the old offender to an honest life. No case of abused powers has ever reached my ears, as I think it must have done, had it occurred. On the contrary, I believe that in the interest of the former criminal, this power has been most usefully exercised. One of the greatest and most useful innovations introduced by the Habitual Criminals' Act was that the offender placed by the sentence of the Judge under supervision for a certain term of years, lost during that term that presumption of innocence which is the birthright of the rest of our people. Hence he was exposed to the necessity of defending himself, and explaining his position under suspicious circumstances. I believe that few, very few habitual criminals, however long their sentence of penal servitude, however attentive they may have been to the admonitions of the chaplain and the services of religion, however regular and laborious their lives during their confinement, however blameless their conduct on their first return to freedom, I believe that very few of them undergo a moral change, or that they can venture with impunity to expose themselves to temptation. For their abstinence from renewed crime we must partly trust to their remembrance of their long and hateful confinement, and to the habits of steady labour which they have acquired under it; but I believe that nothing exercises so strongly an influence over the imagination and conduct of the old offender as the knowledge that the eyes of the police are ever upon him, that his actions are watched, and that any malpractices would be speedily discovered. Acting under this fear he may be induced to follow a life of industry, until work becomes habitual and easy to him, and so afford the best security against his return to crime. I am aware that experience has shown that our system of supervision is in many respects defective, and also that its defects may be easily removed, and I am rejoiced to hear that this subject will be treated during this meeting by one of the ablest and most practical of our members, Mr. Barwick Baker, whose success in the reformation of criminals and in the diminution of crime in his own country entitles him to our confidence and respect. I am concerned to find how partially and unequally sentences of supervision have been imposed by different Judges in different years and in different parts of the country. I know that the highest importance is attached to these sentences by those who have paid most attention to our penal system, and that, just in proportion as the power of imposing them has been exercised faithfully and with a desire to give effect to the intentions of the Legislature has the success been signal and the results beneficial. It is due to this same trustworthiness of our police

that it has been possible to enlarge the detective department of the force, which, in London, as organized by Colonel Henderson, has done admirable service, and to the action of which the large diminution in the number of burglaries and robberies from the person must mainly be attributed. The extension of this system to our large provincial towns, carefully made, would be a substantial addition, at no considerable cost, to the efficiency of the police in preventing and repressing crime.

I now come to our prisons, among which I do not include the convict prisons under the immediate charge of Government. We are far from the days when our prisons were the foul and fetid dungeons visited by Howard. As a rule, cleanliness and good order prevail within them, and in these respects they leave little to be desired. The subject of prison discipline has occupied the anxious attention of the Legislature and Government during the whole of this century, and many able men have devoted their time and thoughts to contrive such methods of custody and discipline as should at once make the sentence of imprisonment deterrent and reformatory, and should reduce to the utmost the contamination of the less depraved prisoners by the more hardened and corrupted ones. I do not doubt that much has been done in these directions, and that more still may be done, especially by abolishing or consolidating, more particularly in Scotland, many of the smaller gaols in which proper discipline cannot be maintained. But, after all that has been or can be done, imprisonment for comparatively short terms — for such terms as are inflicted upon those who are committed to our county and borough prisons — must in my opinion, ever remain an unsatisfactory method of punishment. In the convict prisons the great majority of the prisoners are hardened criminals, and their long periods of confinement admit of measures being taken to break down their old habits and to form new ones, which may fit them to return to freedom with some probability that they may not relapse into a life of crime. At any rate they are rarely demoralized by their confinement; on the contrary, although no very profound change may have been wrought in their hearts and consciences, they leave prison sadder and generally wiser men, with juster views of life, and with a profound horror of the establishment they have just quitted. Again, the able-bodied among them cost nothing to the State, but fairly earn their own livelihood and enough to repay the expense of their custody. But the majority of those committed to our county and borough prisons do not belong to the criminal class; and in most cases, especially if they are young, they leave prison morally worse than they entered it. There is rarely either the time or the opportunity of working any thorough change in the morality or habits of the tramps or the thieves who constitute the worst portion of the prisoners.

But while it is easy to state the objections to prisons, and to prove how imperfectly they fulfil all the objects of punishment, it is by no means easy to suggest a better alternative. The number committed to prison in 1874 for every sort of offence (exclusive of debtors and naval and military prisoners) was 157,780, of whom 47,102 were females, 1,470 children under 12 years of age, and 7,473 between 12 and 16. If statistics could only give an answer to the questions, "How many of these profit by their imprisonment?" "How many were morally the worse for it?" I

think that a cold shudder would run through my audience. I do not for an instant forget that these poor wretches may do vicarious good; that their imprisonment may often warn away others from the path of crime. But we want punishments which, while they deter, shall not corrupt, shall even reform; and great as have been the improvements in our prison discipline, these combined results we have certainly not succeeded in attaining. Our treatment, especially of the younger class of criminals, would have been utterly intolerable had it not been for the admirable, sustained, and largely-successful efforts made to intercept the progress of neglected and perverted children from the street to the gaol, to preserve them from entering those portals which they cannot cross with impunity. Among these, the highest place must be given to those schools now found in most of our large towns, supported by voluntary effort, often maintained by individual zeal, under various names, but with the common object of attracting and training those numerous children who would otherwise, to use a popular phrase, "Go to the bad." I give the second place to the industrial schools, which effect the same objects with the aid of the magistrates, and of grants from public funds. Reformatory schools, which have the inherent, and, I fear, inevitable defect of admitting none who have not already been sentenced for some serious offence and been committed to prison, belong to another category. These are, in fact, prisons specially adapted for the correction and reformation of the more hardened youthful offenders, but possessing none of the characteristics of the gaol, except the enforced confinement within the house and the fields attached to it. The united efforts of these admirable institutions have undoubtedly had the effect of greatly diminishing juvenile crime—a fact of which the judicial statistics furnish clear evidence. That a decided impression has been made upon this, the most interesting and, at the same time, the most hopeful portion of our criminal class, may also be gathered from a passage, which I will venture to read to you, from Mr. Sydney Turner's last Report (1875). After referring to the nearly 200 institutions, industrial schools, and reformatories scattered through almost every part of Great Britain, containing about 18,000 boys and girls, and yielding, as he says, "solid and well-tested results in the reformation and right conduct of the criminal, or disorderly, or neglected children," Mr. Turner makes (p. 23) this remarkable statement:—"In addition to this mere falling off in number (of juvenile criminals), the marked amelioration in the character of the offence and the criminal *status* of the offender must be taken into account. The mass of the boys and girls now sent to reformatories have very little of the old thorough viciousness and premature depravity which had to be encountered in the earlier stages of the reformatory movement. I have taken pains to ascertain the views and consult the experience of most of our more important schools on this point, and find them pretty unanimous in their testimony that the inmates of their schools are now much more remarkable for their dull, neglected condition than their active wickedness, and that though not so apprehensive for purposes of instruction, they are far more easy and submissive to manage." I have seen this curious and important statement confirmed by one of the foremost of our practical juvenile reformers. Evidently we are passing from the iron age of juvenile

delinquency to that of the silver. Let us hope that those who follow us may make a near approach to a golden age of juvenile innocence, reversing Horace's melancholy assertion,—

“Ætas parentum, pejor avis, tulit

Nos nequiores, mox daturos

Progeniem vitiosiore,”

an assertion repeated from generation to generation by those who had not his excuse for making it, and who did not, and do not reflect, into what an abyss of moral degradation the human race would now be sunk if the hard saying of the Roman poet had been of universal and perpetual application. At present, however, of the 9,359 children under 16 years old, only 1,629 find their way to reformatory schools. But, even supposing that the efforts of private benevolence are ultimately successful in arresting the progress of juvenile crime, and in keeping these children out of our prisons, the problem of most effectively dealing with the vast remaining numbers still remains unsolved. In my opinion, the nearest approach that can be made to a satisfactory solution would be by passing, as often as the facts of each case would permit, either very short or very long sentences of imprisonment. A short imprisonment, with meagre diet and sharp discipline, renders the prison an object of disgust and horror. A long imprisonment, turned to proper account, may effect a change in the prisoner's habits and accustom him to a life of steady labour. “Make them diligent and they will be honest,” is a weighty Dutch maxim. The medium term of imprisonment, that between three months and two years, under the ordinary conditions of prison life, tends to enfeeble the character and harden the heart, and forms no adequate preparation for a return to freedom. The objection to such a sharp partition of sentences is obvious. It will be urged, and with much truth, that, for purposes of public example, it is necessary that sentences longer than for three months should be passed in cases where sentences of seven years of penal servitude would be of disproportionate severity. A due proportion between the crime and the punishment must be maintained. This I admit; yet, while not absolutely prohibiting the passing of medium sentences, I would propose to give to Judges and Chairmen of Quarter Sessions the power of adding, in certain cases, to the short sentence of imprisonment a much longer one of supervision, with the liability to re-imprisonment on relapse, or for specified cases of misconduct. I read with astonishment and concern the frequent sentences of 18 months', one year, or even six months' imprisonment, imposed in cases where previous convictions for felony have been proved. Such sentences are worse than useless. They do not protect society either by deterring others, or by reforming the habits of the prisoner. The explanation of these impotent sentences doubtless is the disinclination to doom the prisoner to seven years of penal servitude, which, however, would in most cases be an act of mercy at once to the prisoner and to the public. But the Judges who shrink from imposing this long sentence would probably feel less objection to a sentence of supervision, the chief efficacy of which consists in the wholesome terror of instant apprehension should

the culprit break the conditions of his licence to be at large. While so influenced, and so guarded against relapse, he earns his own livelihood—a state of things which satisfied one's sense of justice far more than does his maintenance in a costly prison at the public expense. I am not prepared to recommend the adoption of such an experiment otherwise than gradually and cautiously. I recognize the hazards which would attend it. But I see no reason why a trial should not be made by extending the number of cases for which sentences of supervision might be passed. I am happy to feel relieved from the necessity of dwelling at length upon the subject of convict prisons and their effect upon the progress of crime, for the sufficient reasons that the highest authority on that subject will preside over one of the departments during this meeting; and that three years have hardly elapsed since Colonel Du Cane delivered his comprehensive address on our convict prisons. That address, and the inquiries and visits of the eminent foreigners who attended the Prison Congress of 1872 had the effect of widely extending the knowledge of the discipline pursued in those great establishments; and I think that I can venture to say that they stood well the test of the examination, and left a general impression that England was behind no other country in the excellence of its prison discipline as regards prisoners sentenced to penal servitude. If the diminishing number of the inmates of these prisons be any proof of the success of the methods pursued, then I am able to furnish you with good evidence of such diminution. In 1869 and 1870 I had occasion to consult with Colonel Henderson, the late Chairman of the Board of Directors of Convict Prisons, and with Colonel Du Cane, the present one, as to the accommodation which it would be necessary to provide for male convicts in consequence of the entire cessation of transportation and the recent lengthening of sentences of penal servitude. Both these able men had had considerable experience in this department, and both had deeply considered the progress of crime. They advised me that provision ought gradually to be made for the *maximum* number of 11,500 male prisoners, which number, they thought, would probably be reached in 1875. Yet such has been the rapid diminution of sentences of penal servitude since 1869, that accommodation for 8,500 is now considered sufficient. In the last Annual Report of the Directors, dated July, 1874, they were able to say:—"The great decrease in crime, which commenced in 1870, has continued through the year 1873, which now takes the place of the previous year, as that in which crime—as measured at least by convictions for serious offences—has been less than in any year during the present generation." Although it is certain that the directors will be unable to make an equally satisfactory statement for the year 1874, yet it may be hoped, with some confidence, that the gradual diminution of serious crime, which I have shown to have occurred during the last quarter of a century, has only received a temporary check, and that the Home Secretary will never again be compelled by the increasing number of convicts to apply to Parliament for votes of money to construct new or enlarge old convict prisons. And here I should leave this subject, but for my desire to do an act of simple justice to the eminent men to whose ability and

labour we owe so large a portion of the improvement in our convict prison discipline. Those who wish to make a pleasant acquaintance with the history of our secondary punishments would do well to read Captain Griffiths' recent work, "Memorials of Milbank Prison," a work which contains far more than its title promises, and gives a vivid picture of the difficulties with which the early reformers of our convict prisons had to contend, of the many experiments tried, and the many errors committed before the outlines of our present system could even be traced. To Sir Joshua Jebb a large part of the development of that system is due, but the improvements introduced by his successor, Colonel Henderson, and continued and extended by Colonel Du Cane, have been numerous and important. Such being the case, I see with regret that the success of their labours is constantly imputed, not only by foreign, but even by our own writers, to one whose services in the same region of public usefulness have been numerous and important enough to enable him to dispense with the attribution to him of any merit not justly his due. Sir Walter Crofton has made important contributions to our criminal administration in more ways than one. To him may be referred a large portion of such credit as is due to the conception of the Habitual Criminal and Prevention of Crime Acts. Not only his advice, but his personal superintendence has been sought and obtained by successive Governments in improving the discipline of our county and borough prisons in England and Ireland. In 1854, with the assistance of Captain Knight, an experienced officer of the English department of convict prisons, he not only remodelled the Irish prisons, adopting the improvements already introduced into those of England, but he effected, in his intermediate prison, an original and interesting experiment, the wisdom of which, as applied to Ireland, has been completely justified by its success. But in the foundation and perfecting of the English convict system, Sir Walter Crofton bore no part; and he has had the candour to admit his doubts whether the intermediate system, as existing in Ireland, could be safely applied to England, so far as regarded male convicts. For female convicts such a system has long been in use in England at the "Refuges," to which they are admitted for six months before their release on licence. I cannot conclude this portion of my subject without expressing the deep sense I have of the obligation the country owes to the Discharged Prisoners' Aid Societies. To their assistance is due a large portion of the success and security with which the transition from transportation to penal servitude has been effected; for I think it must be admitted that the English system of intermediate freedom could hardly have achieved that amount of success with which it may be justly credited, without the aid of these societies in finding employment for discharged convicts, and in preventing their return to evil ways. I will next advert to the influence which our laws have had, and yet may have, on the course of crime. Nations have short memories, and it is only by a strong effort that we can compel ourselves to remember that within the lifetime of the present generation we had criminal laws so severe as materially to interfere with their enforcement, and so uncertain in their execution as to give fatal encouragement to a criminal career. Yet it is an indisputable fact that the average number

of persons yearly sentenced to death between 1823 and 1834 was 1,280, while the average annual number of cases in which the sentences were executed was only 56, or about one in 23, and that, although in subsequent years the punishment of death was abolished in a great variety of cases, it was only in 1861 that it was limited to murder and treason. The frequency with which sentences of transportation were then passed, averaging nearly 4,000 a year, must also have indisposed juries to convict, even where the evidence of guilt was clear; and there can be no doubt that the greater lenity of the laws since enacted, as well as greater moderation of the sentences passed by the Judges, has had a powerful influence in making justice more certain and effective. There is no more important and there are few more difficult duties entrusted to legislators than the nice adjustment of the penalty to the offence. This has now been substantially done; and in England at least, juries are seldom found to shrink from bearing their part in the administration of laws which are in harmony with their sense of justice. Not that the course of legislation has always been on the side of lenity. Not infrequently, with full public assent, heavier punishments have been imposed on offences heretofore inadequately visited, notably in the case of violent and criminal assaults on women and children. A demand for yet sterner legislation on these subjects, as well as in cases of brutal assaults upon men, has arisen pretty widely in consequence of recent outbreaks of ferocity in certain portions of the kingdom. To these offences it has been proposed to apply the penalty of flogging, and the proposal, although strongly opposed, has met with considerable favour. I make no secret of my dislike to what seems to me a retrograde step in our penal legislation. In every other country in the civilised world this mode of punishment has been abandoned as brutalising and ineffectual; and the tendency of our legislation has been to limit its application to a very few special cases. Still, if it could be shown that the inhabitants of these islands are an exceptionally brutal and cowardly people, whose ferocity can only be restrained by the lash, humiliating as the avowal might be, I should not shrink from doing what was necessary to protect the unoffending or the more helpless part of our population. That there is much brutality, I do not deny. I do not deny that during the last two years, crimes of violence, which for a long period had been diminishing, have increased in certain limited portions of the country. But I believe that increase to be due to transitory causes; that it might have been suppressed to a great extent by a more vigorous application of the existing law; that at any rate we have no evidence nor just reason for believing that the proposed revival of this obsolete punishment will be successful in its object. I affirm that it is due to transitory causes, because I find that the increase of crimes of violence is almost wholly confined to the counties in which mining operations are most extensive, and in which of late wages have been raised so rapidly and largely. In these counties I find education to be especially backward, and drunkenness to be prevalent. Given a population containing a large proportion of ignorant and intemperate men, suddenly presented with a great increase of wages and of leisure, of which they were unfitted to make a proper use, and the probable result seems clear.

The uneducated inhabitants of cold raw climates have unfortunately few resources for their vacant hours besides drinking; high wages supply the means of drinking; and drinking inflames the blood, masters the judgment, and excites to violence. The Englishman is said to be the hardest worker in the world; it cannot, I fear, be truly said of him that he is, of all men, the best qualified or most given to make a profitable use of wealth and leisure. He must be doing something, and there is always the danger that if he is not occupied with work, he will occasionally devote himself to those pursuits which Dr. Watts tells us are found by Satan for idle hands. The same pious writer recommends to little children the imitation of the busy bee; but there is evidence that even that most industrious and respectable of insects, when relieved from the necessity of laying in its winter stores, can lose its good habits and become dangerous to society. "The most curious instance," says Sydney Smith in his "Lectures on Moral Philosophy," "of a change of instinct is mentioned by Darwin. The bees carried over to Barbadoes and the Western Isles ceased to lay up any honey after the first year, as they found it not useful to them. They found the weather so fine and materials for making honey so plentiful, that they quitted their grave, prudent, and mercantile character, became exceedingly profligate and debauched, ate up their capital, resolved to work no more, and amused themselves by flying about the sugar-houses and stinging the blacks." It is clear that there are lessons to be learnt from the bee by others than little children, and that its history teaches something to avoid as well as to imitate. And here let me be permitted to interpolate a little local experience derived from recent events in my native county of Glamorgan; evidence which, on first sight, might seem to be inconsistent with the misuse of leisure to which I have just adverted. During the five months over which the strike and locks-out in that country extended not only was the behaviour of the unemployed almost uniformly peaceful, but I have the best authority for stating that the quarterly return of the fines and penalties imposed for the ordinary summary offences, such as assaults and drunkenness, &c., instead of filling, as usual, eight pages, only occupied between two and three. At the same time there was a large decrease in the number of committals to the county gaol. But, although during this period there was ample leisure, no money could be earned, and strict economy was imperatively necessary. Hence the public-houses were deserted, and the police courts almost as empty as the public-houses. I most heartily rejoice in that general and gradual increase of wages which of late years has brought comfort into so many homes, and given occasional respite from their labour to so many industrious workmen. But this satisfaction, which I am convinced is shared in by all those now present, is sadly marred by the reflection forced upon me of the misuse of these advantages by so many of our countrymen, and by the fact that, whereas periods of adversity empty our gaols and almost make police magistrates superfluous, a return to prosperity restores those instruments of order and justice to their full use and activity. I am convinced, however, that the more energetic application of our existing law might have done much to restrain this spirit of reckless violence at least within its ordinary bounds. The *maximum* punishments attached to criminal offences are not intended to be generally applied—they

are meant only for extreme cases, and whenever a particular offence becomes prevalent, then it is that our Judges and magistrates should make full use of the powers intrusted to them in the interest of the public. This wholesome severity, seasonably applied, would general suffice; yet ample evidence exist of the lax and uncertain use of their legal powers by magistrates of every grade. I will give an illustration of this laxity drawn from another class of offences.. In Liverpool the fact that in 1874 there were upwards of 20,000 persons charged with being drunk and disorderly while only three publicans were convicted of supplying liquor to drunken persons naturally excited much comment and loud complaints of the insufficiency of the law. A committee of magistrates was appointed on the 30th of December, 1874, to enquire into the facts. Their report recommended a more vigorous enforcement of the law; and already, in the first nine months of 1875, and chiefly since the publication of the report on the 12th of August of this year, upwards of 30 convictions for this offence have been effected, in some of which the sentence has been recorded on the licence—a severe form of punishment—which, if persisted in, will speedily effect a considerable reduction in the number of ill-conducted houses. But one is tempted to ask, why was not the law enforced at an earlier period? Why was the scandal permitted to grow until public indignation compelled the authorities to take proper action? Was this mischievous inactivity due to the inefficiency of the police, or to the reluctance of the magistrates to enforce the law? A rigorous inquiry which should trace this negligent administration of the law to its true source would be of service to more places than Liverpool. But, it is asked, why, if these hateful crimes of violence are numerous and have of late increased, should we hesitate to apply a remedy the efficacy of which has already been proved? I have read the answers of the learned Judges, Recorders, and magistrates to the questions of the Home Secretary, and have observed with surprise the frequent assumption that the Acts of 1863 introduced by Sir Charles Adderley had put an end to garotting and greatly reduced the number of robberies with violence. Both assumptions are utterly without foundation in fact. The singular outbreak of garotting first occurred in July, 1862. There were many victims to it during the summer and early autumn, some of them well-known persons. But those parts of the town in which these offences were mainly perpetrated were speedily watched by large numbers of detectives, and before the winter had set in all, or nearly all, the ruffians who practised this form of violence were apprehended. It is certain that when in November, 1862, I was appointed Under-Secretary to the Home Department, I found that the offence had practically ceased. But not so the public terror, nor the use to which it was turned by interested persons. Shop boys who had embezzled their masters' money, footmen who had been fighting at low casinos, drunken women who had fallen into the gutter and bruised themselves—these and many more declared themselves victims of garotters. The greater part of the real offenders were soon after tried and sentenced to heavy punishment, and garotting went out of fashion. In the following March Sir C. Adderley brought in his Bills authorizing flogging for this and similar offences; these Bills became law, in spite

of Sir G. Grey's opposition, and they have ever since had the credit of having suppressed a crime which had disappeared long before they were heard of in Parliament. Nor is it true that during the six years that followed—viz., from 1863 to 1869—there was any decrease of robberies with violence; on the contrary, there was a slight increase in these crimes. It is true that from 1869 to 1873 a decrease did set in, but only in common with other serious offences. It is therefore perfectly clear that the Acts of 1863 had no effect in reducing the number of the crimes against which they were directed. I have great pleasure in doing justice to the spirit of cautious moderation in which the Home Secretary proposed to act upon the opinions of the majority of his advisers. The cases in which the punishments of flogging might be inflicted were carefully defined and limited in number, and the sentence could only be imposed by the higher Judges. But we know that complaints of the inadequate use of the existing punishments had long been loud and frequent. What security should we possess that the same ground of complaint would not continue when flogging was superadded to the other punishments, to be inflicted at the discretion of the Judge, and according to his opinion of the efficacy of the lash? Up to this time it is notorious that there have been flogging and non-flogging Judges. Was this discordance of judgment to disappear and the new punishment to be inflicted henceforth with that uniformity and certainty which alone make punishments efficacious? The cases which properly excite the greatest sympathy are brutal assaults by husbands upon wives. It is notorious that only a small proportion of these offences is prosecuted; is there not a danger that the number would be still smaller when the severity of the punishment was increased, the nature, too, of that punishment being such as almost to preclude the possibility of the husband ever after associating with his wife? I have no doubt that all these points will receive the Home Secretary's careful thought during the recess of Parliament, by which time I trust that this wave of crime will have passed by like so many others which have preceded it, and with it the supposed necessity for recurring to an obsolete and brutalizing punishment.

I have hitherto, in enumerating the causes of the increase and diminution of crime, confined myself to those measures which have for their direct object its repression; such as prisons, transportation, penal servitude, police, and criminal legislation. I now propose, with all possible briefness, to call your attention to those indirect measures, which, primarily adopted for other and more extensive objects, have yet a powerful influence on the course of crime, more powerful probably than even those direct measures on which I have hitherto dwelt. Among these the chief are elementary education, the diminution of pauperism, and the improvement of the sanitary condition of our poorer classes. The connexion between ignorance and crime has been disputed by some and strongly averred by others; and superficial inquirers may discover a plausible ground for questioning this connexion in the fact that the greatest and the least amounts of crime are found in the two districts in which, judged by the best educational test which can be got, there is most ignorance—viz., Lancashire and Wales. But the explanation is easy. Wales is innocent, not because

it is ignorant, but because it has the good fortune to enjoy all the conditions which are favourable to immunity from crime. It has a sparse population, no towns of vast size, no great accumulation of valuable and unprotected property; and it rejoices in the absence of that combined pressure of poverty and temptation which exercises so fatal an influence on the inhabitants of our populous towns. As these favourable conditions disappear, so the criminality in Wales increases. Glamorganshire, for instance, which contains some considerable towns and a population of about 400,000, produces an amount of crime nearly equal to the rest of Wales with its population of 800,000. On the other hand, although much of the crime of Lancashire can be traced to its many large towns and their dense population, there can be no doubt that the ignorance of its inhabitants greatly contributes to its excess of crime; and, when we find that in 1871 an indictable offence was committed by one out of every 251 of the inhabitants of Lancashire, while the proportion in Cardiganshire was one in every 3,338, both populations being equally ignorant it is clear that other causes must exist for differences so extreme. And these causes are not hard to find, as I shall presently show. But that the immense majority of our criminals are drawn from the most ignorant of our population; and, more than this, that, as education becomes more widely diffused, criminals are more and more found to belong to the least educated portion of the people, can, I think, be clearly demonstrated. Mr. Porter found that in the 13 years from 1836 to 1848, out of 335,429 persons committed whose degree of instruction were ascertained, 304,772, or more than 90 in 100, were uninstructed — that is, could neither read nor write, or read only, or read and write imperfectly; 29,324, or about 9 per cent., could read and write well; and only 1,333, had the advantage of instruction beyond the elementary degree. In 1874, out of 157,780 persons committed, 152,338, or 95·8 per cent., were uninstructed, 4,081, or 3·7, could read and write well, and only 188, 0·2, possessed superior instruction. It is clear, therefore, that while education has made great progress since 1848, the criminal class is now even more profoundly ignorant than it than was. It is recruited more and more from the lowest depths of society. We are thus reaping the harvest of past neglect, and the question we have to consider is what we have done and what we are doing to repair the past, and to reduce to its lowest point that portion of crime which is due to ignorance.

I trust that it is hardly necessary for me to marshal before you arguments to prove that the ignorant man is exposed to dangers from which education might have preserved him; that education tends to make a man skilful in his business, and therefore to earn good wages, and so to escape the temptations of poverty; that it increases his prudence and foresight, and so saves him from many a pitfall into which ignorant men are heedlessly led; that it operates to disgust him with the lowest and most degrading forms of indulgence, and so assist in preserving him from drunkenness and its manifold miseries; that without exactly making him moral or religious, it gives him clearer and juster views of right and wrong, and so increases his abhorrence of crime. For all these reasons we can, I trust, feel, no doubt, that the progress of education and the decrease of crime will march together. I need

not the aid of statistics to prove to you the greater advance made by elementary education since the first national aid given to it in 1836, and especially since the Education Act of 1870. Neither do I require the same aid to prove that we are still far from having attained all the objects which our educational reformers have had in view. We have, indeed, nearly provided a sufficiency of school room; we have, by the aid of compulsion discreetly exercised, filled those schools in about one-third of the kingdom, and without such aid increased the numbers of scholars everywhere. But the compulsory process is still much needed in places to which it will hardly extend unless enforced by fresh legislation; and, even then, there will remain an ugly gap between our ordinary schools and those to which entrance can only be obtained by an apprenticeship in crime. This gap, I fear, can only be stopped by those voluntary efforts which have already given us such institutions as the refuges for homeless and destitute children, the ragged and industrial schools, the training ships, and boys' country homes — admirable results of Christian zeal, which equal, if they do not eclipse, the most pious efforts of preceding times. I do not doubt that this generation will not pass away without seeing these deficiencies supplied. But there will still remain much to be done, which no pious effort, however wise and earnest, can speedily effect. It cannot retrieve the time which has been lost; it cannot, without long and patient labour, extirpate the evil seeds which have been sown; it cannot soon or easily supply that deep reverence for education which is the slow-ripened fruit of time. We are suffering from the consequences of neglected duties, of lost opportunities, which it will take ages of unrelaxed effort to repair. That these are no reasons for despair — on the contrary, that wise endeavours have been and may still be plenteously rewarded — I have striven to show, not with the poor aim of exalting the present over the past, but with the just object of inspiring hope, and courage, and perseverance by pointing to victories already won and conquests which may yet be made. To the defects in our national education may easily be traced much of the pauperism which has of late excited so much well-founded anxiety. I have called pauperism the fertile mother of crime, and a little consideration will show that the expression is not exaggerated. For honest poverty, the result of untoward circumstances or inevitable misfortune, I have respect and sympathy; for the pauper dependent upon others, often as poor as himself, who owes his degradation to his vices, his laziness, his want of self-respect and independence, I have no such feelings. It is true that the pauper is not necessarily a criminal. From that extremity he may be preserved by his prudence, his want of daring, or some shred of conscience which still clings to him. But his mode of life too often brings him into evil associations. He rapidly degenerates into the tramp and the vagrant, and experience tells us how nearly allied these characters are to the thief and desperado. The man who habitually lives upon charity or the poor-rates needs but little pressure or temptation to resort to a more forcible or fraudulent appropriation of other men's goods. Forty years ago, in the childhood of the fathers of the present generation, the condition of the people seemed expressly adapted to the propagation of dependent habits, vice, and

crime. In the last years of the 18th century several causes concurred to introduce a fatal innovation into the administration of the Poor Law. The dread, while a foreign war was straining the strength of the nation, of adding to other calamities that of domestic strife, should the fear of starvation seize the popular imagination; a real sympathy with the poor, befitting a time of high prices, but unaccompanied by a true perception of the conditions which could alone secure their permanent prosperity; the belief, too little qualified, that a large population is a source of strength—these and other causes led to the recognition of a doctrine new in England, that of the right of every man to a *minimum* of weekly income, varying with the number of his children, and this without regard to his character or even to the possibility of his earning the same sum as the wages of weekly industry. This relief, enforced by Justices on overseers, was paid in money; and where there were many children, was often more than enough to supply the necessaries of life. Thus, in 1830, the greater part of the country, rural and urban, contained an increasing number of idle and vicious families, looking to the poor-rates for their rent, clothing and food. Where the administration of the Poor Law was most lax, it is obvious that no motive remained for the continuance of industrious habits or of family affection; while the fear of incendiarism and other forms of terrorism were the instruments by which it was common for the population thus degraded to enforce its claims against those who might attempt to impose some wholesome limits on this state of national mendicancy. From this growing danger we were relieved by the legislation which followed upon the report of the Poor Law Commission of 1834. But this degrading state of things lasted long enough to bequeath to us a generation, whose early years had been spent under conditions fatal to manly independence and favourable only to the extension of vice and crime. We have been struggling ever since with this fatal legacy; yet, as the memory of the evils against which the new Poor Law was directed faded away, many of the old mischiefs arising from careless administration have gradually returned; and it is apparent to those, who have the good of their country at heart, that another strong effort will be needed to rescue our poorer population from the degradation of dependence, and the ratepayers from the consequence of extravagant and demoralising expenditure. It is satisfactory to find that the country has awakened to a sense of its danger. In most parts of England Poor Law Conferences are being held, at which this subject is earnestly discussed; and there is fair reason for hoping that the warnings uttered by Mr. Goschen, Mr. Fawcett, and Lord Lyttelton, and the example set by Sir Baldwin Leighton and followed with signal success by many Boards of Guardians, will soon produce results which will not only be felt in diminished rates, but be visible in the statistics of crime.

As to the influence of the sanitary conditions of our large towns on crime, the materials are ample; but my remaining space is short, and happily I need not long occupy your attention in proving what may be so easily demonstrated. Narrow streets, close courts, ill-ventilated and crowded houses generate disease, disease poverty, and poverty but too often produces crime. Evil communications corrupt good manners; and evil associations are inevitable in these resorts of the miserable,

the vicious, the drunkard, and the criminal. Foul air depresses ; depression craves for stimulants, and stimulants beget drunkenness and its long train of curses. Crime is promoted by security from detection and punishment, and the difficulties of detection and the facilities for escape are multiplied in these Alsatias which are found in all our larger towns. It is indeed difficult, if not impossible, to prove how large a part of our national crime is due to the bad housing of our poorer classes ; it is assuredly very great. And one instance will suffice to prove at once that proposition and the good results which may be expected everywhere from a determined effort to grapple with the evil. The Glasgow Police Act, on which it is well known that the Artisans' Dwellings Act of this year was mainly although not wholly founded, and from which I confess myself to have derived, while in office, many useful suggestions, passed in 1867. Last year, at the last meeting of this Association, Mr. Morrison, Chairman of the Committee of Management of the Glasgow Improvement Trust, read a paper which described some of the results of that Act, especially as regarded workmen's dwellings. Let me venture to repeat, for they cannot be too widely known, some of those results as bearing upon crime. Splendid and spacious as are the modern parts of Glasgow, the older town is notorious for the closeness of its wynds, the height and narrowness of its streets, and the density of its population. "We question," said Sir James Watson, the Lord Provost, "if in any city of Europe the vicious are allowed to congregate in such clusters as in Glasgow ; and in no city that we are aware of are such facilities given, by means of the buildings and localities, both for hatching and perpetrating vice and crime." Well, the Glasgow authorities, deeply conscious of these evils, set to work like men and Scotchmen. Here is the net result of the multifarious labours of six years from 1868 to 1873. Out of 10,000 condemned houses they had demolished 3,085, displacing 15,425 people. But these were the worst specimens of houses and inhabitants.

				Crimes Reported.		Apprehensions.		Convictions.
1867	...	...	...	10,899	...	5,042	...	2,975
1873	...	...	...	7,869	...	5,791	...	3,526
	Decrease	...	...	3,030	Increase	749	Increase	551

The least remarkable part of these results is the diminution of crime, large as it was ; far more striking is the fact that, as the number of crimes diminished, the apprehensions of criminals increased from 46.2 per cent. to 73.7, and the convictions from 27.2 per cent. to 44.8 ; thus clearly proving the facilities for escape afforded by this crowding together of human beings "without anything to remind them of God or Nature." In the same periods, the thefts by prostitutes and in brothels had fallen from 1,892 to 264. Nor had the scattered population any difficulty in finding accommodation elsewhere, for while the 3,085 houses were being demolished, 26,794, with accommodation for 134,000 inmates, were being built in the healthiest suburbs of Glasgow. It is said, and this argument has the great authority of Lord Shaftesbury, that the population of great cities, and especially of such a town as London, cannot be moved from the centre to the circumference without inflicting great, almost

intolerable sufferings; that thousands of families inhabit, and can only afford to inhabit, single rooms, and that to remove them is to doom them to starvation or the poorhouse. With the greatest deference to the opinion of one who has so intimate an acquaintance with the condition of the poor of London, I venture to express an opinion, founded on that of those who have specially devoted themselves to the study of this question, that the transfer of a full half of the population which now crowds the most miserable haunts of London would be a gain to them and to those they leave behind them. Not only because they would exchange bad air for better, and unhealthy for healthy houses, but because they would be removed from the parts of London in which what is called "charity" is easily obtained, and where regular work, if hard to find, is frequently not sought. Whether the Artisans' Dwellings Act will perform all that its promoters hope is a question which the future will answer. It arms every important municipality with powers as large as those of Glasgow, and it will be their fault, and the fault of those who elect them, if they neglect to take the measures required for the prevention of disease and the diminution of crime. And I have a strong hope that the Government will not long delay the completion of this good work by supplementing this Act with another, applicable to the different circumstances of the smaller towns and rural districts. Although I am very sensible that, long as this Address has been, I must be content to leave many points of interest and importance untouched, yet I am unwilling to conclude it without some fuller reference to those statistics which relate to the disproportion which exists in the criminality of different parts of the country. If I am obliged to give a bad eminence to such counties as Lancashire and Cheshire among English, or to Glamorganshire among Welsh counties, I am very far from wishing you to conclude that the special stigma should be attached to the inhabitants of those counties, as if they were morally inferior to the rest of their fellow-subjects, as if their ministers of religion, their magistrates, their police were less active and vigilant, or the efforts made to contend with evil and promote good are less frequent or less judicious in those than in other counties. So far from this being the case, I believe that the exact contrary would be nearer the truth, and that the greatness of such efforts is generally in proportion to their need. Not only are there in these counties special difficulties arising from density of population and the accumulation of wealth, but we must bear in mind that they annually attract to themselves large numbers of persons of both sexes, of the very age at which crime is chiefly committed, poorly prepared by previous education for resisting the many temptations to which they are exposed, and deprived of those social safeguards on which their innocence so greatly depended. The native of a manufacturing town lives among his relations and friends, among those whose good opinion he values and he would struggle hard not to forfeit. The immigrant, whether from Midland, Eastern, or Western Counties of England, from Ireland or Wales, or the Highlands of Scotland, finds himself in a new world, surrounded by the novel and gaudy attractions of vice, with no friend to warn him, no family at hand whom he would fear to offend or would shrink from disgracing. The counties, in fact, which produce most crime are just those which attract most

immigrants. In some counties half or nearly half the decennial increase of population is due to immigration. Let us take the case of Lancashire and Cheshire, the two counties which figure most darkly in the Criminal Statistics. In Lancashire I have already stated that in 1871 one indictable offence was committed for every 251 of the inhabitants. In Cheshire one was committed for every 490; while in Cardiganshire there was but one for 3,338; in Cornwall, one for 2,448; in Rutland, one for 2,207. But not only was there no immigration into these three latter counties, but there can be no doubt that a large number of young men of active and enterprising spirit, sometimes of dubious character, left those rural solitudes and haunts of innocence to exchange them for the high wages and dangerous attractions of Manchester and Liverpool. We have no means of tracing the amount of crime due to these immigrants, for whose education and training Lancashire and Cheshire were not responsible, but it is impossible to doubt that it must be considerable. The Census and Judicial Statistics together enable us, however, to draw some conclusions with respect to the proportion of crime due to those of other than English and Welsh birth, according to which it would appear that 25 per cent. is committed by those born out of England and Wales. Of these, far the largest contributors are the Irish. The total number of Irish-born residents in England, according to the Census of 1871, was 566,540, of whom no less than 498,733 were above 20 years of age. They constituted 1-40th of the population of England and Wales. Adopting the only test we possess of the nationality of crime committed in England and Wales, the portion due to the Irish would appear to be enormous. That test is the number of committals to prisons. It is imperfect, and to some extent unfavourable to the Irish, as in case of many summary convictions a committal is rather an evidence of poverty than of superior criminality. If the Irish in England are poorer than the relative class of English who are summarily convicted, there will be a larger proportion of them committed to prison for non-payment of fines and costs. The number of all ages committed to prison in 1873 was 155,413, of whom 22,100 were Irish-born, or 14·2 of the whole. The Irish, therefore, judged by this test, being 1-40th of the population, committed one-seventh of the crime. There are two objections to the fairness of this comparison; one is that a far larger portion of the Irish-born inhabitants of England are above the age of 20 than of the English with whom they are compared. They are largely composed of single men and women of the age at which crimes are mostly committed, or, if married, their children are mostly born in England, and count as English. The other is, that nearly all the Irish migrate to the populous manufacturing districts, in which crime is rifest, with the population of which they ought, therefore, to be compared, and not with that of England and Wales generally. I fully admit the force of these objections; and, in the comparison I am about to make, have endeavoured to meet them, by estimating on both sides all under the age of 20 and comparing together those who have settled in Lancashire and Cheshire, with the remaining inhabitants of those counties.

There are, then, in Lancashire and Cheshire, 1,830,722 persons above 20 years of age. Of these, 196,880 are Irish-born, and 1,633,842 not of Irish birth. The

committals of non-Irish to prison in 1873 numbered 24,280 ; the committals of Irish-born were 7,034. The proportion per 1,000 of non-Irish committals was 14·86 ; the proportion per 1,000 of Irish-born 35·72. The case of the Irish-born residents in England strikingly illustrates the twofold effect of these transfers of population, by showing how much the outflow of inhabitants reduces the crime of the country they leave, and aggravates that of the country to which they resort. Ireland derives natural satisfaction from the fact that only 31,950 of its 5,400,000 inhabitants are yearly committed to gaol for offences great and small. But Ireland ought not to make comparisons with England in this respect, without bearing in mind that its contingent of 566,000 has furnished annually no less than 22,100 prisoners to English gaols. If, as I have heard it suggested, Ireland does not bestow on us a fair specimen of her inhabitants, then she relieves her prisons at the expense of England ; or if, as seems more probable, the large proportion of crime committed by Irish residents in England is due rather to circumstance than to their inferiority to the mass of their countrymen, then we are driven to the conclusion that their training has been defective, and has unfitted them, even in a greater degree than that of the English peasant, to resist the temptations and trials of our rich and populous towns. It is not necessary, indeed, that Irishmen should leave their native shores in order to establish this fact. The able compiler of the Irish Judicial Statistics shows incontestably that the Dublin Metropolitan Police District, with its population of only 337,000, produces more serious crime than all the remainder of Ireland with its 5,000,000 and upwards. But for this statement and conclusive statistics, I should hesitate to believe that of the 6,942 indictable offences committed in Ireland 3,806 are due to this one district ; or that, to use his own figures, while the indictable offences committed were to the entire population of Ireland, 12·8 per 10,000 inhabitants, the proportion in the Dublin district was 112·8 per 10,000. Indeed I much doubt whether any town in England exhibits in proportion to population an amount of criminality equal to that district of Dublin. Although little more than two-thirds of its population are strictly urban, the remainder being among the choicest in Ireland, it yet produces more than double the serious crime of Birmingham, in which town only 1,776 indictable offences were reported in 1873, the population of both places being almost exactly equal. The Volume of Irish Judicial Statistics is compiled with infinite industry and signal ability. But surely the facts I have just produced demonstrate the inapplicability and uselessness of those laborious comparisons between the crime of England and that of Ireland which occupy so many of its pages. What profit can be derived from the comparison of countries, the circumstances of which are so widely different in all that relates to crime ? The crime of Wales in proportion to population is but half that of England ; yet I have never heard that superiority referred, as in the comparison between Ireland and England, to the greater numbers of the Welsh police, or to a better system of public prosecutions. We all know that it is due to certain favourable circumstances, and to them only. If a comparison must needs be drawn between Ireland and England, I would venture to suggest that it should be made between Ireland and as many English

counties as would most nearly represent the distribution of population and wealth in Ireland. Some light might then be thrown upon the value of the respective systems of police and justice pursued in the two countries. In the meantime I feel bound to say that my inquiries have forced me to the conclusion that an excessive proportion of the crime in England and Scotland is committed by Irish-born residents. Whence does this arise? Why do Irishmen, comparatively free from crime at home, fall so readily victims to its seductions in England, Scotland, and America? The only explanation I can offer is that, even more than the migrating Englishman or Scotchman, the Irishman suffers from being removed from his home and the many safeguards, social and religious, which there environ him. There is much to be said for a system under which the more ignorant submit themselves, their consciences, and their actions to the guidance of those whom they believe to be wiser and more virtuous than themselves. Only the guidance must be continual: for, once withdrawn, its objects fall a helpless and easy prey to temptation and bad example. Removed from the influence and precepts of their "guide, philosopher, and friend," they wander from the right way far more readily and more fatally than those who have been accustomed to rely upon themselves and to seek guidance from their own thoughts and convictions. It is a necessity of our national position that a large part of our population should forsake the shelter of their homes. They cannot avoid temptation; they must learn to face and conquer it, or to perish. And, such being the law of our existence, it follows "as the night the day" that a good education, in the largest sense of that elastic word, is at once the best instrument of success in life, and the strongest security against vice and crime. While neglecting no precaution, while attacking the great citadel of crime on every side and with every weapon, our most assured hope of success must ever rest upon the increased morality and the manly intelligence of our people—not that I venture to dream of a Utopia from which crime shall have disappeared. We may improve, we cannot radically change our human nature. And the moral I would draw from the history of the past and the picture of the present is not that we should contentedly and lazily acquiesce in the present state of things, as being about the best which human means and human effort can attain, but that, gathering confidence from past experience, we should extend and enlarge those direct agencies which have been successfully tried, and enter resolutely upon those new and indirect paths which are opening around us with so fair a promise of good. We have received from those who immediately preceded us a world much better than they found it. Let it not be our fault if we do not transmit it to our successors improved, purified, and invigorated. "Absolute perfection, indeed," said Archbishop Whateley, in his "Thoughts on Secondary Punishments," "the entire prevention of crime is a point unattainable; but it is a point to which we may approach indefinitely; it is the point towards which our measures must always be tending, and we must estimate their wisdom by our approach to it."

(15) Es gehört einiger Muth dazu, sich öffentlich zu der Meinung zu bekennen, dass eine Tracht Prügel die einzige richtige, ja zuweilen die einzige mögliche

Art von Strafe sei. Im vertrauten Gespräche kann man freilich von gar Manchem eine Zustimmung zu dieser Ketzerei erhalten ; allein öffentlich etwas auszusprechen, was von der Wissenschaft verworfen und in tausend Aeusserungen der Organe der öffentlichen Meinung unwidersprochen als eine Barbarei, eine des gebildeten Menschen unwürdige Rohheit bezeichnet wird, dazu entschliesst man sich nicht. Am wenigsten Jemand, der irgend eine Wahl in Aussicht nimmt oder sich vor einem Schandzettel in den Zeitungen fürchtet. Sei es drum ; es muss doch am Ende erlaubt sein genauer zuzusehen, ob und wie weit man es mit Gründen oder mit Phrasen zu thun hat, ob nicht vielleicht aus falscher Humanität das Kind mit dem Bade ausgeschüttet worden ist.

Hier versteht sich nun von selbst, dass von einer körperlichen Züchtigung als Strafe ganz abgesehen werden müsste, wenn eine solche Handanlegung an sich, also unter allen Umständen, in jeder Form und in jedem Maasse eine Unmenschlichkeit wäre. Dem ist aber offenbar nicht so. Es sind allerdings Handlungen barbarischer Art möglich : so z. B. wenn bis zum Tode geprügelt, wenn der Leib durch Ruthen- oder Peitschenhiebe zerfleischt, wenn ein bleibender oder gefährlicher Nachtheil durch die Art oder die Dauer der Züchtigung zugefügt wird, z. B. Lähmung, Schwindsucht. Von dergleichen kann und darf denn niemals die Rede sein und mit allem Rechte ist also unter Anderem das grausame Gassenlaufen beim Militär beseitigt worden, ist die Knute und die neunschwänzige Katze unbedingt zu verwerfen. Allein es wäre abgeschmackt, jede körperliche Züchtigung so zu bezeichnen. Dieselbe kann vollkommen innerhalb der Grenzen des vom Menschen zu Ertragenden und Anzusehenden bleiben.

Ebenso mag zugegeben werden, dass das Strafrecht sich der Züchtigung zu enthalten hätte, wenn die Zufügung einer solchen immer eine den Verhängenden selbstschändende Unsittlichkeit wäre. Aber auch dem ist nicht so. Sie kann es sein, namentlich wenn kein Grund zu einer solchen Antastung vorlag, wenn sie im Missverhältnisse zu der Schuld stand, wenn ein achtenswerthes Verhältniss unberücksichtigt blieb und dergleichen ; aber es muss keineswegs sich so verhalten. Sieht man auch ganz ab von den bei der Erziehung vorkommenden Schlägen (deren pädagogischer Werth im Uebrigen hier unerörtert bleibt), oder von gelegentlichen Zurechtweisungen eines frechen Jungen, so wird doch wohl kein Vernünftiger eine des Menschen unwürdige Handlung darin erkennen, wenn ein durch seine Kräfte dazu befähigter Mann einen Strolchen, welcher ihn auf offener Strasse oder im freien Felde beschimpft und bedroht, derb durchbläuet, oder wenn er einen in seinem Garten betroffenen Dieb mit Prügeln über den Zaun jagt, wenn ein Officier plündernde und misshandelnde Soldaten mit flachen Säbelhieben zum Hause hinaustreibt, anstatt, wozu er auch unter Umständen berechtigt wäre, sie niederzustossen. Es kommt offenbar auf den Grad der angewendeten Züchtigung und daneben auch auf die Veranlassung und die Umstände an, und nicht jede Zufügung einer körperlichen Strafe ist an und für sich schon eines gebildeten Menschen unwürdig, eine in gesittigter Gesellschaft unbedingt unerlaubte Handlung.

Damit ist denn aber allerdings noch nicht gesagt, dass körperliche Züchtigung als gesetzliches Strafübel anzurathen sei. Es wäre vielmehr immerhin noch möglich, dass die Zufügung von Schlägen mit einem vernünftigen Strafsysteme nicht vereinbar wäre, und es versteht sich von selbst, dass sie in einem solchen Falle nicht in das Gesetzbuch aufgenommen werden dürfte, möchte in anderen Beziehungen über die Handlung an sich zu sagen sein, was da immer wolle. Dies ist denn also der Punkt, auf den es hier ankommt, der genauer untersucht werden muss.

Eine Unvereinbarkeit von körperlichen Züchtigungen mit einem richtigen Strafsysteme wird nun aber in der That behauptet, und zwar aus zweierlei Gründen. Einmal sollen dieselben nicht diejenigen Eigenschaften besitzen, welche überhaupt bei einem vernünftigerweise anzuwendendem Strafübel verlangt werden müssen. Zweitens aber wird angegeben und ausgeführt, dass bei der Anwendung sich besondere Nachtheile rechtlicher und sittlicher Art ergeben. Beide Aufstellungen sind nun aber zu läugnen, wenigstens im Wesentlichen.

Was zuerst die allgemeinen Eigenschaften eines jeden vernünftigerweise anwendbaren Strafübels betrifft, so werden dieselben folgendermaassen formulirt: 1) ein solches Uebel dürfe nicht verunsittlichen; 2) es müsse ein empfindliches Uebel sein; 3) bei verschiedenen Personen möglichst gleichmässig wirken; 4) im Verhältniss der grösseren Schuld härter wirken; 5) abschätzbar und theilbar sein; 6) sich in den Folgen möglichst auf die Person des Schuldigen beschränken; 7) widerruflich und möglichst wieder gut zu machen sein.

Ohne Zweifel wäre über diese Ansprüche an ein Strafübel manches zu sagen, und ist es z. B. sehr zweifelhaft, ob die jetzt beliebteste und fast allein angewendete Strafart, die Einsperrung, eine scharfe Vergleichung mit denselben aushalten kann; allein sie mögen vor der Hand angenommen sein, wie sie die Wissenschaft aufstellt. Liegt nun nicht, so dürfen wir wohl fragen, auf offener Hand, dass die Leibesstrafe diese geforderten Eigenschaften hat, und zwar zum Theil in auffallendem Maasse? Bei den Nummern 2—6 ist es überflüssig auch nur einen Augenblick zu verweilen. Hinsichtlich der Nummer 7 ist freilich eine Widerrufung, wenn die Strafe einmal vollzogen war, physisch nicht möglich und eine Wiedergutmachung nur etwa durch eine Geldentschädigung oder nachträgliche Unschulderklärung; allein dies kann kein durchschlagender Grund gegen die Anwendung einer körperlichen Züchtigung sein, da ja ganz dasselbe bei allen andern Arten von Strafübeln stattfindet, etwa die einzige Geldstrafe ausgenommen, also gerade die ihrem allgemeinen Werthe nach zweifelhafteste und bei schweren Vergehen gar nicht anwendbare.

Kann etwa eine bereits verbüsste Gefängnisstrafe wieder abgenommen werden? Oder gar eine Todesstrafe? Ueberhaupt ist es ein wunderlicher Gedanke, zu verlangen, dass eine nothwendige Handlung der Staatsgewalt mit Hinsicht auf die Möglichkeit einer Wiedezurücknahme wegen eines später etwa sich zeigenden Fehlers eingerichtet werden müsse. Dies ist in tausend Fällen unmöglich, und daher viel verständiger auf Mittel zu sinnen, welche ein unrichtiges Handeln

verhindern, als gleich von vorneherein, eine Zurücknahme frei zu halten. So bleibt also nur die gleich zuerst gestellte Forderung, dass ein Strafübel nicht verunsittlichen dürfe. Dieser Satz ist unbedingt zuzugeben aus Gründen der Moral und der Zweckmässigkeit; allein die Frage ist, ob er hier Anwendung findet. Allerdings wird er von den Gegnern der Leibesstrafen entschieden in das Feld geführt. Eine solche Strafe, sagen sie, entwürdigte den Gestrraften in seinen eignen Augen, mache ihn dadurch zu Allem fähig, erfülle ihn mit Hass und Erbitterung u. s. w.

Dies ist aber nur theilweise thatsächlich richtig, und kann in den Fällen, wo es wirklich eintrete, vermieden werden. Thatsächlich richtig ist es nur allzu oft, dass eine Körperstrafe gar keinen psychischen Eindruck macht, also natürlich auch nicht verunsittlicht. So bei allen ganz rohen, durch und durch bereits verdorbenen Subjecten; so aber auch bei ganzen Bevölkerungen, welche noch auf sehr niederer Stufe der Gesittung stehen. Menschen dieser Art werden durch eine Tracht Prügel nicht im Mindesten gedemüthigt oder mehr und anders erbittert als durch jede andere Strafe. Vermieden werden aber kann und soll—wie unten näher angegeben werden wird—eine Entsittlichung da, wo sie überhaupt eintreten könnte, durch eine psychologisch richtige Auswahl der Fälle, in welchen diese Strafart zur Anwendung gebracht werden darf. Eine Verwerfung von vorneherein ist also aus diesem Grunde nicht nöthig, sondern nur Vorsicht in der Behandlung. Damit aber ist denn die vom Standpunkte der allgemeinen nöthigen Eigenschaften der Strafübel erhabene Bekämpfung als missglückt erwiesen.

Ausser diesen mehr formellen oder wenigstens technischen Forderungen, welche schon deshalb von geringer Bedeutung sind, weil kein Strafübel ersonnen werden kann, welches ihnen sämmtlich und gleichmässig entspricht, wird denn aber auch eine lange Reihe von Einwendungen gegen die Anwendung der Prügelstrafe aus höheren rechtlichen und sittlichen Gesichtspunkten gemacht. Diese verdienen denn jeden Falls eine nähere Untersuchung. Es wäre ja immerhin möglich, dass eine an und für sich als Strafübel taugliche Behandlung doch wegen sonstigen Eigenschaften oder Folgen unterlassen werden müsste. Aber auch hier sind die Gegner nicht besonders glücklich. Ihre Behauptungen sind entweder ganz unbegründet oder sie haben nur einen ganz bedingten Werth.

1) Es wird behauptet, eine Leibesstrafe verletze den Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetze, wenn man sie nur für gewisse Klassen von Personen zur Anwendung bringe. Wir gestehen, dass uns das Verständniss schon dieser ersten Einwendung gänzlich fehlt. Sie hätte einen Sinn, wenn die Prügelstrafe nach Ständen zuerkannt, z. B. also bei gleichen Vergehen der Dienstbote, der Bauer, der Bürgerliche damit belegt würde, der Dienstherr, der Handwerker, der Adelige dagegen nicht. Allein von alledem ist ja nicht die Rede, sondern nur davon, diese Strafe auf Handlungen bestimmter Art zu setzen, gleichgültig wer sie begehen mag; oder etwa auch davon, eine Leibesstrafe da anzuwenden, wo nach der Lebensweise des zu Bestrafenden jede andere Art von Strafe gar kein Uebel oder überhaupt thatsächlich nicht anwendbar wäre. Wenn also dem Vagranten

Prügel gedroht sind, so geschieht dies nicht, weil er arm ist, sondern weil man (ob richtig oder unrichtig, ist eine andere Frage) annimmt, dass eine Gefängnisstrafe von gar keiner Wirkung auf ihn wäre. Ebenso beruht

2) Die Einwendung, dass eine Leibesstrafe die Forderungen der Gerechtigkeit verletze, lediglich auf falschen Voraussetzungen, nämlich auf der Annahme, dass die Strafe auch in gar nicht dazu geeigneten Fällen zur Anwendung komme. Einmal nämlich soll Ungerechtigkeit vorliegen, weil eine Leibesstrafe in umgekehrtem Verhältnisse zur Schuld und zur inneren Verderbniss stehe; sie wirke vernichtend auf den Ehrliebenden, während sie den Ehrlosen gleichgültig lasse. Dies wäre den Fall, und sicherlich ein unbedingter Grund gegen diese Art von Strafe, wenn die Voraussetzung richtig wäre, dass sie auch bei Ehrliebenden zur Anwendung kommen könne. Wenn dagegen, was ja doch von einer vernünftigen Gesetzgebung anzunehmen ist, Leibesstrafen überhaupt nur auf Handlungen gesetzt sind, welche ihrer Natur nach Ehrliche von vornweg ausschliessen, oder, welche in den Motiven des einzelnen Falles, eine ungewöhnliche Niederträchtigkeit und Rohheit beweisen, so ist ja die ganze Möglichkeit der gefürchteten sittlichen Vernichtung gegenstandlos. Höchstens kann aus dieser Besorgniss die Warnung an die Gesetzgebung hervorgehen, die fragliche Strafe doch ja nur auf solche Handlungen zu setzen, welche eine besondere sittliche Rohheit als unzweifelhaft erscheinen lassen: eine Warnung, welche in der That überflüssig ist. Sodann aber soll die Strafe ungerecht sein, weil sie den Schwachen vernichte, den Starken aber unversehrt lasse. Dies beruht nun auf der falschen Unterstellung, dass auch schwache, zur Ertragung einer körperlichen Züchtigung unfähige Menschen bis zur "Vernichtung" geprügelt werden müssten und könnten. Allein wo ist eine solche Barbarei Sitte oder gar Gesetz? Wohl überall, wo Prügelstrafe gerichtlich angeordnet werden kann, besteht auch die Vorschrift, dass der Arzt über die Anwendbarkeit überhaupt, und über das Maass derselben ein entscheidendes Gutachten zu geben hat.

3) Der Behauptung, dass die Prügelstrafe verwerflich sei, weil sie keine Genugthuung, vielmehr Mitleiden mit dem Gestraften und Unwillen gegen den Richter hervorrufe, indem der gebildete Theil des Publikums ihr widerstrebe, setzen wir den entschiedensten Widerspruch entgegen. Im Gegentheil wird sehr entschiedene Genugthuung vorhanden sein, wenn ein niederträchtiger Mensch wegen seines besonders rohen Vergehens eine tüchtige Tracht Prügel erhält, und wird der Richter nicht darum getadelt, sondern vielmehr belobt werden. Dieses Gefühl mag man namentlich da, wo keine Leibesstrafe besteht, und also auch bei den empörendsten Bübereien nur eine ganz wirkungslose Gefängnisstrafe zuerkannt werden kann, häufig und drastisch genug ausgesprochen hören, und zwar von Personen, welche sich in aller Bescheidenheit auch zu den Gebildeten rechnen. (Von armselig Sentimentalen, welche nur mit dem Verbrecher, nicht aber mit dem Verletzten und nicht mit der Rechtsordnung Mitleid haben, ist freilich nicht die Rede.) Wenn aber gar bemerkt wird, auch der Bestrafte komme dabei nicht zum Bewusstsein, dass ihm sein Recht widerfahren,

sondern er empfinde die Verletzung seiner Persönlichkeit als eine rohe und unsittliche Gewalt : so ist es schwer, ganz ernsthaft zu bleiben. Es ist in der That ein spasshafter Gedanke, die Anwendbarkeit eines Strafübels davon abhängig machen zu wollen, dass der Gestrafte selbst eingestehe, es widerfahre ihm durch deren Zuerkennung sein Recht, und dass er die ihm zu Theil werdende Behandlung als eine freundliche und wohlwollende betrachte. Wenn in allen Fällen einer Strafe auf ein solches einsichtiges Selbsterkenntniss gewartet werden muss, so werden unsere Gerichte gute Tage haben und die Stände können grosse Ersparnisse an Gefängnissbauten machen, denn es ist die grösste Wahrscheinlichkeit, dass auch die einsame Strafzelle und Zwangsarbeit nicht den vollen Beifall Derer haben wird, welche dazu barbarischer Weise verurtheilt werden sollten. Wohin müssen denn aber solche unklare Gedanken und ein solcher phrasenhafter Dogmatismus führen? Handgreiflicher Weise hat doch nicht das Anerkenntniss des Verbrechers, sondern die vernünftige Erwägung des Gesetzgebers über die Richtigkeit eines Strafübels zu entscheiden.

4) Die Prügelstrafe, wird ferner gesagt, vernichtet das Ehrgefühl, und damit die Grundbedingung der Besserung. Hierüber ist viel zu sagen. Zunächst soll, wie bereits bemerkt, eine Leibesstrafe überhaupt da gar nicht angewendet werden, wo von Ehrgefühl irgend die Rede sein kann, sei es nach der Natur des begangenen Verbrechens selbst, sei es nach den ersichtlichen Motiven der That. Sodann ist eine psychologisch falsche Auffassung, dass Besserung durch Ehrgefühl veranlasst werde ; dies geschieht durch Reue und durch verständige Ueberlegung der Folgen eines gesetzwidrigen Beginnens. Ehrgefühl hätte sollen von der Begehung der üblen That abhalten ; war es hierzu nicht stark genug, so ist nicht abzusehen, wie es gar noch eine positive Steigerung der sittlichen Kraft bewirken könne. Man wird doch nicht behaupten wollen, dass überhaupt irgend eine Strafe und Strafart das Ehrgefühl steigere. Endlich und hauptsächlich muss auch hier gegen den jetzt so weit und breit um sich greifenden und nachgeschwatzten Grundsatz, dass ein Hauptzweck (nach Manchen gar wohl der einzige Zweck) der Strafe Besserung sei. Es ist natürlich sehr erfreulich, wenn dies der Fall ist, und es kann nur dazu gerathen werden, die Strafe wo möglich auch zu einer Besserung zu benützen. Allein der Zweck der Strafe ist Besserung nicht, sondern vielmehr soll ein Uebel zugefügt werden wegen der Begehung einer Gesetzwidrigkeit (gleichgültig jetzt aus welchem obersten rechtsphilosophischen Grunde). Entspricht ein Uebel der Art und Schwere einer bestimmten verbrecherischen Handlung, so ist es in das Gesetzbuch aufzunehmen und vom Richter zu erkennen. Sollte es nicht zur Werkstellung einer Besserung geeigenschaftet sein, so ist dies ein Mangel ; allein daraus geht noch keineswegs hervor, dass nicht die übrigen Eigenschaften überwiegen, und dass nicht, in Ermangelung eines vollkommen zweckmässigen Strafmittels, eben dieses das relativ beste sei.

Man bedenke doch, zu welchen praktischen Ungeheuerlichkeiten die Aufstellung der Besserung als Strafzweck führen müsste. Es würde z. B., um nur Einiges anzuführen, ein so hartgesottener Verbrecher, dass nach aller mensch-

lichen Wahrscheinlichkeit an eine Besserung desselben gar nicht gedacht werden kann, von vorneherein ganz straflos bleiben. Ja, strenge genommen, wäre eine bestimmte Erklärung eines Verurtheilten, dass er sich bestimmt nicht bessern wolle, ein zwingender Grund, ihn straffrei zu lassen. Andererseits aber dürfte auch ein Gesetzübertreter, an dessen allgemeiner Sittlichkeit und Gesetzlichkeit nicht zu zweifeln wäre, und der nur aus Unbedacht oder in einem nicht beherrschbaren Sturme von Leidenschaft ein Vergehen begangen hätte, jetzt aber schon in die aufrichtigste Reue verfallen wäre und von dem eine Wiederholung nimmermehr zu fürchten wäre, gar nicht verurtheilt werden. Der Zweck der Strafe wäre ja schon erreicht. Sodann müsste eine anscheinend vollendete Besserung zur alsbaldigen Aufhebung der weitem Strafe führen. Wer sieht aber nicht, welche heuchlerischen Täuschungen dieses nicht nur erzeugen könnte, sondern müsste, und wie schmachvoll das Rechtsgefühl genarrt, die öffentliche Sicherheit gefährdet werden würde? Es wäre gar kein feststehendes Strafmaass damit vereinbar. Der Eine würde, und wäre sein Verbrechen noch so schwer, in ganz kurzer Zeit entlassen werden, wenn er nur die zuständige Behörde von seiner bereits eingetretenen Besserung zu überzeugen vermöchte; ein Anderer müsste folgerichtig wegen einer vielleicht unbedeutenden Handlung, fort und fort in der Besserungskur behalten werden, wenn diese zwar nicht ganz erfolglos bliebe, aber doch nur langsam vor sich ginge. Ueberhaupt würde ja der ganze Grundgedanke des Strafrechtes verlassen und der Grund sowohl als das Maass der Strafe nicht in die gesetzwidrige Handlung selbst gelegt, sondern in ein späteres, mit dem Vergehen nur zufällig und möglicher Weise verbundenes Verhältniss. Mit einem Worte: wer Besserung als einen wesentlichen Strafzweck annimmt, mit dem ist über Strafrecht und Strafpolitik gar nicht zu verhandeln.

5) Zu den einfachen Unbergeiflichkeiten gehört wieder die weitere Einwendung, dass eine Prügelstrafe nicht einmal dem Zwecke der Abschreckung entspreche, da sie in den Gestraften Hass, Entrüstung und Widersetzlichkeit erwecke. Der einfachste Menschenverstand gibt doch an die Hand, dass eine Strafe, welche im Allgemeinen einen so peinlichen Eindruck macht, allerdings geeignet ist zur Abschreckung. Selbst ein trotziger Hass wird einer möglichen Aussicht auf eine Wiederholung dieser Strafe seine Beachtung nicht versagen. Gerade die abschreckende Wirkung ist ein wesentlicher Vorthail, wenn auch nicht der Grund der Leibesstrafe.

6) Nur Phrase und zwar Phrase von sehr zweifelhaftem Geschmacke ist es, wenn behauptet wird, die Zuerkennung einer Leibesstrafe entehre die Behörde selbst, weil es nicht edel sei, die Macht der Gesetze mit der Peitsche beweisen zu wollen; nicht edel, auf das seelische Leben, durch körperliche Schmerzen einzuwirken; nicht zweckmässig, eine Strafe durch einen einzelnen Menschen anwenden zu lassen, da die Strafe durch die unsichtbare Person des Staats verhängt werde, und dergl. Es ist nicht der Mühe werth, mit dergleichen Beweisgründen die Zeit zu verlieren. Und ebenso ist es

7) Ueberflüssig darauf zurückzukommen, dass eine körperliche Züchtigung der Gesundheit, besonders bei jugendlichen Personen, gefährlich sei. Hierüber ist oben zu 2 schon das Erforderliche bemerkt.

Es kann somit durchaus nicht zugegeben werden, dass Gründe vorliegen, welche die Zuerkennung einer Leibesstrafe als etwas vom rechtlichen oder sittlichen Standpunkte aus Unzulässiges, in einem gesittigten Staate Unmögliches nachweisen. Nur so viel ist vielmehr anzuerkennen, dass diese Art von Strafe keineswegs in allen oder auch nur in vielen Fällen, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen erkannt werden kann und dass bei ihrer Verhängung gewisse Vorkehrungen getroffen werden müssen. Dies aber sind Beschränkungen, welche bei jeder anderen Art von Strafe ebenfalls nothwendig sind. Auch Ehrenstrafen, Geldstrafen, selbst Freiheitsstrafen sind keineswegs unter allen Voraussetzungen anwendbar und erfordern eine Unterscheidung der objectiven Verhältnisse und der Persönlichkeiten. Von der Todesstrafe gar nicht zu reden.

Wenn hiermit das landläufige Gerede über die Barbarei und die Unverträglichkeit der körperlichen Züchtigung auf sein richtiges Maass zurückgeführt worden ist, so ist es schon nach dem Gesagten nicht entfernt die Absicht, eine häufige oder ununterscheidende Anwendung zu empfehlen, es für eine Rückkehr zu besseren Zuständen zu erklären, wenn links und rechts geprügelt werde. Es hat nur gezeigt werden wollen, dass man von einem falschen Extreme zu einem andern übergegangen ist und sich, wie gegenwärtig so oft im Strafrechte, durch ungesunde Sentimentalität und unschlüssiges Denken zu falschen Annahmen und hohlen Deklamationen hat verführen lassen, dadurch aber wirklich empfindlichen Schaden angerichtet hat. Auch auf die Gefahr hin, zu den ungesittigten Gewaltmenschen, zu den nicht im Lichte unserer Zeit Wandelnden, zu den in Bildung und Humanität Zurückgebliebenen geworfen zu werden, haben wir die wohlbedachte Ueberzeugung aussprechen wollen, dass es Fälle gibt, in welchen eine (allerdings nach der Ertragungsfähigkeit bemessene) tüchtige Tracht Schläge eine vollkommen verdiente und überdiess eine weit zweckmässigere Strafe ist, als alle anderen. Wir beabsichtigen hier keine Revision der Strafgesetzbücher vorzunehmen aber beispielshalber und damit wir nicht beschuldigt werden, im Unbestimmten geblieben zu sein, wollen wir als hierher gehörige Fälle bezeichnen: rohe Grausamkeiten gegen Thiere; unmenschliche Behandlungen von Kindern oder sonst hilflosen Personen; freche Angriffe auf unbescholtene Frauen; Zerstörungen von Kunstwerken oder sonstigen unersetzlichen Gegenständen aus bübischer Rache; wiederholte Diebstähle von ganz verkommenen Strolchen, für welche eine Verurtheilung zum Gefängnisse gar keine Strafe ist.

Wir sind verstockt genug, nicht nur auf Entschuldigung zu hoffen, sondern sogar auf Zustimmung, wenn auch nur im Stillen.

(15a) Any doubt which may have been felt as to the necessity of resorting to flogging as a punishment for brutal and cowardly violence will be removed by the strong and almost unanimous opinion which the Judges have expressed on the

subject. As a rule Judges are very moderate and cautious persons ; somewhat sceptical perhaps, if they have had much experience, of the value of any kind of punishment, and by no means disposed to be severe. It is impossible to read their letters to the Home Secretary without seeing how reluctant they evidently were to come to the conclusion that corporal punishment ought to be extended. Yet in the face of glaring facts they could not avoid the responsibility of recommending it. It appears to us that an opinion which has been arrived at in this manner must necessarily have great weight, and it can hardly be doubted that legislation will be proposed in accordance with the views of the Judges. Chief Justice Cockburn holds that flogging has been found efficacious in putting down the offences for which it is authorised as a punishment by the 26 & 27 Vict. c. 44, and that it should be extended to cases of savage assault. Mr. Justice Blackburn is disposed to think that, on the whole, flogging would have a deterrent effect, especially as it appears to have had that result in the cases to which it has already been applied. Mr. Justice Mellor is of the same opinion, and Mr. Justice Lush speaks very strongly of the practical value of flogging as tested by experience. "When," he says, "I first went to Manchester, in the spring of 1866, there was a general feeling of alarm at the prevalence of what is called 'garotting.' It had increased, notwithstanding that heavy sentences of penal servitude had been awarded at the previous assizes. I flogged every one—as many, I think, as twenty or twenty-one. I went again in the summer of the same year, and had to administer the same punishment to about half the number. I have been there five times since, and have, I believe, only had one such case, and that was three or four years ago. The same result has followed at Leeds and Chester, and the crime has all but disappeared. From what I have seen and heard from the prisoners, some of whom have implored me to give any term of penal servitude rather than the 'cat,' and from what I have been told by governors of gaols, I have no doubt that flogging is more dreaded than any amount of imprisonment or penal servitude, and that the suppression of 'garotting' is attributable solely to this kind of punishment." Mr. Justice Quain is no less emphatic. "Flogging," he says, "is the only punishment, except the punishment of death, that seems to retain any real deterrent power about it." Mr. Justice Archibald holds that flogging has proved to be of great efficacy in the cases to which it is at present applied, and approves its extension to brutal assaults causing "grievous bodily harm." While deprecating corporal punishment generally, Chief Justice Colclough acknowledges that "there are extreme cases in which the cruelty and wickedness of the criminal will justify the infliction upon him of bodily punishment." Mr. Justice Grove would allow judges a limited power of ordering flogging in cases of savage cruelty, as well as of indecent assaults on women and children. Chief Baron Kelly takes much the same view ; and so do the other Barons of the Exchequer. "I have been told," says Baron Bramwell, "and believe, that crimes of violence have been rife in a town ; that a judge at the assize has deemed it his duty to order flogging ; that crimes

of that character nearly ceased ; that a discontinuance of the punishment caused them to be renewed, till the punishment was repeated, with the same result. This is in itself a good thing. And I am by no means sure that, if flogging was persisted in in such cases, it would not have a humanising effect. I believe that a crime branded in this way by the reprobation of the law and public opinion would soon become odious." Baron Pollock admits that before he was on the Bench he was against flogging, but five circuits in the Northern and Midland Counties have taught him that the practice has worked well and gone far to put an end to systematic robberies with violence.

On the other hand, three judges are either opposed to or have grave doubts as to the propriety of corporal punishment. Mr. Justice Keating holds that the existing law, if properly applied, is sufficiently stringent, and that the flogging of adults is a retrograde practice, and likely to tend to pernicious results. He has never himself sentenced any one to this punishment under the Act as to garotters, and he knows that Mr. Justice Willis was also opposed to it. The grounds upon which he objects to this form of punishment are, that it is most unequal in its application, a number of lashes which would make one man faint being taken by another with comparative indifference ; and that, moreover, it is neither reformatory nor deterrent. Men, he says, were constantly flogged in the army and navy for repeating the same offences ; and having himself to follow at Leeds a Judge who had been very liberal with the "cat," he found that the number of cases had considerably increased. To be logical, he suggests that flogging should be publicly applied at the cart's tail, which would of course brutalise the masses. A private whipping, he thinks, has little effect on the public outside, while it hardens the offenders. "It is supposed," he adds, "that a man knowing the punishment to be annexed to a particular crime will avoid it ; but I believe that nine-tenths of the crimes of violence committed throughout England originate in public-houses, and are committed under circumstances which exclude all reflection." It is obvious that this argument might be equally used against any form of punishment, including hanging. Mr. Justice Brett thus sums up the question :—"That which is in favour of flogging in certain cases is that it is, in my opinion, clearly a deterring punishment, and that certain cowardly assaults, punished as they now are, increase in number and violence. That which is against the suggested enactment is that it is a return to a punishment which was formerly tried and failed ; that it is a punishment which to be of any effect must be applied to powerful men, and which may, when applied to them, lose its effect ; that it will necessarily call mischievous attention to inevitable diversity of judgment ; and that it may come to be considered to be cruel and barbarous." On the whole, he votes against it, although he apparently would not strongly object to it in certain cases of cowardly assault. Mr. Justice Denman is opposed to flogging because he has no faith in the *lex talionis*, and prefers penal servitude. We have thus three, or indeed perhaps only two, Judges who object to flogging, while the rest of the seventeen are strongly and unhesitatingly

in favour of it as a necessity of the case. When we come to examine the arguments, we find that there is an overwhelming balance of evidence to prove the deterring influence of flogging as far as experience has gone. It appears to be, above all other punishments, that of which criminals are most in dread; and though it is perfectly true that many crimes are committed by drunken men who do not reflect on the consequences of their acts, it is just possible that the fear of the lash may lead them to keep a check on indulgences which are apt to carry them within reach of so unpleasant a penalty. Mr. Justice Keating says the important question is how the man who has been whipped feels, not before, but after the operation; but it seems to us comparatively a very small question. A man must be about as much a brute as he can be before he is liable to be flogged, and the extremely doubtful possibility of brutalising him a little more is a very small price to pay for the protection of the public. Experience would seem to show that a man who has been thrashed is by no means anxious for another dose. That it is an unequal punishment is only what may be said of almost every other kind of punishment; and the fear that foolish sentimentalists may get up a cry against it on the ground of cruelty is certainly not a reason for refraining from passing a just and necessary law. It is important to observe that the answers of the Chairman of Quarter Sessions, Records, and Chief Constables which are included in the Parliamentary return fully confirm the view that flogging is usefully deterrent. Colonel Henderson states that the Metropolitan Police have found that it has helped them very much in suppressing garotting.

We come to this, therefore, that in the opinion of those who are most intimately acquainted with and responsible for the administration of the criminal law, flogging is a necessary and legitimate method of punishment; but the Judges are careful to point out certain limitations under which alone it ought to be applied. Nothing, of course, could be worse than that the whip should be recklessly used as an everyday weapon, or with such cruelty as to create a sentiment of tenderness and sympathy towards the victim. There is a general agreement that it ought to be applied only in very bad cases, and after the fullest inquiry, and that the right to inflict it should be confined to the Assizes or Quarter Sessions. It is also proposed that the number of lashes which may be given should be reduced. At present the maximum is 50, but it is said that no Judge has ever ordered more than 25, and Mr. Justice Lush has given his opinion that from 18 to 24 are quite sufficient. A question has been raised whether this punishment should be also applied to cases of indecent assault, but the Chief Justice suggests that charges of this kind are frequently got up for the purpose of extorting money, and that the possibility of an ignominious punishment following upon a charge might make timid people more disposed to yield to the demands made upon them. However that may be, there can be little doubt as to the advantage of taking Mr. Justice Quain's advice and administering "a moderate birching on the proper place (not to be called flogging) on boy offenders of and under 14 years of age." Most people will, we think, agree with him that

children of that age had better be treated, not criminally, but in the old-fashioned paternal way. Not long since he had to try three boys under 14 for having tried to smoke out some rats from a bean-stack and burnt down the stack; and he thought it was absurd under the circumstances, that they should be put on their trial for felony. Another point on which the various authorities were asked to give their opinion was as to the expediency of giving an extension of jurisdiction to the magistrates at Petty Sessions, and the Judges are pretty much of one mind in thinking that, on the contrary, the magistrates have rather more power than they ought to have already. It is tolerably clear that a great deal of mischief has been done by magistrates dealing summarily with cases of a very aggravated character which ought to have been sent on to a superior tribunal, and it is suggested that they should be prohibited by a distinct legislative enactment from taking this responsibility on themselves. This is obviously, as Sir J. Coleridge remarks, "a very delicate matter;" but there certainly seem to be strong reasons for believing that a change of this kind would be beneficial.

(16) Wie? — hören wir manchen unserer Leser mit Verwunderung und Abscheu ausrufen — selbst die Beibehaltung des juristischen Mordes soll vertheidigt, die Beseitigung desselben als eine der im Schwunge gehenden Modethorheiten bezeichnet werden? Hat denn der Mann nie gehört, dass die Todesstrafe ein nicht schnell genug zu beseitigender Rest von Barbarei ist? Ist es nicht zu seiner Kenntniss gekommen, dass die Todesstrafe den allgemeinen Forderungen nicht entspricht, welche an die Wahl der Strafmittel gestellt werden müssen, indem ihre häufige Vollstreckung das Volk roh, blutdürstig und rachelustig macht, sie nicht theilbar ist und also keine Berücksichtigung der Schuldunterschiede zulässt, sie sich nicht auf die Person des Bestraften beschränkt, sondern sie auch seine Familie wirthschaftlich und sittlich schädigt; sie namentlich aber im Falle eines Irrthums nicht wieder gut gemacht werden kann? Weis er nicht, dass es keine Forderung der Gerechtigkeit ist, einem Menschen das Leben zu nehmen, weil dies entweder nur rohe Wiedervergeltung aber keine vernünftige Strafe ist oder dem christlichen Gedanken einer allmächtigen Gnade widerspricht und auf der unsinnigen Annahme einer unlösbaren Verstocktheit beruht? Dass die Todesstrafe keine richtige und wahre Genugthuung gewährt, trotz des blutdürstigen Geschreis der Menge, welchem der Gesetzgeber nicht blind folgen darf, sondern diese nur in einem ruhigen und maassvollen Vollzuge einer Strafe zu finden ist, überdiess zu hoffen steht, dass das Volk durch Abschaffung der Todesstrafe veredelt und gemildert werden und in einer mildern Strafe eine edlere und reinere Genugthuung finden wird? Dass der Besserungszweck der Strafe hier ganz verläugnet ist, überdies man sich der Alternative nicht entziehen kann, dass entweder der Verbrecher Reue empfindet, wo dann die Gesellschaft keiner Todesstrafe bedarf, oder verstockt bleibt, in welchem Falle ein Mensch nicht zum Tode geführt werden darf, dem es durchweg am Bewusstsein der Schuld fehlt? Ob er denn wirklich glaubt, dass die durch eine Hinrichtung allerdings beabsichtigte

Sicherung und Abschreckung diese Gegen Gründe alle aufwiege, nicht ihrerseits das Maass weit überschreite, schliesslich doch nicht wirksamer sei, als bei einer andern Strafart, z. B. entsprechender Einsperrung?

Oh ja, wir haben alles dieses mehr als genügsam gehört und gelesen. Wir geben auch zu, dass ein wüstes Geschrei der Menge, welches aus blosser Rache-lust oder aus falscher alttestamentlicher Theologie entspringt, für den Staatsmann nicht maassgebend sein darf; stellen jedoch andererseits die ebenfalls, denken wir, einleuchtende Forderung auf, dass blosser weinerliche Sentimentalität und leere Worte auch nicht entscheiden. Die Frage muss mit männlichem Verstande aufgefasst und nach den Grundsätzen einer richtigen Strafpolitik beantwortet werden. Nun stehen wir aber nicht an, offen auszusprechen, dass jene sogenannten Gründe, mit Ausnahme einer oder zweier Punkte, von welchen besonders die Rede sein soll, in unsern Augen nichts sind als Entstellungen der Frage, Läng-nungen entschiedener Thatsachen, sinnloses Phrasengeklingel; oder Folgerungen aus falschen Strafrechtstheorien. Wir beweisen kurz diese Vorwürfe.

Nur als eine entschiedene Entstellung der Frage können wir es bezeichnen, wenn von den verwildernden Folgen "zahlreicher" Hinrichtungen die Rede ist. Es fällt in unserer Zeit keinem gesittigten Menschen ein, zahlreiche Todesurtheile zu verlangen oder zuzulassen; eine solche Strafe soll vielmehr nur in eigentlichen Nothfällen ausgesprochen und vollzogen werden, also sehr selten. Von der Ver-brennung von Tausenden von Ketzern oder Hexen, oder auch nur von dem Auf-hängen aller Diebe und Strassenräuber, Falschmünzer, Fälscher u. s. w. ist ja gar keine Rede mehr. Um es gleich von vorneherein zu sagen, ein Todesurtheil erscheint uns nur dann gerechtfertigt, dann aber auch unbedingt nothwendig, wenn es sich darum handelt, die Gesellschaft von einem wilden Thiere in Menschengestalt zu befreien, oder wenn Jemand durch eine das sittliche Gefühl tief erschütternde, das objective Recht in hohem Maasse verletzende Handlung thatsächlich den Beweis geliefert hat, dass er ein entschiedener Feind der Grundlage alles geselligen Zusammenlebens ist. Gegen solche Menschen die Gesellschaft und sämtliche einzelne Mitlebenden nicht sicher zu stellen, wäre unsinnig und gewissenlos. Eine absolute Sicherstellung gewährt aber nur der Tod, da jede Freiheits-beschränkung möglicherweise durchbrochen werden kann. Noch sei dabei bemerkt, dass es ganz verkehrt ist, zu befürchten, dass das Volk durch Hin-richtungen rachesüchtig werde. Gerade im Gegentheile wird es zu einem rache-süchtigen Grimme aufgestachelt, wenn ein, seinem Gefühle nach sittlich des Lebens unwürdiges oder ein höchst gefährliches Scheusal nicht beseitigt wird. Nicht da, wo auf eine strenge aber gerechte Rechtspflege gezählt werden kann, entsteht Lynch-Gesetz, sondern da, wo man sich vom Staate verlassen und schutz-glaubt.

Für eine Ablängnung offen liegender Thatsachen müssen wir es erklären, wenn — überdies im Widerspruche mit dem angeblichen Geschrei der rohen Menge nach dem Tode der Mörder u. s. w. — behauptet wird, die Erkennung einer Todesstrafe gewähre keine Genugthuung. Im Gegentheile verlangt, gleich-

gültig jetzt ob mit Recht oder mit Unrecht, allein unbestreitbar thatsächlich, die öffentliche Stimme weit und breit diese Sühne bei schweren Verbrechen und empfindet in solchen Fällen eine blosse Freiheitsstrafe als der Schuld nicht entsprechend. Nicht aus dem Widerwillen der Massen sind die Bemühungen um die Beseitigung der Todesstrafe hervorgegangen, sondern aus den Theorien einzelner Gelehrten, sodann, in Betreff der Todesstrafe wegen staatlichen Vergehen, aus den Besorgnissen politischer Parteien, welche sie bei einer zwar zunächst geglückten, aber doch in ihrem dauernden Erfolge noch nicht gesicherten Auflehnung gegen die bisherige Staatsgewalt, wenigstens vor den äussersten Folgen einer späteren Reaction sicher zu stellen versuchen.

An blossen leeren Phrasen aber wimmelt es geradezu in den Aufstellungen der Gegner. Oder ist es nicht eine blosse Redensart, wenn gehofft wird, dass durch Beseitigung der Todesstrafe das Volk veredelt und milder gemacht werde? Auf die Hebung der Gesittigung in einem ganzen Volke kann offenbar die Vollziehung oder Nichtvollziehung seltener Todesstrafen einen kaum nennenswerthen Einfluss haben; diese wird durch ganz andere Factoren bedingt, also z. B. durch gute Schulen, durch eine günstige religiöse Einwirkung, durch eine das allgemeine Beste wollende und dabei mit dem Volke Hand in Hand gehende Regierung, durch eine Blüthe der Wissenschaft und Kunst, durch einen freien und lebendigen Verkehr mit Culturvölkern. Und selbst mit solchen Förderungsmitteln geht es oft noch langsam genug. Ist es nicht ferner eine blosse Phrase, wenn man geltend machen will, dass die Todesstrafe nicht auf die Person des Schuldigen beschränkt bleibe, weil sie der Familie den Ernährer raube, auf diese einen schwarzen Schatten in der öffentlichen Meinung werfe? Abgesehen davon, dass keineswegs alle zum Tode zu Verurtheilenden Familie haben, so bleibt ja ein zu vieljähriger oder gar lebenslänglicher Gefängnisstrafe Verurtheilter auch nicht an der Spitze der Familie und des Haushaltes; und ist es ebenfalls keine allgemein anerkannte Empfehlung für Frau und Kinder, einem Galeerensträflinge anzugehören. Sind die Verwandten ehrenwerthe und an der Schuld ganz unbetheiligte Menschen, so ist eine Hinrichtung des Familienhauptes oder sonstigen nahen Blutsfreundes allerdings auch äusserlich, und nicht blos in Betreff ihrer Gefühle, ein grosses Unglück; aber fast dasselbe findet statt bei der schweren Kerkerstrafe, welche jeden Falles die Todesstrafe ersetzen würde; und überhaupt werden die üblen Wirkungen auf die öffentliche Meinung weit weniger durch die Art der Strafe, als durch die des Verbrechens hervorgerufen. Wenn dem aber auch anders wäre, so könnte jeden Falles eine solche entfernte und mittelbare Wirkung einer Strafe von keiner Bedeutung für den Gesetzgeber sein, sondern ist sie nur geeignet, auf den zu einem Verbrechen sich hingezogen Fühlenden einen heilsamen Eindruck zu machen. Welchen Sinn hat es sodann, wenn geltend gemacht werden will, dass die Todesstrafe nicht theilbar sei und somit dem Schuldunterschiede nicht angepasst werden könne? Sie wird ja selbstverständlich nur erkannt, wenn objectiv und subjectiv ein volles Maass von Schuld vorhanden ist, dann bedarf es aber keiner Theilungsfähigkeit; ist die Schuld nicht so gross, nun dann

wird überhaupt keine Todesstrafe ausgesprochen. Die ganze Einwendung wäre etwa selbstverständlich im Munde eines Vertheidigers qualificirter Todesstrafen, welcher verlangte, dass bei ganz ausnahmsweise abscheulichen Verbrechen nicht nur einfache Lebensberaubung einzutreten habe; aber diese Forderung wird am wenigsten von den Gegnern der Todesstrafe erhoben, und so lässt sich in der That gar nichts bei der ganzen Sache denken. Das Höchste aber leistet endlich die Alternative; entweder ist der zu Verurtheilende bereits reuig, dann bedarf es seines Todes nicht; oder er ist nicht zur Einsicht seiner Schlechtigkeit gekommen, dann darf es nicht aus dem Leben geschafft werden. Was in aller Welt kann dieses heissen? Unmöglich kann dann doch, so lange von Denken die Rede ist, gesagt sein wollen, dass Reue, oder richtiger gesagt, Behauptung von Reue (denn Niemand kann in das Herz sehen) von jeder Strafe befreie; dass z. B. eine Giftmischerin, welche Dutzende von Menschen, ihre eignen Aeltern, Kinder, Wohlthäter aus Habsucht oder teuflischem Behagen an Qualen sterben liess; oder ein Nothzüchtiger, welcher das Opfer seiner thierischen Lust auch noch mordete, um verborgen zu bleiben; ein mit Dutzenden von Morden beladenen Räuberhauptmann nur reuig zu werden brauche, um frei auszugehen, freilich etwa auch, um von vorne wieder anzufangen, wenn die Reue verflogen sein sollte. Reue mag etwa, wir lassen dies dahingestellt sein, in sittlicher oder religiöser Beziehung von Einfluss auf die Vergebung einer Sünde sein; allein das Verhältniss einer bereits begangenen Handlung zur gesetzlichen Rechtsordnung kann dadurch nicht mehr geändert werden. Auch kann nicht wohl gemeint sein, nur die Todesstrafe, nicht aber auch eine andere Strafe, sei durch Reue unmöglich gemacht, denn zu einem solchen Unterschiede läge auch kein Schein von einem Grunde vor. Wenn Reue die subjective Strafbarkeit ändert, so muss dies selbstverständlich auf jede Art von Strafe Anwendung erleiden; bei einem reuigen Verbrecher verlangt also die Gesellschaft auch keine Gefängniss- oder Geldstrafe.

Endlich kann fast noch weniger gesagt sein, ein noch so scheusslicher Verbrecher dürfe seinen Schandthaten nur auch noch völlige Verstocktheit beifügen, um die an sich verdiente Strafe abzuwenden; ein jeglicher Mangel an sittlichem Gefühle, oder vielmehr die Behauptung, an einem solchen Mangel zu leiden, kann doch unmöglich ein Grund sein zu verlangen, dass man auf Staatskosten lebenslang gefüttert sein wolle, weil vielleicht doch zu irgend einer Zeit ein solches Gefühl sich einstellen könnte. Dies hiesse ja sich zum Kinderspotte machen lassen; und welcher logische Zusammenhang besteht denn zwischen einer nach vollendeter That eingetretenen Gemüthsstimmung und den subjectiven und objectiven Bedingungen zur Beurtheilung der Handlung im Augenblicke ihres Zustandekommens. Wollte man aber etwa geltend machen, dass einem unbussfertigen Verbrecher durch die Hinrichtung ein gar nicht berechnenbarer Nachtheil in Betreff seines Zustandes nach dem Tode zugefügt werden könne, so ist dagegen zu bemerken, dass die staatliche Rechtspflege sich nur um die Ordnung des gegenwärtigen Lebens und um die Würdigung uns bekannter Verhältnisse zu bekümmern hat; sodann, dass die Abwendung jener gefürchteten nebelhaften

Nachtheile ganz in den Händen des zu Bestrafenden liegt, der angenommenermaassen nur zu bereuen braucht, um sie zu beseitigen. Will er nicht, so ist dies seine Sache.

Als eine Folgerung aus einer unrichtigen Straftheorie muss es schliesslich erklärt werden, wenn als Grund gegen die Anwendbarkeit der Todesstrafe die Unmöglichkeit einer Besserung des Verbrechers angeführt wird. Abgesehen davon, dass eine Besserung, nämlich ein Erkennen der bisherigen unrechtlichen Handlungsweise und ein Entschluss zu künftiger Vermeidung derselben, im Falle dazu gegebener Gelegenheit, immerhin bis zur Vollziehung der Hinrichtung möglich ist, so ist eben auch hier auf das Entschiedenste zu betonen, dass Besserung kein wesentlicher Zweck der Strafe und keine Bedingung ihrer Anwendung ist. In Fällen, welche die Anwendung einer Todesstrafe nothwendig erscheinen lassen, handelt es sich, ausser von der unmittelbaren Genugthuung, für die Rechtsordnung, von einer unbedingten Sicherstellung der Gesellschaft gegen ein wildes Thier und (Verzeihung für diese veraltete Ansicht!) um Abschreckung; diese Zwecke aber sind einerseits von hinreichender Bedeutung, andererseits vollständig erlaubt, und bedürfen keiner weiteren rechtfertigenden Eigenschaft oder Folge. Thatsächlich erreicht aber werden sie auch, was bei der Sicherstellung an sich klar ist, hinsichtlich der Abschreckung aber, trotz alles läugnenden Gefasels, ganz ausser allem Zweifel steht. Man befrage nur das allgemeine Bewusstsein, welche Strafe als die schwerste von allen gilt; damit ist aber auch der Grad der Abschreckungsfähigkeit entschieden.

Von allen Einwendungen gegen die Anwendbarkeit der Todesstrafe bleibt somit nur als wirklich beachtenswerth übrig: die Unmöglichkeit einen begangenen Irrthum wieder gut zu machen; sodann aber die Ungewissheit über die Folgen für den Verurtheilten, also die Unberechenbarkeit des Uebels. Und die einzige verständige Frage ist: ob diese Umstände die völlige Ausmerzung dieser Strafart aus den Gesetzbüchern gebieterisch fordern?

Was die Möglichkeit eines Irrthumes in der Bejahung einer Anschuldigung betrifft, so ist diese allerdings nicht zu leugnen, und es sind auch wohl einzelne Fälle von entschieden unschuldig Hingerichteten nachzuweisen. (Natürlich lassen wir hier die politischen Hinrichtungen in Revolutionen oder bei Restaurationen nach einer Empörung ausser Beachtung; diese sind keine Acte einer gesetzlichen Gerichtsbarkeit, sondern leidenschaftliche Rachehandlungen, welche begangen werden, ohne alle Rücksicht auf Straftheorien und begründetes Recht.) Dass die Möglichkeit eines solchen Irrthums bei der Unthunlichkeit einer Wiedergutmachung nach erlangter Einsicht in die Wahrheit hier, wo es sich von Menschenleben handelt, nicht leicht zu nehmen ist, versteht sich von selbst; und es kann die Gewissenspflicht einer genauen Würdigung des Einwandes durch die Seltenheit des Vorkommens keineswegs beseitigt werden. Auch soll nicht verhehlt werden, dass die Anwendung von Geschwornen die Gefahr einer ungerechten Vertheilung eher steigert, als aufhebt. Dennoch folgt aus der Verpflichtung nicht irrthümlich zu verurtheilen, die Nichtanwendbarkeit der Strafe da, wo kein Irr-

thum vorliegt und vorliegen kann, in keiner Weise, sondern nur die Aufgabe, eine Todesstrafe nicht zu vollziehen, wenn auch nur der entfernteste Zweifel an der Schuld des Angeklagten vorliegt. Ein solcher Zweifel besteht nun aber sehr häufig nicht. Wo Ergreifung auf der That, unmittelbare Wahrnehmung genügsamer, unverdächtiger und beobachtungsfähiger Zeugen, verbunden mit anderweitigen sachlichen Beweisen, eignes Geständniss vorhanden ist, wo eine verschiedene Darstellung der Umstände auch nicht einmal versucht wurde: da ist der Mensch berechtigt zu handeln, mögen die Folgen für die Betheiligten auch noch so schwer und noch so unwiderruflich sein. Es folgt also aus dem Ganzen nur so viel — dieses aber freilich mit der unbedingtesten Nothwendigkeit — dass nicht nur der urtheilende Richter mit der grössten Umsicht verfahren muss und auch bei dem geringsten Zweifel an der Schuld des Angeklagten selbst bei einer blossen Unfähigkeit einen zum Thatbestande nothwendigen Umstand ins Klare zu bringen, die Todesstrafe nicht aussprechen darf; sondern auch, dass jedes gefällte Urtheil dieser Art von eigens dazu bestellten sachkundigsten Behörden nach allen Seiten hin geprüft und namentlich die Möglichkeit eines Irrthumes auf das Gewissenhafteste untersucht werden muss, ehe eine Bestätigung und Vollstreckung erfolgen darf.

Leichter nehmen wir, subjectiv gesprochen, die Unbekanntschaft mit den eigentlichen Folgen des Strafübels. Es ist ganz richtig, dass keine Gewissheit, ja nicht einmal eine Vorstellung von dem Zustande besteht, in welchem ein, wegen eines schweren Verbrechens Hingerichteter nach seinem Tode kommen wird, ob und wie ferne diese Abkürzung seines irdischen Lebens von Folgen ist oder nicht. Niemand kann auch wissen, was geschehen sein würde, wenn keine Hinrichtung erfolgt wäre und somit das Leben noch kürzer oder länger gedauert hätte. Allein gerade aus dieser Undurchdringlichkeit für das menschliche Forschen und Denken schliessen wir, dass auf das ganz Unbekannte keine Rücksicht zu nehmen ist. Der Mensch kann nur verantwortlich sein für das, was er möglicherweise zu wissen und einzusehen vermag; wenn er innerhalb dieses Zirkels richtig handelt, so hat er seine Bestimmung erfüllt, und eine Rücksichtnahme auf ganz ausserhalb unseres Denkens, Wollens und Könnens Liegendes, möglicherweise auch gar nicht Existirendes oder in einer uns jetzt völlig unbegreiflicher Weise vor sich Gehendes, ist unvernünftig, also unerlaubt. Die Frage ist also schliesslich lediglich die: ob die Verhängung einer Todesstrafe, nach unserer jetzigen Einsicht, ein nothwendiger Bestandtheil eines richtigen Strafsystems ist, mit anderen Worten, ob sich genügende positive Gründe für die Verhängung dieses Strafübels anführen lassen.

Dass dem nun so ist, ergeben wenige kurze Bemerkungen. Nach allgemeinstem Urtheile ist Beraubung des Lebens die höchste denkbare Strafe; sie ist also auch das für die schwersten möglichen Verbrechen passende Uebel.

Die Anwendung dieser Strafe entspricht dem Rechtsgeföhle der meisten Menschen, und zwar ausschliesslich bei Mordthaten und ähnlichen mit Grausamkeit verbundenen schweren Rechtsverletzungen.

Die Abschreckungskraft der Todesstrafe ist sehr bedeutend. Wenn ein Mensch durch Thatsachen bewiesen hat, dass ihm auch die höchsten Rechte der Gesellschaft und der Einzelnen nicht heilig sind, so ist der Staat nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, vollständigen Schutz gegen ihn zu verschaffen; vollständigen Schutz gewährt aber nur der Tod, da Gefängniss in verschiedener Weise aufhören, Verbannung gebrochen werden kann.

Die etwaigen sittlichen Nachtheile, welche eine Hinrichtung auf Zuschauer ausüben kann, sind beseitigbar durch Vollziehung in geschlossenen Räumen.

(17) Zu den Zuständen in welchen unsere Zeit von einem Extrem zum andern übergegangen ist, gehört in hervorragendem Grade die staatliche Stellung der Juden. Während dieselben bis noch vor einem Menschenalter den drückendsten und herabwürdigsten Maassregeln unterworfen waren, nicht Staats- und Gemeindeglieder sein, in keine Zunft eintreten, also kein Handwerk betreiben, kein Grundeigenthum, wenigstens höherer Art, erwerben, in bestimmten Orten nicht wohnen, vielleicht nicht einmal übernachten konnten, in der Zahl der jährlich zu schliessenden Ehen beschränkt, von allen öffentlichen Aemtern, wohl auch von der gewerblichen Ausübung der Wissenschaft ausgeschlossen waren, besondere und beschimpfende Abgaben zu bezahlen hatten, kurz vollständig als *Parias* behandelt wurden: sind jetzt in den gesittigten Staaten alle Schleussen gezogen und sie zu sämtlichen bürgerlichen und politischen Rechten zugelassen worden. Mit Ausnahme einiger halb barbarischer Länder im Osten von Europa und des Kirchenstaates sind die Juden jetzt überall in der gleichen Stellung wie die nationale Bevölkerung. Sie können sich beschäftigen, womit sie wollen, kaufen was ihnen beliebt, sind von keinem Amte, und keinem staatsbürgerlichen Auftrage ausgeschlossen, alle Ehren, Rangstufen, Auszeichnungen stehen ihnen offen; man hat, um ihnen den Genuss möglich zu machen, die Bestimmungen der Verfassungsurkunden, die Diensteide geändert. Und so sehen wir sie denn mehr und mehr überall ihren Weg machen. Juden sizen in den Ständeversammlungen; sind Officiere, Richter und Verwaltungsbeamte; sie überfüllen die Universitäten, die Advokatur, die medicinische Praxis, die Consulate; ihre Häupter sind mit allen Orden der Welt geschmückt. Wenn irgendwo ein Act von Intoleranz oder gar Misshandlung vorkommt, erhebt sich die ganze europäische Welt und selbst die grossen Regierungen treten zu gemeinschaftlicher Abhülfe zusammen. Kurz, die Judenemancipation ist nicht nur ein Princip, ein „Grundrecht,“ sondern eine Thatsache, ja eine Art von Lieblingsgegenstand der Gegenwart. An ein Zurückgehen zu früheren Zuständen ist nicht zu denken, im Gegentheile werden sich die Folgen immer mehr und mehr entwickeln und befestigen.

Dennoch ist es erlaubt die Frage aufzuwerfen, ob man in dieser Angelegenheit vollkommen richtig verfahren ist, ob nicht eine falsche Auffassung und in Folge dessen eine Uebereilung stattgefunden hat.

Die Urheber und Anhänger der Judenemancipation sind mit ihrer Beweis-

führung für die Richtigkeit und sittliche Nothwendigkeit der Sache kurz fertig. Im Grunde besteht sie in einer Wiederholung der schon von Schylok vorgebrachten Sätze. Ist der Jude, so sagt man, nicht ein Mensch, wie wir? Trägt er nicht alle Verbindlichkeiten und Lasten der übrigen Staatsangehörigen? Soll nicht Religionsverschiedenheit nach allgemein zugegebenem Grundsatz kein Hinderniss für die Ausübung eines bürgerlichen Rechtes, überhaupt keinen Unterschied im Staatsleben machen? Mit welchem Scheine von Recht können wir den Juden vollkommen rechtliche Gleichheit mit uns verweigern? Die möglichst schnelle Anerkennung und praktische Bethätigung ist also eine unerlässliche, leider sehr späte Sühne eines mehrtausendjährigen Unrechts, überdies das einzige Mittel zur allmäligen Beseitigung der üblen Folgen so langer Unterdrückung.

Vortrefflich argumentirt, wenn die Vordersätze richtig sind; wenn es namentlich vollständig wahr ist, dass die Jnden, mit einziger Ausnahme der Religion, der übrigen Bevölkerung wesentlich gleichartig sind. Allein gerade dies muss in zwei wichtigen Punkten geläugnet, deshalb aber die Behauptung aufgestellt werden, dass man übereilt gehandelt hat, zu weit gegangen ist. Es hat allerdings nicht an Solchen gefehlt, welche daran erinnert haben; allein sie sind nicht gehört, überschrien worden.

Der eine Punkt, in welchem die Voraussetzung einer vollständigen natürlichen Gleichheit der Juden mit der grossen Masse der Bevölkerung als unrichtig bezeichnet werden muss, ist der, dass man die doppelte Nationalität derselben übersehen hat. Die Masse der Bevölkerung hat (um jetzt nur von deutschen Staaten zu reden, obgleich es in Frankreich, England, Italien nicht anders ist,) nur Eine Nationalität, die Deutsche. Im Wesen dieser Nationalität allein fassen wir unsere Verhältnisse zum Staate, zu den öffentlichen Angelegenheiten auf; unwillkürlich, instinktmässig, unbewusst, allein um so einheitlicher. Wir haben in dieser Beziehung kein getheiltes Gefühl, kein nationales Interesse neben und über dem deutschen. Dies ist nun bei den Juden ganz anders. Er ist nicht Deutscher allein, sondern er ist auch Jude, ja er ist dieses sogar vor Allem und ehe er Deutscher ist und sich als solcher fühlt. Schon der Sprachgebrauch fühlt dieses mit feinem Tacte heraus. Man sagt nicht: ein jüdischer Deutscher, Franzose u. s. w., sondern ein deutscher, ein englischer Jude. Auf den Juden wird der Accent gelegt, weil man weiss, dass diese Nationalität die wahre, die vorherrschende Eigenschaft, die andere nur eine leichte Modificirung derselben ist. Dies soll keineswegs ein Vorwurf sein, sondern es ist nur die Feststellung einer Thatsache, welche ihrerseits durch Reinabstammung und Geschichte ganz natürlich begründet ist. Auch wünschen wir keineswegs zu übertreiben. Wir sagen nicht, dass ein Jude nicht auch als Deutscher fühlen und denken kann, wir behaupten nur, und berufen uns dabei auf die tägliche Erfahrung, dass er nicht bloß als Deutscher denkt und fühlt, sondern auch als Jude, und dass zwar diese letztere Natur die vorherrschende, die sich zuerst geltendmachende ist. Will etwa Jemand in Abrede ziehen, dass wenn ein

deutscher, ein holländischer und ein englischer Jude zusammentreffen, sie sich nicht zuerst als Stammesgenossen, als Angehörige der jüdischen Nationalität betrachten und behandeln und dann erst, sehr in zweiter Linie, wenn überhaupt, ihren europäischen Nationalitäten einen Einfluss gewähren?

Aus dieser Doppelnationalität soll aber nicht etwa der Schluss gezogen werden, dass den Juden in einem deutschen Staate ein Abzug an den Menschen- und gewöhnlichen Bürgerechten zu machen sei. Es wäre besser, wenn kein solcher Bestandtheil der Bevölkerung vorhanden wäre; allein er ist einmal da, er fügt sich auch in den deutschen Staat, gehorcht dessen Gesetzen, trägt dessen Lasten: er soll und muss sich also auch in demselben frei als Bürger bewegen können. Er soll das volle Recht haben, unter denselben Voraussetzungen wie jeder Andere, alle erlaubten Geschäfte zu betreiben, sich in Wissenschaften und Künsten nach Belieben auszubilden und dieselben nach den Gesetzen auszuüben; er soll seine Religion unbeschränkt und ungehindert bekennen dürfen und es sollen sogar Formen und Bedingungen beseitigt werden, welche ihm die Ausübung irgend eines Rechtes oder die Erlangung einer Stellung aus religiösen Gründen unmöglich machen würde; es ist kein durchschlagender Grund vorhanden, ihn von der Bekleidung öffentlicher Aemter auszuschliessen, wenn er sich dazu versteht, sie in derselben Weise auszuüben, wie sie nach den Sitten und den Bedürfnissen der grossen Mehrzahl gehandhabt werden müssen. Das ohne Zweifel hiergegen noch bestehende misstrauische Gefühl wird sich bei untadelhaften Leistungen wohl allmählig verlieren. Allein es sollte hier die Grenze sein. Es gibt Functionen im Staatsleben, welche ein ungetheiltes vaterländisches Gefühl und ein einheitliches Interesse an dem deutschen Wesen und Staate fordern, welche den ganzen und nicht nur den halben Mann verlangen, bei welchem schon ein Misstrauen in die nationale Richtung ein Unglück ist. Aufgaben dieser Art sollten aber nur Männern anvertraut sein, welche blos Deutsche sind. Auch diese den Juden eröffnet zu haben, erachten wir nicht für politisch richtig. Und wir lassen uns in dieser Ansicht namentlich auch nicht durch die Hinweisung auf diesen oder jenen trefflichen Mann irre machen, gegen dessen einheitliche deutsche Gesinnung nichts eingewendet werden könne. Gesetze werden nicht für Ausnahmen gemacht.

Kein Vorwurf wäre ungerechter, als der, dass diese Ansicht aus einem beschränkten und veralteten Judenhasse hervorgehen. Wir wissen uns von einem solchen ganz frei. Bereitwillig erkennen wir die vielen guten Eigenschaften der jüdischen Nationalität an, ihre Intelligenz, ihre Sparsamkeit, Unermüdlichkeit und Zähigkeit, ihre Familientugenden; wir sind auch der Hoffnung, dass die nicht löblichen und unangenehmen Seiten ihres Wesens sich bei dem Besitze der Freiheit und Gleichberechtigung verbessern werden. Allein dies Alles ändert an der Thatsache, dass sie eine von der deutschen Race verschiedene sind und dass sie an ihrer Stammeseigenthümlichkeit mit der unerschütterlichen Festigkeit halten, von ihr ganz durchdrungen sind, lediglich nichts ab und nichts an den naturgemässen Folgen dieser Thatsache. Nun hat es aber die Politik mit

Tatsachen zu thun und soll diesen Rechnung tragen, wenn sie nicht irre gehen will.

Auch die Einwendung weisen wir zurück, dass auch ausser den Juden Abkömmlinge von fremden Nationalitäten in den deutschen Staaten sich befinden, Niemand aber daran denke, diesen eine Beschränkung der politischen Rechte aufzulegen. Abgesehen davon, dass der Unterschied zwischen der Nationalität anderer europäischer Völker und der deutschen nicht so gross ist, wie der zwischen der jüdischen und der germanischen Race: so besteht die wesentliche Verschiedenheit, dass die Nachkommen einer fremden europäischen Nationalität, wenn sie sich zerstreuet und in Minderheit einem andern Volke beigemischt finden, in kurzer Zeit, in der Regel schon in der nächsten Generation, vollkommen aufgehen in der Mehrheit, während die Juden nach Jahrhunderten vollkommen getrennt und verschiedenartig bleiben. Der Nachkomme eines französischen Refügie ist in Berlin durchaus ein Preusse, in Amsterdam ein Holländer, in London ein Engländer; die Nachkommen der an die deutschen Höfe früher gezogenen Italiener sind nur an ihren Namen als von fremder Abkunft zu erkennen, die Berliner, Frankfurter, Mannheimer Juden dagegen, sind vor Allem Juden, wenn sie auch deutsch sprechen. Die gesammten Slaven im Norden der Elbe sind Deutsche geworden oder wenigstens im Begriffe es zu werden. Unter diesen Umständen ist ein Unterschied in den Rechten nicht der Mühe werth, in kurzer Zeit wäre es sogar sinnlos und schreiend ungerecht. Wollte man uns aber hinweisen auf die Fälle, in welchen sich ganze Volksstämme arischer Race, obgleich in der Minderheit, doch hartnäckig in ihrer Nationalität hinhalten, wie z. B. die Polen in Preussen, die Finnen in Russland, die Deutschen in Elsass u. s. w., so müssten wir bemerken, dass dies ein ganz anderer Fall ist. Wenn ein Staat, gleichgültig aus welcher Veranlassung, einen geschlossenen zusammenlebenden fremden Volksstamm oder Theil eines solchen Stammes unter jener Bevölkerung hat, so erhält sich allerdings derselbe sehr lange in seiner Eigenthümlichkeit (nicht gerade als Ideal eines politischen Zustandes), und dann mag man seine Gründe haben, von den zwei Möglichkeiten der rechtlichen Ordnung eines solchen Zustandes, nämlich der förderativen Zusammensetzung des Staates oder der völligen Gleichberechtigung beider Nationalitäten in einer organischen Einheit, die letztere Einrichtung zu wählen, und es in solchem Falle als richtige Politik betrachten, jeden Unterschied in den Rechten gegenüber von der Minorität auf das Sorgfältigste zu vermeiden. So aber leben die Juden nicht unter uns. Sie bilden nirgends eine geschlossene, auf einem bestimmten Territorium zusammenbleibende Gesammtheit, sondern sie sind in einzelnen Familien zerstreut über das ganze Land. Und doch verbleiben sie in ihrer Eigenart, sind ihren in andern Staaten in gleicher Weise lebenden Stammverwandten gleichartiger und zugethaner, als ihren zufälligen thatsächlichen Landsleuten. Bei ihnen fallen die in jenen Fällen gültigen Gründe des Beharrens weg, bei uns aber auch die der Berücksichtigung. Noch weniger würden wir uns die Einwendung gefallen lassen, dass in grossen Reichen, z. B. in Oesterreich, das bunteste Völkergemische bestehe und man doch jetzt die gleiche staatsrechtliche

Stellung Allen eingeräumt habe. Einmal ist hier die Probe noch lange nicht bestanden und erscheint es sogar als sehr zweifelhaft, ob sie gelingen wird. Allein jeden Falls ist hier von ganz andern Zuständen die Rede. In einem deutschen Staate ist ein einfaches Verhältniss und besteht über dem deutschen Wesen kein anderes und soll kein anderes bestehen; in dem so bunt zusammengesetzten Reiche kann die Idee der Gesamtmacht als das über den einzelnen Bevölkerungsbestandtheilen Schwebende, allen Gemeinschaftliche aufgestellt und dann Jeder, welcher besonderer Art er sein mag, zu gleicher Wirksamkeit in dieser und zu dieser zugelassen werden. Hier wird die Einheit und die Nationalität durch Verschiedenheit Einzelner nicht gestört, sondern erst durch dieselbe gebildet. Da mögen denn auch Juden mit vollem Rechte zugelassen sein; sie fälschen nicht den Gesamtgedanken, sondern ihre Theilnahme modificirt ihn nur.

Der zweite Punkt aber, in welchem die Unterstellung einer völlig gleichen Menschennatur der Juden unrichtig ist und sich als unrichtig erweist, ist die entschiedene Scheu derselben, vor gerade denjenigen Arbeiten, auf welchen die Gesellschaft vorzugsweise beruht, nämlich vor Ackerbau und vor jedem eine starke Körperkraft erfordernden Handwerke. Auch da, wo sie seit Jahrzehnten Grund und Boden erworben, jedes Gewerbe betreiben dürfen, gehört es zu den seltensten Ausnahmen, dass ein Jude das Feld selbst bebaut, oder das Handwerk eines Schmiedes, Zimmermannes, Maurers und dergleichen betreibt; man findet sie nicht unter den Eisenbahnarbeitern, den Matrosen, den Bergleuten. Zur Noth ergreifen einige die feinem Gewerbe, z. B. eines Gold- und Silberarbeiters, eines Buchhändlers, Buchbinders. Der grösste Theil geht dem Handel in allen seinen verschiedensten Zweigen und Dienstleistungen nach; ein anderer, im Verhältniss zur Gesamtzahl der jüdischen Bevölkerung immerhin sehr bedeutender Theil widmet sich den Wissenschaften und Künsten, oder treibt das gewerbemässige Literatenthum. Und wenn dem so ist, sagt man vielleicht, wo ist das Uebel? Niemand kann doch behaupten, dass sie nicht dazu berechtigt seien; die Freiheit der Bildung und die Gewerbefreiheit ist ja auch für sie. Ueberdies gleicht sich dies Alles wieder aus; und schliesslich kann es für die Gesamtheit gleichgültig sein, ob gewisse Gewerbe thatsächlich nur von Stammverwandten oder ob sie von einer gleichen Anzahl von Individuen aus allen Theilen der Bevölkerung betrieben werden. Geben die Juden die nöthige Anzahl Arbeiter für den Handel u. s. w. ab, so lassen sie in den übrigen Beschäftigungen um so mehr Raum. Wenn sie aber zu bestimmten Berufen von Natur geschickter sind, so gereicht das bessere Ergebniss nicht nur ihnen, sondern auch der Gesamtheit zum Vortheile. Ganz richtig, was die Berechtigung betrifft, da der Gesetzgeber ohne Bedacht Alles frei gegeben hat. Allein man soll nur nicht behaupten, dass es ein gesunder, den wahren Interessen der Gesellschaft zuträglicher Zustand sei; man soll nicht übersehen, dass hier eine eigenthümliche und fremdartige Natur des Stammes hervortritt. Vollkommen einverstanden mit der besonderen Befähigung des Juden zum Handel, kann man recht gerne sehen, wenn er in ernst-

haften grösseren oder kleineren Geschäften, und wären es auch Geldgeschäfte, wenn er in Fabriken und industriellen Unternehmungen thätig ist und dabei reich wird. Allein die grosse Menge der angeblich Handel treibenden Juden gehören nicht in diese nützliche und ehrenwerthe Klasse. Durch ein Uebermaass von Zwischenhändlern, Hausirern, Schacherern, werden keine Werthe erzeugt; ihre ganze Thätigkeit ist überflüssig; was sie mit zum Theile sehr zweifelhaften Geschäften gewinnen, wird blos Andern, Einfältigeren abgenommenen. Ebenso sind die Hunderte und Tausende von fetten Börsenspeculanten, welche nicht etwa Bankgeschäfte machen und den Grosshandel durch Wechsel- und Geldgeschäfte fördern, sondern nur in fieberhaftem Müssiggange in den Staatspapieren spielen, eine wahre Pestbeule unserer jetzigen Zustände, mögen sie auch durch Zufall oder die Dummheit Dritter reich werden. Und in gleicher Weise verhält es sich mit dem Schwarme des jüdischen Literatenthums. Ehre und volle Anerkennung dem jüdischen wirklichen Gelehrten, welcher den Scharfsinn und die Ausdauer seines Stammes zur Erwerbung grosser Kenntnisse und zur Förderung des Wissens anwendet! Lob und reichliche Einnahme dem eifrigen und klugen Advocaten und Arzte! Allein eine wahre Calamität für die wahre Bildung, für die politische und die gesellschaftliche Moral ist das grundsatzlose, nomadische Literatenthum mit seiner Frechheit, seinem falschen Geistreichthum, seiner Aufstachelung jeder noch so nichtsнützigen Modethorheit oder Leidenschaft. Nicht alle diese Beduinen der Presse sind nun freilich Juden, aber verhältnissmässig viele. Man hatte gehofft, und es war dies für Manche der Grund einer Billigung der unbedingten Emancipation, dass die Eröffnung aller Arten von erlaubten Beschäftigungen die Zahl der in das schlechte Literatenthum gedrängten Juden vermindern werde; dies ist aber bis jetzt nicht eingetroffen, und es scheint dass man die nationale Abneigung gegen hartarbeitende Thätigkeit nicht genugsam beachtet hat.

Wäre diese Eigenthümlichkeit des jüdischen Wesens richtig eingesehen worden, so hätte der Fehler vermieden werden können, unserer Gesellschaft als einen bleibenden Bestandtheil eine mehr oder weniger zahlreiche Klasse einzufügen, welche sich nach aller Wahrscheinlichkeit den verschiedenen Theilen des Organismus niemals verhältnissmässig anschliessen wird, sondern nur bestimmte und keineswegs immer die wünschenswerthesten Schichten überfüllt. Der Gedanke wäre doch nahe gelegen, zwar alle an sich ungerechten und inhumanen gesetzlichen Vorschriften unbedingt aufzuheben, ebenso auch sämtliche politische Beschränkungen, somit alle Theile des Staates und der Gesellschaft den Juden zu öffnen, dies jedoch von der Bedingung abhängig zu machen, dass eine regelmässige, von den Gesetzen anerkannte und geregelte Beschäftigungsart ergriffen werde. Oder aber es hätte negativ verfahren werden können, indem der Betrieb von gewissen Thätigkeiten als Ausschluss von der Erwerbung der vollen staatsbürgerlichen Rechte festgehalten worden wäre, so z. B. der Hausir- und Schacherhandel, das Leihen auf Pfänder, die obrigkeitlich nicht bestellte Maklerei beim Viehhandel und an den Börsen. Eine Bestimmung dieser Art hätte den doppelten

Vorthail gehabt, von dem staatlichen und communalen Leben eine Klasse unwünschenswerther Theilnehmer ferne zu halten und als Reiz zur Ergreifung einer nützlichen Arbeit zu dienen. Den wirklich ehrenhaften und berücksichtigungswerthen Juden wäre durch eine solche Beschränkung kein Unrecht und kein Nachtheil zugegangen, im Gegentheile hätte ihnen und Anderen die volle Zulassung zum gemeinen Rechte als eine verdiente Anerkennung erscheinen müssen. Solchen Berücksichtigungen der realen Verhältnisse widerstrebt aber der Aberglaube unserer Zeit an ganz allgemeinen Formeln und der grundverderbliche Irrthum, Rechte ohne entsprechende Pflichten zu gewähren. Nur das württembergische Judengesetz vom Jahre 1828 hatte einen derartigen Gedanken, indem es die als Schacherjuden nach einer nähern Bestimmung zu bezeichnenden Juden bestimmten Beschränkungen und Rechtsungleichheiten unterwarf; allein theils war die Satzung zu enge und vielleicht auch materiell nicht ganz richtig, theils wurde sie bald durch den Ruf nach allgemeiner Emancipation wieder weggeschwemmt.

Die ganze vorstehende Erörterung ist nun aber nicht etwa deshalb unternommen worden, um darauf Vorschläge zur Umkehr und zur Rückbildung der Gesetzgebungen zu machen. Dazu ist es zu spät. Einmal verliehene Freiheitsrechte können nur etwa in Folge eines vollkommenen Umsturzes alles Bestehenden wieder entzogen werden, nicht durch einfache Gesetzesrevision. Der Widerstand gegen ein solches gehässig scheinendes Unternehmen wäre zu gross. Es sollte vielmehr nur nachgewiesen werden, dass unsere derzeitige Staatsweisheit auch in diesen, keineswegs unwichtigen und doch eben nicht schwer in seinem wahren Sachverhalte erkennbaren Punkte unüberlegt gehandelt hat und sich durch allgemeine Phrasen hat täuschen lassen. Lediglich ein Beitrag zur Selbsterkenntniss wollte gegeben werden. Im Uebrigen ist der Wein abgefüllt und muss auch getrunken werden.

(18) Die Gebildeten müssen zur Klarheit über die Verhältnisse gebracht und dem Volke selbst muss die volle Wahrheit gesagt werden, die sowohl frei macht, als auch Kraft und Muth gibt, den Flügen, Verdammungen, Gnadenentziehungen und Massregeln aller Art von Seiten der hierarchischen Gewaltherrschaft zu widerstehen. Und wie nothwendig diese Befreiung und geistige Stärkung des Volkes sei, geht schon daraus hervor, dass, wie die Betrachtung unserer Verhältnisse klar genug zeigt, erfolgreicher Widerstand gegen die Hierarchie und wirkliche Befreiung von derselben nur vom Volke selbst, von den Gemeinden, kommen könne, nicht von den Regierungen der vereinten Macht der Hierarchie und des Volkes gegenüber; auch nicht vom niedern Klerus. Allerdings könnte dieser, wenn er Einsicht, Geistesfreiheit und Muth genug besässe, am ehesten Hülfe bringen gegen den päpstlichen und dogmatischen Despotismus, und die nothwendige religiöse Reform, d. h. die Wiederherstellung des wirklichen Christenthums erwirken ohne stürmische Bewegung und gefährliche Glaubensstörung. Bilden ja die evangelischen Berichte über das Leben und die Lehre

Jesu doch immer noch bei allen Confessionen, insbesondere auch in der katholischen Kirche, die Grundlage aller religiösen Glaubensunterweisung. Diese brauchte der Klerus vor dem Volke nur in den Vordergrund zu stellen, mit Kraft zu betonen und alles übrige in den Hintergrund zu drängen und schliesslich fallen zu lassen. Es würde sogar von selbst seine Bedeutung verlieren in dem Maasse, als die wirkliche Lehre Jesu ohne Entstellung nach ihren wesentlichen und einfachen Zügen dargestellt, zu lebendigem Bewusstsein gebracht und als Maassstab zur Beurtheilung und Erklärung alles übrigen geltend gemacht würde. Die kirchliche Welt würde christlich werden und die Confessionen würden sich einig finden, sozusagen ohne es zu merken, ohne Dispute, Streit und Verhandlungen. Aber an ein solches Verhalten des Klerus in der Seelsorge ist leider bei der gegenwärtigen Bildung oder Verbildung und Lage desselben, bei der Unfreiheit seines Geistes und bei der dadurch bedingten Muthlosigkeit nicht zu denken. Selbst von den besten haben nur wenige Geistesstärke, Glauben und Einsicht genug, sich von der lastenden Autorität zu befreien und sich über das Gewohnte, Traditionelle zu erheben. Viele erkennen die bestehenden Uebel in der Kirche, den tiefen Verfall derselben, die vielfache Corruption und den ebenso geistlichen als geistlosen Hochmuth und Dünkel so vieler Träger der Autorität; aber sie wagen nicht, dagegen aufzutreten, sondern ertragen alles schweigend.

Indem die bessern so gebeugt und muthlos dem herrschenden Verderbniss gegenüber verstummen und sich unthätig in sich zurückziehen, feiern die dürftigen Nichts, pochend auf die straffe Organisation der Kirche und die wohl-erhaltene Unwissenheit und Unmündigkeit des Volkes, mit unerhörter Dreistigkeit ihre Orgien. Die "Kirche," d. h. die durch Jahrhunderte hindurch ausgebildete, wohlgefugte Maschinerie, ist der eigentliche Abgott. Da dieser aber unlebendig ist, so musste, um die Maschine nach Bedürfniss und Belieben zu verwerthen, dieselbe einem persönlichen Princip zur Verfügung gestellt werden, einer Person, welche die Kurbel der Maschine handhabt und sie bewegt, so dass die Eigenschaft des Abgottes auf diese übergeht. Vor ihm liegen dann die untergeordneten Maschineriedienner im Staube, des Befehles gewärtig und wohl zufrieden mit ihrer demüthigenden Situation, da sie dafür die Genugthuung haben, dass nun auch hinwiederum Untergeordnete vor ihnen in gleicher Weise im Staube liegen, ganze Völker in ihnen ihre wirklichen Specialgötter erblicken, und selbst die weltlichen Regierungen sie als wichtige Factoren im Völkerleben ansehen und in aller Weise Rücksicht für sie haben müssen. — In der That, die weltlichen Regierungen werden von dieser Kirchengewalt fortdauernd und in steigendem Maasse gehemmt und beschränkt werden, in ihren wichtigsten, für Bildung und Wohl des Volkes förderlichsten Maassregeln, und insbesondere das Deutsche Reich wird nimmermehr zur innern Ruhe und Einigkeit kommen, so lange dieser Zustand hierarchischer Obergewalt dauert. Und er wird so lange dauern, als das Volk in vollständiger kirchlicher Botmässigkeit, nur wie eine wirkliche Heerde von Schafen erhalten wird, so lange es in vollständiger Rechtlosigkeit in religiösen Angelegenheiten verharren muss, in Bezug auf sein Ver-

hältniss zu Gott und sein ewiges Heil sich unbedingt abhängig wähnt von der Macht und Willkür der hierarchischen Gewalt. Diesen Wahn durch genährten Aberglauben und durch aufrecht erhaltene Unwissenheit und Unmündigkeit des Volkes zu bewahren und zu fördern, gilt als Hauptaufgabe des Klerus unter Leitung der Jesuiten. *Ducitur vulgus quasi captivorum specie; et nihil fere quam vulgus in toto orbe versatur.* Dieses Wort Macchiavelli's scheint die Richtschnur der jesuitischen Wirksamkeit zu sein; nur dass sie ihr Hauptaugenmerk und Streben dahin richten, dass der zweite Theil des Satzes stets zur Wahrheit, resp. Wirklichkeit werde, damit sie den *vulgus* wie einen Gefangenen behandeln können. Dem gegenüber ist dahin zu wirken, dass das Volk mehr und mehr von Unwissenheit und Wahn, und von der damit verbundenen rohen Pöbelhaftigkeit befreit und für geistige Mündigkeit und Selbstständigkeit gebildet werde. Es ist ihm die volle Wahrheit zu sagen und zu zeigen, und es muss allmählig befähigt werden, Vernünftiges vom Unvernünftigen, Nothwendiges vom Gleichgültigen, Ewiges von dem durch menschliche Willkür, Selbstsucht und Herrschsucht Aufgedrungenen, Wahres und Wesentliches vom Scheinbaren, Unwahren und Trügerischen zu unterscheiden.

Es gibt eine Klasse von kirchlich-diplomatischen Reformern, die vor allem zur Grundmaxime der Erforschung der Wahrheit und ihrer Aussprache dies gemacht haben, dass dabei der "kirchliche Standpunkt" nicht verlassen sei; wo dies der Fall ist oder zu sein scheint, da wird die Verurtheilung oder Zurückweisung ausgesprochen, und es braucht dabei gar nicht erst nach Wahrheit oder Falschheit gefragt zu werden. "Kirchlicher Standpunkt" ist ihnen das Schlagwort, wie den Ultramontanen "Unterwerfung unter die päpstliche Autorität." Eine diplomatische Klugheit, die völlig vergeblich ist, da doch dieser "kirchliche Standpunkt" von den Ultramontanen und der päpstlichen Hierarchie nicht anerkannt, sondern als widerkirchlich und gottlos verdammt wird, und daher auch bei dem gläubigen Volke nicht als solcher gilt, weil dieses "Kirchlichkeit" eben nur da erblickt, wo es Papst, Bischöfe und hohen und niedern Klerus sieht; wie es ja auch die Regierungen stets so gehalten haben. Seit geraumer Zeit wird gegen die neue Richtung der Vorwurf erhoben, dass sie "zu weit" gehe, ohne dass es den Verdächtigen doch gelungen wäre, als Lohn dafür ihrer eigenen gemässigten Richtung eine Anerkennung oder die gewünschte Indemnität von den hierarchischen Gewalthabern zu gewinnen; im Gegentheil traf sie ebenfalls Verurtheilung, und sie sind selbst bald zu einem Stadium gekommen, das früher als "zu weit" gehend, denunciirt worden, — freilich erst als es zu spät war und das Aergste nicht mehr verhütet werden konnte.

Auch der Vorwurf des "Rationalismus" wird sich einstellen. Wie soll die Wissenschaft aber anders verfahren als rational? Womit anders ihre Behauptungen rechtfertigen oder bewahren, als mit Gründen (*rationes*)? Man kann geradezu behaupten, dass Wissenschaft und "Rationalismus" sich decken; so viel Wissenschaft, so viel Rationalismus, so viel begründete, durch Gründe erwiesene Behauptungen, so viel Vermeidung grundloser Aufstellungen, willkürlicher Mei-

nungen, unklarer Faseleien. Dabei ist nicht behauptet, dass mit der Grenze der subjectiven rationalen Erkenntniss auch die Grenze des Seins und des Rationalen gegeben sei. Eine Behauptung, die schon dadurch als abgewiesen erscheint, dass die Wissenschaft stets neu zu prüfen und weiter zu forschen das Recht und die Aufgabe hat. Ebensowenig ist behauptet, dass die Wissenschaft, die Erkenntniss, den Glauben vollständig zu vernichten, sich an die Stelle des Glaubens zu setzen habe und diesen vollkommen ersetzen könne. Dies ist der Natur der Sache nach nicht möglich, und kann also vernünftiger, rationaler Weise gemäss auch nicht behauptet werden.

Was nun die Gottheit Christi anbelangt, so haben die Rechtgläubigen bei diesem Gegenstande, der wissenschaftlichen Forschung gegenüber, eine ebenso bequeme als ihren Zwecken entsprechende Taktik. Wenn es sich nämlich um wissenschaftliche Prüfung der kirchlichen Lehre von der Gottheit Christi handelt, so wird der Sache sogleich die Wendung gegeben, als ob die Anerkennung oder Nichtanerkennung der Gottheit Christi in Frage stände, die als schon bewiesen auch der Wissenschaft gegenüber vorausgesetzt wird. Und da wird dann, wenn das Resultat der Prüfung mit ihrem unbegründeten Glauben und ihrer *petitio principii* nicht übereinstimmt, sogleich mit der Beschuldigung von Unglauben, Frevel, Gottlosigkeit gegen Andersdenkende gepoltet und womöglich gewüthet. Jeder vernünftig und gewissenhaft Denkende weis aber, dass es sich bei der wissenschaftlichen Prüfung des fraglichen Problems nicht darum handelt, ob der Gottheit Christi Anerkennung gezollt werden solle oder nicht, sondern darum, ob die üblichen Beweise für die Gottheit Christi wissenschaftlich genügend seien, um dieselbe als Thatsache behaupten zu können; ob nicht den modernen Mitteln der wissenschaftlichen Prüfung gegenüber die frühern und bisherigen Beweise sich als ganz unzureichend erweisen, dieselbe fernerhin aufrecht zu erhalten. Der erkannten Gottheit die Anerkennung zu versagen, ist so wenig dabei beabsichtigt, dass es sich vielmehr darum handelt, nur der wirklichen Gottheit dieselbe zu zollen, und also nicht gegen, sondern für wahren Gottesglauben die Untersuchung geführt wird. Das Ziel einer solchen Untersuchung kann also ganz allein darin bestehen, dass der wahre Gott geglaubt und verehrt werde, und die Kritik richtet sich nicht gegen Gott und seine Offenbarung oder gegen göttliches Zeugniss, sondern geht darauf aus, zur klaren Erkenntniss zu bringen, ob die frühere Prüfung und Behauptung bezüglich dieses Gegenstandes von Seite der Kirchenlehrer und Bischöfe genügend begründet und berechtigt sei oder sich als unstichhaltig erweise. Es steht dabei Mensch gegen Mensch, nicht Mensch gegen Gott; menschliches Urtheil gegen menschliches Urtheil, nicht gegen direct göttliches Zeugniss; denn ob wir es mit einem solchen, ja mit Gott selbst in Person zu thun haben oder nicht, darum handelt es sich eben bei diesen gegeneinander stehenden menschlichen Urtheilen. Wenn die Orthodoxen behaupten, sie hätten durch die Bibel, die Kirche, den Papst u. s. w. ein göttliches Zeugniss für die Gottheit Christi, respective ihren Glauben daran, so ist das selber wieder nur ein menschliches Urtheil über Kirche, Papst u. s. w., dem ein anders lautendes menschliches

Urtheil mit gleichem Rechte gegenübertreten kann. Es ist sogar noch weit unglaublicher, dass Kirche und Papst göttlich seien und göttlich unfehlbares Zeugnis ablegen können, als dass Christus selbst Gott sei. Jedenfalls könnte ihr Zeugnis nur dann Gewicht haben, wenn das schon gewiss wäre, was sie erst als wahr bezeugen sollen, die Gottheit Christi, da sie von dieser selbst die Göttlichkeit und Sicherheit ihres Zeugnisses ableiten. Schliesslich kommt es auf nichts Geringeres als auf eine Selbstvergötterung der Braven allein und absolut "Rechtgläubigen" hinaus, die sich selbst, respective ihren Glauben Gott gleichstellen, und verlangen, dass alle Welt sich demselben mit Preisgebung eigenen Urtheils unterwerfe.

Dass ein Gegenstand von so grosser Wichtigkeit, dass eine früher als Thatsache behauptete Annahme von so enormer Bedeutung wie die Gottheit Christi immer wieder geprüft werden dürfe und müsse, liegt in der Natur der Sache und der menschlichen Geschichte und Entwicklung. Es kann kein religiöses Verdienst sein, es hierin so leicht zu nehmen, wie die Orthodoxie zu thun pflegt; noch weniger kann es als Frevel bezeichnet werden, strenge Beweisführung zu fordern und vorurtheilslose wissenschaftliche Prüfung eintreten zu lassen. Und bei dieser müssen vor allem die Worte Jesu selbst über sich für entscheidend gelten, nicht die Meinungen späterer Theologen und Bischöfe; denn es wäre doch ein Uebermaass von Unvernunft und Anmaassung, wenn man nur diejenigen für wirkliche Bekenner des Christenthums gelten lassen wollte, welche die bischöflichen Entscheidungen annehmen. Jesus selbst müsste da bezüglich seiner Person als Ketzer gelten! Das Urtheil hierüber vor vielen Jahrhunderten musste in vielfacher Beziehung an Befangenheit leiden, innerhalb der gezogenen Schranken der damaligen Bildung sich bewegen, die erst im Laufe der Zeit, ja erst durch die naturwissenschaftlichen, philosophischen und historischen Forschungen der Gegenwart beseitigt werden konnten. Das Recht zu solcher Prüfung kann sich also die moderne Wissenschaft um so weniger nehmen lassen, als ihre Mittel dazu ohne Vergleich besser und sicherer sind als jene der frühern Jahrhunderte. Sie ist daher Gott, der Wahrheit und Menschheit gegenüber auch verpflichtet dazu, dies um so mehr, als schon eine nahe liegende Erwägung zeigt, dass die Wahrscheinlichkeit des Irrthums der Menschen jener Jahrhunderte in dieser Beziehung viel grösser ist, als die Wahrscheinlichkeit oder gar Gewissheit, dass sie die Wahrheit erkannt und festgestellt haben. Die allgemeine Religionsgeschichte zeigt, dass die Religionen fast insgesamt ihren Ursprung auf directe göttliche Offenbarung zurückführen und von Erscheinungen der Götter oder Gottheit in menschlicher Gestalt oder im Geiste von Propheten zu berichten wissen. Die christlichen Theologen und Lehrautoritäten sind aber in nichts einiger als darin, dass dies überall ein grober Irrthum sei. Nun denn, wenn all diese Religionen und ihre Bekenner in diesem wichtigen Punkte allgemein und beharrlich geirrt haben, ist es von unbefangenen Urtheile nicht weit wahrscheinlicher, dass auch die christlich-kirchliche Lehre in diesem Punkte in Irrthum befangen sei, und nicht allein eine Ausnahme mache? Jedenfalls wird man daraus die Berechtigung, ja Noth-

wendigkeit ableiten dürfen, dass in dieser Beziehung eine eindringende, unbefangene Prüfung vorgenommen werde. Und wenn eine unbefangene, freie Forschung berechtigt ist, dann muss auch den Resultaten derselben Berechtigung zugestanden werden, wie sehr der blinde Glaube und die interessirte Glaubensautorität sich dagegen bäumen und harnäckig darauf bestehen mag, allein unter allen Religionen vollständige, göttliche Wahrheit zu besitzen. Die Berechtigung dieser wissenschaftlichen Prüfung und ihrer Resultate muss um so grösser, begründeter erscheinen, wenn man in Betracht zieht, dass der Glaube, allein unbedingt göttliche Wahrheit zu besitzen und allein von Gott damit bevorzugt oder begnadigt zu sein, die Menschen keineswegs allenthalben besser, sittlicher, göttlicher oder auch nur menschlicher gemacht, sondern sie nur zu häufig zu blindem Wahne geführt und selbst zur Bestialität verleitet hat in ihrem Verhalten gegen Andersdenkende. — Inquisition und Religionskrieg geben ja hinlänglich Zeugniß davon, dass dies selbst in dem kirchlichen Christenthum nicht ausgeschlossen war.

D. F. Strauss war daher in seinem vollen Rechte, als er vor nahezu 40 Jahren, die bis dahin errungenen Ergebnisse der biblisch-kritischen und historischen Forschung zu einem grossen Ganzen zusammenfassend, sein "Leben Jesu" publicirte und dem bisherigen blos überlieferten, kritiklosen Glauben entgegentrat. Es war eine That, die mehr intellectuelle Kraft und moralischen Muth bekundete, als die Mehrzahl seiner Gegner zusammengenommen aufbringen mochte. Das moralische und wissenschaftliche Verdienst dieser That wird unvergänglich bleiben und ist des immerhin doch noch gelinden Märtyrerthums werth, das sie ihrem Urheber für seinen Lebensweg einbrachte. Um so mehr bedauern wir, dass Strauss nun neuestens dem andern Extrem verfiel, und den rein menschlichen, rationalen und idealen Standpunkt verlassend, den er im Kampfe mit dem übernatürlichen und irrationalen Glaubensstandpunkt sich errungen hatte, nun zu dem untermenschlichen, materialistischen theoretisch abfiel, der nicht minder unrechtfertigt und schädlich ist als jener erste; dem er aber gleichwohl jetzt sogar seine Glaubenskraft zur Verfügung stellte, um seine Lücken auszufüllen, die er allem andern so kritisch und entschieden versagte. Unser Bedauern ist um so grösser und gerechtfertigter, da sich ein neues Pfaffenthum des Atheismus und Materialismus zu bilden droht, das nicht weniger fanatisch sein wird gegen alle Andersdenkenden als das "übernatürliche," das ebenso blinden Glauben für alle, wenn auch noch so unbegründeten Behauptungen fordert als dieses, und daher ebenso kritiklos verfährt. Wer von den Schriften der renommirtesten Vertreter des Materialismus Kenntniss nimmt, wird dies unschwer wahrnehmen. Es wird ihm nicht entgehen, dass diese Richtung sich der ältern übernatürlich-blindgläubigen besonders auch darin verwandt und ebenbürtig zeigt, dass sie ignoranten Hochmuth und blinde Geringschätzung gegen die Philosophie zur Schau trägt, und indem sie alle idealen Gefühle und Erkenntnisse für werthlosen "Dusel" oder leeres Phantasiespiel erklärt, der Menschheit ebenso sehr die beste Kraft raubt, der Macht des Aberglaubens und blinden Wahnes zu widerstehen, wie sie die Möglichkeit auf-

hebt dem mechanischen Spiel des äusserlichen Geschehens noch irgend eine Wahrheit und höhere Bedeutung zuzuerkennen. Es kann sich diesen Extremen gegenüber nach all ihren heftigen Kämpfen und zeitweiligen Erfolgen schliesslich doch, wie am Ausgange des Alterthums, nur darum handeln, der Religion eine Reform zu erringen, durch welche einerseits die Segnungen des religiösen Glaubens den Völkern erhalten bleiben, anderseits aber nicht weiter im Namen der Religion und Gottes selbst die höchsten Interessen der Menschheit gefährdet werden, wie es jetzt geschieht, — dadurch geschieht, dass alte dogmatische Formeln und äusserliche hierarchische Gewalt die höchste, unbedingte Herrschaft in Anspruch nehmen, und ebenso für Wissenschaft und Wahrheit, für Staat und Civilisation zum Hemmniss werden, wie sie das wahre Wesen des Christenthums selbst fortdauernd schädigen und nicht zur vollen Geltung kommen lassen.

(19) THE VATICAN DECREES IN THEIR BEARING ON CIVIL ALLEGIANCE.

I.—*The Occasion and Scope of this Tract.*

In the prosecution of a purpose not polemical but pacific, I have been let to employ words which belong, more or less, to the region of religious controversy; and which, though they were themselves few, seem to require, from the various feelings they have aroused, that I should carefully define, elucidate, and defend them. The task is not of a kind agreeable to me; but I proceed to perform it.

Among the causes, which have tended to disturb and perplex the public mind in the consideration of our own religious difficulties, one has been a certain alarm at the aggressive activity and imagined growth of the Roman Church in this country. All are aware of our susceptibility on this side; and it was not, I think, improper for one who desires to remove everything that can interfere with a calm and judicial temper, and who believes the alarm to be groundless, to state, pointedly though briefly, some reasons for that belief.

Accordingly I did not scruple to use the following language, in a paper inserted in the number of the "Contemporary Review" for the month of October, I was speaking of "the question whether a handful of the clergy are or are not engaged in an utterly hopeless and visionary effort to Romanise the Church and people of England."

"At no time since the bloody reign of Mary has such a scheme been possible. But if it had been possible in the seventeenth or eighteenth centuries, it would still have become impossible in the nineteenth; when Rome has substituted for the proud boast of *semper eadem* a policy of violence and change in faith; when she has refurbished, and paraded anew, every rusty tool she was fondly thought to have disused; when no one can become her convert without renouncing his moral and mental freedom, and placing his civil loyalty and duty at the mercy of another; and when she has equally repudiated modern thought and ancient history." ("Contemporary Review," Oct. 1874, p. 674.)

Had I been, when I wrote this passage, as I now am, addressing myself in considerable measure to my Roman Catholic fellow-countrymen, I should have striven

to avoid the seeming roughness of some of these expressions; but as the question is now about their substance, from which I am not in any particular disposed to recede, any attempt to recast their general form would probably mislead, I proceed, then, to deal with them on their merits.

More than one friend of mine, among those who have been led to join the Roman Catholic communion, has made this passage the subject, more or less, of expostulation. Now, in my opinion, the assertions which it makes are, as coming from a layman who has spent most and the best years of his life in the observation and practice of politics, not aggressive but defensive.

It is neither the abettors of the Papal Chair, nor any one who, however far from being an abettor of the Papal Chair, actually writes from a Papal point of view, that has a right to remonstrate with the world at large; but it is the world at large, on the contrary, that has the fullest right to remonstrate, first with His Holiness, secondly with those who share his proceedings, thirdly even with such as passively allow and accept them.

I therefore, as one of the world at large, propose to expostulate in my turn. I shall strive to show to such of my Roman Catholic fellow-subjects as may kindly give me a hearing that, after the singular steps which the authorities of their Church have in these last years thought fit to take, the people of this country, who fully believe in their loyalty, are intitled, on purely civil grounds, to expect from them some declaration or manifestation of opinion, in reply to that ecclesiastical party in their Church who have laid down, in their name, principles adverse to the purity and integrity of civil allegiance.

Undoubtedly my allegations are of great breadth. Such broad allegations require a broad and a deep foundation. The first question which they raise is, Are they, as to the material part of them, true? But even their truth might not suffice to show that their publication was opportune. The second question, then, which they raise is, Are they, for any practical purpose, material? And there is yet a third, though a minor, question, which arises out of the propositions in connection with their authorship, Were they suitable to be set forth by the present writer?

To these three questions I will now set myself to reply. And the matter of my reply will, as I conceive, constitute and convey an appeal to the understandings of my Roman Catholic fellow-countrymen, which I trust that, at the least, some among them may deem not altogether unworthy of their consideration.

From the language used by some of the organs of Roman Catholic opinion, it is, I am afraid, plain that in some quarters they have given deep offence. Displeasure, indignation, even fury, might be said to mark the language which in the heat of the moment has been expressed here and there. They have been hastily treated as an attack made upon Roman Catholics generally, nay, as an insult offered them. It is obvious to reply, that of Roman Catholics generally they state nothing. Together with a reference to "converts," of which I shall say more, they constitute generally a free and strong animadversion on the conduct of the Papal Chair, and of its advisors and abettors. If I am told that he who animadverts upon these assails thereby, or insults,

Roman Catholics at large, who do not choose their ecclesiastical rulers, and are not recognised as having any voice in the government of their Church, I cannot be bound by or accept a proposition which seems to me to be so little in accordance with reason.

Before all things, however, I should desire it to be understood that, in the remarks now offered, I desire to eschew not only religious bigotry, but likewise theological controversy. Indeed, with theology, except in its civil bearing, with theology as such, I have here nothing whatever to do. But it is "the peculiarity of Roman theology" that, by thrusting itself into the temporal domain, it naturally, and even necessarily, comes to be a frequent theme of political discussion. To quietminded Roman Catholics, it must be a subject of infinite annoyance, that their religion is, on this ground more than any other, the subject of criticism; more than any other, the occasion of conflicts with the State and of civil disquietude. I feel sincerely how much hardship their case entails. But this hardship is brought upon them altogether by the conduct of the authorities of their own Church. Why did theology enter so largely into the debates of Parliament on Roman Catholic Emancipation? Certainly not because our statesmen and debaters of fifty years ago had an abstract love of such controversies, but because it was extensively believed that the Pope of Rome had been and was a trespasser upon ground which belonged to the civil authority, and that he affected to determine by spiritual prerogative questions of the civil sphere. This fact, if fact it be, and not the truth or falsehood, the reasonableness, or unreasonableness, of any article of purely religious belief, is the whole and sole cause of the mischief. To this fact, and to this fact alone, my language is referable: but for this fact, it would have been neither my duty nor my desire to use it. All other Christian bodies are content with freedom in their own religious domain. Orientals, Lutherians, Calvinists, Presbyterians, Episcopalians, Nonconformists, one and all, in the present day, contentedly and thankfully accept the benefits of civil order; never pretend that the State is not its own master; make no religious claims to temporal possessions or advantages; and, consequently, never are in perilous collision with the State. Nay more, even so I believe it is with the mass of Roman Catholics individually. But not so with the leaders of their Church, or with those who take pride in following the leaders. Indeed, this has been made matter of boast:—

"There is not another Church so called" (than the Roman), "nor any community professing to be a Church, which does not submit, or obey, or hold its peace, when the civil governors of the world command."—"The Present Crisis of the Holy See," by H. E. Manning, D.D. London. 1861, p. 75.

The Rome of the Middle Ages claimed universal monarchy. The modern Church of Rome has abandoned nothing, retracted nothing. Is that all? Far from it. By condemning (as will be seen) those who, like Bishop Doyle in 1826 (Lords' Committee, March 18, 1826. Report, p. 190), charge the mediæval Popes with aggression, she unconditionally, even if covertly, maintains what the mediæval Popes maintained. But even this is not the worst. The worst by far is that whereas, in the national Churches and communities of the Middle Ages, there was a brisk, vigorous, and constant opposition to these outrageous claims, an opposition which stoutly as-

serted its own orthodoxy, which always caused itself to be respected, and which even sometimes gained the upper hand; now, in this nineteenth century of ours, and while it is growing old, this same opposition has been put out of court, and judicially extinguished within the Papal Church, by the recent decrees of the Vatican. And it is impossible for persons accepting those decrees justly to complain, when such documents are subjected in good faith to a strict examination as respects their compatibility with civil right and the obedience of subjects.

In defending my language, I shall carefully mark its limits. But all defence is reassertion, which properly requires a deliberate consideration; and no man who thus reconsiders should scruple, if he find so much as a word that may convey a false impression, to amend it. Exactness in stating truth according to the measure of our intelligence, is an indispensable condition of justice, and of a title to be heard.

My propositions, then, as they stood are these;—

1. That "Rome has substituted for the proud boast of *semper eadem* a policy of violence and change in faith."
2. That she has refurbished, and paraded anew, every rusty tool she was fondly thought to have disused.
3. That no one can now become her convert without renouncing his moral and mental freedom, and placing his civil loyalty and duty at the mercy of another.
4. That she ("Rome") has equally repudiated modern thought and ancient history.

II.—*The First and the Fourth Propositions.*

Of the first and fourth of these propositions I shall dispose rather summarily, as they appear to belong to the theological domain. They refer to a fact, and they record an opinion. One fact to which they refer is this: that, in days within my memory, the constant, favourite, and imposing argument of Roman controversialists was the unbroken and absolute identity in belief of the Roman Church from the days of our Saviour until now. No one, who has at all followed the course of this literature during the last forty years, can fail to be sensible of the change in its present tenor. More and more have the assertions of continuous uniformity of doctrine receded into scarcely penetrable shadow. More and more have another series of assertions, of a living authority, ever ready to open, adopt, and shape Christian doctrine according to the times, taken their place. Without discussing the abstract compatibility of these lines of argument, I note two of the immense practical differences between them. In the first, the office claimed by the Church is principally that of a witness to facts; in the second, principally that of a judge, if not a revealer, of doctrine. In the first, the processes which the Church undertakes are subject to a constant challenge and appeal to history; in the second, no amount of historical testimony can avail against the unmeasured power of the theory of development. Most important, most pregnant considerations, these, at least for two classes of persons: for those who think that exaggerated doctrines of Church power are among the real and serious dangers of the age; and for those who think that against all forms, both of superstition and of unbelief, one main preservative is to be found in maintaining the truth and authority of history, and the inestimable value of the historic spirit.

So much for the fact; as for the opinion, that the recent Papal decrees are at war with modern thought, and that, purporting to enlarge the necessary creed of Christendom, they involve a violent breach with history, this is a matter unfit for me to discuss, as it is a question of Divinity; but not unfit for me to have mentioned in my article; since the opinion given there is the opinion of those with whom I was endeavouring to reason, namely, the great majority of the British public.

If it is thought that the word violence was open to exception, I regret I cannot give it up. The justification of the ancient definitions of the Church, which have endured the storms of 1500 years, was to be found in this, that they were not arbitrary or wilful, but that they wholly sprang from, and related to theories rampant at the time, and regarded as menacing to Christian belief. Even the Canons of the Council of Trent have in the main this amount, apart from their matter, of presumptive warrant. But the decrees of the present perilous Pontificate have been passed to favour and precipitate prevailing currents of opinion in the ecclesiastical world of Rome. The growth of what is often termed among Protestants Mariolatry, and of belief in Papal Infallibility, was notoriously advancing, but it seems not fast enough to satisfy the dominant party. To aim the deadly blows of 1854 (Decree of the Immaculate Conception) and 1870 at the old historic, scientific, and moderate school, was surely an act of violence; and with this censure the proceeding of 1870 has actually been visited by the first living theologian now within the Roman Communion, I mean, Dr. John Henry Newman; who has used these significant words, among others: "Why should an aggressive and insolent faction be allowed to make the heart of the just sad, whom the Lord hath not made sorrowful." (See the remarkable Letter of Dr. Newman to Bishop Ullathorne, in the "Guardian" of April 6, 1870.)

III.—*The second Proposition.*

I take next my second Proposition: that Rome has refurbished, and paraded anew, every rusty tool she was fondly thought to have disused.

Is this then a fact, or is it not?

I must assume that it is denied: and therefore I cannot wholly pass by the work of proof. But I will state in the fewest possible words, and with references, a few propositions, all the holders of which have been *condemned* by the See of Rome during my own generation, and especially within the last twelve or fifteen years. And, in order that I may do nothing towards importing passion into what is matter of pure argument, I will avoid citing any of the fearfully energetic epithets in which the condemnations are sometimes clothed.

1. Those who maintain the Liberty of the Press. Encyclical Letter of Pope Gregory XVI., in 1831: and of Pope Pius IX., in 1864.

2. Or the liberty of conscience and of worship. Encyclical of Pius IX., December 8, 1864.

3. Or the liberty of speech. 'Syllabus' of March 18, 1861. Prop. lxxix. Encyclical of Pope Pius IX., December 8, 1864.

4. Or who contend that Papal judgments and decrees may, without sin, be

disobeyed, or differed from, unless they treat of the rules (*dogmata*) of faith or morals. Ibid.

5. Or who assign to the State the power of defining the civil rights (*jura*) and province of the Church. 'Syllabus' of Pope Pius IX., March 8, 1861. Ibid. Prop. *ixx*.

6. Or who hold that Roman Pontiffs and Ecumenical Councils have transgressed the limits of their power, and usurped the rights of princes. Ibid Prop. *xxiii*.

(It must be borne in mind, that "*Ecumencical Councils*" here mean *Roman Councils*, not recognised by the rest of the Church. The Councils of the early Church did not interfere with the jurisdiction of the civil power.)

7. Or that the Church may not employ force. (*Ecclesia vis inferendæ potestatem non habet*) 'Syllabus,' Prop. *xxiv*.

8. Or that power, not inherent in the office of the Episcopate, but granted to it by the civil authority may be withdrawn from it at the discretion of that authority. Ibid. Prop. *xxv*.

9. Or that the civil immunity (*immunitas*) of the Church and its ministers, depends upon civil rights. Ibid. Prop. *xxx*.

10. Or that in the conflict of laws civil and ecclesiastical, the civil law should prevail. Ibid. Prop. *xlii*.

11. Or than any method of instruction of youth solely secular, may be approved. Ibid. Prop. *xlvi*.

12. Or that knowledge of things philosophical and civil, may and should decline to be guided by Divine and Ecclesiastical authority. Ibid. Prop. *lvii*.

13. Or that marriage is not in its essence a Sacrament. Ib., Prop. *lxvi*.

14. Or that marriage, not sacramentally contracted (*si sacramentum excludatur*), has a binding force. Ibid. Prop. *lxxiii*.

15. Or that the abolition of the Temporal Power of the Popedom would be highly advantageous to the Church. Ibid. Prop. *lxxvi*. Also *lxx*.

16. Or that any other religion than the Roman religion may be established by a State. Ibid. Prop. *lxxvii*.

17. Or that in "Countries called Catholic," the free exercise of other religions may laudably be allowed. 'Syllabus,' Prop. *lxxviii*.

18. Or that the Roman Pontiff ought to come to terms with progress, liberalism, and modern civilization.. Ibid. Prop. *lxxx*.

This list is now perhaps sufficiently extented, although I have as yet not touched the decrees of 1870. But, before quitting it, I must offer three observations on what it contains.

Firstly. I do not place all the Propositions in one and the same category; for there are a portion of them which, as far as I can judge, might, by the combined aid of favourable construction and vigorous explanation, be brought within bounds. And I hold that favourable construction of the terms used in controversies is the right general rule. But this can only be so, when construction is an open question. When the author of certain propositions claims, as in the case before us, a sole and

unlimited power to interpret them in such a manner and by such rules as he may from time to time think fit, the only defence for all others concerned is at once to judge for themselves, how much of unreason or of mischief the words, naturally understood, may contain.

Secondly. It may appear, upon a hasty perusal, that neither the infliction of penalty in life, limb, liberty, or goods, on disobedient members of the Christian Church, nor the title to depose sovereigns, and release subjects from their allegiance, with all its revolting consequences, has been here re-affirmed. In terms, there is no mention of them; but in the substance of the propositions, I grieve to say, they are beyond doubt included. For it is notorious that they have been declared and decreed by "Rome," that is to say by Popes and Papal Councils; and the stringent condemnations of the Syllabus include all those who hold that Popes and Papal Councils (declared ecumenical) have transgressed the just limits of their power, or usurped the rights of princes. What have been their opinions and decrees about persecution I need hardly say; and indeed the right to employ physical force is even here undisguisedly claimed (No. 7).

Even while I am writing, I am reminded, from an unquestionable source, of the words of Pope Pius IX. himself on the deposing power. I add only a few italics; the words appear as given in a translation, without the original:—

"The present Pontiff used these words in replying to the address from the Academia of the Catholic Religion (July 21, 1873):—

"'There are many errors regarding the infallibility: but the most malicious of all is that which includes, in that dogma, the *right* of deposing sovereigns, and declaring the people no longer bound by the obligations of fidelity. This *right* has now and again, in critical circumstances, been exercised by the Pontiffs: but it has nothing to do with Papal Infallibility. Its origin was not the infallibility, but the authority of the Pope. This authority, in accordance with public right, which was then vigorous, and with the acquiescence of all Christian nations, who revered in the Pope the supreme Judge of the Christian Commonwealth, *extended so far as to pass judgment, even in civil affairs, on the acts of Princes and of Nations.*'" ('Civilization and the See of Rome.' By Lord Robert Montagu, Dublin, 1874. A Lecture delivered under the auspices of the Catholic Union of Ireland. I have a little misgiving about the version: but not of a nature to effect the substance.

Lastly. I must observe that these are not mere opinions of the Pope himself, nor even are they opinions which he might paternally recommend to the pious consideration of the faithful. With the promulgation of his opinions is unhappily combined, in the Encyclical Letter, which virtually, though not expressly, includes the whole, a command to all his spiritual children (from which command we the disobedient children are in no way excluded) to hold them.

"Itaque omnes et singulas pravæ opinionæ et doctrinæ singillatim hisce literis commemoratas auctoritate nostrâ Apostolicâ reprobamus, proscribimus, atque damnamus; easque ab omnibus Catholicæ Ecclesiæ filiis, veluti reprobatas, proscriptas, atque damnatas omnino haberi volumus et mandamus." Encycl. Dec. 8, 1864.

And the decrees of 1870 will presently show us, what they establish as the binding force of the *mandate* thus conveyed to the Christian world.

IV.—*The Third Proposition.*

I now pass to the operation of these extraordinary declarations on personal and private duty.

When the cup of endurance, which had so long been filling, began, with the Council of the Vatican in 1870, to overflow, the most famous and learned living theologian of the Roman Communion, Dr. von Döllinger, long the foremost champion of his Church, refused compliance, and submitted, with his temper undisturbed and his freedom unimpaired, to the extrem and most painful penalty of excommunication. With him, many of the most learned and respected theologians of the Roman Communion in Germany underwent the same sentence. The very few, who elsewhere (I do not speak of Switzerland) suffered in like manner, deserve an admiration rising in proportion to their fewness. It seems as though Germany, from which Luther blew the mighty trumpet that even now echoes through the land, still retained her primacy in the domain of conscience, still supplied the *centuria prærogativa* of the great *comitia* of the world.

But let no man wonder or complain. Without imputing to anyone the moral murder, for such it is, of stifling conscience and conviction, I for one cannot be surprised, that the fermentation, which is working through the mind of the Latin Church, has as yet (elsewhere than in Germany) but in few instances come to the surface. By the mass of mankind, it is morally impossible that questions such as these can be adequately examined; so it ever has been, and so in the main it will continue, until the principles of manufacturing machinery shall have been applied, and with analogous results, to intellectual and moral processes. Followers they are and must be, and in a certain sense ought to be. But what as to the leaders of society, the men of education and of leisure? I will try to suggest some answer in few words. A change of religious profession is under all circumstances a great and awful thing. Much more is the question, however, between conflicting, or apparently conflicting, duties arduous, when the religion of a man has been changed for him, over his head, and without the very least of his participation. Far be it then from me to make any Roman Catholic, except the great hierarchic Power, and those who have egged it on, responsible for the portentous proceedings which we have witnessed. My conviction is that, even of those who may not shake off the yoke, multitudes will vindicate at any rate their loyalty at the expense of the consistency, which perhaps in difficult matters of religion few among us perfectly maintain. But this belongs to the future; for the present, nothing could in my opinion be more unjust than to hold the members of the Roman Church in general already responsible for the recent innovations. The duty of observers, who think the claims involved in these decrees arrogant and false, and such as not even impotence real or supposed ought to shield from criticism, is frankly to state the case, and, by way of friendly challenge, to intreat their Roman Catholic fellow-countrymen to replace themselves in the

position which five-and-forty years ago this nation, by the voice and action of its Parliament, declared its belief that they held.

Upon a strict re-examination of the language, as a part from the substance of my fourth Propostion, I find it faulty, inasmuch as it seems to imply that a "convert" now joining the Papal Church, not only gives up certain rights and duties of freedom, but surrenders them by a conscious and deliberate act. What I have less accurately said that he renounced, I might have more accurately said that he forfeited. To speak strictly, the claim now made upon him by the authority, which he solemnly and with the highest responsibility acknowledges, requires him to surrender his mental and moral freedom, and to place his loyalty and civil duty at the mercy of another. There may have been, and may be, persons who in their sanguine trust will not shrink from this result, and will console themselves with the notion that their loyalty and civil duty are to be committed to the custody of one much wiser than themselves. But I am sure that there are also "converts" who, when they perceive, will by word and act reject, the consequence which relentless logic draws for them. If, however, my proposition be true, there is no escape from the dilemma. Is it then true or is it not true that Rome requires a convert, who now joins her, to forfeit his moral and mental freedom, and to place his loyalty and civil duty at the mercy of another?

In order to place this matter in as clear a light as I can, it will be necessary to go back a little upon our recent history.

A century ago we began to relax that system of penal laws against Roman Catholics, at once pettifogging, base and cruel, which Mr. Burke has scathed and blasted with his immortal eloquence.

When this process had reached the point, at which the question was whether they should be admitted into Parliament, there arose a great and prolonged national controversy; and some men, who at no time of their lives were narrow-minded, such as Sir Robert Peel, the Minister, resisted the concession. The arguments in its favour were obvious and strong, and they ultimately prevailed. But the strength of the opposing party had lain in the allegation that, from the nature and claims of the Papal power, it was not possible for the consistent Roman Catholic to pay to the crown of this country an entire allegiance, and that the admission of persons, thus self-disabled, to Parliament was inconsistent with the safety of the State and nation; which had not very long before, it may be observed, emerged from a struggle for existence.

An answer to this argument was indispensable; and it was supplied mainly from two sources. The Josephine laws. (See the work of Count dal Pozzo on the "Austrian Ecclesiastical Law." London: Murray, 1827. The Leopoldine Laws in Tuscany may also be mentioned.) Then still subsisting in the Austrian empire, and the arrangements which had been made after the peace of 1815 by Prussia and the German States with Pius VII. and Gonsalvi, proved that the Papal Court could submit to circumstances, and could allow material restraints even upon the exercise of its ecclesiastical prerogatives. Here, then, was a reply in the sence of the phrase

solvitur ambulando. Much information of this class was collected for the information of Parliament and the country. (See "Report from the Select Committee appointed to report the nature and substance of the Laws and Ordinances existing in Foreign States, respecting the regulation of their Roman Catholic subjects in Ecclesiastical matters, and their intercourse with the See of Rome, or any other Foreign Ecclesiastical Jurisdiction." Printed for the House of Commons in 1816 and 1817. Reprinted 1851.) But there were also measures taken to learn, from the highest Roman Catholic authorities of this country, what was the exact situation of the members of that communion with respect to some of the better known exorbitancies of Papal assumption. Did the Pope claim any temporal jurisdiction? Did he still pretend to the exercise of a power to depose kings, release subjects from their allegiance, and incite them to revolt? Was faith to be kept with heretics? Did the Church still teach the doctrines of persecution? Now, to no one of these questions could the answer really be of the smallest immediate moment to this powerful and solidly compacted kingdom. They were topics selected by way of sample; and the intention was to elicit declarations showing generally that the fangs of the mediæval Popedom had been drawn, and its claws torn away; that the Roman system, however strict in its dogma, was perfectly compatible with civil liberty, and with the institutions of a free State moulded on a different religious basis from its own.

Answers in abundance were obtained, tending to show that the doctrines of deposition and persecution, of keeping no faith with heretics, and of universal dominion, were obsolete beyond revival; that every assurance could be given respecting them, except such as required the shame of a formal retraction; that they were in effect mere bugbears, unworthy to be taken into account by a nation, which prided itself on being made up of practical men.

But it was unquestionably felt that something more than the renunciation of these particular opinions was necessary in order to secure the full concession of civil rights to Roman Catholics. As to their individual loyalty, a State disposed to generous or candid interpretation had no reason to be uneasy. It was only with regard to requisitions, which might be made on them from another quarter, that apprehension could exist. It was reasonable that England should desire to know not only what the Pope (at that period the eminent and able Bishop Doyle did not scruple to write as follows: "We are taunted with the proceedings of Popes. What, my Lord, have we Catholics to do with the proceedings of Popes, or why should we be made accountable for them?"—"Essay on the Catholic Claims." To Lord Liverpool, 1826, p. 111) might do for himself, but to what demands, by the constitution of their Church, they were liable; and how far it was possible that such demands could touch their civil duty. The theory which placed every human being, in things spiritual and things temporal, at the feet of the Roman Pontiff, had not been an *idolum specūs*, a mere theory of the chamber. Brainpower, never surpassed in the political history of the world, had been devoted for centuries to the single purpose of working it into the practice of Christendom; had in the West achieved for an impossible problem a partial success; and had in the East punished

the obstinate independence of the Church by that Latin conquest of Constantinople, which effectually prepared the way for the downfall of the Eastern empire, and the establishment of the Turks in Europe. What was really material therefore was, not whether the Papal chair laid claim to this or that particular power, but whether it laid claim to some power that included them all, and whether that claim had received such sanction from the authorities of the Latin Church, that there remained within her borders absolutely no tenable standing-ground from which war against it could be maintained. Did the Pope then claim infallibility? Or did he, either without infallibility or with it (and if with it so much the worse), claim an universal obedience from his flock? And were these claims, either or both, affirmed in his Church by authority which even the least Papal of the members of that Church must admit to be binding upon conscience?

The two first of these questions were covered by the third. And well it was that they were so covered. For to them no satisfactory answer could even then be given. The Popes had kept up, with comparatively little intermission, for well-nigh a thousand years, their claim to dogmatic infallibility; and had, at periods within the same tract of time, often enough made, and never retracted, that other claim which is theoretically less but practically larger; their claim to an obedience virtually universal from the baptised members of the Church. To the third-question it was fortunately more practicable to prescribe a satisfactory reply. It was well known that, in the days of its glory and intellectual power, the great Gallican Church had not only not admitted, but had denied Papal infallibility, and had declared that the local laws and usages of the Church could not be set aside by the will of the Pontiff. Nay, further, it was believed that in the main these had been, down to the close of the last century, the prevailing opinions of the Cisalpine Churches in communion with Rome. The Council of Constance had in act as well as word shown that the Pope's judgments, and the Pope himself, were triable by the assembled representatives of the Christian world. And the Council of Trent, notwithstanding the predominance in it of Italian and Roman influences, if it had not denied, yet had not affirmed either proposition.

All that remained was, to know what were the sentiments entertained on these vital points by the leaders and guides of Roman Catholic opinion nearest to our own doors. And here testimony was offered, which must not, and cannot, be forgotten. In part, this was the testimony of witnesses before the Committees of the two Houses in 1824 and 1825. (Committees of both Lords and Commons sat; the former in 1825, the latter in 1824—5. The References were identical, and ran as follows: "To inquire into the state of Ireland, more particularly with reference to the circumstances which may have led to disturbances in that part of the United Kingdom." Bishop Doyle was examined March 21, 1825, and April 21, 1825, before the Lords. The two citations in the text are taken from Bishop Doyle's evidence before the Commons' Committee, March 12, 1825, p. 190.) I need quote two answers only, given by the Prelate, who more than any other represented his Church, and influenced the mind of this country in favour of concession at the time, namely, Bishop Doyle. He was asked:

In what, and how far, does the Roman Catholic profess to obey the Pope?"

He replied:

"The Catholic professes to obey the Pope in matters which regard his religious faith, and in those matters of ecclesiastical discipline which have already been defined by the competent authorities."

And again:

"Does that justify the objection that is made to Catholics, that their allegiance is divided?"

"I do not think it does in any way. We are bound to obey the Pope in those things that I have already mentioned. But our obedience to the law, and the allegiance which we owe the sovereign, are complete, and full, and perfect, and undivided, inasmuch as they extend to all political, legal, and civil rights of the king or of his subjects. I think the allegiance due to the king, and the allegiance due to the Pope, are as distinct and as divided in their nature, as any two things can possibly be."

Such is the opinion of the dead Prelate. We shall presently hear the opinion of a living one. But the sentiments of the dead man powerfully operated on the open and trustful temper of this people to induce them to grant, at the cost of so much popular feeling and national tradition, the great and just concession of 1829. That concession, without such declarations, it would, to say the least, have been far more difficult to obtain.

Now, bodies are usually held to be bound by the evidence of their own selected and typical witnesses. But in this instances the colleagues of those witnesses thought fit also to speak collectively.

First, let us quote from the collective "Declaration," in the year 1826, of the Vicars Apostolic, who, with Episcopal authority, governed the Roman Catholics of Great Britain.

"The allegiance which Catholics hold to be due, and are bound to pay, to their Sovereign, and to the civil authority of the State, is perfect and undivided

"They declare that neither the Pope, nor any other prelate or ecclesiastical person of the Roman Catholic Church has any right to interfere directly or indirectly in the Civil Government nor to oppose in any manner the performance of the civil duties which are due to the king."

Not less explicit was the Hierarchy of the Roman Communion in its "Pastoral Address to the Clergy and Laity of the Roman Catholic Church in Ireland," dated January 25, 1826. This address contains a Declaration, from which I extract the following words:—

"It is a duty which they owe themselves, *as well as to their Protestant fellow-subjects*, whose good opinion they value, to endeavour once more to remove the false imputations that have been frequently cast upon the faith and discipline of that Church which is intrusted to their care, *that all may be enabled to know with accuracy their genuine principles.*"

In Article 11:—

“They declare on oath their belief that it is not an article of the Catholic Faith, neither are they thereby required to believe, that the Pope is infallible.”

And, after various recitals they set forth—

“After this full, explicit, and sworn declaration, we are utterly at a loss to conceive on what possible ground we could be justly charged with bearing towards our most gracious Sovereign only a divided allegiance.”

Thus, besides much else that I will not stop to quote, Papal infallibility was most solemnly declared to be a matter on which each man might think as he pleased; the Pope's power to claim obedience was strictly and narrowly limited: it was expressly denied that he had any title, direct or indirect, to interfere in civil government. Of the right of the Pope to define the limits which divide the civil from the spiritual by his own authority, not one word is said by the Prelates of either country.

Since that time, all these propositions have been reversed. The Pope's infallibility, when he speaks *ex cathedrâ* on faith and morals, has been declared, with the assent of the Bishops of the Roman Church, to be an article of faith, binding on the conscience of every Christian; his claim to the obedience of his spiritual subjects has been declared in like manner without any practical limit of reserve; and his supremacy, without any reserve of civil rights, has been similarly affirmed to include everything which relates to the discipline and government of the Church throughout the world. And these doctrines, we now know on the highest authority, it is of necessity for salvation to believe.

Independently, however, of the Vatican Decrees themselves, it is necessary for all who wish to understand what has been the amount of the wonderful change now consummated in the constitution of the Latin Church, and what is the present degradation of its Episcopal order, to observe also the change, amounting to revolution, of form in the present, as compared with other conciliatory decrees. Indeed, that spirit of centralisation, the excesses of which are as fatal to vigorous life in the Church as in the State, seems now nearly to have reached the last and furthest point of possible advancement and exaltation.

When, in fact, we speak of the decrees of the Council of the Vatican, we use a phrase which will not bear strict examination. The Canons of the Council of Trent were, at least, the real Canons of a real Council; and the strain in which they are promulgated is this:—*Hæc sacrosancta, ecumenica, et generalis Tridentina Synodus, in Spiritu Sancto legitime congregata, in eâ præsidentibus eisdem tribus apostolicis Legatis, hortatur, or docet, or statuit, or decernit*, and the like; and its canons, as published in Rome, are “*Canones et decreta Sacrosancti ecumenici Concilii Tridentini*,” (‘Romæ: in Collegio urbano de Propagandâ Fide,’ 1833), and so forth. But what we have now to do with is the *Constitutio Dogmatica Prima de Ecclesiâ Christi, edita in Sessione tertiâ* of the Vatican Council. It is not a constitution made by the Council, but one promulgated in the Council. (I am aware that, as some hold, this was the case with the Council of the Lateran in A.D. 1215. But, first,

this has not been established; secondly, the very gist of the evil we are dealing with consists in following [and enforcing] precedents from the age of the Pope Innocent III.) And who is it that legislates and decrees! It is *Pius Episcopus, servus servorum Dei*: and the seductive plural of his *docemus et declaramus* is simply the dignified and ceremonious "We" of Royal declarations. The document is dated *Pontificatus nostri Anno XXV*: and the humble share of the assembled Episcopate in the transaction is represented by *sacro approbante concilio*. And now for the propositions themselves.

First comes the Pope's infallibility:—

"Docemus, et divinitus revelatum dogma esse definimus, Romanum Pontificem, cum ex Cathedrâ loquitur, id est cum, omnium Christianorum Pastoris et Doctoris munere fungens, pro supremâ suâ Apostolicâ auctoritate doctrinam de fide vel moribus ab universâ Ecclesiâ tenendam definit, per assistentiam divinam, ipsi in Beato Petro promissam, eâ infallibilitate pollere, quâ Divinus Redemptor Ecclesiam suam in definiendâ doctrinâ de fide vel moribus instructam esse voluit: ideoque ejus Romani Pontificis definitiones ex sese non autem ex consensu Ecclesiæ irreformabiles esse." ('Constitutio de Ecclesiâ,' c. iv.)

Will it, then, be said that the infallibility of the Pope accrues only when he speaks *ex cathedrâ*? No doubt this is a very material consideration for those, who have been told that the private conscience is to derive comfort and assurance from the emanations of the Papal Chair; for there is no established or accepted definition of the phrase *ex cathedrâ*, and he has no power to obtain one, and no guide to direct him in his choice among some twelve theories on the subject, which, it is said, are bandied to and fro among Roman theologians, except the despised and discarded agency of his private judgment. But while thus sorely tantalised, he is not one whit protected. For there is still one person, and one only, who can unquestionably declare *ex cathedrâ* what is *ex cathedrâ*, and what is not, and who can declare it when and as he pleases. That person is the Pope himself. The provision is, that no document he issues shall be valid without a seal: but the seal remains under his own sole lock and key.

Again, it may be sought to plead, that the Pope is, after all, only operating by sanctions which unquestionably belong to the religious domain. He does not propose to invade the country, to seize Woolwich or burn Portsmouth. He will only, at the worst, excommunicate opponents, as he has excommunicated Dr. von Döllinger and others. Is this a good answer? After all, even in the Middle Ages, it was not by the direct action of fleets and armies of their own that the Popes contended with kings who were refractory; it was mainly by interdicts, and by the refusal, which they entailed when the Bishops were not brave enough to refuse their publication, of religious offices to the people. It was thus that England suffered under John, France under Philip Augustus, Leon under Alphonso the Noble, and every country in its turn. But the inference may be drawn that they who, while using spiritual weapons for such an end, do not employ temporal means, only fail to employ them because they have them not. A religious society, which delivers volleys

of spiritual censures in order to impede the performance of civil duties, does all the mischief that is in its power to do, and brings into question, in the face of the State, its title to civil protection.

Will it be said, finally, that the Infallibility touches only matter of faith and morals? Only matter of morals! Will any of the Roman casuists kindly acquaint us what are the departments and functions of human life which do not and cannot fall within the domain of morals? If they will not tell us, we must look elsewhere. In his work entitled "Literature and Dogma," (Pages 15, 44.) Mr. Matthew Arnold quaintly informs us — as they tell us nowadays how many parts of our poor bodies are solid, and how many aqueous — that about seventy-five per cent. of all we do belongs to the department of "conduct." Conduct and morals, we may suppose, are nearly co-extensive. Three-fourths, then, of life are thus handed over. But who will guarantee to us the other fourth? Certainly not St. Paul; who says, "Whether therefore ye eat, or drink, or whatsoever ye do, do *all* to the glory of God." And "Whatsoever ye do, in word or in deed, do *all* in the name of the Lord Jesus." (1 Cor. x. 31; Col. iii. 7.) No! Such a distinction would be the unworthy device of a shallow policy, vainly used to hide the daring of that wild ambition which at Rome, not from the throne, but from behind the throne, prompts the movements of the Vatican. I care not to ask if there be dregs or tatters of human life, such as can escape from the description and boundary of morals. I submit that Duty is a power which rises with us in the morning, and goes to rest with us at night. It is co-extensive with the action of our intelligence. It is the shadow which cleaves to us go where we will, and which only leaves us when we leave the light of life. So then it is the supreme direction of us in respect to all Duty, which the Pontiff declares to belong to him, *sacro approbante concilio*: and this declaration he makes, not as an otiose opinion of the schools, but *cunctis fidelibus credendam et tenendam*.

But we shall now see that, even if a loophole had at this point been left unclosed, the void is supplied by another provision of the Decrees. While the reach of the Infallibility is as wide as it may please the Pope, or those who may prompt the Pope, to make it there is something wider still, and that is the claim to an absolute and entire Obedience. This Obedience is to be rendered to his orders in the cases I shall proceed to point out, without any qualifying condition, such as the *ex cathedrâ*. The sounding name of Infallibility has so fascinated the public mind, and riveted it on the Fourth Chapter of the Constitution *de Ecclesiâ*, that its near neighbour, the Third Chapter, has, at least in my opinion, received very much less than justice. Let us turn to it.

"Cujuscunque ritûs et dignitatis pastores atque fideles, tam seorsum singuli quam simul omnes, officio hierarchicæ subordinationis veræque obedientiæ obstringuntur, non solum in rebus, quæ ad fidem et mores, sed etiam in iis, quæ ad disciplinam et regimen Ecclesiæ per totum orbem diffusæ pertinent. . . . Hæc est Catholicæ veritatis doctrina, a quâ deviare, salvâ fide atque salute, nemo potest. . . .

"Docemus etiam et declaramus eum esse judicem supremum fidelium, et in-

omnibus causis ad examen ecclesiasticum spectantibus ad ipsius posse judicium recurri: Sedis vero Apostolicæ, cujus auctoritate major non est, judicium a nemine fore retractandum. Neque cuiquam de ejus licere judicare judicio." ('Dogmatic Constitutions,' &c., c. iii. Dublin, 1870, pp. 30—32.)

Even, therefore, where the judgments of the Pope do not present the credentials of infallibility, they are unappealable and irreversible; no person may pass judgment upon them; and all men, clerical and lay, dispersedly or in the aggregate, are bound truly to obey them; and from this rule of Catholic truth no man can depart, save at the peril of his salvation. Surely, it is allowable to say that this Third Chapter on universal obedience is a formidable rival to the Fourth Chapter on Infallibility. Indeed, to an observer from without, it seems to leave the dignity to the other, but to reserve the stringency and efficiency to itself. The Fourth Chapter is the Merovingian Monarch; the third is the Carolingian Mayor of the Palace. The fourth has on overawing splendour; the third on iron gripe. Little does it matter to me whether my superior claims infallibility so long as he is entitled to demand and exact conformity. This, it will be observed, he demands even in cases not covered by his infallibility; cases, therefore, in which he admits it to be possible that he may be wrong, but finds it intolerable to be told so. As he must be obeyed in all his judgments though not *ex cathedrâ*, it seems a pity he could not likewise give the comforting assurance that they are all certain to be right.

But why this ostensible reduplication, this apparent surplusage? Why did the astute contrivers of this tangled scheme conclude that they could not afford to rest content with pledging the Council to Infallibility in terms which are not only wide to a high degree, but elastic beyond all measure?

Though they must have known perfectly well that "faith and morals" carried everything, or everything worth having, in the purely individual sphere, they also knew just as well that, even where the individual was subjugated, they might and would still have to deal with the State.

In mediæval history, this distinction is not only clear, but glaring. Outside the borders of some narrow and proscribed sect, now and then emerging, we never, or scarcely ever, hear of private and personal resistances to the Pope. The manful "Protestantism" of mediæval times had its activity almost entirely in the sphere of public, national, and state rights. Too much attention, in my opinion, cannot be fastened on this point. It is the very root and kernel of the matter. Individual servitude, however abject, will not satisfy the party now dominant in the Latin Church: the State must also be a slave.

Our Saviour had recognised as distinct the two provinces of the civil rule and the Church: had nowhere intimated that the spiritual authority was to claim the disposal of physical force, and to control in its own domain the authority which is alone responsible for external peace, order, and safety among civilized communities of men. It has been alike the peculiarity, the pride, and the misfortune of the Roman Church, among Christian communities, to allow to itself an unbounded use, as far as its power would go, of earthly instruments for spiritual ends. We have seen

with what ample assurance this nation and Parliament were fed in 1826 (see further, Appendix B); how well and roundly the full and undivided rights of the civil power, and the separation of the two jurisdictions, were affirmed. All this had at length been undone, as far as Popes could undo it, in the Syllabus and the Encyclical. It remained to complete the undoing, through the subserviency or pliability of the Council.

And the work is now truly complete. Lest it should be said that supremacy in faith and morals, full dominion over personal belief and conduct, did not cover the collective actions of men in States, a third province was opened, not indeed to the abstract assertion of Infallibility; but to the far more practical and decisive demand of absolute Obedience. And this is the proper work of the Third Chapter, to which I am endeavouring to do a tardy justice. Let us listen again to its few but pregnant words on the point:

“Non solum in rebus, quæ ad fidem et mores, sed etiam in iis, quæ ad disciplinam et regimen Ecclesiæ per totum orbem diffusæ pertinent.”

Absolute obedience, it is boldly declared, is due to the Pope, at the peril of salvation, not alone in faith, in morals, but in all things which concern the discipline and government of the Church. Thus are swept into the Papal net whole multitudes of facts, whole systems of government, prevailing, though in different degrees, in every country of the world. Even in the United States, where the severance between Church and State is supposed to be complete, a long catalogue might be drawn of subjects belonging to the domain and competency of the State, but also undeniably affecting the government of the Church; such as, by way of example, marriage, burial, education, prison discipline, blasphemy, poor relief, incorporation, mortmain, religious endowments, vows of celibacy and obedience. In Europe the circle is far wider, the points of contact and of interlacing almost innumerable. But on all matters, respecting which any Pope may think proper to declare that they concern either faith, or morals, or the government or discipline of the Church, he claims, with the approval of a Council undoubtedly Ecumenical in the Roman sense, the absolute obedience, at the peril of salvation, of every member of his communion.

It seems not as yet to have been thought wise to pledge the Council in terms to the Syllabus and the Encyclical. That achievement is probably reserved for some one of its sittings yet to come. In the meantime it is well to remember, that this claim in respect of all things affecting the discipline and government of the Church, as well as faith and conduct, is lodged in open day by and in the reign of a Pontiff, who has condemned free speech, free writing, a free press, toleration of non-conformity, liberty of conscience, the study of civil and philosophical matters in independence of the ecclesiastical authority, marriage unless sacramentally contracted, and the definition by the State of the civil rights (*jura*) of the Church; who has demanded for the Church, therefore, the title to define its own civil rights, together with a divine right to civil immunities, and a right to use physical force; and who has also proudly asserted that the Popes of the Middle Ages with their councils

did not invade the rights of princes: as for example, Gregory VII. of the Emperor Henry IV.; Innocent III., of Raymond of Toulouse; Paul III., in deposing Henry VIII.; or Pius V., in performing the like paternal office for Elizabeth.

I submit, then, that my fourth proposition is true; and that England is entitled to ask, and to know, in what way the obedience required by the Pope and the Council of the Vatican is to be reconciled with the integrity of civil allegiance?

It has been shown that the Head of their Church, so supported as undoubtedly to speak with its highest authority, claims from Roman Catholics a plenary obedience to whatever he may desire in relation not to faith but to morals, and not only to these, but to all that concerns the government and discipline of the Church: that, of this, much lies within the domain of the State: that to obviate all misapprehension, the Pope demands for himself the right to determine the province of his own rights, and has so defined it in formal documents, as to warrant any and every invasion of the civil sphere; and that this new version of the principles of the Papal Church inexorably binds its members to the admission of these exorbitant claims, without any refuge or reservation on behalf of their duty to the Crown.

Under circumstances such as these, it seems not too much to ask of them to confirm the opinion which we, as fellow-countrymen, entertain of them, by sweeping away, in such manner and terms as they may think best, the presumptive imputations which their ecclesiastical rulers at Rome, acting autocratically, appear to have brought upon their capacity to pay a solid and undivided allegiance; and to fulfil the engagement which their Bishops, as political sponsors, promised and declared for them in 1825.

It would be impertinent, as well as needless, to suggest what should be said. All that is requisite is to indicate in substance that which (if the foregoing argument be sound) is not wanted, and that which is. What is not wanted is vague and general assertion, of whatever kind, and however sincere. What is wanted, and that in the most specific form and the clearest terms, I take to be one of two things; that is to say, either—

I. A demonstration that neither in the name of faith, nor in the name of morals, nor in the name of the government or discipline of the Church, is the Pope of Rome able, by virtue of the powers asserted for him by the Vatican decree, to make any claim upon those who adhere to his communion, of such a nature as can impair the integrity of their civil allegiance; or else,

II. That if and when such claim is made, it will even although resting on the definitions of the Vatican, be repelled and rejected; just as Bishop Doyle, when he was asked what the Roman Catholic clergy would do if the Pope intermeddled with their religion, replied frankly, "The consequence would be, that we should oppose him by every means in our power, even by the exercise of our spiritual authority. ('Report,' March 18, 1826, p. 101.)

In the absence of explicit assurances to this effect, we should appear to be led, nay, driven by just reasoning upon that documentary evidence, to the conclusions:—

1. That the Pope, authorised by his Council, claims for himself the domain (a) of faith, (b) of morals, (c) of all that concerns the government and discipline of the Church.

2. That he in like manner claims the power of determining the limits of those domains.

3. That he does not sever them, by any acknowledged or intelligible line, from the domains of civil duty and allegiance.

4. That he therefore claims and claims from the month of July, 1870, onwards, with plenary authority, from every convert and member of his Church, that he shall "place his loyalty and civil duty at the mercy of another:" that other being himself.

V. Being True, are the Propositions Material?

But next, if these propositions be true, are they also material? The claims cannot, as I much fear, be denied to have been made. It cannot be denied that the Bishops, who govern in things spiritual more than five millions (or nearly one-sixth) of the inhabitants of the United Kingdom have in some cases, promoted, in all cases accepted, these claims. It has been a favourite purpose of my life not to conjure up, but to conjure down, public alarms. I am not now going to pretend that either foreign foe or domestic treason can at the bidding of the Court of Rome, disturb these peaceful shores. But though such fears may be visionary, it is more visionary still to suppose for one moment that the claims of Gregory VII., of Innocent III., and of Boniface VIII., have been distinterred, in the nineteenth century, like hideous mummies picked out of Egyptian sarcophagi, in the interests of archæology, or without a definite and practical aim. As rational beings, we must rest assured that only with very clearly conceived and foregone purpose have these astonishing reassertions been paraded before the world. What is that purpose?

I can well believe that it is in part theological. There have always been, and there still are, no small proportion of our race, and those by no means in all respects the worst, who are sorely open to the temptation, especially in times of religious disturbance, to discharge their spiritual responsibilities by *power of attorney*. As advertising houses find custom in proportion, not so much to the solidity of their resources as to the magniloquence of their promises and assurances, so theological boldness in the extension of such claims is sure to pay, by widening certain circles of devoted adherents, however it may repel the mass of mankind. There were two special encouragements to this enterprise at the present day: one of them the perhaps unconscious but manifest leaning of some, outside the Roman precinct, to undue exaltation of Church power; the other the reaction, which is and must be brought about in favour of superstition, by the levity of the destructive speculations so widely current, and the notable hardihood of the anti-Christian writing of the day.

But it is impossible to account sufficiently in this manner for the particular course which has been actually pursued by the Roman Court. All morbid spiritual appetites would have been amply satisfied by claims to infallibility in creed, to the

prerogative of miracle, to dominion over the unseen world. In truth there was occasion, in this view, for nothing, except a liberal supply of Salmonean thunder:—

“Dum flammæ Jovis et sonitus imitatur Olympi.” (*Æn.* vi. 586.)

All this could have been managed by a few Tetzels, judiciously distributed over Europe. Therefore the question still remains, Why did that Court, with policy for ever in its eye, lodge such formidable demands for power of the vulgar kind in that sphere which is visible, and where hard knocks can undoubtedly be given as well as received?

It must be for some political object, of a very tangible kind, that the risks of so daring a raid upon the civil sphere have been deliberately run.

A daring raid it is. For it is most evident that the very assertion of principles which establish an exemption from allegiance, or which impair its completeness, goes, in many other countries of Europe, far more directly than with us, to the creation of political strife and to dangers of the most material and tangible kind. The struggle, now proceeding in Germany, at once occurs to the mind as a palmary instance. I am not competent to give any opinion upon the particulars of that struggle. The institutions of Germany, and the relative estimate of State power and individual freedom, are materially different from ours. But I must say as much as this. First, it is not Prussia alone that is touched; elsewhere, too, the bone lies ready, though the contention may be delayed. In other States, in Austria particularly, there are recent laws in force, raising much the same issues as the Falck laws have raised. But the Roman Court possesses in perfection one art, the art of waiting; and it is her wise maxim to fight but one enemy at a time. Secondly, if I have truly represented the claims promulgated from the Vatican, it is difficult to deny that those claims, and the power which has made them, are primarily responsible for the pains and perils, whatever they may be, of the present conflict between German and Roman enactments. And that which was once truly said of France, may now also be said with not less truth of Germany: when Germany is disquieted, Europe cannot be at rest.

I should feel less anxiety on this subject had the Supreme Pontiff frankly recognised his altered position since the events of 1870; and in language as clear, if not as emphatic, as that in which he has proscribed modern civilisation, given to Europe the assurance that he would be no party to the re-establishment by blood and violence of the Temporal Power of the Church. It is easy to conceive that his personal benevolence, no less than his feelings as an Italian, must have inclined him individually towards a course so humane; and I should add, if I might do it without presumption, so prudent. With what appears to an English eye a lavish prodigality, successive Italian Governments have made over the ecclesiastical powers and privileges of the Monarchy, not to the Church of the country for the revival of the ancient, popular, and self-governing elements of its constitution, but to the Papal Chair for the establishment of ecclesiastical despotism, and the suppression of the last vestiges of independence. This course, so difficult for a

foreigner to appreciate, or even to justify, has been met, not by reciprocal conciliation, but by a constant fire of denunciations and complaints. When the tone of these denunciations and complaints is compared with the language of the authorised and favoured Papal organs in the press, and of the Ultramontane party (now the sole legitimate party of the Latin Church) throughout Europe, it leads many to the painful and revolting conclusion that there is a fixed purpose among the secret inspirers of Roman policy to pursue, by the road of force, upon the arrival of any favourable opportunity, the favourite project of re-erecting the terrestrial throne of the Popedom, even if it can only be re-erected on the ashes of the city, and amidst the whitening bones of the people. (Appendix C.)

It is difficult to conceive or contemplate the effects of such an endeavour. But the existence at this day of the policy, even in bare idea, is itself a portentous evil. I do not hesitate to say that it is an incentive to general disturbance, a premium upon European wars. It is in my opinion not sanguine only, but almost ridiculous to imagine that such a project could eventually succeed; but it is difficult to over-estimate the effect which it might produce in generating and exasperating strife. It might even, to some extent, disturb and paralyse the action of such Governments as might interpose for no separate purpose of their own, but only with a view to the maintenance or restoration of the general peace. If the baleful Power which is expressed by the phrase *Curia Romana*, and not at all adequately rendered in its historic force by the usual English equivalent "Court of Rome," really entertains the scheme, it doubtless counts on the support in every country of an organised and devoted party; which, when it can command the scales of political power, will promote interference, and, when it is in a minority, will work for securing neutrality. As the peace of Europe may be in jeopardy, and as the duties even of England, as one (so to speak) of its constabulary authorities, might come to be in question, it would be most interesting to know the mental attitude of our Roman Catholic fellow-countrymen in England and Ireland with reference to the subject; and it seems to be one on which we are entitled to solicit information.

For there cannot be the smallest doubt that the temporal power of the Popedom comes within the true meaning of the words used at the Vatican to describe the subjects on which the Pope is authorised to claim, under awful sanctions, the obedience of the "faithful." It is even possible that we have here the key to the enlargement of the province of Obedience beyond the limits of Infallibility, and to the introduction of the remarkable phrase *ad disciplinam et regimen Ecclesiæ*. No impartial person can deny that the question of the temporal power very evidently concerns the discipline and government of the Church—concerns it, and most michievously as I should venture to think; but in the opinion, up to a late date, of many Roman Catholics, not only most beneficially, but even essentially. Let it be remembered, that such a man as the late Count Montalembert, who in his general politics was of the Liberal party, did not scruple to hold that the millions of Roman Catholics throughout the world were co-partners with the inhabitants of the States of the Church in regard to their

civil government; and, as constituting the vast majority, were of course entitled to override them. It was also rather commonly held, a quarter of a century ago, that the question of the States of the Church was one with which none but Roman Catholic Powers could have anything to do. This doctrine, I must own, was to me at all times unintelligible. It is now, to say the least, hopelessly and irrecoverably obsolete.

Archbishop Manning, who is the head of the Papal Church in England, and whose ecclesiastical tone is supposed to be in the closest accordance with that of his headquarters, has not thought it too much to say that the civil order of all Christendom is the offspring of the Temporal Power, and has the Temporal Power for its keystone; that on the destruction of the Temporal Power "the laws of nations would at once fall in ruins;" that (our old friend) the deposing Power "taught subjects obedience and princes clemency." ('Three Lectures on the Temporal Sovereignty of the Popes,' 1860, pp. 34, 46, 47, 58-9, 63.) Nay, this high authority has proceeded further, and has elevated the Temporal Power to the rank of necessary doctrine.

"The Catholic Church cannot be silent, it cannot hold its peace; it cannot cease to preach the doctrines of Revelation, not only of the Trinity and of the Incarnation, but likewise of the Seven Sacraments, and of the Infallibility of the Church of God, and of the necessity of Unity, and of the Sovereignty, both of the spiritual and temporal, of the Holy See." ('The present Crisis of the Holy See.' By H. E. Manning, D.D. London, 1861, p. 73.)

I never, for my own part, heard that the work containing this remarkable passage was placed in the "Index Prohibitorum Librorum." On the contrary, its distinguished author was elevated, on the first opportunity, to the headship of the Roman Episcopacy in England, and to the guidance of the million or thereabouts of souls in its communion. And the more recent utterances of the oracle have not descended from the high level of those already cited. They have, indeed, the recommendation of a comment, not without fair claims to authority, on the recent declarations of the Pope and the Council; and of one of which goes to prove how far I am from having exaggerated or strained in the foregoing pages the meaning of those declarations. Especially does this hold good on the one point, the most vital of the whole—the title to define the border line of the two provinces, which the Archbishop not unfairly takes to be the true criterion of supremacy, as between rival powers like the Church and the State.

"If, then, the civil power be not competent to decide the limits of the spiritual power, and if the spiritual power can define, with a divine certainty, its own limits, it is evidently supreme. Or, in other words, the spiritual power knows, with divine certainty, the limits of its own jurisdiction: and it knows therefore the limits and competence of the civil power. It is thereby, in matters of religion and conscience, supreme. I do not see how this can be denied without denying Christianity. And if this be so, this is the doctrine of the Bull *Unam Sanctam*, and of the Syllabus, and of the Vatican Council. (On the Bull *Unam Sanctam* "of a most odious kind;")

see Bishop Doyle's Essay, already cited. He thus describes it.) It is, in fact, Ultramontanism, for this term means neither less nor more. The Church, therefore, is separate and supreme.

"Let us then ascertain somewhat further, what is the meaning of supreme. Any power which is independent, *and can alone fix the limits of its own jurisdiction, and can [thereby] fix the limits of all other jurisdictions, is, ipso facto, supreme.* ("The italics are not in the original.") But the Church of Jesus Christ, within the sphere of revelation, of faith and morals, is all this, or is nothing, or worse than nothing, an imposture and an usurpation — that is, it is Christ or Antichrist." ('Cæsarism and Ultramontanism.' By Archbishop Manning, 1874, pp. 35—6.)

But the whole pamphlet should be read by those who desire to know the true sense of the Papal declarations and Vatican decrees, as they are understood by the most favoured ecclesiastics; understood, I am bound to own, so far as I can see, in their natural, legitimate, and inevitable sense. Such readers will be assisted by the treatise in seeing clearly, and in admitting frankly that, whatever demands may hereafter, and in whatever circumstances, be made upon us, we shall be unable to advance with any fairness the plea that it has been done without due notice.

There are millions upon millions of the Protestants of this country who would agree with Archbishop Manning, if he were simply telling us that Divine truth is not to be sought from the lips of the State, nor to be sacrificed at its command. But those millions would tell him, in return, that the State, as the power which is alone responsible for the external order of the world, can alone conclusively and finally be competent to determine what is to take place in the sphere of that external order.

I have shown, then that the propositions, especially that which has been felt to be the chief one among them, being true, are also material; material to be generally known, and clearly understood, and well considered, on civil grounds; inasmuch as they invade, at a multitude of points, the civil sphere, and seem even to have no very remote or shadowy connection with the future peace and security of Christendom.

VI. *Were the Propositions proper to be set forth by the present Writer?*

There remains yet before us only the shortest and least significant portion of the inquiry, namely, whether these things, being true, and being material to be said, were also proper to be said by me. I must ask pardon if a tone of egotism be detected in this necessarily subordinate portion of my remarks.

For thirty years, and in a great variety of circumstances, in office and as an independent Member of Parliament, in majorities and in small minorities, and during the larger portion of the time (from 1847 to 1865 I sat for the University of Oxford,) as the representative of a great constituency, mainly clerical, I have, with others, laboured to maintain and extend the civil rights of my Roman Catholic fellow-countrymen. The Liberal party of this country, with which I have been commonly associated, has suffered, and sometimes suffered heavily, in public favour and in influence, from the belief that it was too ardent in the pursuit of that policy; while

at the same time it has always been in the worst odour with the Court of Rome, in consequence of its (I hope) unalterable attachment to Italian liberty and independence. I have sometimes been the spokesman of that party in recommendations which have tended to foster in fact the imputation I have mentioned, though not to warrant it as matter of reason. But it has existed in fact. So that while (as I think) general justice to society required that these things which I have now set forth should be written, special justice, as towards the party to which I am loyally attached, and which I may have had a share in thus placing at a disadvantage before our countrymen, made it, to say the least, becoming that I should not shrink from writing them.

In discharging that office, I have sought to perform the part not of a theological partisan, but simply of a good citizen; of one hopeful that many of his Roman Catholic friends and fellow-countrymen, who are, to say the least of it, as good citizens as himself, may perceive that the case is not a frivolous case, but one that merits their attention.

I will next proceed to give the reason why, up to a recent date, I have thought it right in the main to leave to any others, who might feel it, the duty of dealing in detail with this question.

The great change, which seems to me to have been brought about in the position of Roman Catholic Christians as citizens, reached its consummation, and came into full operation in July, 1870, by the proceedings or so-called decrees of the Vatican Council.

Up to that time, opinion in the Roman Church on all matters involving civil liberty, though partially and sometimes widely intimidated, was free wherever it was resolute. During the Middle Ages, heresy was often extinguished in blood, but in every Cisalpine country a principle of liberty, to a great extent, held its own, and national life refused to be put down. Nay more, these precious and inestimable gifts had not infrequently for their champions a local prelacy and clergy. The Constitutions of Clarendon, cursed from the Papal throne, were the work of the English Bishops. Stephen Langton, appointed directly, through an extraordinary stretch of power, by Innocent III., to the See of Canterbury, headed the Barons of England in extorting from the Papal minion John, the worst and basest of all our Sovereigns, that Magna Charta, which the Pope at once visited with his anathemas. In the reign of Henry VIII., it was Tunstal, Bishop of Durham, who first wrote against the Papal domination. Tunstal was followed by Gardiner; and even the recognition of the Royal Headship was voted by the clergy, not under Cranmer, but under his unsuspected predecessor Warham. Strong and domineering as was the high Papal party in those centuries, the resistance was manful. Thrice in history, it seemed as if what we may call the Constitutional party in the Church was about to triumph: first at the epoch of the Council of Constance; secondly, when the French Episcopate was in conflict with Pope Innocent XI.; thirdly, when Clement XIV. levelled with the dust the deadliest foes that mental and moral liberty have ever known. But from July, 1870, this state of things has passed away, and the death-

warrant of that Constitutional party has been signed, and sealed, and promulgated in form.

Before that time arrived, although I had used expressions sufficiently indicative as to the tendency of things in the great Latin Communion, yet I had for very many years felt it to be the first and paramount duty of the British Legislature, whatever Rome might say or do, to give to Ireland all that justice could demand, in regard to matters of conscience and of civil equality, and thus to set herself right in the opinion of the civilised world. So far from seeing, what some believed they saw, a spirit of unworthy compliance in such a course, it appeared to me the only one which suited either the dignity or the duty of my country. While this debt remained unpaid, both before and after 1870, I did not think it my province to open formally a line of argument on a question of prospective rather than immediate moment, which might have prejudiced the matter of duty lying nearest our hand, and morally injured Great Britain not less than Ireland, Churchmen and Nonconformists not less than adherents of the Papal Communion, by slackening the disposition to pay the debt of justice. When Parliament had passed the Church Act of 1869 and the Land Act of 1870, there remained only, under the great head of Imperial equity, one serious question to be dealt with—that of the higher Education. I consider that the Liberal majority in the House of Commons, and the Government to which I have the honour and satisfaction to belong, formally tendered payment in full of this portion of the debt by the Irish University Bill of February, 1873. Some indeed think, that it was overpaid: a question into which this is manifestly not the place to enter. But the Roman Catholic prelacy of Ireland thought fit to procure the rejection of that measure, by the direct influence which they exercised over a certain number of Irish members of Parliament, and by the temptation which they thus offered—the bid, in effect, which (to use a homely phrase) they made, to attract the support of the Tory Opposition. Their efforts were crowned with a complete success. From that time forward I have felt that the situation was changed, and that important matters would have to be cleared by suitable explanations. The debt to Ireland had been paid: a debt to the country at large had still to be disposed of, and this has come to be the duty of the hour. So long, indeed, as I continued to be Prime Minister, I should not have considered a broad political discussion on a general question suitable to proceed from me; while neither I nor (I am certain) my colleagues would have been disposed to run a risk of stirring popular passions by a vulgar and unexplained appeal. But every difficulty, arising from the necessary limitations of an official position, has now been removed.

VII. On the Home Policy of the Future.

I could not, however, conclude these observations without anticipating and answering an inquiry they suggest. "Are they, then," it will be asked, "a recantation and a regret; and what are they meant to recommend as the policy of the future?" My reply shall be succinct and plain. Of what the Liberal party has

accomplished, by word or deed, in establishing the full civil equality of Roman Catholics, I regret nothing, and I recant nothing.

It is certainly a political misfortune that, during the last thirty years, a Church so tainted in its views of civil obedience, and so unduly capable of changing its front and language after Emancipation from what it had been before, like an actor who has to perform several characters in one piece, should have acquired an extension of its hold upon the highest classes of this country. The conquests have been chiefly, as might have been expected, among women; but the number of male converts or captives (as I might prefer to call them), has not been inconsiderable. There is no doubt, that every one of these secessions is in the nature of a considerable moral and social severance. The breadth of this gap varies, according to varieties of individual character. But it is too commonly a wide one. Too commonly, the spirit of the neophyte is expressed by the words which have become notorious: "a Catholic first, an Englishman afterwards." Words which properly convey no more than a truism; for every Christian must seek to place his religion even before his country in his inner heart. But very far from a truism in the sense in which we have been led to construe them. We take them to mean that the "convert" intends, in the case of any conflict between the Queen and the Pope, to follow the Pope, and let the Queen shift for herself; which, happily, she can well do.

Usually, in this country, a movement in the highest class would raise a presumption of a similar movement in the mass. It is not so here. Rumours have gone about that the proportion of members of the Papal Church to the population has increased, especially in England. But these rumours would seem to be confuted by authentic figures. The Roman Catholic Marriages, which supply a competent test, and which were 4.89 per cent. of the whole in 1854, and 4.62 per cent. in 1859, were 4.09 per cent. in 1869, and 4.02 per cent. in 1871.

There is something at least abnormal in such a partial growth, taking effect as it does among the wealthy and noble, while the people cannot be charmed, by any incantation, into the Roman camp. The original Gospel was supposed to be meant especially for the poor; but the gospel of the nineteenth century from Rome courts another and less modest destination. If the Pope does not control more souls among us he certainly controls more acres.

The severance, however, of a certain number of lords of the soil from those who till it, can be borne. And so I trust will in like manner be endured the new and very real "aggression" of the principles promulgated by Papal authority, whether they are or are not loyally disclaimed. In this matter each man is his own judge and his own guide: I can speak for myself. I am no longer able to say, as I would have said before 1870, "There is nothing in the necessary belief of the Roman Catholic which can appear to impeach his full civil title; for, whatsoever be the follies of ecclesiastical power in his Church, his Church itself has not required of him, with binding authority, to assent to any principles inconsistent with his civil duty." That ground is now, for the present at least, cut from under my feet. What then is to be our course of policy hereafter? First let me say that as regards the

great Imperial settlement, achieved by slow degrees, which has admitted men of all creeds subsisting among us to Parliament, that I conceive to be so determined beyond all doubt or question, as to have become one of the deep foundation-stones of the existing Constitution. But inasmuch as, short of this great charter of public liberty, and independently of all that has been done, there are pending matters of comparatively minor moment which have been, or may be, subjects of discussion, not without interest attaching to them, I can suppose a question to arise in the minds of some. My own views and intentions in the future are of the smallest significance. But, if the arguments I have here offered make it my duty to declare them, I say at once the future will be exactly as the past: in the little that depends on me, I shall be guided hereafter, as heretofore, by the rule of maintaining equal civil rights irrespectively of religious differences, and shall resist all attempts to exclude the members of the Roman Church from the benefit of that rule. Indeed I may say that I have already given conclusive indications of this view, by supporting in Parliament, as a Minister, since 1870, the repeal of the Ecclesiastical Titles Act, for what I think ample reasons. Not only because the time has not yet come when we can assume the consequences of the revolutionary measures of 1870 to have been thoroughly weighed and digested by all capable men in the Roman Communion. Not only because so great a numerical proportion are, as I have before observed, necessarily incapable of mastering and forming their personal judgment upon the case. Quite irrespectively even of these considerations, I hold that our onward even course should not be changed by follies, the consequences of which, if the worst come to the worst, this country will have alike the power and, in case of need, the will to control. The State will, I trust, be ever careful to leave the domain of religious conscience free, and yet to keep it to its own domain; and to allow neither private caprice nor, above all, foreign arrogance to dictate to it in the discharge of its proper office. "England expects every man to do his duty;" and none can be so well prepared under all circumstances to exact its performance as that Liberal party, which has done the work of justice alike for Nonconformist and for Papal dissidents, and whose members have so often, for the sake of that work, hazarded their credit with the markedly Protestant constituencies of the country. Strong the State of the United Kingdom has always been in material strength; and its moral panoply is now, we may hope, pretty complete.

It is not then for the dignity of the Crown and people of the United Kingdom to be diverted from a path which they have deliberately chosen, and which it does not rest with all the myrmidons of the Apostolic Chamber either openly to obstruct, or secretly to undermine. It is rightfully to be expected, it is greatly to be desired, that the Roman Catholics of this country should do in the Nineteenth century what their forefathers of England, except a handful of emissaries, did in the Sixteenth, when they were marshalled in resistance to the Armada, and in the Seventeenth when, in despite of the Papal Chair, they sat in the House of Lords under the Oath of Allegiance. That which we are entitled to desire, we are entitled also to expect: indeed, to say we did not expect it, would, in my judgment, be the true way of

conveying an "insult" to those concerned. In this expectation we may be partially disappointed. Should those to whom I appeal, thus unhappily come to bear witness in their own persons to the decay of sound, manly, true life in their Church, it will be their loss more than ours. The inhabitants of these Islands, as a whole, are stable though sometimes credulous and excitable; resolute, though sometimes boastful: and a strongheaded and soundhearted race will not be hindered, either by latent or by avowed dissents, due to the foreign influence of a caste, from the accomplishment of its mission in the world.

(20) If we look at science separately, it is only another word for knowledge—for that which we know. If, on the other hand, we look at art separately, it is that which aims at representing things in forms of beauty; the first having regard to the composition of the things themselves, the second having regard to the shape and figure in which they are represented. We have not to deal to-night with science or art in the abstract. They are science and art in combination, brought to converge upon a particular point — namely, the conduct and knowledge of industrial pursuits. This, as I understand it, is the meeting-point of science and art with reference to the business of to-night. The object of the instruction which is now tendered to you, and which the people of this country show not only a willingness but a great desire to obtain, is to render assistance to industrial processes. The object is that the industrial processes of this country upon which, unquestionably, more than upon anything else, its material greatness rests, may be conducted, one and all of them, in the manner which is most economical, most effective, likewise—and this is an element often left out of view—the most beautiful, so that beauty may attach to all the productions and commodities which are the result of human industry. It is therefore a sort of union, or marriage, of beauty and utility which is contemplated in the work of the Science and Art Department. Let me say here that beauty and utility, in what I may call the lowest or most practical view, are not things opposed in the degree in which many think they are opposed. On the contrary, it is literally true that beauty is a great element of utility. I do not mean that this is so according to the laws of any particular philosophy or abstract thought, but according to that law which is, perhaps, of all others the most generally understood—the law, as it is sometimes called, of £. s. d. In that sense beauty is a great and an essential element of utility. One great country in particular—the second country in the world as far as foreign commerce is concerned — I mean our neighbour France, is a country of which I will venture to say that in the main its trade is founded upon the beauty of that which it produces. The French are a most ingenious, a most clever, as well as a most thrifty people. They understand, and understand better than Englishmen do, the economical application of means to ends. Still, upon the whole, I venture to give a confident opinion that the high position which France holds in the market of the world is a position mainly and essentially due to the fact that from long culture and traditional application of the national mind they combine beauty with utility in the production of such objects as

result from the industry of man. Forgive me if I insert a few parenthetical words in this place. I am going to speak of these subjects in the manner which, if accompanied by no qualification, might give rise to a remark that I was recommending to my hearers what would in point of fact be a worship of worldly and visible objects in derogation or in neglect of the higher duties and purposes of man. Now, in the days in which we live, when the mind of the community is much excited and disturbed upon these higher matters, I wish to enter a respectful protest for myself on this point. Whatever I may think of the pursuits of industry and science, and of the triumphs and glories of art, I do not mention any one of these things as a great specific for alleviating the sorrows of human life, and meeting the evils which deface the world. I believe firmly in science and art for their own purposes. I believe in their reality, their efficacy, and their value; but I believe they are efficacious and valuable for the purposes for which they were ordained, and not for purposes for which they were not ordained. If I am asked what is the remedy for the deeper sorrows of the human heart—what a man should chiefly look to in his progress through life with which to sustain him under trials and confront his affliction—I must point to something very different, to something which in a well-known hymn is called “the old, old story.” It is this “old, old story,” told in a good old book, with the teaching to be found there, which is the greatest and best gift ever given to mankind, a gift carrying with it and imposing upon all alike the most solemn trust and responsibility, arousing the fullest recollections of the past and the brightest hopes of the future. If we were here to-night to consider the main purpose for which we live, that is the topic on which we should have to dilate. But I am free to own that even those who have been most zealous for religion, and perhaps in consequence of their zeal for religion have sometimes pushed that zeal to such a point that they have lapsed into not only the unnecessary, but I think the disturbing and injurious view of human nature in the dispensation under which we live—that, provided men are well instructed in the principles of the holy faith they profess, nothing else is worth attention in this life. I believe that is not perhaps a fatal but certainly a serious and dangerous error, because it disassociates religion from a general course of thought and of life, from the necessities of man’s condition, and from the opportunities offered to him by the faculties he possesses for self-improvement and development. The human nature in which we are cast was not endowed and equipped with all its marvellous faculties for nothing. The glory of the Creator in the external and inanimate world is not to be seen in some one object only here and there, but in every object; and the glory of the Creator in man, who is the crown of His creation, although it may be more clearly shown in certain faculties and capabilities of his nature than in others, yet is to be seen in them all; and it is the due, equable, proportionate, and effective development of that nature in all its capabilities which constitutes the true and full idea of the duty of man in the world in which he is sent to live. I venture upon this observation for myself lest, in speaking of the immense value which is to be attached to the subjects with which we are dealing to-night, it

should be supposed I was setting them up as having some exclusive right to allegiance upon your minds and hearts, or, at any rate, a right paramount to every other. Speaking roughly, then, and without pretending to philosophical exactness, we may consider that the classes which are directed to science contemplate the useful side of industrial instruction, while the application of art to industry contemplates the beautiful side. Now it is interesting to see how these respective subjects present themselves to the mind of the community, and looking into the documents with which I have been furnished I find some information as to the number of the people who receive instruction in the respective schools under the Department of the Privy Council. If I read this document aright, we have in the Schools of Science some 48,000 pupils, and in the Schools of Art aided by the Privy Council 24,000 pupils. There is also a system of instruction in what are termed night classes, in which 8,000 persons are taught drawing, so that the total number of Art pupils is brought up to 32,000. It would seem, therefore, that, as is perfectly natural, the usefulness of scientific attainments strikes the mind more immediately and more forcibly than the cultivation of the sense of beauty, and there is a larger number of pupils in the scientific classes than in those more immediately connected with the beautiful side of industrial production. I do not say that that is, upon the whole, an unsatisfactory result. On the contrary, it is satisfactory to find so large a number of persons attending the classes in connection with the Schools of Art, because we must remember that these things are very novel; they belong, for practical purposes, only to the experience of the younger generation among us, who, I am glad to see, form a large proportion of my audience. There is a good deal to be said, and a good deal has to be brought home to the popular understanding and consciousness in this country, respecting the subject of beauty. Everybody understands that in every product the question of utility arises, and every one would say that a product made for a useful end should be so constructed as to be more or less adapted to that end. But it has been too much our habit in this country to regard beauty of production as something quite apart from usefulness of production, and at the same time to look on the beauty which may result from human labour as a luxury reserved for the rich alone, for those who have with property the leisure which belongs to property. Now, I have already spoken of the commercial value of beauty, and if our only object were to make out a case of commercial value a sufficient foundation might soon be supplied for such a case. I want, however, to look at this subject to-night as a part of the great business of human education. For pray recollect that in this world we are all at school. Those of us who are wrinkled and gray are at school just as much as those who are in the freshness and bloom of youth. I hope, then, the day will come when it will be more fully understood than it has hitherto been, that the attempt to intertwine and unite beauty with utility in all the products of human industry ought to be with us an established and undisputed general law. Plenty of examples show that this is no visionary idea.

The works of Creation are everywhere overspread with beauty and charged with it, from their largest ranges down to their most minute forms. Take the

human face. It would be a bold thing to say that all human countenances were beautiful. Of course I speak only of the countenances of men. But when you speak to artists and portrait painters, who from their experience must be considered the most competent judges in this matter — and the more eminent the artist the better for my purpose — you will find that in almost every human face, where a common eye does not discern beauty, the artist eye discerns a great deal. It is the special faculty of the artist to look for beauty. He looks into the human face not in order to make critical or ill-natured remarks, as some of us do, but to see what he can find that is worth admiration; and though there may seem to be in certain features little attraction for ordinary observers, an artist will find scope for his genius in transferring those features to canvas or marble, and in portraying the indications of power, thought, sensibility, and love, and other emotions, with which the human countenance abounds. Let me remind you that there have been nations in the world who have made artistic and beautiful forms part of their everyday thought and life. The ancient Greeks offer a grand example of culture and of skill to us, as they have to every nation for the last 2,000 years and more. Only yesterday I was talking at the British Museum with one of the most accomplished of its officers about a noble relic of Greek art which came to us from Armenia. “How did it get to Armenia?” I asked. “Because,” was the reply, “there was a King of Armenia who, when the chances of war enabled him to ravage any country, made it his study to carry off their finest works of art.” Whatever was most beautiful and most elevated come from that most remarkable people. No matter what it is, you find nothing of Greek production which is not beautiful. It is not merely the alto relievos or the bas relievos, but common things, many of which must have been produced not by artists but by common workmen; and upon every one of these, though with great differences of degree, there is a seal and stamp of beauty, showing that the Greeks endeavoured to work all things into beautiful forms, so that artistic skill and love of the beautiful became an inheritance to them, formed part of their nature, accompanied their daily life, and entered into every kind of production. The ideal of beauty has never been so completely realized in more modern days, though the Italians undoubtedly afforded a very near approximation to it. When I refer to these examples, remarkable and rare as they are in the history of the human race, I expect to be met with the objection that we must not aspire to follow such elevated precedents. On the contrary, I believe the simple truth to be always aspiring to the highest and the best. If you do so, you may not be able to attain the summit, but you will get nearer to it than if in the first instance, with clipped wings, you are content with moderate aims. I do not wish to use the language of exaggeration, and, on the other hand, I do not desire to fall into the error of depreciating the time in which we live. I do not think a more interesting time than the present has been given to mankind for many generations. Still it is best to be truthful with ourselves, and, if we err, to err on the side of depreciation rather than of inflated conceit and presumption. Now, I may be wrong, but I fear that, owing to whatever cause, there has been a

great decline in the genuine sense and appreciation of beauty among us. Those who study the ancient work of Englishmen in various branches of industry will find that more deep and real and lively conception of form and beauty, and a more ardent and disinterested pursuit of it, as well as of knowledge, characterized the men upon whom we sometimes look back with unwarrantable contempt than we can flatter ourselves as belonging to us. I hold in my hand a print which few of you can see well, but it represents a work some 25ft. or 30ft. in breadth, and is full of beautiful details, which seem to rival the hand of the jeweller. What is this work? It is a screen in a church—not a metropolitan cathedral, not a handsome edifice, upon the erection of which has been lavished the wealth of kings, of nobles, or of the great prelates of the Middle Ages. It is a screen in a church called Llangwm, an obscure church in an obscure town in Monmouthshire, between Usk and Chepstow. I never heard of the church until I heard of it in connexion with this work, nor, I dare say, did any of you. But my point is that this work, in this obscure church, beautiful in its details, its execution, its conception, must evidently have been the work of some village artist at a period when there were no appliances, no Government schools, when there was no notoriety, no excitement when a man did anything—nothing but a love of beauty in the minds and hearts of our countrymen to lead them to execute such work. Whether it be true or not true that the feeling of beauty does not stand high among us at this moment, of course the main question to consider is how it can be improved. I freely and gladly admit that there are various descriptions of industrial productions among us which appear to show a considerable revival of artistic feeling, though I fear that the modern commercial spirit is sometimes not favourable to it, and needs to be modified in this country by other influences. In America, where the industrial spirit is, perhaps, more actively developed than in any other country, I fear we should also find a great want of the sense of beauty. In truth, we may assume that this is a time when all who feel concerned in the welfare of the country feel it to be desirable that efforts should be made to give instruction in science so as to improve the knowledge of the British artist and workman, and enable him to hold his position in the markets of the world. I beg those who hear me to beware of imagining for a moment that this result can be attained through any other agency in the main than that of the individual mind and will. All that others can do is to offer assistance, and who should offer that assistance? I do not know what you will think of what I am about to say. It may be a foolish fancy of mine, and often those fancies which one thinks one's best are foolish. I confess, however, that I should like to see a great deal of this work done by the London Companies. I hope that opinion does not shock any one. I have not been consulted by the London Companies, but, if so, I would have besought and entreated them to consider whether it was not in their power to make themselves that which certainly they are not now—illustrious in the country by endeavouring resolutely and boldly to fulfil the purpose for which they were founded. What was the object for which those companies are founded? Do you suppose they were founded for the pur-

pose of having dinners once a year, once a quarter, or once a month? Do you suppose they were founded for the purpose of dealing out little sums of money to certain applicants and then having it recorded of them how much good they had done? Nothing of the kind. Eleemosynary works are noble works — among the noblest, indeed, given to men. But to be an eleemosynary work it must be the work of an individual, and not of a company. These companies were founded for the purpose of developing the crafts, trades, or “mysteries,” as they were called. They were founded for the purpose of doing the very thing which the Government of the country is now called upon to do—namely applying their energies and intelligence to secure the great object which I described at the outset to be the application of human labour to all the purposes of industry in the most economical, effective, and beautiful manner. And at this time, if it were possible to inspire these bodies with missionary and propagandist enthusiasm, which I admit would be requisite, it would be in their power to perform the most noble works and to become the most formidable competitors with the Government in that which it is now endeavouring to do.

The Society of Arts is a body without a shilling of public money, or, as far as I know, of endowment, yet it has done much to promote beauty and economy in the production of works of industry. The two Universities are also labouring hard and effectively to extend the sphere of their educational agency. I do not belong to the University of Cambridge, which has gone ahead by one step of the University of Oxford, by instituting certain lectures in different parts of the country which are available to the middle and the working classes, and I think the highest honour is due to that University for that most beneficent, wise, and judicious effort. That, in my opinion, is the true way to root the ancient institutions of this country deep in the hearts of the people. I hope and believe that the great object of Government in all matters connected with science and art is as far as possible to evoke the energy and power that lie, not in them, but in local communities, rather than to displace local communities from their natural sphere of agency and dominate over the individual mind. It will be a very great misfortune indeed when the Central State Agency becomes the originating and governing arm in matters of this sort. It ought to be, as I believe, an auxiliary agency altogether. I believe that is the conception the Department has of its own functions, and I trust and hope that conception may be entertained with great utility to the country. I believe every one will agree with me when I say that it is really in the individual that the secret of the whole matter lies. It is not as one body that you fill the benches of this room; you are here as individuals; every one of us as a single human being possesses a portion of the means by which the great object we have in view may be attained. It is your own thoughts and convictions, your own resolute and honest efforts to improve your minds, and wisely and energetically to direct your labours to the attainment of a certain end, that constitute the real resource to which we have to look. No auxiliaries, however pompous and ostentatious, can supplant that principle of individual energy, and, in so far as they tend to supplant it,

they are not doing good, but they are effecting positive mischief. Every man who betakes himself to an industrial pursuit of any kind undoubtedly has a notion of doing it in a way which is most useful, and has a sense of the difference between more useful and less useful; but it is generally admitted that in a civilized community every man ought also to have a sense of the difference between the more beautiful and the less beautiful; rather, as I am afraid when I look at a great deal that meets the eye, I ought to say, of the difference between the beautiful and the ugly. I am sorry to say it is not by any means a question of the difference between the more or less beautiful, but it is one of the differences between the beautiful and the ugly. The proposition I wish to submit to your consideration is this, that the sense of beauty is not, under natural and equal circumstances, the favoured inheritance of a few, but is meant to be, should be, and may be the universal inheritance of civilized mankind. That is a very important proposition; is it true, or is it not true? I will endeavour to illustrate it by reference to a matter which I think is relevant, and which is within my own recollection—that is, the state of feeling and practice in England with regard to music.

You know very well that when we look at the popular instruction of the country, the public mind is becoming more and more habituated to the universal teaching of music; and, of course, the universal teaching of music implies the universal practice of it in one shape or another. No doubt it is infinitely various in degree, and no doubt there are certain unfortunate individuals here and there who have no sense of it at all, who have no sense of melody or of harmony, whose ears tell them nothing of concords or discords, and who are alike shut out from the pleasures of music and from the pains that discord will inflict on the cultivated ear. We are now coming, we have almost come, to the belief that music is a general inheritance, that the faculty of music is a common faculty of the people forming an intelligent community. Was that so fifty years ago? I remember the time when you were laughed at in this city if you contended, as I was stoutly contending, that the human being as such was musical; you were considered a fool, a dreamer, an enthusiast. People used to say, "I can't tell one note from another; I don't care a bit about music;" and I replied by saying, "If the nurse who carried you when you were three or six months old had continued to carry you till you were forty, you would not be able to walk." I believe that, making allowances, and not attempting to urge the application of the illustration too far, it is sound to the extent that a faculty uncultivated dies away. The human mind is not like that description of rich and luxurious soil that casts off the finest fruits and flowers of itself without care or culture; but it has within itself capabilities wisely adapted to call for the application of labour in the development of faculties; and if the labour is applied the faculties will be developed. If there be those who have no sense of music they are analogous to those who are born deaf or blind, and consequently are entitled to sympathy as being excluded from one of the purest enjoyments Providence has ordained for human nature. I believe it is exactly the same with respect to the sense of beauty. Some

persons are born with a powerful sense of beauty, so powerful that it will make its own way in spite of all obstructions, impediments, and disadvantages; but those are the few among mankind, the favoured few, the children of genius in their own particular line; and we must not consider that the general level of the community can be brought up to compare with them. Again, there are considerable advantages in this matter of class over class. We have often been struck with the immense advantage that is possessed in regard to matters of art and taste and the perception of beauty by the higher classes, among whom these qualities are to a great extent hereditary. The original capacity lies in the nature; that capacity is modified from generation to generation, and the cultivation of it in certain generations affects the capabilities with which the children of those persons are born into the world. Those whose parents have been conversant for a long period of time with objects of beauty and the exercise of the faculty of taste have great advantage, a considerable start in the race. In the experience of life I am constantly struck with the remarkable abundance of the faculty, within certain moderate limits, of painting and drawing in the higher classes of English society. There is a lady whose name I do not feel at liberty to mention, of whom one of the first painters said to me advisedly, "If that lady had a proper amount of technical instruction she would unquestionably be the first painter in this country." I have mentioned the advantages possessed by the children of genius, and now I mention the considerable advantage the start in the race possessed by others, in virtue of their belonging to certain classes in which certain pursuits have been hereditary for many generations; but do not let us be discouraged because we have not any of these advantages. Depend upon it, it is in the masses of the people that the deepest fountains of true life reside; of that I have not the smallest doubt. The people are the trunk of the tree, and the classes are the branches of the tree. As I have said, you will find among the higher classes a much more easy and rapid appreciation of works of art without effort; but the great artists have not come from the higher classes. If you were to survey their history in all times it would be difficult to establish any extended connexion between them and the original possession of great worldly advantages and of high station. In every one of us there is enough to work upon; it is upon the manliness and the fidelity of the effort made to improve that which we possess that the ultimate result will depend.

We have arrived at a time when, I am thankful to say, elementary education is being very widely diffused, and when we may hope that before very long it will be universal. When we consider of what elementary education consists, in its first three branches—namely, of reading, writing, and arithmetic—it will readily occur to the mind as probable, and we find it to exist in fact, that one of the first effects of this kind of elementary education is to produce a desire, either on the part of young persons themselves or on the part of their parents and friends, to escape from the necessities of manual labour and pass into the region of that which is called not hand work, but head work. Here we have before us a most important subject. In my belief—I speak it frankly—there is far too much eagerness on the part of the

working classes—I do not say for themselves, but at any rate for their children—to get out of the working class into another which is not the working class; and I have a consideration to urge in support of that which I say, and of the advice I would presume to give, that advice being, Be not eager to raise your children out of the working class, but be desirous that they shall remain in that class and elevate the work of it. Not long ago, in a town near which I live, it was my duty to say something upon this subject, to make a rough division between head work and hand work, and I made this division probably in a manner not sufficiently accurate and careful. Two or three days after, I received a letter from a working man, who thought I had treated society as if it were a pyramid you might cut across at a particular point, and say, “Above that, all is head work; underneath, all is hand work. Where there is head work there is no hand work; where there is hand work there is no head work.” That was the language he understood me to hold, and he writes to me in words which are original and worth reading. He describes himself as a young carpenter who works ten hours a day, and says “If the carpenter is a thoroughly skilful workman a selection of the best work is given him, and I assert with the most complete truth that during the progress of his work a constant communication must be kept up between his brain and hands, not merely passive in character, but active, concentrated, and almost unintermittent. It is necessary for him to consider economy of time and labour, and I might add material; ready methods of mechanical resources must suggest themselves to his mind, his eye is being educated with new forms of design and finish; and in proportion as machinery supplants in heavy work the manual labour of the artisan, are fresh demands made upon the intellectual resources of the craftsman.” That is an excellent passage; it shows you better than any words of mine can do how the operations of the mind enter into the labour of the hands. As to that distinction between the working class and the non-working class of society, it must be recollected that persons who move in the highest circles belong to the working class under any definition you can give. The painter and the sculptor labour in the production of visible objects; their labour is of the hand, and is, therefore, also the labour of the mind; and that which is true of them is true of this joiner, not, perhaps, in the same degree, but in a thousand varying degrees according to the varying exigencies and capabilities of production; and to ennoble labour by bringing labour into the best forms is the special and proper vocation of the workman. When a man has made his fortune in commerce, I say it is a vulgar thing for all the children of that man to endeavour to get out of commerce and disown their connexion with it. If a man is a carpenter or a stonemason, it is a poor and vulgar thing if his great object is to get his children out of his vocation. The first thing is to elevate the vocation and to see that better products come from the labour; that is the walk which is opened to him by Providence, by his calling in life—that is the special work to which he ought to address his energies, and for it there is unbounded scope.

Look at this picture of the work of the village carpenter in Monmouthshire 400 or 500 years ago. Compare it with what a corresponding carpenter would do

in the corresponding place now ; then see what room and scope for improvement there is. I am not going to say that from time to time one does not find the sense of beauty developed in artisans of the humblest means, but that confirms my case, which is that it ought to be the special duty of the workman to raise the character of the work which he performs, and in doing that he is doing infinitely more to raise himself, his family, and his class than he can possibly do by a desperate and precipitate effort to get out of it, either for himself or his children. There is strong commercial reason for it, and it was with that I was dealing when I read the letter of Mr. Francis Moore, whose name deserves to be known. The commercial reason is that the value of manual labour is almost universally rising and that of head labour falling. If you ask the poor author how he gets on in the present day and whether his wage is increasing in proportion to that of the blacksmith, you will find that the difficulties of the pen authors are, perhaps, greater than ever they were, because his returns are no greater, while the social calls upon him—I say nothing of commodities, which raises a disputed question—are undoubtedly so. It is a broad and unquestionable fact that the price of nearly all descriptions of labour is rising considerably, and that in London the number of unemployed clerks presents an astonishing contrast to the number of unemployed builders and carpenters. Of that which is called head labour there is more in the market than is wanted ; of that which is called hand labour the supply is limited, and the price rapidly and progressively rising. That is the mercantile view of the case. The other view, which rests upon the solid foundation of the needs and capacities of human nature, considered as a permanent thing, considered as the nature of a being born for eternity and not with reference merely to his daily wants, is that which I would humbly presume to commend to your deep attention and careful reflection.

Benutzte und empfehlenswerthe Schriften.

- Ahrens**, Philosophie des Rechts und Staats. Wien 1852.
- Alberti**, Ueber die Unsterblichkeit der Seele als persönliche Fortdauer des Menschen nach dem Tode. Stettin 1865.
- Arnold, Dr.**, Lectures on Modern History. London 1843.
- Ascher**, Der religiöse Glaube. Leipzig 1860.
- Bain, A.**, The Senses and the Intellect. London 1864.
- Bastian**, Der Mensch in der Geschichte. Leipzig 1860.
- Do. Ethnologische Forschungen. Jena 1871.
- Do. Das Beständige in den Menschenrassen. Berlin 1868.
- Bauer, Bruno**, Philo, Strauss und Renan und das Urchristenthum. Berlin 1874.
- Baur, F. C.**, Grundzüge der Erziehungslehre. Giessen 1844.
- Do. Das Princip des Protestantismus und seine geschichtliche Entwicklung. (Theol. Jahrbücher, Jahrgang 1855.)
- Do. Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts. Tübingen 1862.
- Beckers**, Mittheilungen aus den merkwürdigsten Schriften der verflossenen Jahrhunderte über den Zustand der Seele nach dem Tode. Augsb. 1835-36.
- Beneke**, Erziehungs- und Unterrichtslehre. 2. Auflage. Berlin 1842. 2 vols.
- Berkeley**, Bishop of Cloyne, his works. London 1843. 2 vols.
- Blackstone, Wm.**, Commentaries on the Laws of England. London 1870. 4 vols.
- Blanquie, A.**, L'Eternité par les astres, hypothèse astronomique. Paris 1872.
- Blanquie, M.**, Histoire de l'Economie politique en Europe. Paris 1845. 2 vols.
- Bluntschli, J. C.**, Geschichte des allgemeinen Staatsrechts. München 1867.
- Bohlen, P.**, Das alte Indien, mit besonderer Rücksicht auf Egypten. Königsberg 1830. 2 vols.
- Bohmert**, Der Socialismus und die Arbeiterfrage. Zürich 1872.
- Bossuet**, Evêque de Meaux, Discours sur l'histoire universel. Paris 1844.
- Boyle, R.**, his works. London 1744. 5 vols.

- Brandis**, Aristoteles und seine academischen Zeitgenossen. Berlin 1853—57
- Braun**, Griechische Götterlehre. Gotha 1854.
- Brentano**, Psychologie vom empirischen Standpunkte. Leipzig 1874.
- Brewster, Sir D.**, Memoirs of Sir Isaac Newton. Edinburgh 1855. 2 vols.
- Brougham, Lord**, Political Philosophy. London 1849. 3 vols.
- Brown, T.**, Lectures on the Philosophy of the Mind. Edinburgh 1838.
- Buckle, H. T.**, History of Civilization. London 1864. 2 vols.
- Buechner**, Kraft und Stoff. Frankfurt 1855.
- Do. Die Stellung des Menschen in der Natur. Leipzig 1870.
- Do. Sechs Vorlesungen über die Darwin'sche Theorie. Leipzig 1868.
- Do. Natur und Wissenschaft. Leipzig 1874.
- Buisson, F.**, Die biblische Geschichte in der Volksschule. Basel 1869.
- Do. Das freie Christenthum. Basel 1869.
- Bunsen, C. C. J.**, Aegyptens Stelle in der Weltgeschichte. Hamburg und Gotha 1845—57. 5 vols.
- Do. Gott in der Geschichte. Leipzig 1857—58. 3 vols.
- Cabanis, P. J. G.**, Rapport du physique et du moral de l'homme. Paris 1843.
- Caird, T.**, Die Religion im gemeinen Leben. Eine Predigt im October 1855. Leipzig 1857.
- Carriere**, Die Philosophische Weltanschauung der Reformationszeit in ihren Beziehungen zur Gegenwart. Stuttgart 1847.
- Do. Aesthetik. Leipzig 1859.
- Do. Hellas und Rom in Religion und Weisheit, Dichtung und Kunst. Leipzig 1866.
- Castle, M.**, Die Phrenologie. Stuttgart 1845.
- Chillingworth, W.**, The Religion of Protestants. London 1846.
- Cohen, H.**, Kant's Theorie der Erfahrung. Berlin 1871.
- Comte, A.**, Cours de philosophie positive avec préface de Littré. Paris 1864.
- Do. Cours de philosophie positive. Paris 1830—42. 6 vols.
- Contzen**, Die sociale Frage, ihre Geschichte, Literatur und Bedeutung in der Gegenwart. Leipzig 1872.
- Cousin, V.**, Cours de l'histoire de la philosophie moderne. Paris 1846—47. 8 vols.
- Cotta, Bernhard**, Geologie der Gegenwart. 1866.
- Cuvier, G.**, Recueil des Eloges historiques. Paris 1819—27. 3 vols.
- Do. Histoire des sciences naturelles depuis leur origine. Paris 1830.

- Cuvier, G.**, Le règne animal. Paris 1829. 5 vols.
- Do. Histoire des progrès des sciences naturelles depuis 1789. Bruxelles 1837—38. 2 vols.
- Cyolbe**, Die Grenzen und der Ursprung der menschlichen Erkenntniss. Jena 1865.
- Dalton, H.**, Johannes Gessner. Ein Lebensbild. Berlin 1874.
- Do. Die Familie. Berlin 1865.
- Daub**, Darstellung und Beurtheilung der Hypothesen in Betreff der Willensfreiheit. Altona 1834.
- Darwin, C.**, Journal of Researches in Geology and Natural History. London 1840.
- Do. The Descent of Man. 2 vols.
- Do. The Origin of Species.
- Do. The Expressions of the Emotions in Man and Animals.
- Disraeli, J.**, Curiosities of Literature. London.
- Dorner**, Das Princip unserer Kirche. Kiel 1841.
- Do. Geschichte der protestantischen Theologie. München 1867.
- Doubleday, T.**, The True Law of Population. London 1847.
- Duehring**, Kritische Geschichte der Philosophie. Berlin 1873.
- Dunker, M.**, Geschichte des Alterthums. Berlin 1852.
- Eckardt**, Vorschule der Aesthetik. Jena 1863.
- Eckermann**, Lehrbuch der Religionsgeschichte und Mythologie der vorzüglichsten Völker des Alterthums. Halle 1845—47.
- Erdmann**, Grundriss der Geschichte der Philosophie. Berlin 1866.
- Ewald, H.**, Die Lehre der Bibel von Gott, oder Theologie des Alten und Neuen Bundes. Leipzig 1874.
- Fechner**, Büchlein vom Leben nach dem Tode. Leipzig 1836.
- Do. Zendavesta, oder über die Dinge des Himmels und des Jenseits. Leipzig 1851.
- Do. Elemente der Psychophysik. Leipzig 1860.
- Feuerbach, L.**, Das Wesen des Christenthums. 1841.
- Do. Grundsätze der Philosophie der Zukunft. 1843.
- Fichte, J. G.**, Anweisung zu einem seligen Leben. Berlin 1806.
- Do. Reden an die Deutsche Nation. Tübingen 1859.
- Do. Deducirter Plan einer zu Berlin zu errichtenden höhern Lehranstalt. Leipzig, Januar 1793.
- Fichte, J. H.**, Die Idee der Persönlichkeit und der individuellen Fortdauer. Elberfeld 1834.

- Fichte, J. H.**, System der Ethik. Leipzig 1850—53.
- Do. Die Seelenfortdauer und die Weltstellung des Menschen. Leipzig 1867
- Fluegge**, Geschichte des Glaubens an Unsterblichkeit, Auferstehung u. s. w. Leipzig 1794—99.
- Fock**, Der Socinianismus. Kiel 1847. 2 vols.
- Fourier**, Théorie des quatre mouvements. Paris 1808.
- Frank**, Geschichte der protestantischen Theologie. Leipzig 1862—65. 2 vols.
- Franklin**, Observations concerning the Increase of Mankind. 1751.
- Fries**, Politik oder Philosophische Staatslehre. Jena 1848.
- Froschhammer, F.**, Das neue Wissen und der neue Glaube. Leipzig 1873.
- Gass**, Geschichte der protestantischen Dogmatik. Berlin 1854—62. 3 vols.
- Gegenbaur, Carl**, Grundriss der vergleichenden Anatomie. Leipzig 1874.
- Gerhardt**, Griechische Mythologie. Berlin 1854—55.
- Gervinus**, Grundzüge der Historik. Leipzig 1837.
- Gervinus, G. G.**, Einleitung in die Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts. Leipzig 1853.
- Goerling, A.**, Geschichte der Malerei. Leipzig 1866.
- Goschel**, Von den Beweisen der Unsterblichkeit der menschlichen Seele im Lichte der speculativen Philosophie. Berlin 1835.
- Do. Die siebenfältige Osterfrage. Berlin 1836.
- Graefe**, Allgemeine Pädagogik. Leipzig 1845. 2 vols.
- Graesse, J. G. T.**, Allgemeine Literärgeschichte. Leipzig 1859. 3 vols.
- Graser**, Divinität, oder das Princip der einzig wahren Menschenbildung. Hof 1830. 3. Aufl. 2 vols.
- Grassmann**, Ausdehnungslehre. Berlin 1862.
- Grimm et Diderot**, Correspondance littéraire. Paris 1813—14.
- Guizot, M.**, Histoire de la civilisation en France. Paris 1846. 4 vols.
- Do. Histoire de la civilisation en Europe. Paris 1846.
- Haeckel, Ernst**, Anthropogenie, Entwicklungsgeschichte des Menschen. Leipzig 1874.
- Do. Die natürliche Schöpfungsgeschichte. Berlin 1874.
- Hallam, H.**, Constitutional History of England. London 1842. 2 vols.
- Do. Introduction to the Literature of Europe. London 1843. 3 vols.
- Hamilton, Sir W.**, Discussion on Philosophy and Literature. London 1854.

- Hartley, D.**, Observations on Man, his Fame, his Duty, and his Expectations. London 1749.
- Hartmann, E. v.**, Das Ding an sich und seine Beschaffenheit. Berlin 1872.
- Do. Die Selbstzersetzung des Christenthums. Berlin 1874.
- Do. Philosophie des Unbewussten. Berlin 1871.
- Hase**, Das Leben Jesu. Leipzig 1864.
- Heffler**, Die Religion der Griechen und Römer. Brandenburg 1848.
- Heffter, A. v. W.**, Das europäische Völkerrecht der Gegenwart. Berlin 1867.
- Hegel**, Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Berlin 1828.
- Do. Aesthetik von Hotho. 2 Aufl. Berlin 1842.
- Helmholtz**, Populäre Vorträge. Braunschweig 1865 u. 1871.
- Herbart**, Die allgemeine Pädagogik, abgeleitet aus dem Zweck der Erziehung. Göttingen 1806.
- Do. Umriss pädagogischer Vorlesungen. Göttingen 1841. 2. Aufl.
- Herder, J. G.**, Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit. Stuttgart 1827—28. 4 vols.
- Do. Ueber den Ursprung der Sprache. Berlin 1772.
- Herschel, Sir J.**, Discourse on the Study of Natural Philosophy. London 1831.
- Hettner, H.**, Literaturgeschichte des achtzehnten Jahrhunderts. Braunschweig 1872. 5 vols.
- Hieronymi, W.**, Die Religion der Erkenntniss. Wiesbaden 1874.
- Hitzig**, Untersuchungen über das Gehirn. Berlin 1874.
- Hofmann**, Einleitung in die moderne Chemie. Braunschweig 1871.
- Hofmeister**, Allgemeine Morphologie der Gewächse. Leipzig 1868.
- Horwicz**, Psychologische Analysen. Halle 1872.
- Humboldt, A. v.**, Kosmos. Stuttgart 1845. 5 vols.
- Humboldt, W. v.**, Ueber die Aufgabe des Geschichtschreibers. Berlin 1822.
- Do. Ueber die Verschiedenheit des menschlichen Sprachbaues. Berl. 1836.
- Do. Briefe an eine Freundin. Leipzig 1853. 2 vols.
- Hume, D.**, Philosophical Works. Edinburgh 1826. 4 vols.
- Hundeshagen**, Der deutsche Protestantismus. 3. Aufl. Heidelberg 1850.
- Hurst, J. F.**, History of Rationalism. London 1867.
- Huschke**, Schädel, Hirn und Seele. Jena 1854.
- Huxley**, Lectures on the Elements of Comparative Anatomy. London 1864.

- Iselin, Isaak**, Geschichte der Menschheit. Zürich 1764—70. 2 vols.
- Do. Vermischte philosophische Schriften. Zürich 1770. 2 vols.
- Do. Ephemeriden der Menschheit. Basel 1776—82. 7 vols.
- Jacobi**, Mythologisches Wörterbuch. Leipzig 1847.
- Jaeger**, Die Freiheitslehre als System der Philosophie dargestellt. Zürich 1859.
- Jung**, Das Geheimniss der Lebenskraft. Leipzig 1858.
- Kant, E.**, Werke. Leipzig 1838—39.
- Keim**, Der geschichtliche Christus. Zürich 1866.
- Klemm, G.**, Allgemeine Kulturgeschichte der Menschheit. Leipzig 1843—52. 10 vols.
- Do. Die Frauen. Dresden 1859. 6 vols.
- Kopp**, Entwicklung der Chemie in der Geschichte der Wissenschaften in Deutschland. München 1873.
- Koestlin**, Aesthetik. Tübingen 1863.
- Krause**, Abriss des Systems der Rechtswissenschaft. Göttingen 1828.
- Do. Lebenslehre. Göttingen 1843.
- Do. Die reine Lebenslehre zur Begründung der Lebenskunstwissenschaft. Göttingen 1843.
- Kussmaul**, Untersuchungen über das Seelenleben des neugeborenen Menschen. Leipzig 1859.
- Lainarck, Jean**, Philosophie zoologique, ou Exposition des considérations relatives à l'histoire naturelle des animaux. Paris 1809.
- Lamettrie**, Homme machine. Amsterdam 1774.
- Lang**, Versuch einer christlichen Dogmatik, allen denkenden Christen dargeboten. Berlin 1868.
- Lang, H.**, Die Religion im Zeitalter Darwin's. Berlin 1873.
- Lange, F. A.**, Geschichte des Materialismus. 2. Aufl. Iserlohe 1874.
- Langhans**, Pietismus und Christenthum im Spiegel der äussern Mission. Leipzig 1864.
- Laurent, F.**, Etudes sur l'histoire de l'humanité. Bruxelles 1862—70. 18 vols.
- Lexis**, Die französischen Ausfuhrprämien. Bonn 1870.
- Liebig, J. v.**, Ueber Francis Bacon von Verulam und die Methode der Naturforschung. München 1863.
- Do. Induction und Deduction. München 1865.
- Do. Chemische Briefe. Leipzig 1865.
- Liebmann, O.**, Kant und die Epigonen. 1865.

- Locke, J.**, His Works. London 1794.
- Loewenthal**, System und Geschichte des Naturalismus. Leipzig 1862.
- Lotze**, Die Logik. Leipzig 1874.
- Lubbock, Sir John**, Prehistoric Times. London 1869.
- Do. Origin of Civilization and Primitive Condition of Man. London 1870.
- Lueben**, Der pedagogische Jahresbericht.
- Luebcke, W.**, Grundriss der Kunstgeschichte. Stuttgart 1873.
- Luebker**, Grundzüge der Erziehung und Bildung für das deutsche Haus. Hamburg 1865.
- Luthardt, C. E.**, Der Johanneische Ursprung des vierten Evangeliums untersucht. Leipzig 1874.
- Macaulay, T. B.**, Speeches and Essays. 4 vols.
- Do. History of England. London 1849—55. 4 vols.
- Mackintosh, Sir J.**, Dissertation on the Progress of Ethical Philosophy. Edinburgh 1837.
- M'Culloch, J. R.**, The Principles of Political Economy. Edinburgh 1843.
- Maedler, J. H. v.**, Der Wunderbau des Weltalls. Berlin 1867.
- Malthus, T. R.**, An Essay on the Principles of Population. London 1829. 2 vols.
- Marx, R.**, Das Capital. Hamburg 1867.
- Meyer, L.**, Die modernen Theorien der Chemie und ihre Bedeutung für die chemische Statik. Breslau 1872.
- Meyer**, Die Idee der Seelenwanderung. Hamburg 1861.
- Michelet**, Naturrecht als praktische Philosophie. Berlin 1866.
- Mill, J.**, Analysis of the Phenomena of the Human Mind. London 1829. 2 vols.
- Mill, J. St.**, Auguste Comte and Positivism. London 1865.
- Do. Principles of Political Economy. London 1865.
- Do. On Liberty. London 1865.
- Do. On Representative Government. London 1865.
- Do. A System of Logic. London 1872. 2 vols.
- Do. Three Essays on Religion. London 1874.
- Millin**, Galerie mythologique. (Deutsch von Toelken.) Berlin 1848.
- Milman, Dean**, History of Latin Christianity.
- Do. History of the Jews.
- Moellinger, O.**, Die Gottidee der neuen Zeit. Zürich 1869.
- Moehler**, Athanasius der Grosse und die Kirche seiner Zeit. Mainz 1827.
- Mohl, R. v.**, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik. Tübingen 1860—69. 3 vols.

- Moleschott**, Der Kreislauf des Lebens. Mainz 1852.
- Mommsen, Th.**, Römische Geschichte. Berlin 1868. 5 vols.
- Mook, F.**, Das Leben Jesu, für das Volk bearbeitet. Zürich 1873.
- Mosheim, J. L.**, Ecclesiastical History. London 1839. 2 vols.
- Mueller, Friedrich**, Allgemeine Ethnographie. Wien 1873.
- Mueller, Max**, Chips from a German Workshop. London 1868. 3 vols.
- Do. Einleitung in die vergleichende Religionswissenschaft. Strassb. 1874.
- Do. Lectures on the Science of Language. London 1873. 2 vols.
- Do. Introduction to the Science of Religion. London 1873.
- Mushacke**, Der Schulkalender.
- Neander**, Das Leben Jesu. Hamburg 1852.
- Newman, F. W.**, Natural History of the Soul, as the Basis of Theology. London 1849.
- Do. Phases of Faith. London 1850.
- Newmann, J. H.**, Essay on the Development of Christian Doctrine. Lond. 1845.
- Niemeyer**, Grundsätze der Erziehung und des Unterrichts. 9. Aufl. Halle 1845. 3 vols.
- Nippold**, Handbuch der neuesten Kirchengeschichte. Elberfeld 1867.
- Overbeck**, Ueber die Christlichkeit unserer heutigen Theologie. Leipzig 1873.
- Palmer**, Evangelische Pädagogik. 3. Aufl. Stuttgart 1864.
- Parker, Theodor**, Ten Sermons on Religion. Boston 1852.
- Pflueger**, Die sensorischen Functionen des Rückenmarks der Wirbelthiere. Berlin 1853.
- Piderit**, Gehirn und Geist. Entwurf einer physiologischen Psychologie. Leipzig 1863.
- Preller**, Griechische Mythologie. 2. Aufl. Berlin 1861—62.
- Do. Römische Mythologie. Leipzig 1857.
- Prichard, J. C.**, Researches into the Physical History of Mankind. London 1841—47. 5 vols.
- Priestley**, Hartley's Theory of the Human Mind, on the principle of the Association of Ideas, with Essays relating to the subject of it. London 1775.
- Do. The Doctrine of Philosophical Necessity illustrated with an answer to Letters on Materialism. London 1777.
- Do. Letters to a Philosophical Unbeliever. Bath 1780.
- Quetelet, A.**, Sur l'homme et le développement de ses facultés. Paris 1835. 2 vols.
- Ranke, L.**, Die römischen Päpste. Berlin 1839.
- Raumer, Fr. v.**, Schwarz, Strauss, Renan. Leipzig 1864.

- Reich, E.**, Die Kirche der Menschheit. Neuwied 1873.
- Reid, T.**, Essays on the Power of the Human Mind. Edinburgh 1808. 3 vols.
- Renan, La vie de Jesus.** Paris 1863.
- Ribbing**, Genetische Darstellung der platonischen Philosophie. Leipzig 1863.
- Richter**, Lehre von den letzten Dingen. Breslau 1833. Vol. I.
- Ritter**, Unsterblichkeit. 2. Aufl. Leipzig 1866.
- Robson, John**, Hinduism and its Relations to Christianity. Edinburgh 1874.
- Roeder**, Grundzüge des Naturrechts. Heidelberg 1860.
- Roestler**, System der Staatslehre. Leipzig 1857.
- Rokitansky**, Der selbstständige Werth des Wissens. Wien 1869.
- Roscher, W.**, Die Grundlagen der Nationalökonomie. Stuttgart 1873. 2 vols.
 Do. Colonien. Leipzig 1856.
 Do. Ansichten der Volkswirtschaft. Leipzig 1861.
- Rosenkranz**, Die Pädagogik als System. Königsberg 1848.
 Do. Hegel's Ansichten über Pädagogik (herausgegeben von Thaulow).
 Kiel 1853. 4 vols.
- Rothe, R.**, Theologische Ethik. Wittenberg 1848.
 Do. Stille Stunden, Aphorismen aus seinem handschriftlichen Nachlass.
 Wittenberg 1872.
- Ruge**, Neue Vorschule der Aesthetik. Halle 1837.
- Russell, John**, Essays on the Rise and Progress of the Christian Religion in the West of Europe.
- Sachs**, Grundzüge der Pflanzenphysiologie. Leipzig 1873.
- Schelling, Clara**, oder Zusammenhang der Natur mit der Geisterwelt. 2. Aufl. Stuttgart 1865.
- Schenkel**, Das Wesen des Protestantismus. Schaffhausen 1862.
 Do. Das Charakterbild Jesu. Wiesbaden 1864.
 Do. Christenthum und Kirche im Einklang mit der Culturentwicklung. Wiesbaden 1867.
- Scherr, J.**, Geschichte der Religion. Leipzig 1855. 3 vols.
- Schleicher, August**, Die Darwin'sche Theorie und die Sprachwissenschaft. Weimar 1863.
 Do. Die deutsche Sprache. Stuttgart 1869.
 Do. Compendium der vergleichenden Grammatik der indo-germanischen Sprachen. Weimar 1866.
- Schleiermacher, Fr.**, Erziehungslehre (herausg. von Plotz). Berlin 1842.
 Do. Das Leben Jesu. Berlin 1864.

- Schmid, R. A.**, Encyclopädie des gesammten Erziehungs- und Unterrichtswesens. Gotha 1859—65. Vols. 1—5.
- Schmidt, O.**, Descendenzlehre und Darwinismus. Leipzig 1873.
- Schultze-Delitzsch**, Capitel zu einem deutschen Arbeiterkatechismus. Leipzig 1863.
- Schultz-Schultzenstein**, Die Verjüngung des menschlichen Lebens. Berlin 1850.
- Schwarz, C.**, Erziehungslehre. 2. Aufl. Leipzig 1829. 3 vols.
- Do. Lehrbuch der allgemeinen Pädagogik. 4. Aufl. Heidelberg 1843. 2 vols.
- Do. Predigten aus der Gegenwart. Leipzig 1866—73. 6 vols.
- Do. Das Wesen der Religion. Halle 1847.
- Do. Zur Geschichte der neuesten Theologie. 3. Aufl. Leipzig 1864.
- Schweitzer, J. B. v.**, Der Zeitgeist und das Christenthum. Leipzig 1861.
- Schweizer**, Die protestantischen Centraldogmen. Zürich 1854—56. 2 vols.
- Semper, G.**, Der Styl in den technischen und tektonischen Künsten, oder praktische Aesthetik. Frankfurt 1860—63.
- Shaftesbury, Seventh Earl**, Speeches on Claims and Interest of the Labouring Class.
- Smith, A.**, Nature and Causes of the Wealth of Nations. Edinburgh 1839.
- Spence, G.**, Origin of the Laws and Political Institutions of Europe. London 1826.
- Spencer, Herbert**, Principles of Psychology. London 1870—72.
- Spiller, Ph.**, Das Naturerkennen. Berlin 1873.
- Stadler, A.**, Kant's Teleologie und ihre erkenntniss-theoretische Bedeutung. Berlin 1874.
- Staeudlin, C. F.**, Geschichte der theologischen Wissenschaften. Göttingen 1810—11. 2 vols.
- Do. Geschichte des Rationalismus. Göttingen 1826.
- Stein**, Sieben Bücher zur Geschichte des Platonismus. Göttingen 1864.
- Steinmeyer, F. L.**, Beiträge zum Schriftverständniss. Berlin. 1854.
- Steinthal**, Der Ursprung der Sprache. Berlin 1858.
- Stirner, Max**, Der Einzige und sein Eigenthum. Leipzig 1845.
- Stoll**, Die Götter und Heroen des klassischen Alterthums. Leipzig 1861.
- Strauss, D. F.**, Das Leben Jesu, kritisch bearbeitet. Tübingen 1835.
- Do. Das Leben Jesu, für das deutsche Volk bearbeitet. Leipzig 1866.
- Do. Kleine Schriften. Leipzig 1862.

- Strauss, D. F.,** Voltaire. Leipzig 1872.
 Do. Der alte und der neue Glaube. Leipzig 1872.
 Do. M. S. Reimarus. Leipzig 1862.
 Do. Kleine Schriften, neue Folge. Berlin 1866.
 Do. Ulrich von Hutten. Leipzig 1872.
- Struempell,** Die Pädagogik der Philosophen Kant, Fichte, Herbart. Braunschweig 1843.
- Stumpf,** Ueber den psychologischen Ursprung der Raumvorstellung. Leipzig 1873.
- Sybel, H. v.,** Kleine historische Schriften. München 1869. 2 vols.
 Do. Geschichte der Revolutionszeit. Düsseldorf 1865—70. 4 vols.
 Do. Klerikale Politik. Bonn 1874.
- Taubert, A.,** Der Pessimismus und seine Gegner. Berlin 1873.
- Teuffel,** Studien und Charakteristiken. Leipzig 1871.
- Theiner, A.,** Die Einführung der erzwungenen Ehelosigkeit bei den christlichen Geistlichen und ihre Folgen. Altona 1845. 2 vols.
- Tittmann,** Ueber Erkenntniss und Kunst in der Geschichte. Dresden 1817.
- Tocqueville, A. de,** De la Democratie en Amérique. Bruxelles 1840.
- Treitschke, H. v.,** Zehn Jahre deutscher Kämpfe. Berlin 1874.
- Trendelenburg,** Naturrecht auf dem Grunde der Ethik. Leipzig 1860.
- Treviranus,** Biologie. Göttingen 1802—22.
- Twisten, C.,** Schiller in seinem Verhältniss zur Wissenschaft. 1863.
- Tyndall, J.,** Sound. London 1869.
 Do. Heat a Mode of Motion. London 1870.
 Do. Lectures on Light. London 1873.
- Ueberweg,** Grundriss der Geschichte der Philosophie. Berlin 1863—66.
- Vatke,** Die menschliche Freiheit in ihrem Verhältniss zur Sünde und zur göttlichen Gnade. Berlin 1841.
- Vattel, M. de,** Le Droit des Gens. Paris 1820. 2 vols.
- Venetianer, Dr. Moritz,** Der Allgeist. Berlin 1874.
- Virchow, R.,** Vier Reden über Leben und Kranksein. Berlin 1862.
 Do. Cellularpathologie. Berlin 1871.
- Vischer,** Ueber das Erhabene und Komische. Stuttgart 1837.
 Do. Aesthetik oder Wissenschaft des Schönen. Reutlingen 1846—57.
- Vogt, C.,** Physiologische Briefe. Giessen 1861.
 Do. Vorlesungen über den Menschen. Giessen 1863. 2 vols.

- Vogt, R.**, Bilder aus dem Thierleben. Frankfurt 1852.
- Volkel, L.**, Das Unbewusste und der Pessimismus. Berlin 1873.
- Wachler**, Geschichte der historischen Forschung und Kunst seit der Wiederherstellung der literarischen Cultur in Europa.
- Wachsmuth**, Entwurf einer Theorie der Geschichte. Halle 1820.
- Wagner, J. J.**, Der Staat. Würzburg 1848. Neue Auflage.
- Weisse, C. H.**, Die philosophische Geheimlehre von der Unsterblichkeit des menschlichen Individuums. Dresden 1834.
- Weisse**, System der Aesthetik. Leipzig 1820.
- Weitz**, Allgemeine Pädagogik. Braunschweig 1852.
- Weizsaecker**, Untersuchungen über die evangelische Geschichte. Gotha 1864.
- Welker**, Griechische Götterlehre. Göttingen 1857—62.
- Whateley**, Archbishop of Dublin. The Errors of Romanism traced to their Origin in Human Nature. London 1830.
- Do. Essays on some of the Dangers to Christian Faith. London 1839.
- Whewell, W.**, History of the Inductive Sciences. London 1847.
- Do. Philosophy of the Inductive Sciences founded on their History. London 1847.
- Do. Lectures on the History of Moral Philosophy in England. London 1852.
- Weihrich**, Ansichten der neueren Chemie. Mainz 1872.
- Weiss, Bernhard**, Lehrbuch der biblischen Theologie des neuen Testaments. Berlin 1868.
- Wundt, Wilhelm**, Vorlesungen über die Menschen- und Thierseele. 1863.
- Do. Physiologische Psychologie. Leipzig 1873.
- Do. Grundzüge der physiologischen Psychologie. 1874.
- Zeising**, Aesthetische Forschungen. Frankfurt 1855.
- Zeller, Ed.**, Lehren der Erfahrung. Basel 1827.
- Do. Aristoteles und die alten Peripatetiker. Tübingen 1861.
- Do. Geschichte der deutschen Philosophie seit Leibnitz. München 1873.
- Do. Philosophie der Griechen. Tübingen 1844—52. 3 vols.
- Do. D. F. Strauss in seinem Leben und seinen Schriften. Bonn 1874.

INHALTS-VERZEICHNISS

DES

ZWEITEN BANDES.

ERSTE ABTHEILUNG.

DER GLAUBE 1

Wissen und Glauben, 2. — Fürwahrhalten, 4. — Doctrinaler Glaube (Kant), 4. — Religiöser Glaube, 5. — Wesen aller Religionen: Glaube an Gott und Unsterblichkeit, 7. — Ursprung des Glaubens an Gott, 8. — Der himmlische Vater der Christen, 10. — Wesen Gottes, 12. — Vorstellungen von Gott, 13. — Fortdauer der Persönlichkeit nach dem Tode, 14. — Der Materialismus, 18. — Ursprung des Optimismus und Pessimismus, 20. — Materialismus als Gegengewicht gegen metaphysische Erdichtungen, 23. — Die nähere und fernere Zukunft der Religionen, 26. — Die Gehirnphysiologie, 31. — Christlicher Glaube, 34. — Die Bibel, 35. — Das Alte Testament, 35. — Die Apokryphen, 39. — Das neue Testament, 42. — Bedürfniss neuer Umarbeitung der lutherischen Kirchenbibel, 49. — Beispiele alter und neuer Uebertragung, 50. — A. v. Humboldt über den 104. Psalm, 56. — Das Apostolische Glaubensbekenntniss, 59. — Wunderbare Empfängniss und Geburt, 60. — Erbsünde, 62. — Gnade, 71. — Höllenfahrt, 76. — Himmelfahrt 78. — Heiliger Geist, 80. — Auferstehung, 97. — Glaubenseid, 100. — Aberglaube und religiöse Schwärmerei, 106. — Die Theologie, 108. — Abstracte Idee Gottes, 107. — Scepticismus, 108. — Lessing über Judenthum, Christenthum und ein drittes Zeitalter, 110. — Beweise für das Dasein Gottes: Ontologischer, Kosmologischer und Physico-Theologischer, 112. — Theologie bei den Griechen und bei den Scholastikern, 115. — Reimarus über den dreieinigen Gott, 117. — Eintheilung der Theologie, 118. — Der Religionsunterricht, 119. — Grundgedanke der theologischen Streitfragen Lessing's, 120. — Theologie und Philosophie, 121.

ANMERKUNGEN 121

Glauben, 121. -- Glauben und Erkennen, 125. — Glaube als Bedingung des Erkennens, 133. — Trost im Glauben an Unsterblichkeit, 137. — Das Bleibende in dem Vergänglichen, 142. — P. Pomponatius, die Unsterblichkeit der Seele, 166. — Unvergänglichkeit des Stoffes und Unsterblichkeit des Geistes, 153. — Kanonische Schriften, 166. — Die Entstehung der Bibel, 169. — Die Apokalypse, 188. — Menschliche Glaubensbekenntnisse, 193. — Wissenschaft und Christenthum, 196. — Beecher, 204. — The clergy in America and the Ladies, 209. — The Revivalists, 210. — The Archbishop of Canterbury on Revivals, 212. — Success of the revivalist movement, 214. — Connection between the "City Temple," London, and "Plymouth Church," Brooklyn, 217. — Das geschichtliche Wesen des Christenthums, 220. — Die für's Christenthum grundlegende Bedingung des Glaubens an Jesum, 233.

ZWEITE ABTHEILUNG.

DIE WISSENSCHAFT 236

Die Wissenschaft will die Wahrheit, 236. — Was ist Wahrheit, 236. — Historische, empirische, subjective und objective Wahrheit, 237. — Analytische und synthetische Urtheile, 240. — Vernunftwahrheiten, 244. — Eintheilung der Wissenschaften, 245. — *Die Mathematik*, 246. — *Die Geschichte*, 246 — Eintheilung, 247. — Nutzen des Studiums der Geschichte, 253. — Literatur und Culturgeschichte, 254. — *Die Philologie*, 256. — Wiedergeburt der Wissenschaften, 260. — Die Humanisten des 15. und 16. Jahrhunderts, 262. — Die Philologie als Sprachwissenschaft, 264. — Die Philologie als Alterthumskunde, 260. — Systematisirung der Philologie von F. Haase, 272. — *Die Naturwissenschaften*, 273. — Grundwissenschaften: Physik und Chemie, 277. — Naturgeschichte: Mineralogie, Botanik, Zoologie, 279. — Morphologie, 280. — Cosmographie, 280. — Naturphilosophie, 281. — Practischer Einfluss der Naturwissenschaften auf die Gestaltung der menschlichen Lebensverhältnisse, 283. — *Die Medicin*, 284. — *Die Philosophie*, 288. — Als allgemeine Wissenschaft, 288. — Das Eigenthümliche der Philosophie, 289. — Sonderung der Philosophie von den übrigen Wissenschaften, 290. — Thales, 292, — Pythagoras, 293. — Idee der Ursprünglichkeit hellenischer Bildung, 294. — Empedokles, 295. — Anaxagoras, 297. — Ablösung der Weltbetrachtung aus der Fabelwelt religiöser und dichterischer Vorstellung, 298. — Democrit, 299. — Die Atomistiker, 301. — Die Sophisten, 303. — Protagoras, 304. — Aristipp, 306. — Die Reaction gegen den Materialismus, 308. — Sokrates, 311.

Platon, 314. — Aristoteles, 320. — Die "erste Philosophie" oder die sogenannte Methaphysik, 321. — Einfluss der organischen Weltanschauung des Aristoteles, 334. — Der Individualismus, 337. — Naturforschung und Philosophie, 337. — Die Stoiker, 338. — Epikur, 338. — Rückblick auf den Verlauf der griechischen Philosophie bis zur Alexandrinischen Schule, 344. — Einfluss des Christenthums auf die Philosophie, 347. — Die Alexandrinische Schule, 348. — Der Mohamedanismus, 352. — Averroes, 352. — Die Scholastiker des Mittelalters, 353. — Die neue Philosophie des 17. Jahrhunderts, 355. — Descartes, 356. — Spinoza, 357. — Bayle, 358. — Locke, 358. — Tindal, 359. — Leibnitz, 359. — Wolff, 361. — Reimarus, 361. — Helvetius, 362. — Voltaire, 363. — Lamettrie, 363. — Rousseau, 364. — Holbach, 364. — Hume, 364. — Lessing, 369. — Kant, 370. — Die neueste Philosophie, 377. — Fichte, 377. — Schelling, 378. — Hegel, 380. — Schleiermacher, 383. — Feuerbach, 385. — Schopenhauer 385. — Herbert, 387. — Beneke, 389. — Die Philosophischen Systeme der Gegenwart, 390.

ANMERKUNGEN 391

Plato in his Theaetetus, 391. — Truth is not found by addition and multiplication only, 392. — Unterscheidung zwischen Anschauungen und Erfahrung, 392. — Einfluss der Massen auf die Politik, 404. — The true drift of study and the true use of history, 409. — Grenzen des Naturerkennens, 409. — The highest link of Nature's chain must needs be tied to Jupiter's chair, 423. — Things divine and man's reason, 424. — Die menschliche Entwicklungsgeschichte, 424. — The importance of insects to flowers, 436. — Ist das weibliche Geschlecht befähigt, die Aufgaben der Heilkunde und des praktischen Arztes zu lösen? 438. — What is the principle of growth of that mysterious power which on our planet culminates in Reason? 470. — Grundlage der Metaphysik Demokrit's, 480. — Sokrates, das Streben nach Selbsterkenntniss, 488. — Die platonischen Irrthümer, 489. — Titus Lucretius, de rerum natura, 494. — Einfluss des Orients auf die Culturentwicklung der Griechen, 514. — Lamettrie, 515. — Holbach, 540. — Common sense, 560.

Dritte Abtheilung.

DAS LEBEN 1

Die Keime der sittlichen Selbstthätigkeit, 2. — *Mens sana in corpore sano*, 6. — Einfluss sittlicher Thätigkeit auf Gesundheit und Wohlstand, auf Glück und Unglück, 7. — Selbsterkenntniss, 10. — Erhaltung der Gesundheit und Erwerb von Besitz und Wohlstand, 11. — Wahl des Berufs, 12. — Einfluss des Christenthums auf die Idee allgemeiner Menschenliebe, 14. — Die erziehenden Mächte, 17.

Erstes Capitel.

DIE FAMILIE 17

Als Grundlage des gesitteten Staatslebens, 17. — Als Ausgang und Mittelpunkt der sittlichen Gemüthsbildung, 19.

ANMERKUNGEN 20

Alles Leben bewegt sich in Gegensätzen, 20. — Signs of the Times, 30. — Die Ehe, 34.

Zweites Capitel.

DIE SCHULE 31

Hohe Bedeutung der öffentlichen Schulen, 38. — Wem gehört die Schule, 39. — Mängel des Elementarunterrichts, 39. — Einfluss des Hauses, der Mutter, 41. — Aufgabe der Schule, 41. — Verschiedene Systeme der Hochschulen: in Deutschland, 43; — in Frankreich, 45; — in England, 46. — Erziehung und Unterricht des weiblichen Geschlechts, 48. — Der Religionsunterricht, 51.

ANMERKUNGEN 55

Duty of teachers and taught, 55. — Verhältniss der Schule zum Staat, 61. — Anforderungen an unsere Zeit, 64. — Genius consists in an enormous capacity for taking trouble, 66. — Aus den Lehren der Jesuiten, 70. — Das gegenwärtige Schulwesen Europa's, 73. — The Royal Commission appointed to "Make inquiry with regard to Scientific Instruction and the Advancement of Science," 75. — Oxford and Cambridge School Examination Papers, 84. — Change which lately has come over the spirit of English Universities, 122. — Unterricht in der Musik, 125. — Lebensberuf der Frauen, 127. — Was ist und was soll die religiöse Erziehung, 140. — Die biblische Geschichte, 153. — Die Lehre der Bibel, 157. — Der Unterricht in der biblischen Geschichte, 160.

Drittes Capitel.

DIE KIRCHE 211

Die kirchliche Vergangenheit, 211. — Das Aufklärungszeitalter, 221. — Die Kirche als nothwendige geistige Gemeinschaftsform, Organismus, 222. — Die Kirche nicht das Christenthum, 224. — Die griechischen Kirchenväter, 226. — Irenaeus, 226. — Clemens, 227. — Origenes, 228. — Athanasius, 230. — Gregor von Nyssa, 233. — Basilius, 233. — Gregor von Nazyanz, 234. — Johannes Chrysostomus, 235. — Die lateinischen Kirchenväter, 238. — Tertullianus, 238. — Cyprian, 239. — Hilarius, 240. — Ambrosius, 241. — Hiero-

nimus, 241. — Augustinus, 244. — Gregor der Grosse, 246. — Der erste grosse Streit in der christlichen Kirche, 247. — Arius, 247. — Die Trennung der westlichen von der orientalischen Kirche, 253. — Die griechische Kirche, 253. — Der Katholicismus, 263. — Der Cölibat, 274. — Die Reformation, 278. — Der Protestantismus, 280. — Die anglikanische Kirche, 287. — Die Kirchenfeste und die Sacramente, 300. — Die Taufe, 302. — Die Busse, 308. — Die Beichte, 312. — Die Absolution, 314. — Das heilige Abendmahl, 321. Die Trauung, 335. — Gemischte Ehen, 339. — Lebensbild Christi, 340. — Stiftung der christlichen Kirche durch Jesus, 352. — Die Missionen, 354.

ANMERKUNGEN 356

Das Leben Jesu, 356. — Der vollendete Staat schliesst die Kirche schlechthin aus, 366. — Krise oder Entwicklungsphase im Protestantismus, 377. — Wir sind nicht da um aufzulösen, sondern um zu bauen, 416. — Les catholiques accusent les libres penseurs qui professent l'immanence de Dieu d'être panthéistes, et qui dit panthéiste dit fatalisme, 425. — Wesen des modernen liberalen Protestantismus, 427. — Das metaphysische Bedürfniss des Menschen, 432. — Die Stellung der evangelischen Kirche in unserer Zeit, 442. — Is the Church of England worth preserving? 445. — Die Weihnachtsfeier, 469. — Die Osterfeier, 479. — Die Himmelfahrt 488. — Baptizing of ships, 499. — Das Civilstandsgesetz, 499. — Einfluss des Christenthums auf die antike Welt, 501. — Le rapport du Bouddhisme avec le Catholicisme.

Viertes Capitel.

DER STAAT 504

Der Staat als etwas Naturwüchsiges, 504. — Dahlmann über die Staatsordnung, 505. — Grundbegriff der Staatswissenschaft, 506. — Lehre vom Staatsvertrag und Rechtsstaatstheorie, 509. — Moderne Ansicht vom Staate, 510. — Verhältniss des Staates zur Kirche, 512. — Die kosmopolitische Idee, 514. — Die Nationalitätsfrage, 515. — Die neuen socialen Kräfte, 521. — Die sociale Gleichheit, 524. — Reformen und Revolutionen, 528. — Die Rechtswissenschaft, 529. — Die rationale oder philosophische Rechtslehre, 529. — Die historische Behandlung des Rechts, 539. — Hugo Grotius, 545. — Hobbes, 545. — Spinoza, 547. — Pufendorf, 548. — Thomasius, 550. — Edmund Burke, 550. — Schelling, 552. — Hegel, 555. — Die sociale Frage, 559. — Grundsätzliche Feindschaft des Judenthums und des Klerus gegen die moderne Staatsidee, 568.

ANHANG.

ANMERKUNGEN 1

Das Staatsrecht, 3. — Le sentiment du droit, 5. — Regierungsprincipien, 6. — Die Staatslehre des klassischen Alterthums und die Staatsidee des Mittelalters, 9. — Luther's Ansichten über den Staat, 12. — Wie entsteht ein Volk? 21. — Verhältnisse zwischen Kirche und Staat, 24. — Die Volkswirthschaftslehre, 41. — Zunahme der Bevölkerung und Arbeitslohn, 44. — Die sociale Frage, 46. — Die kirchliche Reaction, 79. — The Co-operative Congress, 83. — Capital and Labour, 86. — Suffrage universel, 89. — The Increase of Crime, 90. — Die Prügelstrafe, 122. — The Opinion of the Judges on the Necessity of Corporal Punishment, 129. — Die Todesstrafe, 133. — Die staatliche Stellung der Juden, 139. — Die hierarchische Gewaltherrschaft, 145. — The Vatican Decrees in their bearing on Civil Allegiance, 151. — Science and Art, 158.

BENUTZTE UND EMPFEHLENSWERTHE SCHRIFTEN 189

BERICHTIGUNGEN.

ERSTE UND ZWEITE ABTHEILUNG.

Seite	42	Zeile	4 v. o.	statt Religionsbunden	— Religionsurkunden
"	62	"	13 v. o.	" sich	— sie durch
"	106	"	2 v. u.	" meiselte	-- meisselte
"	139	"	9 v. u.	" Abfluss	— Abschluss
"	144	"	7 v. o.	" nicht ihrem	— nicht in ihrem
"	145	"	2 v. o.	" Kraft flüchtig	— Kraft ist flüchtig
"	164	"	19 v. o.	" lautende	— leuchtende
"	171	"	9 v. o.	" Wage	— Wege
"	174	"	7 v. u.	" vermeindliches	— vermeintliches
"	180	"	5 v. o.	" den Gebrauch	— in den Gebrauch
"	180	"	13 v. o.	" Apogryphen	— Apokryphen
"	187	"	20 v. u.	" Author	— Autor
"	190	"	8 v. u.	" Apokolyptik	— Apokalyptik
"	245	"	15 v. u.	" Berkely	— Berkeley
"	252	"	12 v. o.	" denkenswerthe	— dankenswerthe
"	255	"	12 v. o.	" merkliche	— wirkliche
"	304	"	7 v. u.	" dieselbige?	— dieselbige.
"	315	"	6 v. o.	" Reihe	— Reise
"	317	"	12 v. u.	" anolog	— analog
"	391	"	9 v. o.	" Cholasticismus	— Scholasticismus

DRITTE ABTHEILUNG.

Seite	1	Zeile	5 v. o.	statt bestätigt	— bethätigt
"	1	"	6 v. u.	" derselbe	— dasselbe
"	6	"	11 v. u.	" sanum	— sana
"	51	"	4 v. u.	" und	— aus
"	79	"	4 v. o.	" weich	— which
"	156	"	5 v. o.	" stes	— stets
"	212	"	11 v. u.	" Wort	— Werk
"	240	"	6 v. u.	" Filarius	— Hilarius
"	307	"	1 v. u.	" Eeine	— Eine
"	313	"	8 v. u.	" ändern	— Ländern
"	329	"	2 v. u.	" Feisch	— Fleisch
"	416	"	17 v. u.	" nocendi	— docendi
"	571	"	15 v. o.	" den hier folgenden	— der hier folgende

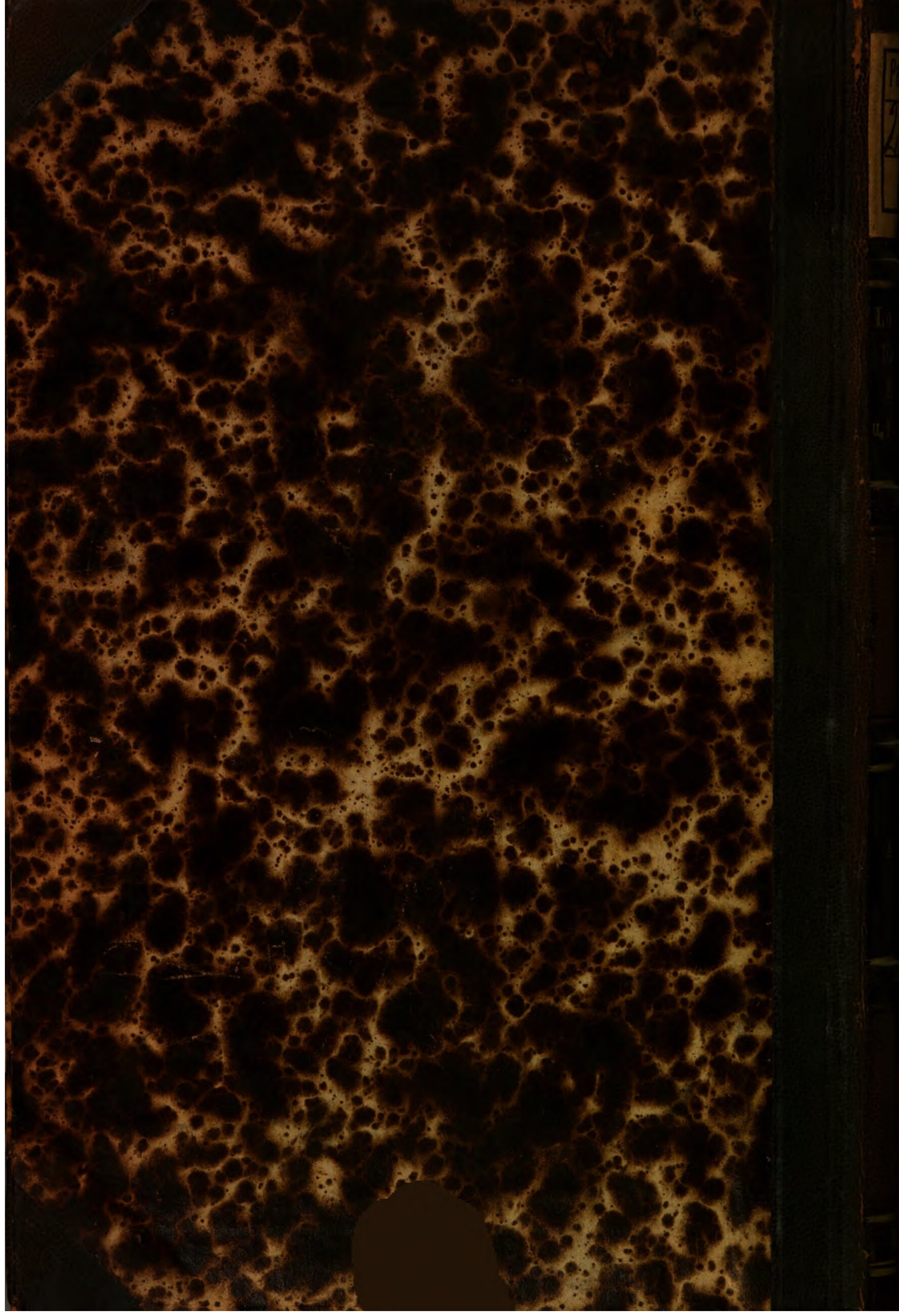
LONDON:
GEDRUCKT BEI C. A. SCHWEITZER & CO.,
10, BROWN'S BUILDINGS, E.C.

LONDON:

GEDRUCKT BEI C. A. SCHWEITZER & CO.,

10, BROWN'S BUILDINGS, E.C.





Löhnis, Hermann Eberhard,

Unterricht, Erziehung und Fortbildung ein Buch für Eltern

Bd.: [3]

London 1876

Paed.th. 2807-3

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11336986-1